



Var. 326 rd

<36632028780011

<36632028780011

Bayer. Staatsbibliothek



Tagesfragen

von

Eduard von Hartmann.



LEIPZIG, 1896.

HERMANN HAACKE,

VERLAGSBUCHHANDLUNG

FRÜHER: FR. MAUKE'S VERLAG.

Wbg 163 / 6

Mayerische
Bibliothek
München

Vorwort.

Die nachfolgenden Aufsätze wenden sich an ein grösseres Publikum als meine fachwissenschaftlichen Arbeiten, indem sie Fragen erörtern, die mehr oder weniger jeden gebildeten Zeitgenossen angehen. Ein Teil derselben gehört zu den brennenden Fragen der Gegenwart, insofern einerseits von ihrer Lösung die Gestaltung unsrer Zukunft auf politischem, sozialem, kirchlichem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet abhängt, und andererseits ihre Regulierung um so schwieriger wird, je weiter sie hinausgeschoben wird.

Der erste Aufsatz tritt dem weit verbreiteten Vorurteil entgegen, als ob wir durch Anhäufung immer grösserer Reichtümer in immer weniger Händen, durch Zunahme des Proletariats und durch Schwinden des Mittelstandes auf eine Plutokratie zusteueren. Er zeigt die Quellen dieses landläufigen Irrtums auf, die in den wirtschaftlichen Veränderungen unsres Jahrhunderts liegen, aber im letzten Menschenalter schon mehr und mehr zu versiegen beginnen.

Im Gegensatz gegen die eingebildete Gefahr einer Plutokratie weist der zweite Aufsatz auf die wirkliche Gefahr hin, die unsre künftige Entwicklung bedroht, auf die Demokratie, deren mächtig anschwellende Herrschaft im nächsten Jahrhundert ein beträchtliches Herabsetzen unsres Kulturniveaus, sowohl in wirtschaftlicher als in geistiger Hinsicht befürchten lässt.

Der dritte Aufsatz geht dann zu einer Untersuchung unsrer politischen Verfassung über, die als Einheit von Reichsverfassung und Staatenverfassungen im Ganzen ein bewundernswürdiges Gleichgewicht aller möglichen politischen Gegensätze

zeigt. Nur in einer Hinsicht ist dieses Gleichgewicht zu vermissen; es fehlt gegenüber der wachsenden Macht des demokratischen Prinzips im Reichstage an einer entsprechend gewichtigen Vertretung des aristokratischen Prinzips, so dass die Gefahr entsteht, der Cäsarismus werde sich als allein übrig bleibendes Gegengewicht der Demokratie aus unsren Verfassungszuständen mit Notwendigkeit herausbilden.

Dass der wunde Punkt unsrer Verfassungszustände im Reichstage liegt, lässt sich auch aus einer unmittelbaren Betrachtung desselben erkennen, welche zeigt, dass die Minderung des von ihm beim Volke genossenen Ansehns, in dem Niedergange seiner Leistungen, in dem Sinken des geistigen Niveaus der Volksvertreter, in der Art und Weise seiner geschäftlichen Behandlung der Vorlagen und in vielen anderen Umständen begründet ist.

Während der vierte Aufsatz dieser betrübenden Erscheinung nachforscht, sucht der fünfte die Reformen klarzustellen, welche erforderlich sind, um dem Reichstag und den übrigen Volksvertretungen die ihnen im Verfassungsleben gebührende Stellung zurückzugeben, ohne die einmal errungene Allgemeinheit des Wahlrechts anzutasten. Die Reform des Wahlgesetzes ist zwar der wichtigste dieser Vorschläge, aber doch nur einer unter ihnen. Es handelt sich darum, im Reichstage ein treues Spiegelbild der lebendigen Kräfte des Volkslebens nach dem Verhältnis ihrer wirklichen Stärkeverteilung zu schaffen, um dadurch nicht nur die Idee der Gerechtigkeit in der Verfassung zum Siege zu führen, sondern auch dem einseitigen Übergewicht einer demokratischen Volksvertretung und dem unvermeidlichen Rückschlag im Cäsarismus vorzubeugen.

Der sechste Aufsatz ist den kirchlichen Zuständen in dem grössten deutschen Bundesstaat gewidmet, der in dieser Hinsicht als unwillkürliches Vorbild für die deutschen Mittelstaaten von Einfluss ist. Die evangelische Kirche giebt sich redliche Mühe, durch alle ihr zu Gebote stehende Mittel dem Volke die Religion zu erhalten, beziehungsweise wiederzugeben, scheidet sich aber gerade dadurch immer weiter von den philosophischen,

naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Wissenschaften, kurz von der ganzen modernen Weltanschauung ab, und erweitert die Kluft zwischen sich und der Wissenschaft zu einer solchen zwischen sich und dem gebildeten und gebildet sein wollenden Teil des Volkes, um wieder ausschliesslich zur Kirche der Rückständigen und geistig Armen zu werden.

Der siebente Aufsatz behandelt die Jungfernfrage, der niemand absprechen wird, dass sie gegenwärtig zu einer brennenden geworden ist. Ich erkenne den vorhandenen Notstand vollständig an, bemühe mich aber darzulegen, dass alle bisher gegen ihn vorgeschlagenen und versuchten Mittel bloss augenblickliche Palliative sind, die ihn für die Dauer sehr verschlimmern, und dass eine Heilung des Übels von der Wurzel aus auf entgegengesetzterem Wege in Angriff genommen werden muss.

Der achte bis zehnte Aufsatz behandeln Einzelfragen von nicht so allgemeiner Bedeutung wie die vorhergehenden, die aber doch jede innerhalb ihres Bereichs, von Wichtigkeit sind und zu den umstrittensten Punkten im modernen Gesellschaftsleben gehören. Der elfte und zwölfte Aufsatz sind der Schulreform gewidmet, von der die Bildung des nächsten Geschlechts abhängt, und die deshalb nicht sorgfältig genug erörtert werden kann.

Der dreizehnte sucht den Nachweis zu führen, dass die Naturwissenschaften bereits aufgehört haben, in dem Sinne die führende Wissenschaft unsrer Epoche zu sein, wie sie es namentlich für das zweite Menschenalter dieses Jahrhunderts gewesen sind, dass das naturwissenschaftliche Zeitalter durch ein technisches und soziales Zeitalter abgelöst worden ist, und dass sie nun dann Aussicht haben, ihren berechtigten Einfluss auf den Zeitgeist im nächsten Jahrhundert zu behaupten, wenn sie ihre Abschliessung gegen die Philosophie aufgeben und sich zur Naturphilosophie vertiefen.

Der vierzehnte Aufsatz behandelt ein ästhetisches Problem, nämlich die Stellung der unfreien Künste zu den freien, um dadurch zu der Entscheidung zu gelangen, welches insbesondere

die Stellung der Baukunst im System der Künste sei. Da die Architektur eine leitende Stellung in der Kunstgeschichte einnimmt, mehr als irgend eine andre Kunst für den Stil einer Periode ausschlaggebend ist, und grade in der Gegenwart wieder das Ringen nach Klarheit über die Ziele und Aufgaben einer zeitgemässeren Architektur im Vordergrund des künstlerischen Lebens steht, so darf dieser Gegenstand wohl mit unter die Tagesfragen gerechnet werden.

Die letzten drei Aufsätze behandeln gleichsam als Zugabe litterarische Fragen. Der vierzehnte tritt verschiedenen Vorurteilen über den ursächlichen Zusammenhang von Kritik und schriftstellerischem Erfolg entgegen und giebt jungen Schriftstellern mancherlei Ratschläge. Der fünfzehnte giebt Lesern von philosophischen Bedürfnissen Anleitung, wie sie denselben durch Lektüre passende Befriedigung gewähren können, nachdem ich früher gezeigt habe, dass unsre Universitäten im Allgemeinen dazu nicht geeignet sind. Der letzte endlich entwickelt, worauf es für solche junge Leute ankommt, die den Drang haben, sich in der Philosophie produktiv zu bethätigen, damit sie sich von Verbildung fern halten und die geeigneten Bildungsmittel nicht versäumen.

No. I steht in näherer Beziehung zu meinem Werk »Die sozialen Kernfragen«, No. II—V zu »Zwei Jahrzehnte deutscher Politik«, (speziell zu No. XVIII), No. VI zur »Selbstzersetzung« und »Krisis des Christentums«, No. VII—XII und XVI—XVII zu den »Modernen Problemen« (No. III—XII) und »Zur Reform des höheren Schulwesens«, No. XIV zu meiner »Ästhetik« (Bd. I S. 461—484, Bd. II S. 594—624). Sämtliche Aufsätze sind bereits vorher in populären Zeitschriften veröffentlicht, die meisten in der »Gegenwart«, einige in »Schorer's Familienblatt« und »Nord und Süd«.

Berlin-Lichterfelde, im Januar 1896.

Eduard von Hartmann.

Inhalt.

	Seite
I. Steuern wir einer Plutokratie entgegen?	1
II. Die Gefahr der Demokratie	25
III. Unsre Verfassung	45
IV. Der Niedergang der Volksvertretung	58
V. Die Reform der Volksvertretung	70
VI. Die kirchlichen Zustände in Preussen	85
VII. Die Jungfernfrage	99
VIII. Der Zweikampf	133
IX. Das Spiel	143
X. Lotterie und Totalisator	156
XI. Die Preussische Schulreform von 1892	165
XII. Der deutsche Unterricht im Gymnasium	179
XIII. Das Ende des naturwissenschaftlichen Zeitalters	186
XIV. Freie und unfreie Künste	198
XV. Über Schriftstellerei, Erfolg und Kritik	214
XVI. Das Philosophiestudium durch Lektüre	240
XVII. Wie wird man Philosoph?	271

I. Steuern wir einer Plutokratie entgegen?

Drei Epochen stechen in der Geschichte hervor, in denen sich eine rasche Bildung grosser Reichtümer vollzog. Die erste fällt in die Blütezeit des römischen Reiches, als alle Mittelmeerländer unterworfen waren, und die Schätze aller von den habgierigen Beamten und Kaufleuten der herrschenden Weltstadt aufgesogen wurden. Die zweite trifft in die Periode vor und nach der Reformation, als die Bevölkerungsdichtigkeit und der Wohlstand der Bauern in Europa hinreichend gestiegen waren, um als kaufkräftige Konsumenten aufzutreten und der rasch aufblühende Handel ungeheure Gewinne abwarf. Die dritte Epoche fällt mit der Entstehung der Maschinenindustrie, des Aktienwesens, der Staatsanleihen und der Staatspapiergeldwirtschaft zusammen und erstreckt sich bis in die Gegenwart. In vielen Staaten finden sich Ansätze zu einer Plutokratie und die Besorgnis ist weit verbreitet, dass wir immer mehr der Plutokratie entgegensteuern.

Das wäre in der That eine sehr beklagenswerte Aussicht. Denn die Plutokratie hat alle Schattenseiten der Aristokratie an sich ohne ihre versöhnenden Lichtseiten. Je mehr der Reichtum sich in den Händen Weniger anhäuft, desto mehr verschwindet der Mittelstand, in dem die eigentliche Kraft jedes Volkes ruht, und desto tiefer sinkt das Proletariat, das durch Bestechlichkeit und Käuflichkeit immer mehr in die Macht der Reichen gerät. Die Plutokratie mit ihrer Kehrseite des Proletariats ist die unbeständigste aller Verfassungsformen, da sie die widerspruchsvollste Mischung der äussersten Oligarchie

und der äussersten Demokratie darstellt und in krampfhaften Zuckungen immer aus dem einen Extrem in's andere fällt. Aus diesem Schaukelspiel zwischen unbarmherziger Unterdrückung und Aussaugung des Proletariats durch die Reichen einerseits und gewaltsamer Auflehnung und Plünderung andererseits kann schliesslich nur ein Cäsar retten, der einerseits sich als Tribun des Volkes annimmt und die Aussaugung beschränkt, andererseits die Expropriation der Reichen auf ein gewisses Mass beschränkt und aus der regellosen Form der Plünderung in die geregelte der Konfiskation hinüberlenkt. Aber der Cäsarismus bezieht selbst eine hohe Provision für seine moderierenden Leistungen, und schützt doch nicht für die Dauer vor gewaltsamen Umwälzungen, weil er keine erblichen Monarchien begründen kann, sondern nach dem Sturze oder Tode eines Cäsars entweder das Schaukelspiel zwischen Proletariat und Plutokratie neu beginnen lässt, oder dem Bürgerkriege verschiedener Thronprätendenten Raum giebt.

Die Aussichten wären also in der That recht traurig, wenn wir wirklich einer Plutokratie zusteuerten, und es lohnt sich deshalb wohl, diese Frage näher in's Auge zu fassen. Die Mobilisierung des Grundbesitzes, der Übergang eines grossen Theiles des Grundwertes in die Hände von Hypothekengläubigern und Personalgläubigern, das Wachstum der städtischen Bevölkerung im Vergleich zur ländlichen, die Zunahme des nicht landwirtschaftlichen Vermögens weit über das Mass des in Landwirtschaft angelegten hinaus, die Freizügigkeit und Gewerbe-freiheit, die modernen Verkehrserleichterungen, die Centralisation des Handels an den Börsen sind in der That alles Symptome eines Zustandes, der das Emporkommen einer Plutokratie erleichtert und begünstigt. Die Meinung ist weit verbreitet, dass gegenwärtig die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dass der Mittelstand zwischen beiden zerrieben werde, und dass das Proletariat niemals ausgebreiteter, ärmer und elender gewesen sei als heut. Diese Meinung wird insbesondere von der Sozialdemokratie verbreitet, welche auf eine Dictatur des Proletariats mit Expropriation aller Kapitalisten

zu Gunsten des Gemeinwesens hinarbeitet, und sie wird merkwürdiger Weise auch in anderen Kreisen angenommen, ohne durch ihren Ursprung zu genauerer Prüfung Antrieb zu geben. Selbst wenn ein solcher Prozess sich im letzten Jahrhundert thatsächlich vollzogen hätte, wäre es doch noch zu untersuchen, ob seine Ursachen auch fernerhin in gleichem Masse fortbestehen werden und darum seine Fortdauer anzunehmen ist. Es ist aber nicht einmal richtig, dass dieser Prozess in der angegebenen Weise sich vollzogen hat.

1. Mittelstand und Proletariat in Gegenwart und Zukunft.

Es ist wahr, dass das Nationalvermögen aller Völker trotz der früher unerhörten Volksvermehrung und trotz der angeblich ruinösen Militärlasten in Europa in den letzten drei Menschenaltern sich in einer bisher noch nie vorgekommenen Proportion vermehrt hat. Es ist wahr, dass in dieser Zeit auch das Vermögen der Reichen sehr gewachsen ist. Es ist wahrscheinlich, dass das Vermögen der Reichen in dieser Zeit in schnellerer Progression gewachsen ist, als dasjenige des Mittelstandes und der niederen Stände; aber ein statistischer Nachweis hierfür lässt sich gar nicht führen, weil wir weder eine Vermögensstatistik verschiedener Volksklassen besitzen, noch auch die Familien in ihren Vermögensschwankungen verfolgen können. Selbst wenn wir eine Vermögensstatistik der letzten Menschenalter besäßen, würde eine solche uns doch im Unklaren darüber lassen, wie viele Reichen dieses Jahrzehntes von Reichen früherer Jahrzehnte abstammen und wie viele von Mitgliedern des Mittelstandes oder der niederen Volksklassen abstammen. Keine Statistik kann diese Frage lösen, da keine das Aufrücken der niederen Klassen in die oberen registrieren kann.

Die Einkommenstatistik muss für die fehlende Vermögensstatistik Ersatz gewähren. Aber hier liegt die Sache ebenso. Es giebt ein ganz falsches Bild, wenn man beim Vergleich zweier Zeitpunkte die Vermehrung der Gruppen als eine durch blossen inneren Zuwachs des Reichtums entstandene auffasst

und denjenigen Teil ignoriert, der durch Aufrücken von Mitgliedern einer niederen Gruppe (oder ihrer Erben) in eine höhere erfolgt ist. Der letztere Teil müsste vielmehr der niederen Gruppe als Wohlstandszuwachs gut geschrieben werden, während er in den statistischen Tabellen dieser entzogen wird und den Zuwachs der höheren Gruppe vergrössern hilft.

Ebenso figurieren die Mitglieder einer höheren Gruppe, die in der Zwischenzeit in eine niedere hinabgesunken sind, statistisch nun in der niederen Gruppe, so dass die teilweise Wohlstandsabnahme, welche die höhere Gruppe erlitten hat, nicht zum Ausdruck gelangt.

Endlich giebt die vergleichende Einkommenstatistik verschiedener Zeitpunkte dadurch ein falsches Bild, dass die Einkommengrenzen für die Gruppenbildung in beiden Zeitpunkten gleich gewählt werden, obwohl doch das Gesamteinkommen der Nation und das Durchschnittseinkommen pro Kopf in der Zwischenzeit bedeutend gewachsen ist. Reichtum, Wohlhabenheit und Armut sind in jedem Volke relative Begriffe, die von dem Durchschnittswohlstand des Volkes abhängen und mit ihm sich verschieben. War die Grenze der Gruppen in dem ersten Zeitpunkt richtig gezogen, so liegt sie nun in dem zweiten zu niedrig; ein Teil der den Reichen zugeschriebenen Einkommenssumme fällt nun thatsächlich noch unter den Begriff der Wohlhabenheit, und ein Teil des den Wohlhabenden zugeschriebenen Einkommens unter den Begriff der Armut. Da aber ersterer Teil ziffermässig mehr austrägt, so stellt sich die wirkliche Bilanz für den Mittelstand günstiger als die statistische Gruppierung vorspiegelt; in noch höherem Masse gilt dies für die Gruppe der Armen, während die der Reichen in Wirklichkeit einen ungünstigeren Abschluss liefert, als die Statistik vorspiegelt.

Betrachtet man die Einkommenstatistik mit diesen Vorsichtsmassregeln, so ergiebt sie, soweit sie sich zurückverfolgen lässt, ein durchaus befriedigendes Bild für die Entwicklung des Mittelstandes. Aber selbst dann, wenn man diese Vorsichtsmassregeln ausser Acht lässt, kann von einem „Zerriebe-

werden“ des Mittelstandes keine Rede sein. Derselbe hat sich wenigstens in Deutschland vollständig behauptet und seine Einnahmen haben nicht abgenommen, sondern zugenommen, wenn auch nicht in dem Masse wie die der oberen Klassen. In andern Ländern von zurückgebliebener Kultur hat sich sogar in dem letzten Menschenalter ein verheissungsvoller Mittelstand herausgebildet oder doch zu entwickeln angefangen, der vorher fast ganz fehlte.

In sozialer Hinsicht hat allerdings die Fabrikindustrie bedeutende Umwälzungen im Mittelstand hervorgerufen. Ein Teil des laufenden Zuwachses der selbständigen Handwerker hat sich in eine Fabrikarbeiteraristokratie umgewandelt, ohne darum aus dem Mittelstande auszuscheiden, und dieser Prozess dürfte noch weitere Fortschritte machen. Aber der selbständigen Handwerker sind darum absolut nicht weniger geworden, sondern nur ihre unter anderen Umständen zu gewärtigende Zunahme ist unterbunden worden und innerhalb der verschiedenen Handwerke haben bedeutende Verschiebungen stattgefunden. Durch diese Verschiebungen sind allerdings die Mitglieder ganzer Handwerke nahezu vollständig aus dem Mittelstand herausgedrängt, aber es ist eine falsche Verallgemeinerung, wenn man den Niedergang gewisser Handwerke zu einem Verfall des Handwerkerstandes überhaupt aufbauscht, oder gar den Mittelstand mit dem Handwerkerstand identifiziert und aus dem Niedergang gewisser Handwerke sogleich auf den Niedergang des Mittelstandes schliesst. *) Ähnlich ist es mit dem Bauernstande, der sich im Grossen und Ganzen gut behauptet hat, und dessen hypothekarische Verschuldung sogar erheblich geringer ist als die des Grossgrundbesitzes (60 % gegen 80 %). Es ist nur bisher keine der Volkszahl entsprechende Vermehrung der Bauernhöfe eingetreten. Die zum Mittelstand gehörigen Unterbeamten, sowohl im öffentlichen als im privaten Dienste, haben sich dagegen beträchtlich vermehrt und von

*) Vgl. meine „Sozialen Kernfragen“ (Leipzig bei H. Haacke, 1894), S. 331—332, 322—323, 345—349, 357—365.

Zeit zu Zeit Gehaltssteigerungen erlangt, die den Oberbeamten versagt geblieben sind. Der Kleinhandel nährt gegenwärtig viel mehr Menschen als früher und nährt sie besser, weil die gewachsene Volkszahl zugleich um Vieles kauffähiger geworden ist. Die Statistik der Lebensversicherung, der Sparkassen und des Verbrauchs an mittleren Genussmitteln spricht ebenfalls nicht nur für eine kräftige Behauptung, sondern geradezu für eine wirtschaftliche Stärkung des Mittelstandes.

Ebenso unrichtig wie die Meinung, dass der Mittelstand zerrieben werde, ist die andere, dass das Proletariat niemals so ausgebreitet und so elend gewesen sei als jetzt. Diese Behauptung ist im agitatorischen Interesse sehr begreiflich, aber sie beruht teils auf Unkenntnis, teils auf Fälschung der Geschichte. Die Lage des ländlichen Arbeiters ist gegenwärtig so günstig, dass man sagen kann, sie sei niemals günstiger gewesen, selbst nicht in den Zeiten einer rein landwirtschaftlichen Kultur, in denen natürlich seine soziale Stellung bedeutender war als jetzt (etwa von 1200—1500). Die Kriege der Reformationszeit verschlechterten die Lage des Arbeiters bis zu einem Grade, dass um 1650 das Proletariat in der That an der Grenze der Existenzfähigkeit angelangt schien. Bis gegen 1750 hob sich dann sein Zustand wieder beträchtlich, ohne jedoch das frühere Maximum zu erreichen. Die Einführung der Maschinenindustrie brachte dann eine schwere Krisis, die sich natürlich zuerst und am drückendsten in demjenigen Lande geltend machte, das zeitlich und sachlich an der Spitze des industriellen Aufschwungs marschierte. Diese Krisis machte die Lebenslage der Arbeiter wieder sehr viel ungünstiger, und warf sie in England im Anfang dieses Jahrhunderts noch unter das Minimum von 1650 hinab. Seitdem aber ist überall eine rasche Verbesserung erfolgt, die gegenwärtig das Maximum vom Jahre 1500 eingeholt hat.

Erwägt man, wie viel mehr Menschen jetzt auf demselben Boden leben als vor vier Jahrhunderten, so darf der Erfolg aus geschichtlichem Gesichtspunkt als vorläufig befriedigend gelten. Die Löhne haben sich seit drei Menschenaltern ver-

doppelt, die Sparkassenstatistik zeigt, dass die Sparfähigkeit, und die Konsumstatistik, dass auch der Verbrauch der niederen Klassen pro Kopf in jeder Hinsicht erfreulich zugenommen hat. Während nach dem dreissigjährigen Kriege und nach den Freiheitskriegen der grösste Teil der niederen Stände dem Proletariat zuzurechnen war, ist dieses jetzt auf die unterste Schicht der niederen Stände beschränkt. Die Löhne für unqualifizierte Arbeit sind verhältnismässig am stärksten gestiegen und die Arbeitsgelegenheit für unqualifizierte Arbeit ist rascher gewachsen als die Volkszahl. Diese Thatsachen können nur durch Missverständnis oder Missbrauch der Statistik verdunkelt, und nur durch Fälschung derselben in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Wenn also auch der Reichtum der Reichen in dieser letztvergangenen Zeit zugenommen hat, so kann man doch nicht sagen, dass er auf Kosten des Mittelstandes und der Armen zugenommen habe; denn deren Lage hat sich gleichzeitig mitverbessert, wenn auch nicht in gleicher Progression. Es fehlt demnach bis jetzt die Kehrseite der Plutokratie, das Schwinden des Mittelstandes und das allgemeine Proletariat. Die Sozialdemokratie liefert den deutlichsten Beweis, dass die Massen, die sie vertritt, kein Proletariat sind; denn diese Massen beugen sich nicht als käufliche Sklaven vor den Reichen, sondern besolden ihre eigenen Volkstribunen und lassen sich von diesen ein selbständiges Klassenbewusstsein einhauchen. Das eigentliche Proletariat beginnt erst da, wo die Taktik der sozialdemokratischen Führer als opportunistische Kompromisspolitik gebrandmarkt wird; die Sozialdemokratie aber entwickelt sich in Deutschland mehr und mehr zu einer Vertretung des wirtschaftlich tüchtigen und besser situierten Arbeiterstandes.

Auch für die nächste Zukunft ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, dass der Mittelstand zerrieben werde oder das Proletariat sich mehr ausbreiten und verarmen werde, um so weniger als in der Wissenschaft, in der Regierung, in den Parteien und in der öffentlichen Meinung immer mehr die

Ansicht zum Durchbruch gelangt, dass es notwendig sei, ihn gesetzgeberisch zu schützen und zu stützen. Um den Bauernstand auf die Dauer zu erhalten, dazu brauchen wir allerdings ein besonderes Agrarrecht, insbesondere Reformen des Erbrechts und Hypothekenrechts, die Einrichtung von bäuerlichen Pfandbriefinstituten und die allgemeine Verbreitung der ländlichen Vorschussvereine oder Darlehnskassen nach Raiffeisenschem System. Dies Alles aber ist teils im Werke, teils doch in Vorbereitung oder ernster Erwägung. Die Gesetze über Errichtung von Rentengütern, denen bei ihrer Berathung fast Niemand besondere praktische Bedeutung beilegte, haben sich schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens trefflich bewährt und werden voraussichtlich im Laufe der Zeit langsam aber sicher den Bauernstand vermehren, besonders wenn erst bäuerliche Landeskulturrentenbanken durch Gewährung von Amortisationshypotheken die Bebauung und wirtschaftliche Einrichtung von Rittergutsparzellen erleichtern werden.

Das Handwerk wird niemals aussterben; im Gegenteil, je verwickelter und luxuriöser das moderne Leben wird, desto mehr neue Bethätigungsgebiete erschliessen sich dem für den individuellen Geschmack arbeitenden Handwerk, und desto grösser wird die Zahl der erforderlichen Reparaturhandwerker. Die Zahl der selbständigen Kleinhändler wird vielleicht künftig eine Einschränkung erfahren, aber doch nur in dem Sinne, dass sie zu Beamten der Konsumvereine und Grossgeschäfte werden, also dem Mittelstande erhalten bleiben. Je mehr der Grossbetrieb in allen Handels- und Gewerbebezweigen um sich greift, desto kräftiger entwickelt sich das Beamtentum, das dem Mittelstande angehört. Dies gilt auch für die vom Staate übernommenen Verkehrs- und Produktionszweige. Die Herausbildung einer dem Mittelstande zuzurechnenden Arbeiteraristokratie aus dem Arbeiterstande, die in England schon weiter fortgeschritten ist, steht bei uns noch in ihren Anfängen und hat noch ein unabsehbares Feld vor sich, sofern es gelingt, die demokratischen Nivellierungstendenzen der unqualifizierten und minderwertigen Arbeiter zu überwinden. Die Aussichten für die Erhal-

tung und Erweiterung des Mittelstandes sind also in jeder Hinsicht hoffnungsvoll.

Das Gleiche gilt für die Zukunft der ländlichen und Industriearbeiter. Die schwere Krisis, die durch Einführung der Maschinenindustrie dem Handarbeiterstande bereitet worden ist, darf in der Hauptsache als überwunden gelten, wenngleich sich immer noch beklagenswerthe Reste dieser Krisis bis in die Gegenwart fortschleppen (z. B. das Handweberelend). Wir stehen jetzt am Ende der kritischen Übergangsperiode und an der Schwelle einer Epoche, in welcher die Maschinenindustrie und der Grossbetrieb erst ihren rechten Segen für die Menschheit entfalten werden. Im letzten Jahrhundert hat der Arbeiterstand schwer gelitten unter den Entbehrungen, die ihm auferlegt werden mussten nicht zu Gunsten des Wohllebens der Reichen, sondern zu Gunsten einer so rapiden Kapitalvermehrung wie die rapide fortschreitende Technik sie für ihre Fruktifikation verlangte. Jetzt kommen wir in eine Zeit, wo der Fortschritt ein gemässigteres Tempo einschlagen wird, und demgemäss auch die Kapitalvermehrung nicht mehr mit der bisherigen Geschwindigkeit weiterzugehen braucht. Dies drückt sich im Sinken des Zinsfusses und der Unternehmergewinne aus. Von dem nationalen Arbeitsertrage fällt schon jetzt dem Arbeiterstande ein weit grösserer Anteil zu als vor zwei bis drei Menschenaltern, und dieser Anteil ist sowohl absolut als relativ genommen beständig im Steigen. Nur eine Periode grosser äusserer Kriege oder anhaltender innerer Unruhen könnte die Lage des Arbeiterstandes von Neuem für längere Zeit verschlechtern. Wenn aber der äussere und innere Friede erhalten bleibt, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Menschenaltern ein bisher noch nie dagewesenes Sinken des Kapitalanteils am Arbeitsertrage (Zinses, Unternehmergewinns u. s. w.) eintreten, und damit zugleich eine bisher unerhörte Steigerung des Anteils der Arbeit am Arbeitsertrage.

Dies gilt nicht nur für die industriellen, sondern auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Die für künftig überall zu

erwartende Mischung von Grossgrundbesitz mit Kolonien von Bauernhöfen und zum grossen Teil auch mit verstreuter ländlicher Industrie wird auch den ländlichen Arbeitern die jetzt vielfach fehlende Möglichkeit eröffnen, auf Häuslerstellen zu gedeihen, wogegen die allzu dicht gehäuften Zwergwirtschaften in Süd- und Westdeutschland teilweise künstlich zusammengelegt werden müssen und so zur Stärkung des Mittelstandes dienen können. Der Wucher, unter dem die nicht existenzberechtigten Zwergwirtschaften am schwersten leiden, wird mit ihrem Wegfall von selbst aufhören.

Das Proletariat wird natürlich niemals ganz aufhören, am wenigsten in den Grossstädten; aber es wird im Verhältnis zum Bevölkerungsstande in den nächsten Menschenaltern in noch höherem Masse abnehmen als es in den letzten schon abgenommen hat. Ob diese Abnahme schneller erfolgen wird als die Volkszunahme, das entzieht sich der Berechnung; es bleibt also die Möglichkeit offen, dass das Proletariat absolut zunimmt, trotzdem sein Prozentsatz immer kleiner wird. Bekanntlich ist es die örtliche absolute Zunahme des Proletariats, insbesondere in den rapide wachsenden Grossstädten, auf die die Sozialdemokratie mit Vorliebe hinweist; aber diese absolute Zunahme beweist nichts, wenn sie mit einer relativen Verminderung Hand in Hand geht, da nur die letztere als Massstab für Hebung oder Senkung des Niveaus im Grossen und Ganzen dienen kann.

Die Betrachtung des Mittelstandes und des Proletariats lässt also weder in der Vergangenheit eine Lageverschlechterung erkennen, noch in der nächsten Zukunft eine solche erwarten. Es fehlt mithin an der unvermeidlichen Kehrseite der Plutokratie, und schon dies kann als ein, wenn auch nur indirekter Beweis gelten, dass wir vorläufig nicht auf eine Plutokratie lossteuern.

2. Die Ursachen der Anhäufung grosser Reichtümer.

Im römischen Reich war die Hauptquelle für den Zusammenfluss grosser Reichtümer die Aussaugung der unterworfenen Länder durch die römischen Beamten; daneben spielte

der hohe Zins und die kolossalen Handelsgewinne eine nahezu ebenso bedeutende Rolle. Im Ausgang des Mittelalters und in der Reformationszeit standen der hohe Zins und die kolossalen Handelsgewinne in erster Reihe, und die Ausbeutung unterworfenen Länder spielte nur für einige Staaten, wie Spanien eine bedeutende Rolle. Im letzten Jahrhundert treten diese Ursachen zurück. Der Zins ist mässig und die Handelsgewinne zwar noch zum Teil recht bedeutend, aber nicht mit denen der früheren Epochen zu vergleichen. Unterworfenen Länder, die durch fremde Beamte ausgebeutet werden konnten, gab es nur in der vorübergehenden Zeit des ersten Napoleon. Die in diesem Jahrhundert entstandenen Kolonialreiche dienen in der Hauptsache nur mittelbar durch den Handel als Quelle der Bereicherung, wenn sie auch zugleich eine Anzahl jüngerer Söhne anständig versorgen helfen. Der Handel schafft die Reichtümer nicht mehr durch die Höhe seiner Aufschläge, die in den früheren Epochen im Mittel etwa 200 Prozent betragen hatten, sondern durch die weltumspannende Weite und Grösse seiner Umsätze. Ein Zins von 20—48 Prozent, der in früheren Perioden normal war, gilt jetzt als ein verwerflicher und strafbarer Wucher, der scheu im Dunkeln schleicht und seine Opfer unter den kleinen Leuten suchen muss; dieser kleinliche Zinswucher macht jetzt kaum noch in drei Menschenaltern eine Familie wirklich reich. Die wirtschaftliche wie die politische Ausbeutung haben neue Formen angenommen; die erstere gipfelt in der Verlockung der Besitzenden zur Börsenspekulation, die letztere arbeitet mit politischer Beeinflussung der Börsenkurse und mit spekulativer Verwertung der vorzeitig erhaltenen politischen Nachrichten. Beide setzen also Ausbeutungsobjekte voraus, die sich freiwillig aus Gewinnsucht in diese Gefahr begeben, während in früheren Perioden auch beim besten Willen sich Niemand der wirtschaftlichen und politischen Ausbeutung entziehen konnte.

Am entscheidendsten hat in der jüngsten Epoche die persönliche Tüchtigkeit gewirkt, d. h. die Vereinigung von wirtschaftlicher Reife, Vorsicht, Wagemut im rechten Augenblick.

charaktervoller Willensstärke, zäher Ausdauer, technischer Fachbildung, erfinderischem Talent, weitem Gesichtskreis und kluger Abschätzung der Konjunktur. Diese Tüchtigkeit ist es, welche die Konjunktur an der rechten Stelle aufzusuchen und deshalb auch das Glück zu finden versteht und nicht minder dem Unglück Trotz zu bieten vermag. Wo eine der angeführten Eigenschaften fehlt, da mangelt auch der dauernde Erfolg, und die scheinbar grösste Begünstigung durch das Glück pflegt nicht für's Leben vorzuhalten. Dass die grossen Vermögen dem blinden Glück und nicht persönlichen Eigenschaften zu verdanken seien, ist einer der grössten Irrtümer, vom Neide ersonnen und vom Aberglauben getragen und verbreitet. Das Glück, das die grossen Erfinder und Industriellen gehabt haben, besteht in der Hauptsache darin, dass sie zu einer Zeit jung waren, als für die Thatkraft auf technischem Gebiete durch das sprunghafte Aufblühen der Maschinenindustrie die glänzendste Konjunktur der ganzen Weltgeschichte gegeben war.

Betrachten wir nun unter diesen Gesichtspunkten die Aussichten für künftige Anhäufung grosser Reichtümer, so scheinen sie wenig günstig. Wenn wir in der nächsten Zeit vor grossen kriegerischen Umwälzungen des europäischen Staatensystems bewahrt bleiben, so wird es auch fernerhin keine Objekte zu unmittelbarer politischer Ausbeutung geben. Die Tendenz aufblühender Kolonialreiche zu immer selbständigerer Selbstverwaltung nimmt ersichtlich zu, sodass die Mutterstaaten immer mehr auf den Handel mit ihnen beschränkt werden. Der Zinsfuss bewegt sich offenbar in sinkender Richtung und wir müssen mit der Erwartung rechnen, in zwei bis drei Menschenaltern einen Zinsfuss von 1—2 Prozent für sicherste langfristige Darlehen zu haben. Die Kinder oder Enkel der heutigen Rentner werden demgemäss nur die Hälfte oder ein Viertel von der heutigen Rente ihrer Erblasser beziehen, d. h. in niedere Einkommenklassen hinabsinken, wenn es ihnen nicht inzwischen gelungen sein sollte, ihr Vermögen zu verdoppeln oder zu vervierfachen. Der voraussichtlich sinkende Geldwert und steigende Luxus ist dabei noch gar nicht einmal mit berücksichtigt.

Die Risikoprämien sinken nicht nur proportional mit dem Zinsfuss mit, sondern ausserdem noch mit der Rechtssicherheit im inneren und äusseren Verkehr, mit der Berechenbarkeit der Chancen eines Unternehmens und mit der technischen Beherrschung der Natur. Die Unternehmergewinne in Handel und Industrie sind schon im letzten Menschenalter sehr viel kleiner geworden, als sie im vorletzten waren. Der Grosshandel begnügt sich z. T. mit so geringfügigen Provisionen, dass nur noch der allergrösste Umsatz zu absolut grossen Gewinnen führt. Bei inländischen Engros-Geschäften ohne besonderes Risiko gilt ein jährlicher Durchschnittsreinertrag von 5—7 Prozent schon als ein recht guter; wo mehr erzielt wird, liegt entweder ein gefahrvolles Missverhältnis von Kredit und eigenem Kapital oder irgend eine riskante Spekulation auf Konjunkturgewinne oder unsolide Ausbeutung der Dummheit des Publikums vor. Der über den Zins von $3\frac{1}{2}$ —4 Prozent überschüssende Reinertrag solider Geschäfte ist demnach nicht mehr höher zu veranschlagen als auf $1\frac{1}{2}$ —3 Prozent gegen 160 Prozent im Mittelalter (200 weniger 40). Die Gewinne der Industrie werden fortwährend magerer. Das direkte Steigen der Arbeitslöhne, das Wachsen der mittelbaren Aufwendungen für die Arbeiter, wie z. B. die Verbesserung der Arbeitsräume und Sicherheitsvorkehrungen, die Zunahme der Wohlfahrts-einrichtungen, die Kosten und Lasten für Arbeiterversicherung, die steigenden Staats- und Gemeindesteuern nagen fortwährend an den Erträgen, sodass sie immer dürftiger werden. Alle Gebiete der Maschinenindustrie sind so abgegraste Weiden, dass ein neu auftretender Konkurrent kaum das liebe Leben findet. Selbst in der elektrischen Industrie, die im letzten Jahrzehnt neben der Waffenindustrie verhältnismässig noch die grössten Gewinne erzielen konnte, ist die Konkurrenz jetzt schon sehr drückend. Der Eisenbahnbau ist in der Hauptsache für Europa abgeschlossen und hat nur noch Nachlese zu halten. Wenn nicht durch Erfindungen von ungeahnter Beschaffenheit der Technik ganz neue Gebiete erschlossen werden, so kann man annehmen, dass die ganze Bewegung in ein ruhigeres Fahr-

wasser einlenken wird, und dass sich ein Beharrungszustand herstellen wird, dessen Schwankungen viel geringer als die bisherigen sein werden, und der deshalb auch geringere Gewinne aus Konjunkturschwankungen gestatten wird.

Die Zeit, wo einzelne Personen sich zu einer grossartigen Stellung als Schöpfer und Leiter beherrschender Fabriketablissements aufschwingen konnten, scheint vorüber; die Aera der persönlichen Mächte weicht derjenigen der unpersönlichen. Die meisten Privatetablissements haben sich bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt oder werden es im nächsten Menschenalter thun. Dadurch spaltet sich der individuelle Einzelbesitz in wechselnde Anteile der vielen Aktionäre. Die Blütezeiten der Grossbankiers wie Rothschild, Baring, Hirsch u. s. w. sind vorbei; an die Stelle ihrer Alleinherrschaften sind Gruppen und Konsortien von Aktienbanken getreten, die von bezahlten Beamten geleitet werden. Die Staaten, die im Anfang dieses Jahrhunderts in ihrer Kreditgebahrung von solchen Finanzkönigen abhängig waren, haben jetzt die Wahl zwischen den konkurrierenden Finanzgruppen, und zahlen an diese für neue Anleihen nur noch sehr geringe Provisionen im Vergleich mit früher. Schon rückt die Zeit heran, dass sie bei fortdauerndem Frieden die Vermittelung der Finanzgruppen ganz werden entbehren können. Einige Grossstaaten stellen bereits Finanzmächte ersten Ranges auf dem Weltgeldmarkt dar, deren Macht den Bankinstituten mehr und mehr über den Kopf wächst.

Die wirtschaftliche Ausbeutung ist ersichtlich in der Abnahme. Der Bewucherung der Handwerker, kleinen Beamten und Bauern wird mit Erfolg durch Kreditgenossenschaften und Darlehnskassen entgegengearbeitet, die doch erst im Anfang einer vielverheissenden Ausbreitung und Entwicklung stehen. Das Börsenspiel, das erst seit den 60er Jahren mit dem Anschwellen des Kurszettels bei uns in die Kreise der Privatkapitalisten eingedrungen war, hat offenbar schon in diesem einen Menschenalter die Gebildeteren unter ihnen so gewitzigt, dass sie immer vorsichtiger in der Anlage werden und immer zäher an den einmal gewählten Anlagen festhalten. Der Ersatz

der Einzelbankiers durch Grossbanken, voran durch die Reichsbank, hat auf die Solidität des Anlagegeschäftes im Ganzen günstig gewirkt. Die von den spekulativen Umsätzen des Publikums lebenden Bankiers klagen immer lauter über die zunehmende Verödung (d. h. Gesundung) des Börsengeschäftes, und müssen immer billigere Provisionen anbieten um nur noch Kundschaft heranzuziehen. Die Dummen, die ja freilich nicht alle werden, müssen in immer niedrigeren Bildungsschichten immer mühsamer gesucht werden; denn das anbrechende Licht erhellt zuerst die Berggipfel und dringt erst allmählich in die Thäler. Es ist zu hoffen, dass die Wohlhabenden und der Mittelstand sich künftig immer weniger zu Ausbeutungsobjekten für die Reichen und diejenigen, die es durch Ausbeutung werden wollen; hergeben werden. Damit wird dann aber auch diese Quelle der Bereicherung immer spärlicher fließen.

Der Missbrauch der politischen Stellung zur Bereicherung durch Börsenspekulationen wird von selbst eingeschränkt, wenn die Konjunkturschwankungen des Handels und der Industrie geringer werden und das Privatpublikum den spekulativen Machenschaften seine indirekte Unterstützung versagt. Ausserdem nimmt aber auch im Grossen und Ganzen das politische Anstandsgefühl der Regierenden zu. In der Blütezeit Griechenlands war die Uneigennützigkeit in politischer Stellung noch etwas ganz Ungewöhnliches, dem Volk Auffallendes. Unter den heutigen Fürsten dürfte sich schwerlich einer von auch nur annähernd so weitem Gewissen wie Louis Philipp finden. Auch in Republiken sucht man den Präsidentenplatz vor Allem mit einem für ehrenhaft geltenden Bürger zu besetzen. Selbst in Russland, wo das Beamtentum wegen unzulänglicher Besoldung auf Nebenverdienste angewiesen ist, pflegen die Spitzen der Regierung vor Missbrauch der politischen Stellung zur Bereicherung zurückzuschrecken, während im vorigen Jahrhundert dort von Ministern und Günstlingen auf diesem Wege noch Kolossalvermögen erworben wurden. In Frankreich, wo die parlamentarischen Regierungen oft anrücklich sind, ist wiederum das Beamtentum im Ganzen anständig, weil auskömmlich besoldet.

Die heute in vielen Staaten noch bestehende Korruption hängt teils an unzulänglicher Besoldung, teils an Wählbarkeit der Beamten auf kurze Zeit ohne Pensionsberechtigung, teils am parlamentarischen Regierungssystem. Die Brutstätte der politischen Korruption sind gegenwärtig die Parlamente, und ihre Korruption steigt proportional ihrer Macht im Staate. Wo das Parlament thatsächlich die Ministerien als seine Mehrheitsausschüsse bestimmt, da greift die parlamentarische Korruption auch mehr oder minder auf die Regierungen hinüber, wie die Korruption der Parlamente gesteigert wird durch die Korruption der Presse. Aber hoffentlich wird in Zukunft einerseits die Korruption der Presse durch die Zerschneidung des sie mit der Börse verknüpfenden Bandes, des Inseratenwesens, andererseits die Korruption der Parlamente durch die Zerschneidung des sie mit der Presse verknüpfenden Bandes und durch Verminderung ihrer Macht im Staate gemildert werden. Damit wird dann abermals eine heut noch fließende Quelle der Bereicherung durch Missbrauch der parlamentarischen Stellung versiegen, die übrigens gerade in Deutschland, wo das parlamentarische Leben noch jung und die Parlamentsmacht beschränkt ist, bis jetzt noch keine Reichtümer geschaffen hat.

Hiernach scheint die dritte Epoche in der Geschichte, welche dem Erwerb grosser Reichtümer günstig gewesen ist, in der Hauptsache abgeschlossen zu sein; wie jede der beiden vorhergehenden hat auch sie rund ein Jahrhundert gedauert. Wir befinden uns schon seit ein bis zwei Jahrzehnten in einer sichtbaren Ebbe und das nächste Menschenalter wird sich mit einer relativ dürftigen Nachlese begnügen müssen. Nicht nur das Handwerk, auch Handel und Industrie beginnen ihren goldenen Boden zu verlieren; noch schwerer als allen dreien aber wird es jetzt den Abenteurern, Schwindlern und Gaunern gemacht, sich Reichtümer zu erwerben. Im nächsten Jahrhundert werden wir die Hauptquelle für die Mehrung des Nationalkapitals im Zins suchen müssen; denn der über den Zins überschüssende Teil des Reinertrages, der in früheren Epochen etwa das Vierfache des Zinses betrug, ist jetzt schon etwa auf die Hälfte

des Zinses gesunken und wird künftig zu einem immer kleineren Bruchteil des Zinses zusammenschrumpfen.

3. Die Zukunftsaussichten für die Behauptung grosser Reichtümer.

Es entsteht nun die Frage, ob die in der letzten Epoche erworbenen Reichtümer wirklich, wie die Sozialdemokratie es behauptet, die Tendenz haben, sich in immer weniger Händen zu konzentrieren, sodass dieser Prozess auch ohne ein ungewöhnliches weiteres Anwachsen des Reichtums früher oder später zu einer Oligarchie führen müsste.

Zunächst ist da wieder die irrtümliche Ansicht zu bekämpfen, als ob schon in den letzten Menschenaltern oder in der Gegenwart ein solcher Zustand, d. h. ein Anhäufen des Reichtums in allzu wenigen Händen, eingetreten wäre. Die Kolossalvermögen von heute sind absolut genommen nicht erheblich grösser als die in den vergangenen Epochen, aber sie haben heute eine viel geringere relative Bedeutung. Die heutigen Nationalvermögen sind ungleich grösser als die früherer Zeiten, so dass die Kolossalvermögen der wenigen Krösusse einen viel geringeren Bruchteil der Nationalvermögen ausmachen. Der Geldwert ist heut geringer, so dass gleiche Geldsummen viel weniger zu besagen haben als in früheren Epochen. Den wenigen Krösussen steht jetzt eine sehr viel grössere Zahl von Reichen gegenüber als in irgend einer früheren Periode, die zwar nicht kolossal reich, aber doch mehr als wohlhabend sind, und unter ihnen steht ein wohlhabender Mittelstand und ein besser situierter Arbeiterstand als im Altertum. Das relative Übergewicht der Kolossalvermögen über die anderen Stände ist also in jeder Hinsicht geringer als früher. Vor allen Dingen ist aber die werbende Kraft des Kapitals und die von ihr abhängende innere Vermehrungsfähigkeit desselben jetzt sehr viel geringer als in früheren Epochen; denn der Zins ist jetzt nur $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{10}$, der über den Zins überschliessende Reinertrag der Unternehmungen nur $\frac{1}{50}$ bis $\frac{1}{100}$ so gross als in früheren Epochen, und es dauert jetzt etwa vierundzwanzigmal

so lange, bis ein Kapital sich im Geschäft verdoppelt und neunmal so lange, bis es sich durch zinsbares Darlehn auf Zinseszins verdoppelt. Allerdings sind die Nationalvermögen jetzt sehr viel grösser, sodass auch bei erniedrigtem Zinsfuss grössere absolute Beträge als früher jährlich an Zinsen eingehen, aber diese verteilen sich auf alle Stände, die in irgend welchem Masse Kapital besitzen, sodass nur ein kleiner Teil davon auf die kolossal Reichen kommt.

Die Erfahrung lehrt, dass zu allen Zeiten die kolossalen Reichtümer nicht allzu lange im Besitz derselben Familien geblieben sind. In der Regel zersplittern, verschwenden oder verlieren schon die Enkel die Reichtümer, zu denen ihr Grossvater den Grund gelegt, und die ihr Vater auf ihren Höhepunkt gebracht hat. Wirtschaftliche Unfähigkeit, Überdruß am Besitz, Verschwendungssucht, Schmarotzertum, gleiche Erbteilung unter die Deszendenten und Zersplitterung beim Mangel an Deszendenten pflegen getrennt oder vereint auf die Auflösung der Kolossalvermögen hinzuwirken. Dass sich Kolossalvermögen längere Zeit in derselben Familie behaupten, wie bei den Rothschilds, wird mit Recht als eine besondere Ausnahme angestaunt. Religiöser Sinn und Familienpietät müssen in solchen Fällen zusammenwirken, um den Kolossalvermögen thatsächlich eine Art von fideikommissarischer Gebundenheit zu verleihen, die sie gesetzlich nicht erlangen können und die der geistigen Atmosphäre des meist in diesen Kreisen herrschenden Liberalismus und Individualismus widerstrebt. Das Geschlecht darf trotz der Verführungen des Reichtums weder degenerieren, noch unfruchtbar werden, noch auch allzu fruchtbar sein, Bedingungen, die sich selten vereinigt finden. Wie jeder Mensch selbst beim Zweikindersystem 8 Urenkel und 16 Ururenkel hat, so hat auch jeder 8 Urgrosseltern und 16 Urureltern; dadurch allein gleichen sich alle Besitzunterschiede des mobilen Vermögens stetig wieder aus — um wie viel rascher bei normalen Kinderzahlen.

Vor dem Wiederauseinanderrinnen sind die Kolossalvermögen nur dann dauernd zu schützen, wenn sie in Grund und

Boden angelegt, d. h. in Latifundien umgewandelt und als solche fideikommissarisch geschützt werden. Dies war zu Zeiten, wo der Grundbesitz den bei weitem grössten Teil der Nationalvermögen ausmachte, annähernd möglich; heute, wo der Grundbesitz nur noch einen kleinen Teil der Nationalvermögen darstellt, ist das auch nicht mehr annähernd möglich. Die Krösusse können sich zwar noch Latifundien anschaffen und diese fideikommissarisch binden, aber der Wert dieser Fideikommisse kann nur noch einen kleinen Teil des Wertes der Kolossalvermögen darstellen. Es ist gar nicht soviel Grund und Boden da, um alle etwaige Nachfrage zu befriedigen; die zeitweiligen Besitzer sind grossenteils gar nicht gewillt oder nicht berechtigt, das Erbe ihrer Väter zu verkaufen und die Krösusse wollen teilweise gar keine grösseren Kapitalien in Grundbesitz festlegen, am wenigsten zu überteuerten Preisen. Es kommt hinzu, dass die Gesetzgebung notwendig demnächst Schritte thun muss, um die, wenn auch langsam fortschreitende Latifundienbildung zunächst zu hemmen und weiterhin auf Zerlegung der bestehenden Latifundien beim Erbgang hinzuwirken. Die zu Gutsbesitzern gewordenen Nachkommen der Krösusse würden also über kurz oder lang doch zu Grundbesitzern gewöhnlichen Schlages herabsinken, und nimmermehr können jetzt noch mobile Kolossalvermögen durch Umwandlung in Grundbesitz in derselben Familie festgehalten werden.

Es ist weiterhin nicht ausser Acht zu lassen, dass die innere Vermehrungsfähigkeit des mobilen Kapitals gegenwärtig mehr als jemals durch Besteuerung eingeschränkt ist. Wie viel Unvollkommenheiten unser heutiges Steuersystem noch aufweisen mag, so kann man doch sagen, dass noch in keiner Periode der Geschichte das Problem der billigen und gerechten Verteilung der Steuerlast auf alle Bevölkerungsklassen in einem der Vollkommenheit sich soweit annähernden Grade gelöst worden ist wie jetzt. Der Reiche zahlt jetzt in Preussen 4⁰/₀ Staatseinkommensteuer und daneben eine Vermögenssteuer von $\frac{1}{2}$ ⁰/₀₀, die bei 4⁰/₀ger Verzinsung $1\frac{1}{4}$ ⁰/₀ des Zinseinkommens ausmacht. Nehmen wir an, dass die Gemeinde, in der er

wohnt, ebenfalls 4 ‰, der Kreis $1\frac{1}{3}$ ‰ erhebt, so macht das schon $10\frac{7}{12}$ ‰. Dazu kommt dann noch die Gebäudesteuer für das von ihm bewohnte Haus, die man mit Gemeinde- und Kreiszuschlägen mindestens auf 1 ‰ des Zinseinkommens veranschlagen muss. So wird das Zinseinkommen des Reichen bloss durch die direkten Steuern um beinahe 12 ‰ gekürzt, d. h. er empfängt statt 4 ‰ wenig mehr als $3\frac{1}{2}$ ‰; in manchen Gemeinden, die ein Vielfaches der Staatssteuer erheben, kann seine wirkliche Einnahme bis auf 3 ‰ sinken. Erzielt er aber aus Handel, Gewerbe oder Bergwerken eine höhere Verzinsung seines Kapitals, so treten dafür wieder die Abzüge der Gewerbe- und Bergwerkssteuer für Staat und Gemeinde hinzu.

Noch nie zuvor haben reiche vollberechtigte Staatsbürger von den Erträgen ihrer nicht in Landwirtschaft angelegten Kapitalien ähnliche Abgaben zahlen müssen, welche die innere Vermehrungskraft derselben um $\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{4}$ herabsetzen. Es ist keine Aussicht dazu, dass diese Abgaben sich in der nächsten Zukunft verringern, weit eher dazu, dass bei weiterem Wachsen der Staatsausgaben die Lasten des Kapitals noch weiter erhöht werden, sei es durch Erhöhung der Vermögenssteuern oder durch Steigerung der Progression der Einkommensteuer, sei es durch Einführung einer Erbschaftssteuer für direkten Erbgang, sei es in anderer Form. Auch in dieser Hinsicht ist deshalb weniger als je zuvor eine allzu starke Vermehrung und Anhäufung der Reichtümer zu befürchten, da sie selbst und ihre Erträge mehr als je durch direkte Steuern angezapft werden. Man wird im nächsten Jahrhundert weit eher einen Prozess der gleichmässigen Verteilung der in diesem Jahrhundert erworbenen und angehäuften Reichtümer beobachten, als einen solchen ihrer zunehmenden Konzentration in immer weniger Hände.

4. Die Zukunftsaussichten der Reichen auf politische Vorherrschaft.

Noch weniger wäre es gerechtfertigt, zu besorgen, dass die vorhandenen Reichen oder ihre Nachkommen einen ungewöhnlich

grossen Grad von politischer und sozialer Macht ausüben könnten. Im Altertum, wo die Reichtümer vorzugsweise von der politisch herrschenden Klasse durch Missbrauch der Amtsgewalt erworben wurden, fiel politischer Einfluss und Reichtum ebenso natürlich zusammen, wie im Mittelalter, wo Fürsten und Grafen sich mit der Kirche in den immobilen Reichtum teilten. Aber schon bei dem wesentlich kaufmännischen Reichtum der Reformationszeit fiel politischer Einfluss im Staatswesen nicht mehr mit Besitz zusammen, und die reichen Bürger konnten höchstens noch in ihren städtischen Gemeinwesen eine Plutokratie durchsetzen, falls nicht die Zünfte sie stürzten und durch eine reine oder gemischte Demokratie ersetzten. In der Gegenwart haben die reich gewordenen Erfinder und Grossindustriellen keinen ihrer Bedeutung im Staate auch nur entsprechenden politischen Einfluss mehr, nachdem ihre Arbeiter sich ihrem Einfluss entzogen haben und Demagogen folgen. Der politische Einfluss der haute finance auf die Regierungen, der im Anfang dieses Jahrhunderts auf seiner Höhe, und in der Mitte desselben noch sehr beträchtlich war, schwindet in dem Masse, als die grossstaatlichen Regierungen selbst zu Finanzmächten ersten Ranges emporwachsen und für neue Anleihen immer weniger Zins und immer geringere Provisionen zu zahlen haben.

In Ländern, wo das Parlament grössere Macht hat, wo insbesondere die Konzessionen zu Eisenbahnen und anderen industriellen Unternehmungen nicht wie bei uns im Verwaltungswege, sondern durch Gesetz erteilt werden müssen, bleibt allerdings dem Grosskapital ein politischer Einfluss, der proportional der parlamentarischen Korruption ist, ebenso in Staaten, wo das Beamtentum bestechlich ist, das die Gesuche zu begutachten hat. Aber es ist zu hoffen, dass den Parlamenten die Befugnis zur Mitwirkung bei Konzessionen mit der Zeit auch da entzogen werden wird, wo sie solche jetzt noch besitzen, und dass die Korruption des Beamtentums sich durch Verleihung auskömmlicher Gehälter, lebenslängliche Anstellung und Pensionsberechtigung immer mehr verringern

wird. Dann wird auch proportional der jetzt noch bestehende politische Einfluss des Grosskapitals schwinden. Es ist eher zu befürchten, dass derselbe im nächsten Jahrhundert tief unter das ihm nach seiner sozialen Stellung gebührende Mass hinabsinkt, als dass er zu einer ungehörlichen Vorherrschaft der Reichen führt.

5. Die Ursachen der kapitalfeindlichen Strömung in der öffentlichen Meinung der Gegenwart.

Wenn aber die Sache so liegt, was mag dann der psychologische Grund jener irrtümlichen Voraussetzungen und Befürchtungen sein, aus denen die neuerdings immer weiter um sich greifende sozialdemokratisch-antisemitisch-bodenreformerisch-bauernbündlerische „Kapitalistenhetze“ entspringt, die das hervorstechendste soziale Symptom in der Volksstimmung der Gegenwart bildet? Die Erklärung ergibt sich ziemlich einfach, wenn man erwägt, dass die meisten langsam wirkenden Ursachen sowohl auf physischem wie auf sozialem Gebiet den Höhepunkt ihrer Gesamtwirkung erst dann erreichen, wenn sie bereits aufgehört haben, thätig zu sein. Wie die grösste Sommerhitze nicht zu Johanni, sondern in den Hundstagen, die grösste Winterkälte nicht zu Weihnachten, sondern im Januar und Februar, und die Äquinoktialstürme erst zwei bis sechs Wochen nach den Tag- und Nachtgleichen auftreten, so werden auch nicht die schlechtesten Herrscher entthront und geköpft, sondern ihre Kinder und Enkel. Auch in dem sozialen Leben der Völker brauchen die Ursachen Zeit, um Wirkungen von genügender Spannkraft aufzuhäufen, bei deren Gipfelung die Ursachen selbst oft schon im Rückgange oder gar im Erlöschen sind. Die Urteile der öffentlichen Meinung bilden sich eben nicht aus vorurteilsloser theoretischer Betrachtung der Dinge, sondern sie entspringen aus unklaren Stimmungen und Affekten, die sich erst sehr allmählich in schwer kontrollierbarer Weise in der Tiefe des Volksgemüts herausbilden.

Unter diesem Gesichtspunkt wird auch der jetzt hervortretende Reichenhass verständlich. Noch nie zuvor hat in

einer gleich kurzen Spanne Zeit die Summe der Nationalvermögen der Kulturmenschheit eine gleiche Steigerung erfahren, wie in den letzten drei Menschenaltern; noch nie zuvor ist deshalb der Anlass zum Neide für die Besitzlosen grösser gewesen als jetzt. Dieser Volksneid kann sich nicht gegen abstracte statistische Ziffern richten, sondern er braucht konkrete Anknüpfungen und er findet sie in den Reichen, die er nicht sowohl um ihren Besitz selbst, als um die durch ihn erreichbaren Annehmlichkeiten des Lebens beneidet. Dabei fühlt das Volk instinktiv hindurch, dass dieser Neid eigentlich nichts Schönes und Edles ist, und um sich wegen seines Neides zu rechtfertigen, hebt es die unverhältnismässig Reichen als Gegenstand seines verletzten Gerechtigkeitsgefühls heraus, obwohl diese eigentlich vor den mässig Reichen eudämonistisch nichts voraus haben und darum nicht beneidenswerter als diese sind. Der Reichenhass stützt sich also auf das unbillige Übermass der im letzten Jahrhundert angehäuften Kolossalvermögen und betont die zweifellos auch dabei mituntergelaufene Ausbeutung und das verdienstlose Glück der Erwerber. Dass die Kolossalvermögen nicht grösser sind als in früheren Epochen, aber weniger zu bedeuten haben, dass die Tüchtigkeit bei ihrer Erwerbung eine grössere, die Ausbeutung durch Missbrauch politischer Stellung und durch Zins- und Waarenwucher aber eine weit geringere Rolle gespielt haben als in einer der früheren Epochen, dass früher die Reichtümer unter Verarmung des Volkes, jetzt aber unter Bereicherung desselben errungen worden sind, das Alles entzieht sich der Kenntnis des Volkes.

Nun ist es ein weiteres psychologisches Gesetz, dass der Mensch infolge einer gewissen geistigen Trägheit die Fortdauer der zuletzt gewöhnten Zustände erwartet, ohne auf den Wechsel des Irdischen und die Wellenbewegung in Ebbe und Flut Rücksicht zu nehmen. Nach dreiwöchentlicher trockener Sommerhitze will Niemand glauben, dass die nächste Woche Regen bringen kann, nach dreiwöchentlicher Regenzeit dünkt es schier unglaublich, dass die Sonne noch einmal wieder

scheinen werde. In derselben Weise glaubt die Menge, die den Ursachen der Erscheinungen nicht nachgehen kann, dass nach einer längeren Periode wachsender Reichtümeranhäufung dieser Prozess nun auch immer so weitergehen werde, höchstens mit der Tendenz, sich immer mehr in sich zu verschärfen. Treten nun gar Agitatoren auf, die mit dem Rüstzeug der Wissenschaft solche Vorurteile für ihr Parteizwecke auszunutzen bemüht sind, so folgt die urteilslose Masse um so lieber den Neigungen ihres geistigen Beharrungsvermögens, als ihm seine Vorurteile für „wissenschaftlich erwiesene Wahrheiten“ angepriesen werden.

Von vielen anderen Umständen, die dazu beitragen, jenen irrtümlichen Glauben zu stützen und zu verstärken, will ich hier schweigen; das Angeführte dürfte zu seiner psychologischen Erklärung ausreichen.

II. Die Gefahr der Demokratie.

Es ist eine weit verbreitete Ansicht, dass die politischen Gegensätze, welche von der französischen Revolution des vorigen Jahrhunderts bis zum Jahre 1866 im Vordergrund standen, in unserem öffentlichen Leben abgewirtschaftet und sozialen Gegensätzen das Feld geräumt haben. In der That führen die alten Parteien nur noch ein Schattendasein, und was sich an ihre Stelle setzen zu wollen scheint, gruppiert sich zunächst sichtbar nach der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen. In einer Zeit des verschärften wirtschaftlichen Wettbewerbs ist es ja begreiflich genug, dass der Kampf um's Dasein in der Arbeitsgesellschaft als die nächste und dringendste Sorge erscheint.

Aber der Mensch lebt nicht von Brot allein. Schon dass konfessionelle Gegensätze fortfahren, die Parteigruppierung zu bestimmen (ultramontan, evangelisch-orthodox, liberal-protestantisch, jüdisch-freisinnig, atheistisch-sozialdemokratisch), deutet darauf hin, wie sehr ideale Faktoren mit den wirtschaftlichen konkurrieren. Es könnte wohl sein, dass unter der Oberfläche des sozialen Parteigetriebes doch auch ideale Faktoren politischer Art eine wirksame Rolle spielen, und dass gerade sie es sind, die den längst vorhandenen sozialen Gegensätzen die Kraft verleihen, sich eben jetzt an die Oberfläche zu drängen. Unter den Gegensätzen „konservativ und liberal, absolut und konstitutionell, monarchisch und republikanisch“ wird man allerdings diese treibenden Ideen nicht suchen dürfen, da sie sich beträchtlich abgestumpft haben und zum Teil nur noch

künstlich durch die alten Parteien und ihre Presse am Leben erhalten werden. Man wird die geheimen politischen Triebfedern der sozialen Gährung vielmehr in derjenigen Richtung suchen müssen, in welcher die politische Bewegung des letzten Jahrhunderts trotz aller sekundären Gegensätze und episodischen Zwischenvorgänge stetig fortgeschritten ist. Dies ist aber die Demokratisierung des öffentlichen Lebens.

Die französische Revolution des vorigen Jahrhunderts liess erst den dritten Stand in demokratischer Verkleidung auf die politische Bühne treten, weil der vierte Stand noch viel zu dumpf und bewusstlos dahinlebte, um sich an der Demokratie aktiv zu beteiligen; sie richtete sich also ausschliesslich gegen die Grundaristokratie. Die Revolution von 1848 dagegen wandte sich vorzugsweise gegen die inzwischen in die Höhe gelangte Geldaristokratie, die nun mit der restaurierten Grundaristokratie verbündet war; hier kehrte sich also bereits der vierte Stand gegen den dritten und ersten. Der Kommuneaufstand von 1871 brachte etwas ganz Neues, denn er richtete sich nicht wie vorher gegen monarchisch gestützte Stände, sondern gegen eine republikanische Bureaukratie; es war der Ausbruch der demokratischen Nivellierungstendenz gegenüber den gebildeten Volkselementen (Advokaten, Journalisten und Beamten), die beim Zusammenbruch des Kaisertums die Zügel der Regierung ergriffen hatten, die Auflehnung der ungebildeten Masse gegen die Bildungsaristokratie, die im Beamtenstand ihre festeste Stütze hatte. Mit Grundaristokratie, Geldaristokratie und Bildungsaristokratie sind aber die drei Formen der Aristokratie erschöpft; das Bestreben zur Demokratisierung ist erst dann vollständig, wenn es sich gegen alle drei gleichmässig kehrt. Die absolute Monarchie, die den Stützpunkt der Grundaristokratie, die konstitutionelle Monarchie, die das Eldorado der Geldaristokratie darstellte, und die zentralisierte parlamentarische Republik, in der die Bildungsaristokratie ihre günstigsten Chancen findet, sind von der Demokratie nur nebenbei mitbekämpft worden, weil sie der Aristokratie zur Stütze dienten, gegen welche sich eigentlich der demokratische Angriff richtete.

In Deutschland wiederholte sich mehr in allmählichen friedlichen Kämpfen, was sich in Frankreich unter gewaltsamen Krämpfen vollzogen hatte. Das Jahr 1848 führte den lange vorbereiteten Sieg der allmählich erstarkten bürgerlichen Geldaristokratie herbei, indem es die Alleinherrschaft der Grundaristokratie im Staate brach und eine konstitutionelle Monarchie mit einem plutokratisch gefärbten Klassenwahlsystem errang. Diese Verfassung gewährte dem liberalen Bürgertum die Handhaben zur weiteren Bekämpfung des konservativen Junkertums, bis die Errichtung des Norddeutschen Bundes mit seinem allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlrecht den Triumph des vierten Standes über den dritten vorbereitete. Die Kaiserkrone sollte mit einem Tropfen demokratischen Öles gesalbt werden, und man ahnte nicht, wie bald dieses demokratische Öl vom Tropfen zum Ozean anschwellen würde.

In England vollzog sich eine ähnliche Umwälzung durch Erweiterung des Wahlrechts in drei Stufen, das im Anfang dieses Jahrhunderts noch auf einen geringen Prozentsatz der Bürger beschränkt war, und jetzt praktisch dem allgemeinen Stimmrecht nahe kommt. In neu errichteten kleineren Staaten hat man sogleich den demokratischen Grundsätzen im weitesten Masse Rechnung getragen; in einigen älteren Staaten ist eine demokratische Erweiterung des Stimmrechts im Werke oder bereitet sich doch vor. Die Schweiz hat sich in diesem Jahrhundert mehr und mehr aus einem lockeren Staatenbunde aristokratisch regierter Kantone in einen demokratischen Bundesstaat umgewandelt. In Österreich liegt die Zukunftsgefahr für den Gesamtstaat nicht in der Spannung zwischen den verschiedenen Nationalitäten, für die sich ebenso gut wie in der Schweiz ein Ausgleich finden liesse, sondern in der Herrschaft der extremdemokratischen Parteiströmungen, die in einem Teil der Nationalitäten die Führung bereits an sich gerissen haben, in anderen sich vorbereiten, dies zu thun.

Noch wichtiger als die Veränderungen im Wahlrecht sind die Machtverschiebungen im staatlichen Einfluss und die fort-

schreitende Gewöhnung der Regierungen und Parteien an die politische Macht des vierten Standes. Es war nicht genug, dass die besitzlose Masse das Wahlrecht erhielt, sie musste auch erst lernen, dieses Recht im Interesse ihrer Machtentfaltung zu gebrauchen. Denn zunächst machte sie entweder gar keinen Gebrauch von dem neuen Recht (wie besonders aus der geringen Wahlbeteiligung der preussischen Wähler dritter Klasse hervorgeht), oder sie machte einen, der einer der alten Parteien diente, wobei der altgewohnte Einfluss der Behörden und Arbeitgeber noch fortwirkte. Nur allmählich konnte den niederen Ständen das Bewusstsein aufdämmern, welche gewaltige Waffe ihnen in die Hand gegeben war. Erst seit Verleihung des allgemeinen geheimen Wahlrechtes hat bei uns die Demokratie angefangen, ihre Glieder zu dehnen und zu recken und sie bereitet sich noch immer erst zum Erwachen und zum Antritt des Erbes der alten Parteien vor. Die nächste Folge ist das imperative Mandat, das im Widerspruch mit der Reichsverfassung in allen stark umstrittenen Wahlkreisen schon jetzt besteht. Die Kandidaten werden so lange hin und her examiniert, bis sie sich für die in der nächsten Legislaturperiode entscheidenden Fragen auf ein bestimmt verklausuliertes Programm verpflichtet haben. Wollen sie dann später nach reiflicher Erwägung des Gesamtwobles und der veränderten Umstände als Abgeordnete von diesem Programm abweichen, so wird ihnen das von den getäuschten Wählern als ehrloser Wortbruch ausgelegt.

In England und Frankreich sind jetzt alle Regierungsmassregeln sichtlich beeinflusst durch die Erwägung, welchen Eindruck sie auf die breiten Wählermassen machen werden. Die alten Parteien verleugnen oft geradezu ihre Grundsätze, um den Wünschen der Wählermassen entgegen zu kommen, und geraten insbesondere bei bevorstehenden Neuwahlen in eifrigen Wettbewerb um die Gunst des „Stimmviehs“. England ist auf dem besten Wege, einen völligen Bruch mit allen Überlieferungen seiner Vergangenheit zu vollziehen und vom wirtschaftlichen Individualismus zum Staatssozialismus hinüber

zu schwenken, bloss weil die Parteien einander im Umbuhlen des vierten Standes den Rang abzulaufen suchen. In Frankreich zeigen alle Regierungen eine greisenhafte Schwäche und scheuen selbst vor offenbaren Rechtsbeugungen nicht zurück, sobald es sich darum handelt, eine aufgeregte Arbeitermasse gütlich zu beschwichtigen.

Gleichwohl haben in England die wichtigsten Arbeitervereine, die alten Gewerkvereine der Arbeiteraristokratie, sich von Politik ziemlich fern gehalten, und das Verlangen nach staatlicher Regelung der Arbeitsverhältnisse beginnt erst ganz neuerdings sich in den schlechter situierten Arbeitermassen und ihren neuen Gewerkvereinen zu regen, die sich ganz an das Vorbild der deutschen Sozialdemokratie anschliessen zu wollen scheinen. In Frankreich haben die Arbeiter bis jetzt immer erst dann politisch einzugreifen verstanden, wenn es galt, eine neue Revolution vorzunehmen; erst seit den letzten Wahlen tritt die Tendenz deutlicher hervor, nach Art der deutschen Sozialdemokratie durch Eroberung von Abgeordnetenmandaten in die Gesetzgebung einzugreifen. Man kann also sagen, dass in England und Frankreich, wenigstens im Zustande inneren Friedens, bis jetzt die sozialen Tendenzen im vierten Stande überwogen haben, und die politischen Tendenzen erst neuerdings beginnen, auf die soziale Organisation grösseren Einfluss zu üben.

Anders in Deutschland, wo die soziale Bewegung später auftreten musste als in den wirtschaftlich vorangeschrittenen Westmächten. Bei uns sind alle sozialen Organisationen des vierten Standes aus politischen Tendenzen entsprungen. Die alten Handwerkervereine, Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und die Schulze-Delitz'schen Genossenschaften, waren zunächst künstliche Schöpfungen der preussischen Fortschrittspartei, d. h. der bürgerlichen Pseudodemokratie, die hiermit die Arbeiter ihren politischen Zwecken dienstbar machen und sie an ihre Fahne fesseln wollte. Was sich davon als lebensfähig erwiesen hat, sind nur die Genossenschaften, soweit sie dem Mittelstande, aber eben nicht dem Arbeiterstande als solchen,

zu Gute kommen. Die ultramontane Partei schuf die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine, ebenfalls nur, um die soziale Bewegung für politische Zwecke als Vorspann zu benutzen und das Stimmvieh fester in der Hand zu halten.

228 < Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich von Anfang an die Unterordnung der gegenwärtigen sozialen Interessen des Arbeiterstandes unter die politischen Parteiziele zum Grundsatz genommen; nicht nach Wohlfahrt, sondern nach Macht, wenn auch auf Kosten der Wohlfahrt, sollte gestrebt werden, allerdings mit der phantastischen Aussicht, dass der errungenen Macht auch die Wohlfahrt in utopischem Sinne nachfolgen werde. Schon kann man es aber zwischen den Zeilen lesen, dass die ursprünglich als Lockmittel benutzten und auch jetzt noch nicht zu entbehrenden utopischen Zukunftsträume ebenso wie die wunderliche Fiktion vom Erlöschen des Staates in der sozialdemokratischen Gesellschaft von den sozialdemokratischen Führern heute nur noch mit dem Lächeln der Auguren für die blöde, illusionsbedürftige Masse festgehalten werden. Als einzig greifbares Ziel der ganzen sozialdemokratischen Bewegung bleibt der letzte Übergangszustand ihres Programmes übrig, den die Führer als Durchgangsstufe zur Erfüllung der Ideale für unentbehrlich erklärt haben, d. h. die „Diktatur des Proletariats“, oder die reine Demokratie als die Herrschaft der zahlreichsten Volksschicht über die minder zahlreichen.

< Auch die evangelisch Konservativen haben versucht, auf demokratischer Grundlage Organisationen des vierten Standes zur Unterstützung ihrer Partei in den Wahlen zu schaffen. Die christlich-soziale Bewegung war anfänglich wohl als eine Nachahmung des katholisch-sozialen Vorbildes gedacht; auch der antisemitische Anstrich, die mittelalterlich-reaktionären Bestrebungen zur Wiederherstellung der Zünfte, und die Betonung der Interessen der kleinen Landwirte waren Züge, die der katholischen Partei immer angehaftet hatten und dieser bloss abgelauscht wurden. Aber die Konservativen hatten mit diesen Versuchen ebensowenig Glück wie die Freisinnigen mit den ihrigen. Die Massen ahnten es doch, dass sie Interessen

dienstbar gemacht werden sollten, die im Grunde nicht die ihrigen waren. Die zünftlerische Bewegung kam wegen ihrer inneren Schwierigkeiten nicht weiter und die evangelisch-sozialen Organisationen führten ein kümmerliches Dasein. Der Antisemitismus aber riss sich von seinem Pflegevater, der konservativen Partei, los, sobald dieser ihn soweit aufgepäppelt hatte, dass er auf eigenen Beinen stehen konnte, und wendete sich als undankbarer Sohn gegen ihn, um ihn aus seinen festesten Wahlkreisen zu verdrängen. Die kleinen Landwirte fangen endlich an einzusehen, dass die konservativen Grossgrundbesitzer und die Ultramontanen im Grunde andere Interessen haben als sie, und besinnen sich auf eine selbständige Interessenvertretung in Bauernvereinen. Der Antisemitismus und die Bauernvereine vertreten also die demokratischen Bestrebungen der ländlichen Arbeiter, Handwerker, Kleinbesitzer und Bauern, mit einem Wort eine ländliche, agrarische Demokratie, im Gegensatz zu der städtischen, industriellen Sozialdemokratie. Diese Bewegung steht noch in ihren Anfängen, dürfte sich aber leicht zu einer Macht auswachsen, die derjenigen der Sozialdemokratie ebenbürtig, wenn nicht überlegen werden könnte.

Wir sehen somit diejenigen Parteien, die es verschmähen, sich auf demokratische Agitation zu stützen, allmählich zurückgehen, diejenigen aber, welche mit der Demokratie in irgend einer Form sich einlassen und mit den Mitteln demagogischer Agitation die Massen zu bearbeiten suchen, im Kampfe mit den wirklich demokratischen Agitatoren mehr und mehr Terrain verlieren. Wo es sich um Demagogie handelt, ist der unverschämteste Lügner, der frechste Verleumder, der grösste Maulheld, der lauteste Schreier und der rücksichtsloseste Hetzer, der die gemeinsten und niedrigsten Leidenschaften der Masse zu erregen weiss, allemal dem gemässigt Auftretenden überlegen; darum ist es auf die Dauer unabwendlich, dass in der Agitation die extremsten Parteien den Sieg behalten. Die alten Parteien empfangen aber in dieser Verdrängung durch extreme die wohlverdiente Strafe dafür, dass sie der Demokratie die Wege gebahnt haben.

224

Die katholische Kirche stellt eine der aristokratischsten Einrichtungen der Welt dar, die neuerdings mehr und mehr eine autokratische Spitze herausgebildet hat. Wenn sie ihren Prinzipien soweit untreu geworden ist, um die demagogisch bearbeiteten Massen als Sturmbock gegen den paritätischen Staat und die nichtkatholischen Parteien zu missbrauchen, so geschieht es ihr ganz recht, dass es in den Reihen der Beichtschafe gährt und die von Priestern geschulte Demokratie sich auch in katholischen Wahlkreisen vom Gängelbände der Kirche zu emanzipieren und auf eigene Füße zu stellen versucht. Die aristokratischen Elemente der Zentrumspartei schwinden mehr und mehr zusammen oder werden mundtot gemacht durch die demokratischen. Innerhalb dieser macht sich den kirchlichen Führern zum Trotz eine extreme demokratische Richtung geltend, die wohl im nächsten Jahrhundert die Führung übernehmen dürfte. Ausserhalb des Rahmens der Partei aber ringt sich in Zentrumswahlkreisen eine bäuerliche Demokratie in die Höhe, die in politischen Dingen der Kirche den Gehorsam kündigt.*)

Die konservative Partei ist zusammengewachsen aus den Überresten des legitimistischen Royalismus, der feudalen Aristokratie und der absolutistischen Bürokratie, die alle drei den Parteien mit demokratischen Gepflogenheiten gleich abhold sein müssten. Wenn trotzdem die Konservativen sich auf christlich-soziale, antisemitische und neuerdings sogar auf agrarische Demagogie sans phrase eingelassen haben, so können sie sich nicht beklagen, dass sie dabei den Kürzeren ziehen und den Abfall von ihren Grundsätzen vergeblich vollzogen haben.

Die freisinnige Partei hat allerdings nicht nötig gehabt, von ihren Grundsätzen etwas zu opfern, da sie sich von jeher als bürgerliche Demokratie geberdet hat. Aber sie ist es, die der eigentlichen Demokratie die Waffen geschmiedet und das Feld vorbereitet hat. Sie befand sich und befindet sich noch in dem Wahne, als ob die doch bloss eine Minderheit des

*) Vgl. „Das sittliche Bewusstsein.“ 2. Aufl. S. 517—518.

Volkes bildende Bourgeoisie (als Einheit des wohlhabenden Bürgertums und Mittelstandes) jemals eine wahre Demokratie begründen könnte, als ob die niederen Volksschichten sich auf die Dauer in den Dienst der Interessen einer Minderheit zwingen liessen. An diesem Widerspruch eines aristokratischen Inhaltes und einer demokratischen Form muss sie unweigerlich zu Grunde gehen, so weit sie es nicht vorzieht, sich von der echten Demokratie zunächst in's Schlepptau nehmen zu lassen, um schliesslich ganz in ihr aufzugehen.

Die nationalliberale Partei hat zwar ihren bürgerlich-aristokratischen Charakter vor der demagogischen Praxis besser bewahrt, aber sie hat doch immer noch den einen Widerspruch auf sich geladen, trotz ihrer aristokratischen Tendenzen sich für ein schlechthin demokratisches Wahlrecht zu begeistern und dieses auch jetzt noch trotz aller üblen Erfahrungen für unantastbar zu halten. Dieser eine Widerspruch genügt aber, um auch ihren Untergang zu besiegeln, denn das allgemeine gleiche Wahlrecht muss je länger je mehr die nationalliberalen Abgeordneten ebensogut wie die konservativen und freisinnigen und katholisch-feudalen vor solchen der demokratischen Parteien verschwinden lassen.

Diejenigen Parteien, denen in nicht ferner Zukunft die Mehrheit des deutschen Reichstages wie der Einzellandtage gehören wird, und die jetzt schon nahe daran sind, diese Mehrheit zu erringen, sind also lauter demokratische Parteien. An der Spitze die enigste und vorläufig stärkste der rein demokratischen Parteien, die internationale, vaterlandslose, konfessionslose Sozialdemokratie; neben ihr die Überreste der bürgerlichen Demokratie, die freisinnige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei, die letztere mit antipreuussisch-partikularistischem Anstrich; ihnen gegenüber die ländliche und zünftlerische Demokratie, die Antisemiten, Deutschsozialen, Bauernbündler und katholisch-partikularistischen Demokraten. Noch gehen alle diese Strömungen weit auseinander; kein Wunder, da sie alle noch so jung sind, und manche erst von gestern datieren. Aber als gemeinsamer Zug verbindet sie die

demokratische Tendenz, der Hass gegen die Grundaristokratie, Geldaristokratie und Bildungsaristokratie, und die Sehnsucht, für die niederen Stände die Herrschaft im Staatsleben und mit ihrer Hilfe auch eine gehobene wirtschaftliche Stellung zu erringen. Soweit sie soziale Ziele verfolgen, trennen sich vor der Hand ihre Wege; aber in der Masse, als sie sich der gemeinsamen demokratischen Tendenz bewusst werden, wird dieser gemeinsame politische Grundzug hinreichen, sie auch zu gemeinsamer politischer Wirksamkeit zusammenzuschweissen, und wird sie schliesslich lehren, ihre sozialen Meinungsverschiedenheiten durch Kompromisse auszugleichen.

235
239

Der Sozialdemokratie kommt es vor allem auf Konfiskation der in den fabrikmässigen Produktionsmitteln angelegten Kapitalien an, den Antisemiten in erster Reihe auf Konfiskation der im Handel steckenden Kapitalien; die Bauernbündler können schliesslich nur bei der Forderung münden, dass der nach dem Rezept der Bodenreformer vom Staat zu konfiszierende Grossgrundbesitz in bäuerliche Einfamiliengüter aufgeteilt werde. Wenn aber die Sozialdemokratie sich erst überzeugt hat, dass die agrarische Demokratie durchaus nicht auf individuelles Grundeigentum verzichten und von der Umwandlung der eigenen Bauernhöfe in Staatspachtgüter schlechterdings nichts wissen will, dann wird sie sich auch zu einem Bündnis mit den übrigen Richtungen auf Grund eines Programms bequemen, nach welchem das bestehende bäuerliche Grundeigentum vorläufig unangetastet bleibt, Handel und Industrie aber verstaatlicht wird, und der vom Staate zu konfiszierende Grossgrundbesitz in bäuerliche Pachtgüter umgewandelt oder in freie Bauerngüter aufgeteilt wird.

In diesem politischen Zusammenwirken der demokratischen Strömungen liegt die eigentliche Gefahr unseres künftigen Staatslebens, nicht in dem Gespenst einer Plutokratie, das die demokratische Presse an die Wand malt, und das keine Ausichten hat, Fleisch und Blut zu erlangen. Wenn die Herrschaft der vereinigten Demokratie sich verwirklichen sollte, dann wäre es mit dem bürgerlich-liberalen Traum von einem

Rechtsstaat gründlich vorbei, wie schon die sozialen Tendenzen der verschiedenen demokratischen Strömungen zeigen, die mit Ausnahme der abgelebten bürgerlichen Demokratie alle auf Vermögenskonfiskation der Minderheit hinauslaufen.

144

Die Demokratie versteht die „Freiheit“ nicht als die Rechtssicherheit eines jeden Staatsbürgers und Schutz vor Willkür Eingriffen Mächtigerer, sondern als Teilnahme an der Herrschaft der Masse über die bisher herrschenden Klassen, oder an der Diktatur des Proletariats. Sie versteht die „Gleichheit“ nicht als die Gleichheit des Rechtes aller zum Emporsteigen in höhere soziale Kulturschichten, sondern als das allgemeine Nivellement, als die Pflicht der kulturtragenden Minderheit, ihren Vorsprung aufzugeben und zu dem Niveau der Masse herabzusteigen. *) Die Demokratie will die errungenen Kulturgüter allen gleichmässig zugänglich machen; indem sie aber damit Unmögliches unternimmt, vernichtet sie dieselben für alle, und wirkt kulturfeindlich ohne es zu wollen. Sie will nicht einsehen, dass aller Kulturfortschritt in der Steigerung der Unfreiheit und Ungleichheit besteht, nämlich der sozialen Unfreiheit und Ungleichheit, während die Befreiung des Menschen von der Natur damit beständig wächst. Anstatt zu der verheissenen Freiheit führt sie zu der schlimmsten Unfreiheit, zu der Abhängigkeit jedes Einzelnen von den Launen eines vielköpfigen Tyrannen und seinen rasch wechselnden Werkzeugen; an Stelle der kulturdienlichen Unfreiheit einer naturwüchsigen sozialen Organisation gewährt sie die kulturschädliche Unfreiheit eines schablonenhaften Mechanismus, dessen Handhabung der Willkür unterworfen ist. An Stelle der Ungleichheit der Glieder eines kunstreichen sozialen Organismus setzt sie die Gleichheit der Exemplare einer Herde. Sie unterwirft die Minderheit achtlos und widerstandslos dem Willen der Mehrheit, der allein Gesetz sein darf und jederzeit geändert werden kann.

145

Schille

16

*) Vergl. das Kapitel „Freiheit und Gleichheit“ in „Das sittliche Bewusstsein“, zweite Auflage, Seite 300—323.

80 Sie denkt selten an die Zukunft, sondern nur an die Gegenwart, weil die Masse von Natur leichtsinnig für den Augenblick lebt. Sie ist unstät und wetterwendisch, weil die Masse von Launen, Leidenschaften, psychischen Ansteckungen und geistigen Epidemien bestimmt wird, aber nicht von Vernunftgründen und noch weniger von der Rücksicht auf geschichtliche Kontinuität der Entwicklung. Sie ist deshalb die ungünstigste Verfassung für eine wirksame auswärtige Politik, weil diese ganz von unverrückter Stetigkeit der Ziele und weitschauender Wahl der Mittel abhängt. Das einzige, was man von der Demokratie zu rühmen weiss, das ist, dass sie den Talenten freie Bahn giebt. Aber welchen Talenten? Doch nur den demagogischen, deren Art bereits oben gekennzeichnet ist. Die Demokratie ist das Paradies der Schreier, Schwätzer, Phraseure, Schmeichler und Schmarotzer, die jedem sachlichen Talent und Verdienst den Weg weit mehr verlegen, als dies in irgend einer anderen Verfassungsform vorkommt. Das Volk fühlt bei längerer Dauer der Demokratie zuletzt instinktiv, dass nicht die Geeignetsten und Würdigsten, sondern die Ungeeignetsten und Unwürdigsten durch die Volkswahl zu einflussreichen Stellungen gelangen, und sucht dann dieser Gefahr dadurch abzuhelpen, dass die Verloosung der Ämter an die Stelle der Wahl gesetzt und die Amtsdauer möglichst abgekürzt wird.

7182 Aber auch diese Massregeln ziehen noch nicht die letzten Konsequenzen aus den demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, da die jeweilige Ämterverteilung doch immer noch den Unterschied von Befehlenden und Gehorchenden übrig lässt. Die volle Freiheit ist für den Menschen erst da erreicht, wo niemand mehr ihm etwas zu befehlen hat, auch nicht ein für kurze Zeit durch das Loos bestimmter Beamter. Die volle Gleichheit ist erst da verwirklicht, wo keiner ein grösseres Recht hat, dem anderen zu befehlen, als dieser ihm, d. h. wo niemand mehr dem anderen etwas zu sagen hat. Die letzte Konsequenz der Demokratie ist also erst die Anarchie. Die Demokratie braucht nur so lange Herrschaft des Volkes oder

Diktatur des Proletariats zu sein, als noch aristokratische Elemente im Volke vorhanden sind, die durch Gewalt niedergehalten werden müssen. Überall aber, wo der Widerstand gegen die Demokratie endgiltig gebrochen und die Minderheit zum Kulturniveau der Masse glücklich hinabgezerrt ist, da muss eine anarchistische Strömung innerhalb der demokratischen Organisation sich geltend machen, welche die zum Siege nützliche Organisation für überflüssig und prinzipwidrig nach vollendetem Siege erklärt. Die schon jetzt bei uns vorzeitig hinter der Sozialdemokratie auftauchende anarchistische Partei verhält sich zu dieser genau so, wie die Sozialdemokratie zur bürgerlichen Demokratie. Die Anarchie ist aber nichts weiter als die Wiederfreigebung des durch das Staatsleben eingedämmten Kampfes aller gegen alle, oder die Rückkehr zum vorpolitischen Urzustande der Menschheit, d. h. die Preisgebung der gesamten Kulturgeschichte und aller ihrer mühsamen Errungenschaften. Nur Träumer und Schwärmer können wähnen, dass die entfesselte Bestie der Menschennatur sich fein zierlich und manierlich betragen und von ihrer unbeschränkten Freiheit aus kluger Berechnung keinen anderen Gebrauch machen werde, als der allen willkommen und dienlich ist.

Wenn man oft den Ausspruch hört, dass die „inneren Vandalen“, von denen die moderne Kultur allein ihre Vernichtung zu befürchten hat, in den Sozialisten, Kommunisten, Kollektivistern u. s. w. zu suchen seien, so ist das offenbar nicht zutreffend, soweit diese Parteien rein sozialer Natur sind. Denn ihre Ideale sind teils unausführbare Schwärmereien, teils realisieren sie sich annähernd von selbst im Laufe der natürlichen Entwicklung, teils sind die aristokratischen Parteien und die Regierungen eifrig am Werke, sie thunlichst schon jetzt der Verwirklichung näher zu führen. Die reinen Sozialisten sind also einerseits ungefährliche Träumer und Schwärmer, andererseits Wegweiser für die humanitären Bestrebungen der aristokratischen Parteien. Gefährlich werden sie nur dadurch, dass sie ihre sozialen Tendenzen zugleich mit demokratischen ver-

schmelzen, und nur in der Masse, als sie dies thun. Die einzigen inneren Vandalen, die die moderne Kultur zu fürchten hat, sind die Demokraten, die jetzt grösstenteils so zahm aussehen und ehrlich in dem Wahne befangen sind, die einmal in's Rollen gebrachte Lawine der demokratischen Bewegung an jedem ihnen genehmen Punkte zum Stillstand bringen zu können.

Die Gefahren der Demokratie können durch verschiedene Umstände gemildert werden. In primitiven Gesellschaftszuständen mit annähernder Gleichheit des Besitzes, der Besitzform und der Bildung kann die politische Gleichberechtigung Aller geradezu als das Natürlichste erscheinen, z. B. in einer rein von Bauern niedriger Kulturstufe bewohnten, geographisch abgeschlossenen und nicht zu ausgedehnten Landschaft. Diese Angemessenheit hört aber auf mit zunehmender Kultur, welche wachsende Unterschiede des Besitzes, der Berufsart und der Bildung nach sich zieht. In Griechenland und Rom war es der dem Volke tief eingewurzelte religiöse Sinn, die abergläubische Furcht vor dem als unförmig Geltenden, die Scheu vor der Heiligkeit der Gesetze und der patriotische Stolz und die Ehrfurcht vor den Traditionen der eigenen Geschichte, vor Allem aber der Umstand, dass das stimmberechtigte Volk nur eine kleine Minderheit, in der That also eine Aristokratie des ganzen, die Sklaven mit umfassenden Volkes ausmachte. Wer die griechisch-römische Aristokratie der freien Minderheit für die echte und wahre Demokratie hält, der muss demjenigen, was die heutige Demokratie anstrebt, den Namen der Demokratie verweigern, und etwa den der Ochlokratie dafür aufheften; denn den Zielen der heutigen Demokratie hätte im Altertum die Herrschaft der emanzipierten Sklaven über die aristokratische Minderheit der freien Bürger entsprochen. In den zünftlerischen Städtedemokratien des Mittelalters war es die Kleinheit der Volkszahl, die Enge des Schauplatzes und die Eingliederung der Stadt in das durchaus aristokratisch organisierte Reich, was die Sache ungefährlicher machte. In Nordamerika ist es die bis zur Bigotterie gehende Religiosität

der Bürger, ihre Scheu vor dem Gesetz und seinen Ausführungsorganen und der koloniale Charakter des Landes, der jedem Unternehmungslustigen und Arbeitsamen einen besonderen Schauplatz der Bethätigung eröffnet, also die unruhigsten Köpfe von der Politik ab auf die wirtschaftliche Selbstförderung hinlenkt.

Alle diese Milderungsmittel fehlen uns im heutigen Europa, insbesondere in Deutschland. Wir haben keine primitive Gleichmässigkeit des Besitzes, der Beschäftigung und der Bildung, sondern eine reich gegliederte soziale Organisation. Wir haben keine Sklaven und keinen genügenden Platz mehr für unternehmungslustige Hände und Köpfe, die deshalb schon zu Millionen ausgewandert sind. Die Religiosität, die Achtung vor dem Gesetze und ihren Vertretern sind in bedenklichem Niedergang; die Anhänglichkeit an das Vaterland wird von einem grossen Teil der Demokratie offen verhöhnt. Von irgend welcher Ehrfurcht für Traditionen, von Verständnis für die allmähliche politische Entwicklung, von geschichtlichem Sinn und einer Pflege geschichtlicher Kontinuität ist in den demokratischen Kreisen nichts zu merken, in denen vielmehr die Neigung herrscht, mit allem geschichtlich Gewordenen reinen Tisch zu machen und alles nach abstrakten Schablonen neu zu konstruieren. Die europäischen Grossmächte gehören nicht wie die mittelalterlichen Städte als Glieder einem aristokratisch regierten politischen Gemeinwesen an; auch liegt keine von ihnen ohne in Betracht kommende Nachbarn auf einem Kontinent für sich, so dass aus einem dieser Gründe die auswärtige Politik wegfiel, in welcher die Schwäche, launische Unstetheit und Unvernunft der Demokratien besonders grell zu Tage tritt.

21

109
110

Deshalb werden, wenn wir wirklich einer Demokratie entgegensteuern, deren Fehler sich in so schroffer und ungebrochener Härte offenbaren müssen, wie wohl noch nie zuvor; infolge dessen wird sie aber auch ihren Lebenslauf um so schneller vollenden, weil ihr die angeführten Verlangsamungsmittel fehlen und ihre unerträglichen Folgen um so rascher

16 und gebieterischer eine Abhülfe fordern werden. Dies ist eine um so bedenklichere Aussicht, als ohnehin von allen Verfassungen die Demokratie die schnelllebigste ist, d. h. diejenige, welche am meisten von allen zu Übertreibungen ihres Prinzipes hinneigt, am schwersten im Hinabrollen in den Untergang aufzuhalten ist und am raschesten alle Zwischenstufen von der Blüte bis zum Verfall durchschreitet.

30
244 Die einzige Abhilfe gegen eine unaufhaltsam in ihre Selbstübertreibung hinabgleitende Demokratie ist der Cäsarismus; in ihm haben noch alle Demokratien geendet und in ihm werden alle künftigen enden. Der Cäsarismus wirkt in der That wie eine Erlösung in jeder Demokratie, die dazu gelangt ist, ihr Prinzip einigermaßen rein auszugestalten. Er ist nicht nur den Resten der früheren Aristokratien willkommen, die in der Demokratie eine beargwöhnte und geknechtete Minderheit bilden, sondern zuletzt auch dem Volke selbst; denn dieses wird bald genug seiner eigenen wankelmütigen Willkür müde und sehnt sich nach irgend welcher Stetigkeit der Verhältnisse, die nun bloss noch die eiserne Faust des Tyrannen ihm verschaffen kann. Aber der auf den Trümmern der Demokratie sich erhebende Cäsar wagt doch selten oder nie den Schein der Demokratie zu zerstören, deren Wesen er vernichtet hat; auch kann er Stetigkeit höchstens für seine Lebensdauer gewähren. Infolge dessen fällt der Staat häufig aus dem Cäsarismus in Demokratie zurück, bis sich ein neuer Cäsar erhebt; oder die Kämpfe verschiedener Cäsaren unter einander ersetzen den Kampf zwischen Cäsarismus und Demokratie. Der Cäsarismus ist deshalb an und für sich durchaus kein wünschenswerter Zustand; aber weil er doch dem Volke längere Ruhepausen, bis zu Jahrzehnten, gewährt, und die Krisen seltener macht, ist er immer noch ein relativ leidlicherer Zustand als die reine Demokratie mit ihrer so zu sagen permanenten Krisis. Eine einköpfige Diktatur ist tausendmal erträglicher als die vielköpfige des Proletariats; denn in Einem Kopfe kann doch wenigstens günstigenfalls die Vernunft herrschen, während in der Masse immer nur die blinde Leidenschaft und der wechselnde

80

Affekt herrscht. In Bezug auf demoralisierenden Einfluss kann aber die reine Demokratie gar nicht übertroffen werden, auch nicht vom Cäsarismus, weil es noch viel mehr entwürdigt, den Launen eines tausendköpfigen Tyrannen zu schmeicheln als denen eines einköpfigen. 80

Ist hiermit die dem politischen Leben aller Kulturvölker drohende Zukunftsgefahr richtig erkannt, dann gilt es, ihr zu begegnen, so lange es noch Zeit ist, d. h. so lange noch in unserem öffentlichen Leben die Kräfte vorhanden sind, die der anstürmenden Demokratie gewachsen sind. Wenn diese Kräfte zusammenhalten, so ist an einen Sieg der Demokratie gar nicht zu denken; wenn sie aber wie bisher fortfahren, einander zu bekämpfen, in diesem Kampfe um die Gunst der demokratischen Parteien zu buhlen und sich auf die selbstmörderische Waffe der demagogischen Agitation zu stützen, dann sind allerdings die Aussichten der Demokratie sehr günstig. 16

Wenn bisher aristokratische und demokratische Epochen in der Geschichte wechseln mussten, so hatte das seinen guten teleologischen Grund. Die Aristokratie hebt die Kultur, verengert aber ihren Kreis, indem sie die aristokratischen Merkmale immer exklusiver fasst. Die Demokratie durchbricht diesen Bann, indem sie die von der Aristokratie errungene Kultur zum Gemeingut aller zu machen sucht, verbreitert also die Bildungssphäre, indem sie damit unwillkürlich und unvermeidlich zugleich die Bildung herabzieht. Eine neu anhebende aristokratische Epoche fusst dann auf einer höheren Kulturstufe der Massen als die vorhergehende, kann also auch auf diesem höheren Bauhorizont ein um so ragenderes Gebäude aufführen. Durch dieses Wechselspiel von Erhebung der Kultur mit Verengung und von Verbreiterung mit Herabsetzung ihres Niveaus ist die Menschheit das geworden, was sie heute ist. Daraus könnte man nur folgern, dass es für den Gesamtfortschritt der Kultur günstig wäre, wenn nach dem bedeutenden Aufschwung des letzten Jahrhunderts in Künsten und Wissenschaften nunmehr wieder eine demokratische Epoche der Ausbreitung käme. Aber dieser Schluss wäre voreilig, weil er 2.5.42

nicht die Unterschiede unserer Epoche von früheren aristokratischen Epochen in Betracht zieht.

139 // Ohne Zweifel stellt das Wechselspiel von verengernder Erhebung und herabsetzender Ausbreitung nicht die ideale Form des Fortschrittes vor, weil in den rein aristokratischen Epochen die Ausbreitung, in den rein demokratischen die Steigerung der Kultur allzuleicht stockt und in ihr Gegenteil umschlägt. Es wäre vielmehr wünschenswert, wenn sich beide Vorteile ohne die zugehörigen Nachteile mit einander verschmelzen liessen. Gerade dies aber ist im letzten Jahrhundert in einem Masse wie nie zuvor angestrebt worden, und die bereits erzielten Früchte ermuntern zum Verharren auf diesem Wege.

27 224 2.
413
641m 2.
Durch die Konkurrenz dreier Aristokratien, der des Grundbesitzes, des Geldes und der Bildung, ist die engherzige Einseitigkeit früherer aristokratischer Epochen ohnehin schon ausgeschlossen. Niemals sind die oberen Stände und die von ihnen geleiteten Staaten und Gemeinden sich in solchem Masse ihrer Pflicht bewusst gewesen, für die Hebung des Kultur-niveaus der Massen, sowohl in Bezug auf ihre wirtschaftliche Lage als auch in Bezug auf ihre Teilnahme an der nationalen Bildung Sorge zu tragen, wie gegenwärtig. Die allgemeine Schulpflicht und Dienstpflicht, die Pflege des Singens und Zeichnens in den Schulen, die Fortbildungsschulen und fachgewerblichen Schulen, die populärwissenschaftliche Litteratur, die Vereinsbestrebungen für Volksbildung und veredelte Volksunterhaltung und nicht zum wenigsten die der Volksbelehrung und Unterhaltung dienenden Zeitschriften legen ein beredtes Zeugnis für diese schon in ihrem jetzigen Anfangsstadium erfolgreichen Bemühungen ab. Die Öffentlichkeit der Parlaments- und Gerichtsverhandlungen, die Press- und Vereinsfreiheit sind allein schon Bürgschaften, die jedes etwaige Bestreben einer exklusiven Aristokratie nach Verengerung der Kultursphäre erfolglos machen müssten.

Wir brauchen nur auf diesem Wege fortzufahren, um für die Verallgemeinerung der Bildung alles überhaupt Erreichbare

auch wirklich zu erreichen. Wird dabei die Demokratie, d. h. die politische Herrschaft der zahlreichsten niederen Volksklassen ferngehalten, so wird dadurch der ungestörte Fortbestand der Aristokratien gesichert und damit zugleich der Vorteil erreicht, dass die Kultur sich in der Minderheit des Volkes zu derselben Zeit erhöhen kann, während welcher sie sich in der Mehrheit ausbreitet. Gerade unsere Zeit ist also durch die in ihr vorhandenen Bedingungen fähig und berufen, die kulturgeschichtlichen Vorzüge der vergangenen aristokratischen und demokratischen Epochen in sich zu vereinigen, aber auch nur dann, wenn ein organisches Gleichgewicht der natürlichen Mächte, die im Staatsleben mit einander ringen, aufrecht erhalten wird. Dass eine einseitige Aristokratie in absehbarer Zeit zum Siege gelangen könnte, ist schon durch die ganzen Zeitverhältnisse und durch die innere Gespaltenheit der aristokratischen Parteien, die sich höchstens zur Abwehr, aber nicht zum Angriff überwinden lässt, ausgeschlossen, nicht aber, dass die reine Demokratie sich durchsetzen könnte. In diesem Falle würde zwar die aristokratische Kultursteigerung in ihr Gegenteil verkehrt werden, aber keine grössere Verallgemeinerung der Bildung erreicht werden können, als durch das Zusammenwirken einer lehrbegierigen Aristokratie mit einem halbgebildeten, bildungsbedürftigen Mittelstande und einer lerneifrigen Masse; es würde dann vielmehr das Kulturniveau der Masse sinken, wenn sie ihre Lehrer erst aus sich erzeugen müsste, weil sie Aristokratie und Mittelstand zu sich herabgezogen hätte.

Niemand denkt heute mehr daran, der Volksmasse dasjenige Mass von mitbestimmendem Einfluss auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten wieder zu entziehen, das ihm nach Massgabe seiner Leistungen für den Staat und seiner Leistungsfähigkeit für dessen Verwaltung gebührt. Niemand will heute noch eine einseitige Klassenherrschaft der vereinigten oder gar der geteilten Aristokratien wieder aufrichten. Die höheren Stände haben aus den Lehren der Geschichte gelernt, dass nur die gemischten Verfassungen die Bürgschaft der Dauer in sich tragen, welche allen Volksklassen nach Massgabe ihrer Leistungen

auch entsprechende Rechte einräumen. Aber gerade aus diesem Grunde ist es geboten, die mächtig anschwellende demokratische Strömung zu bekämpfen, welche eine einseitige Klassenherrschaft der Masse begründen will. Sie ist die einzige von allen politischen Einseitigkeiten, die unter den gegebenen Verhältnissen noch möglicher Weise Aussicht auf Erfolg haben könnte; sie ist aber auch zugleich von allen einseitigen Klassenherrschaften die schädlichste für die Menschheitskultur. Fragt man aber, in welcher Weise dieser Kampf zu führen sei, so entsteht die Aufgabe, sich über unsere Verfassungszustände klar zu werden, den Anteil zu bestimmen, der allen Formen der Leistungsfähigkeit im Staatsleben gebührt, und die Wege aufzusuchen, auf welchen ihnen allen der billiger Weise zukommende Anteil auch wirklich gewährt werden kann.

III. Unsere Verfassung.

105

Die deutsche Reichsverfassung ist ein recht verwickeltes Gebilde. Den abstrakten Idealisten, die stets möglichst einfache Schemata verwirklicht sehen wollen, mag dies ebenso missfallen, wie jenen brutalen Realpolitikern, die nur Einen Willen gelten lassen wollen und in den mannigfachen Reibungen, wie sie ein verwickelter Mechanismus unvermeidlich mit sich bringt, nur Übelstände sehen. Es fragt sich aber doch, ob eine sehr zusammengesetzte und verwickelte Verfassung den thatsächlich höchst komplizierten Verhältnissen des modernen Lebens nicht besser Rechnung zu tragen im Stande ist, als eine einfache. Das Ideal der Verfassung ist zu suchen in der verteilenden Gerechtigkeit, d. h. in einer solchen Gliederung der politischen Rechte, wie sie den thatsächlichen Machtverhältnissen, den staatlichen Leistungen und der politischen Befähigung der verschiedenen Bevölkerungsklassen, Stände, Berufe u. s. w. entspricht. Ein solches Ideal, in dem alle Gegensätze vertreten, aber harmonisch ausgeglichen sind, scheint in einem Grossstaat eher realisierbar durch verwickelte, als durch schablonenhaft einfache Verfassungszustände. Die vermehrten Reibungen, die sich aus der Mannigfaltigkeit der zusammenwirkenden Glieder ergeben, muss man mit in den Kauf nehmen für den Vorteil, dass alle relativ berechtigten Ansprüche auch entsprechende Gelegenheit finden, sich geltend zu machen. Man mag danach trachten, diese Reibungen durch Verbesserung der Funktionsbedingungen auf ein Mindestmass zurückzuführen, aber man wird niemals hoffen dürfen, sie ganz schwinden zu sehen.

70 < Das Deutsche Reich ist weder ein Einheitsstaat, noch ein rein föderativer Staat mit annähernder Gleichberechtigung der Teile. Der reine Einheitsstaat birgt in sich die Gefahr einer allzu straffen Zentralisation und einer schablonenhaften Gleichmacherei, die keine Schonung für die berechtigten Eigentümlichkeiten der Glieder kennt. Der Bundesstaat mit gleichberechtigten Gliedern lässt die staatliche Konzentration, die für Recht und Verkehr wünschenswerte Einheit, insbesondere aber die Zusammenfassung der vollen Kräfte in der auswärtigen Politik vermissen und gestattet Sezessionsgelüsten zu weiten Spielraum. Für ein Staatengebilde, das einen ganzen Kontinent bedeckt, oder für einen bloss durch die Eifersucht der Nachbarn geschützten Kleinstaat mag diese Verfassungsform ungefährlich sein, für einen zwischen erobierungslustigen Grossstaaten eingekeilten Grossstaat wäre sie es sicherlich nicht. Für ein aus vielen verschiedenen Nationalitäten zusammengesetztes Reich mag der Föderalismus sich nach dem Verlassen der absolutistischen Regierungsweise zu guter letzt als unumgänglich für die Verhinderung des Auseinanderfallens erweisen; aber für ein in der Hauptsache einsprachiges Reich wäre er ein offener Fehler.

107 < In unserer Reichsverfassung ist der Föderalismus vorhanden, aber nicht als ein solcher thatsächlich gleichberechtigter Glieder, sondern als ein durch die überwiegende Macht des einen Bundesstaates, durch die Kaisermacht und durch die Personalunion zwischen beiden gebundener. Bei nomineller und rechtlicher Gleichstellung der verbündeten Regierungen drückt sich doch die Verschiedenheit ihrer thatsächlichen Machtstellung schon in der verschiedenen Stimmenzahl aus, die sie im Bundesrate abzugeben haben, noch mehr in dem preussischen Vetorecht. Das moralische Übergewicht Preussens ist aber weit grösser, als es nach seinem Stimmenverhältnis im Bundesrat scheinen könnte. Noch auffälliger ist dies bei der Stellung des Kaisers, dem, abgesehen vom Heerwesen, verfassungsmässig nur geringe Rechte beiwohnen, der aber moralisch eine dominierende Stellung einnimmt, wenn seine Persönlichkeit einigermassen

dazu geschaffen ist, die Vorteile der Lage auszunutzen. Naturgemäss überwiegen nach kriegerischen Epochen im Zeitgeist die unitarischen Tendenzen, während nach längeren Friedensperioden die föderalistischen Neigungen im Volke zunehmen. Der Krieg macht eben die Vorteile einer straffen einheitlichen Machtzusammenfassung allzu deutlich, während die Gewöhnung an Frieden der Pflege der provinziellen Besonderheiten und Stammeseigentümlichkeiten günstig ist. —

Das monarchische Prinzip ist in Deutschland in den Einzelstaaten, das republikanische in dem Gesamtstaat verkörpert. Die einzelnen Bundesstaaten sind mit Ausnahme der drei Hansastädte Erbmonarchien, das Reich dagegen ist eine Republik, deren Präsident den Titel „Deutscher Kaiser“ (nicht „Kaiser von Deutschland“) führt. Die Verleihung des Kaisertitels wurde vom Fürsten Bismarck hauptsächlich deshalb betrieben, damit „das Bundespräsidium“ nicht für ewig ein unpersönliches Neutrum bliebe. Aber der Kaiser ist als solcher nicht Monarch, sondern nur Bundesfeldherr (Herzog) und Bundesvorsitzender; das Kaisertum ist auch nicht eine an und für sich erbliche Würde, sondern Kaiser ist der jeweilige König von Preussen. Wäre in Preussen eine Änderung des Erbkönigtums in ein Wahlkönigtum denkbar, so wäre fortan der gewählte preussische König deutscher Kaiser. Für das Volksbewusstsein hat sich allerdings dieses Verhältnis verdunkelt; es hält sich an die Thatsache der Erblichkeit und betrachtet demgemäss den Kaiser als erblichen Monarchen; ja sogar der Begriff der Legitimität fängt nachgerade an, von dem preussischen König auf den deutschen Kaiser hinüber zu strahlen, der doch mit ihr gar nichts zu schaffen hat. Diese Verschiebung im Volksbewusstsein ist offenbar dem unitarischen Moment innerhalb des deutschen Föderalismus günstig, wogegen die Abneigung mancher süddeutschen Stämme gegen das Preussentum auch das kaiserliche Ansehen in jenen Kreisen beeinträchtigt. Dieser monarchisch-republikanische Mischlingscharakter des deutschen Reiches spielt bis in den Fahneneid hinein, in welchem der Rekrut Treue seinem Monarchen (Landesherrn) und Gehorsam

190

dem Bundesfeldherrn (jetzt Kaiser) schwört. In der nord-deutschen Bundesverfassung trat noch der republikanische Charakter ganz nackt zu Tage; in der deutschen Reichsverfassung ist er zwar der Sache nach geblieben, aber durch die zwei Worte Reich und Kaiser (statt Bund und Bundespräsident) verschleiert.

Niemand wird verkennen, dass es in der Monarchie dem Fürsten leichter als irgend einem Menschen in einer anderen Verfassung gemacht ist, Gutes zu stiften. Er hat keine mit dem Landesinteresse kollidierenden Interessen, hat eine völlig gesicherte Stellung, die keine Nebenbuhler zu fürchten und keine Anhänger zu werben braucht, und kann durch sein Beispiel und durch seine Aufsicht und Anregung unendlich viel thun zur Hebung und Veredelung der Sitten, zur Erziehung und Erhaltung eines pflichttreuen und lauterer Heeres und Beamtenstandes und zur Förderung der Wohlfahrt und Bildung. Dass diese Leistungen der Monarchie mit der Zivilliste teuer oder gar zu teuer bezahlt seien, glaubt niemand mehr, der die weit höheren Kosten für Präsidentenwahlen damit vergleicht und erwägt, dass diese keinen entsprechenden Kulturerfolg verbürgen. Der empfindlichste Übelstand der Monarchie ist die herkömmliche Verquickung der Legitimität mit der Landeskirche, die Solidarität von Thron und Altar, die unvermeidlich zu einer Begünstigung der Frömmerei und Heuchelei und zur Zurücksetzung und Verdächtigung der Unkirchlichen und Konfessionslosen führt. Die schwersten Gefahren, die in der Monarchie schlummern, sind der Missbrauch der Macht durch unfähige oder unwürdige Personen und das Sinken des Staates unter einem untüchtigen oder degenerierten Herrschergeschlecht. Die Gefahren werden offenbar durch eine Art Versicherung verringert, wenn ein Reich nicht von einem Monarchen beherrscht wird, sondern von einer Mehrheit. Es ist wahrscheinlich, dass diese Mehrheit für Wohlfahrt und Bildung mehr leisten wird, als ein einziger vermöchte, und dass unter ihnen immer einige sein werden, die sich durch Tüchtigkeit auszeichnen, so dass abwechselnd bald hier bald dort begünstigte

Mittelpunkte der Kultur hervortreten. Auch die Fälle vollständiger körperlicher oder geistiger Unbrauchbarkeit werden sich in einer Föderation von Monarchien leichter und gefahrloser regulieren lassen als in einem Einheitsstaat, in dem keine gleichberechtigte und ebenbürtige Autoritäten neben den Regierungsunfähigen zu finden sind.

Auf diese Weise ist es wohl denkbar, dass das föderative Moment im deutschen Reiche der legitimen Monarchie eine beträchtliche Kräftigung und Verlängerung ihrer Lebensfähigkeit zuführt. Eine solche ist aber im Interesse der Kultur äusserst wünschenswert. Wir können uns nicht genug gratulieren, dass wir im Gegensatz zu den abgelebten romanischen Dynastien noch eine reiche Zahl germanischer Dynastien von vorläufig gesichertem Bestande besitzen. Wo die Dynastien erst einmal durch Revolutionen entwurzelt sind, da hält es sehr schwer, sie nach neuer Anpflanzung wurzelfest und standsicher zu machen. Wo aber gar die Dynastien völlig entartet oder ausgestorben sind, da ist die Schaffung neuer Herrscherhäuser fast so schwierig wie die Wiederbewaldung entwaldeter Gebirge, deren Erdreich vom Regen abgespült ist, und die Pfropfreiser aus noch vorhandenen Dynastien gewähren doch nur einen mangelhaften Ersatz. Gerade ein Bundesstaat von Monarchien kann ein aussterbendes Fürstengeschlecht weit eher durch Wahl aus dem Kreise der Bundesstaaten ersetzen, als ein Einheitsstaat es aus fremden Reichen vermag. Hoffen wir also, dass die Monarchien uns noch recht lange erhalten bleiben, da ihre Nachteile von ihren Vorzügen weit überwogen werden, dass mit anderen Worten die Zeit, wo die in ihrer Gesamtheit unersetzbaren Dynastien dem allgemeinen irdischen Schicksal des sich Auslebens verfallen, für uns Deutsche noch recht fern gerückt bleibe. Sollte aber dieser Zeitpunkt eintreten, dann dürfen wir uns freuen, dass die republikanische Reichsverfassung uns den Übergang in die fürstenlose Zeit erleichtern werde. Hoffentlich wird die Föderationsrepublik der Vereinigten Staaten von Europa als Schutzwehr gegen die Umarmung durch die künftigen Weltmächte Russland und Nordamerika noch früher

70

70 zu Stande kommen, als diese Katastrophe eintritt, so dass unsere Nachkommen dann schon in einer zwiefachen republikanischen Individualität höherer Ordnung geborgen sein dürften. —

66 Das Extrem des monarchischen Absolutismus, wie es in Russland und der Türkei noch besteht, haben wir glücklich überwunden; während aber Frankreich, Italien und verschiedene Kleinstaaten aus dem monarchischen Absolutismus in den parlamentarischen gestürzt sind, ist uns infolge glücklicher Kriege vorläufig auch dieses andere Extrem des parlamentarischen Absolutismus erspart geblieben. Von der Mitte des vorigen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts hat die parlamentarische Regierungsform Englands als das nachahmenswerte Vorbild einer Verfassung gegolten, wobei nur übersehen wurde, dass die englischen Sitten und Verhältnisse ganz anderer Art waren als die kontinentalen. Im letzten Menschenalter hat sich in den Ansichten ein grosser Umschwung vollzogen. In England selbst ist durch die Demokratisierung des Wahlrechtes und den wachsenden Einfluss der Irländer der vorher erträgliche parlamentarische Absolutismus nach Form und Inhalt immer unerfreulicher geworden und giebt den weiter blickenden englischen Patrioten bereits Anlass zu den ernstesten Bedenken und schwersten Beklemmungen. Die kontinentalen Nachahmungen des englischen Parlamentarismus haben jedoch in noch weit höherem Grade dazu beigetragen, das Vorbild in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren, da sie grossenteils politische Zerrbilder geliefert haben.

16-66 Ein parlamentarischer Absolutismus besteht überall da, wo das Parlament allein das Ministerium als einen Mehrheitsausschuss bestimmt und der Regent (Fürst oder Präsident) nur der Form nach die ihm vom Parlament aufgezwungenen Minister ernennt, sich auch dieser Ernennung nicht entziehen kann, wenn ihm die Personen noch so missliebig sind. Dass wir vor diesem parlamentarischen Absolutismus bis jetzt gnädig bewahrt geblieben sind, wird von den besonnenen deutschen Politikern nachgerade als das grösste Glück betrachtet, und

nur der doktrinäre Liberalismus hält an dieser Verfassungsform als einem erstrebenswerten Ziele fest. Es ist aber die Frage, ob diejenigen Parteien, welche die gegenwärtige Machtverteilung zwischen Krone und Parlament aufrecht erhalten wollen, in Verbindung mit der Regierung auf die Dauer dazu im Stande sein werden, da die demokratischen Parteien den Parlamentsabsolutismus, den sie als Ziel nicht wollen, doch als Mittel- und Durchgangsstufe zum Volksabsolutismus anstreben und in diesem nächsten Ziel sich mit dem doktrinären Liberalismus einig wissen.

Sollten die Bestrebungen zur allmählichen Verminderung der Kronrechte und Vermehrung der Parlamentsrechte auch bei uns künftig bis zum Parlamentsabsolutismus führen, was bei dem Missbrauch des finanziellen Bewilligungsrechtes wohl möglich wäre, so würde dies keine andre Folge haben als die, dem Rückschlag in monarchischen Absolutismus vorzuarbeiten. Allerdings würde dieser dann mehr in cäsaristischer Form auftreten und, wie es zu dieser gehört, den äusseren Schein der Parlamentsherrschaft oder Volksherrschaft wahren, deren Wesen er vernichtet hat. Es gilt also auch hier die uns geschichtlich erwachsene rechte Mitte und glückliche Mischung vor Ausschreitungen nach dem einen Extrem zu wahren, die nur einen Rückschlag nach dem anderen Extrem zur weiteren Folge haben würden. —

Die Aristokratie ist in unserer Verfassung in mannigfacher Weise vertreten. Die Grundaristokratie dominiert in den ländlichen Kreistagen und Provinziallandtagen der Landesteile, in denen sie ansässig ist, und in den Oberhäusern der einzelstaatlichen Parlamente. Die Geldaristokratie findet in den Einzelstaaten und Städten einen gewissen Schutz in dem Wahlzensus oder dem Klassenwahlssystem. Die Bildungsaristokratie ist vertreten in der Bureaukratie, ohne welche die Regierung nicht funktionieren kann, ausserdem noch in den Universitätsvertretern und Städteabgeordneten der Oberhäuser. Diese Vorrechte beziehen sich aber alle auf die Einzelstaaten oder ihre Glieder. Was das Reich betrifft, so ist die Bureaukratie,

deren das Reich bedarf, verhältnismässig gering an Umfang, und im Reichstage hat die Aristokratie keinerlei gesetzliches Vorrecht.

15 Der aristokratische Faktor im Reich ist der Bundesrat, der die verbündeten Regierungen vertritt. Die Regierung jedes Bundesstaates, welche an sich selbst die Spitze seiner Bureaukratie darstellt, soll strenggenommen das Gleichgewicht der Bestrebungen aller verfassungsmässig massgebenden Faktoren repräsentieren, d. h. des Fürsten, des grundaristokratischen Oberhauses und des geldaristokratisch gefärbten Unterhauses. In der Hauptsache bleibt aber doch für die Abstimmungen im Bundesrat der Wille der Fürsten massgebend, so dass der Bundesrat zugleich ein Fürstenhaus bildet, das nur nicht persönlich von den Fürsten, sondern durch Vertreter beschickt wird. Die regierenden Fürsten der Bundesstaaten sind aber wiederum der Gipfel der deutschen Aristokratie, unter welcher die Könige und Grossherzöge eine ähnliche Stellung einnehmen, wie im alten Reich die Kurfürsten. Die Spitze der deutschen Aristokratie muss hier zugleich als Vertreter der gesamten deutschen Aristokratie fungieren, die in der Reichsverfassung keine direkte Vertretung hat. Ein Oberhaus zwischen Bundesrat und Reichstag, wie es von verschiedenen Seiten noch immer gewünscht wird, würde in der That den Geschäftsgang allzu verwickelt machen und über Gebühr erschweren.

180 Das demokratische Element findet in den Einzelstaaten und Städten seine Berücksichtigung in der untersten Wahlklasse, im Reiche in dem aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstage. Bis jetzt hat der Einfluss der Grundaristokratie auf ihre Hintersassen, der Geistlichen auf ihre Pfarrkinder, der Geldaristokratie auf ihre Klientel und der Regierung auf die Regierten noch nicht ganz aufgehört, so dass die Reichstagswahlen noch keineswegs der unverfälschte Ausdruck des Willens der Wähler sind; auch ist die von der Bevölkerungsbewegung unberührte alte Einteilung der Wahlkreise der Demokratie ungünstig. Die demokratischen Bestrebungen sind deshalb naturgemäss und mit Erfolg dahin

gerichtet, die Wähler immer unabhängiger von äusseren Einflüssen bei der Abgabe ihrer Stimmen zu machen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wahrscheinlich recht kurzer Zeit, dass die demokratischen Parteien im Reichstage die Mehrheit gewinnen.

Es findet sich also in den Einzelstaaten ein Übergewicht der aristokratischen Volksbestandteile, wie es sich aus einer aristokratischen Vergangenheit mit geschichtlicher Notwendigkeit entwickeln musste. Im Reiche dagegen besitzen die aristokratischen Elemente nicht dasjenige Mass von politischen Einfluss, das ihnen nach ihrer gegenwärtigen sozialen Bedeutung im Volksleben gebührt. Als die deutschen Einzelstaaten sich zuerst zum norddeutschen Bunde und dann zum deutschen Reich zusammenschlossen, wäre es allzu schwierig gewesen, den zu geringen demokratischen Einfluss in den Einzelverfassungen unmittelbar zu verstärken, und man zog es deshalb vor, diesen Mangel auf der einen Seite durch einen Überschuss auf der anderen Seite zu kompensieren. Das Reich sollte durch seine stark demokratische Verfassung beim Volke populärer gemacht werden, und durch seinen demokratischen Charakter ein Hort der Einheit werden. Dabei wurde allerdings der partikularistische und fraktionistische Zug des deutschen Volkscharakters zu gering veranschlagt, ebenso wie die kluge Einsicht der im Bundesrat vertretenen Regierungen, die gar bald ihren Vorteil in der gesicherten Reichszugehörigkeit erkannten. Die beabsichtigte Kompensation des demokratischen Zuviel und Zuwenig in Einzelstaaten und Reich hat sich bis jetzt leidlich bewährt, aber doch nur darum, weil die aristokratischen Parteien infolge eines gewissen geschichtlichen Beharrungsvermögens bisher im Reichstage im Widerspruch mit den Tendenzen und Grundlagen der Verfassung ihr Übergewicht noch behauptet haben. Sobald hingegen die demokratischen Parteien im Reichstage die Mehrheit erlangt haben werden, muss die Demokratie ihre dadurch gewonnene Macht naturgemäss dazu anwenden, auf dem Wege parlamentarischer Verhandlungen und Kapitulationen die ihr noch entgegenstehenden Hindernisse bei Seite zu räumen,

also vor Allem eine gleichmässigere und gerechtere Verteilung der Wahlkreise nach den jetzigen Bevölkerungsziffern durchzusetzen, dann aber auch das im Reich erlangte demokratische Übergewicht auf das Gebiet der Einzelstaaten und Städte hinüberzuspielen. Man wird sich dann bemühen, die Rechte der Oberhäuser möglichst zu beschränken und die Wahlberechtigungen zu den Unterhäusern und Gemeindevertretungen dem Reichstagswahlrecht möglichst anzuähnlichen. Die Demokratie wird niemals zugeben, dass ihr in der Reichsverfassung nur deshalb zu viel eingeräumt ist, um das Zuwenig in den Verfassungen der Einzelstaaten aufzuwiegen; sie wird stets das Reichstagswahlrecht als das allein gerechte und vernünftige Urbild hinstellen, nach welchem die zurückgebliebenen Verfassungen der Einzelstaaten und Städte zeitgemäss verbessert werden müssen. Es dürfte sehr schwer sein, diesem Drange Einhalt zu thun, wenn einmal erst im Reichstage die Demokratie zur sicheren Herrschaft gelangt ist und damit das Geldbewilligungsrecht für die wichtigsten Lebensbedingungen des Reiches in die Hände bekommen hat. Aber selbst wenn die demokratischen Umbildungsversuche auf dem Gebiete der Einzelstaaten und Städte erfolglos blieben, würde ein vorwiegend demokratischer Reichstag, der von seiner Macht im demokratischen Interesse rücksichtslosen Gebrauch zu machen entschlossen ist, allein schon eine grosse Gefahr für den Bestand des Reiches zwischen eroberungslustigen Nachbarstaaten sein. Denn es liegt in der Natur der staatlichen Entwicklung, dass mit der Zeit dem Reiche immer neue wichtige Gebiete zur einheitlichen Ordnung überwiesen werden, wofür dann den Einzelstaaten durch die Erweiterung der Staatsaufgaben überhaupt immer neue Bethätigungsgebiete zuwachsen. Damit muss aber die relative Wichtigkeit des Reiches immer mehr wachsen, also auch die Grösse der Gefahr, die in einem überwiegend demokratischen Reichstag liegt.

15
44 < Der Bundesrat wäre in solchem Falle unfähig, den demokratischen Tendenzen des Reichstages ein genügendes Gegengewicht zu bieten, insbesondere wenn er zugleich gegen Be-

strebungen des Reichstages nach Erweiterung seiner parlamentarischen Befugnisse zu kämpfen hätte. Der Kaiser allein hätte dann, insofern er sich auf eine zuverlässige Armee stützen kann, die Macht, die Demokratie und den Parlamentsabsolutismus, zu überwinden, allerdings nur indem er sich mit dem Bundesrat, d. h. den verbündeten Fürsten einig weiss und als deren Beauftragter handelt. Wie der Parlamentsabsolutismus, sobald nur die geeignete Person dazu auftaucht, in monarchischen Absolutismus umschlägt, so muss auch eine jede sich rein aus-
gestaltende Demokratie in Cäsarismus umschlagen. Im deutschen Reich würde dieser Umschlag sich um so leichter vollziehen, als ein gewisser Cäsarismus bereits verfassungsmässig gegeben ist. Das jetzt mit den anderen Faktoren in harmonischem Gleichgewicht stehende cäsaristische Element bedürfte dann nur eines dominierenden Hervortretens, wie es durch einen energischen Träger der Kaiserkrone leicht erhalten kann, sobald die Umstände zu einer solchen That drängen. —

24

Die kaiserliche Gewalt im neuen Deutschland ist begründet worden durch zwei grosse, rasch aufeinander folgende unerhört glückliche Kriege und durch die Notwendigkeit, das Errungene gegen starke übelwollende und missgünstige Nachbarn vermittelst fortdauernder höchster Anspannung der militärischen Leistungsfähigkeit zu behaupten. Der deutsche Kaiser ist, was er ist, nur dadurch, dass er Imperator, d. h. oberster Bundesfeldherr ist, und dass er ein gegen früher unvergleichlich starkes und wohldiszipliniertes Heer zur Verfügung hat. Auf seinen Wink marschieren in wenigen Tagen drei Millionen geschulter Truppen auf, geführt von einem berufsmässigen Offizierkorps und Unteroffizierkorps, die zusammen allein schon zahlreicher sind als die Söldnerheere früherer Zeiten, aber dabei weit zuverlässiger als diese. Dass er dabei auch Präsident der Reichsrepublik ist, verschwindet vor der Wichtigkeit der Imperatorstellung, in der die starken Wurzeln seiner Kraft stecken. Von höchster Bedeutung dagegen ist es, dass er seine Stellung nicht wie andere Cäsaren usurpiert hat, sondern sie verfassungsmässig einnimmt, weil er legitimer Monarch des

24
33130

grössten, im Bundesrate ausschlaggebenden Bundesstaates ist, und dass er sich nicht um die Zukunft zu bemühen braucht, weil seinem Sohne dieselbe Stellung verfassungsmässig gesichert ist. Dadurch bekommt zum ersten Male das cäsaristische Moment in der Reichsverfassung eine geschichtliche Stätigkeit, die es noch niemals in der Geschichte besessen hat. Der Hauptübelstand des Cäsarismus, die Unstätigkeit der usurpierten Herrschaft, ist dadurch für Deutschland beseitigt, während sie für Frankreich, Nordamerika u. s. w. fortbesteht.

Wir dürfen demgemäss hoffen, dass unsere Verfassung in ihrer cäsaristischen Beimischung das Heilmittel einer etwaigen demokratischen Entartung in einer bisher noch nicht dagewesenen Gestalt besitzt. Je stärker die demokratische Tendenz sich im Reichstage entfaltet und die aristokratischen Einflüsse überwuchert, desto mehr wird notwendig das cäsaristische Gegengewicht sich entfalten. Wer dieses Emporwachsen des Cäsarismus mit allen ihm unvermeidlich anhaftenden Nebenerscheinungen (Scheinkonstitutionalismus, Unitarismus, Militarismus, Byzantinismus u. s. w.) wünscht, der hat allen Grund, sich über das Anwachsen der demokratischen Einflüsse zu freuen, welche Wasser auf die Mühle des Cäsarismus leiten. Wer aber die gegenwärtige Verfassungsharmonie dem pseudodemokratischen Cäsarismus vorzieht, der wird das fortschreitende Umsichgreifen und Anwachsen der Demokratie mit Bedauern sehen, weil er weiss, wohin es allein führen kann und führen muss.

Soll dem Fortgang zum pseudodemokratischen Cäsarismus vorgebeugt werden, so gilt es, den Fehler zu verbessern, an dem unsere sonst so glücklich abgestimmte Verfassung krankt. Die Kompensation des demokratischen Zuwenig und Zuviel in den Einzelstaaten und dem Reiche ist es, die ihrer Aufgabe auf die Dauer nicht gewachsen ist, wenn sie auch als Nothelf gute Dienste gethan hat, um die Reichsverfassung nur überhaupt einmal unter Dach zu bringen. Das Gleichgewicht zwischen dem verfassungsmässigen Einfluss der aristokratischen und der demokratisch gesinnten Volksbestandteile muss, wenn

möglich, sowohl innerhalb aller Einzelstaaten, als auch innerhalb der Reichsverfassung selbst hergestellt werden, ohne dass das aristokratische Übergewicht in diesem durch das demokratische in jener balanziert zu werden braucht. Die erstere Aufgabe ist sehr leicht, die zweite schwer zu lösen, weil sie im Gegensatz zu der demokratischen Zeitströmung steht. Aber sie ist doch lösbar für so lange, als im Reichstag noch nicht die demokratischen Parteien die unzweideutige und entscheidende Mehrheit erlangt haben. Wird dieser Zeitpunkt verpasst, dann allerdings dürfte die Aufgabe unlösbar werden, da der Cäsarismus als solcher an ihrer Lösung kaum noch ein Interesse hat. Ob wir uns das kunstvolle Gleichgewicht unserer harmonischen Verfassung auch ferner bewahren, oder dem pseudo-demokratischen Cäsarismus zusteuern, wird davon abhängen, ob die Lösung dieser Aufgabe rechtzeitig und in der rechten Weise in die Hand genommen wird.

IV. Der Niedergang der Volksvertretung.

Es lässt sich schwerlich bestreiten, dass in den letzten beiden Menschenaltern das Ansehen der Parlamente in allen Kulturländern stark gesunken ist, am meisten aber in Deutschland, wo der Gegensatz zwischen der Begeisterung über die neue Errungenschaft rasch einer kläglichen Ernüchterung Platz gemacht hat und in eine unberechtigte Unterschätzung des Prinzips der organisierten Volksvertretung überhaupt umzuschlagen droht. Zum Teil liegt das allerdings daran, dass vor und nach dem Jahre 1848 allzu hoch gespannte Erwartungen an die Parlamente geknüpft wurden, so dass diese unschuldig daran sind, wenn sie ihnen nicht entsprechen konnten; zum Teil liegt es aber auch an einer fehlerhaften Organisation unserer Volksvertretung.

Zunächst hat man sich überzeugt, dass der Staatshaushalt mit Parlamenten minder sparsam geführt wird als von einer gewissenhaften Bureaukratie ohne parlamentarische Kontrolle. Das kommt daher, weil das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl der Minister und Ministerialdirektoren geschwächt wird, und die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben minder haushälterisch aufgestellt werden, sobald die Verantwortlichkeit für die Bewilligung auf die Volksvertreter abgewälzt wird. Da diese ihre Sparsamkeitsanwendungen in der Regel darin zeigen, dass sie notwendige Ausgaben beschneiden, so gelangt die Regierung, sobald sie dies befürchten muss, notwendig zu der Praxis, die Forderungen über das notwendige Mass zu erhöhen, damit auch die beschnittenen Bewilligungen sicher für das

Unentbehrliche ausreichen. Wo dann die Beschneidung zufällig unterbleibt, da ergeben sich allzureichliche Bewilligungen, für welche das Parlament die Verantwortung trägt, und welche der von der Verantwortung entlasteten Regierung natürlich für die Verwaltung sehr bequem sind. Es kommt hinzu, dass die verschiedenen parlamentarischen Fraktionen und Interessengruppen bald hier, bald dort die Regierung zu Mehrausgaben hindrängen, die sie ohne solche Anregung und moralische Rückendeckung unterlassen oder wenigstens noch hinausgeschoben hätte.

Besonders schwierig ist es, im Parlament eine Einigung über die Art der Deckung für bewilligte Ausgaben zu finden; da alle einmal bewilligten Steuern dauernd forterhoben werden können, so ist am leichtesten immer noch die Verständigung über eine provisorische Deckung durch Anleihen. Deshalb ist die Abwälzung der Gegenwartslasten auf die Schultern der Zukunft recht eigentlich ein Krebs Schaden, der durch die Parlamente genährt und gepflegt wird. In guten Jahren ist das Drängen der Parlamente in erster Reihe auf Steuererleichterungen, in zweiter Reihe auf Steigerung nützlicher Ausgaben gerichtet, um dadurch nach Popularität zu haschen; in schlechten Jahren werden die Defizits mit Anleihen gestopft. Alles das kommt unter absoluten und rein bureaukratischen Regierungen auch vor, aber in geringerem Masse, weil die Beamten auf eine längere Amtsdauer hinausblicken als die Abgeordneten, die gar nicht wissen, ob sie in der nächsten Legislaturperiode wieder gewählt werden und deshalb weit leichtsinniger auf den Augenblick wirtschaften. Auch trägt der Beamte die volle Verantwortlichkeit für sein Ressort allein, während die auf so viele Abgeordnete verteilte Verantwortlichkeit auf jeden einzelnen eine so kleine Portion kommen lässt, dass sie selbst ein zartes Gewissen kaum beschwert.

Die parlamentarischen Debatten, denen das Volk anfänglich wie den Offenbarungen höchster politischer Weisheit begierig lauschte, sind immer mehr zu gehaltlosen Redeturnieren herabgesunken, in denen bekannte Parteischablonen auf konkrete

Gegenstände angewandt werden. Jeder Kundige weiss vorher, was die verschiedenen Parteien über diese oder jene Frage reden werden, und hat deshalb gar kein Interesse mehr daran, das behagliche breite Geschwätz der stereotypen Figuren genauer zu verfolgen. Die stenographischen Berichte werden nur von Parlamentariern manchmal benutzt, um einen Gegner bei einer gethanen Äusserung festzunageln; die ausführlichen parlamentarischen Berichte in den grossen Zeitungen gehören zu den am wenigsten gelesenen Teilen derselben. Die kleineren Zeitungen begnügen sich bereits mit sehr knappen Auszügen aus den Verhandlungen und geben höchstens im Parteiinteresse die von ihren Parteigenossen gehaltenen Reden etwas ausführlicher wieder. Nur bei Vorlagen von grosser Wichtigkeit, deren Entscheidung auf des Messers Schneide ruht, werden die Parlamentsverhandlungen vom Publikum eifrig verfolgt, aber nicht so sehr um die Argumente der Redner zu durchdenken, sondern um aus den Reden Schlüsse zu ziehen auf das wahrscheinliche Schicksal der Vorlage bei der Abstimmung.

54
Niemand im Volke glaubt mehr daran, dass die Abgeordneten ihre Entschliessungen rein nach ihren persönlichen, gewissenhaften Erwägungen über das dem ganzen Vaterlande Heilsame treffen, wie es ihre Pflicht wäre. Jeder weiss, dass die Mehrzahl der Abgeordneten willenloses Stimmvieh sind, ebenso gut wie die Mehrzahl der Wähler. Einige Fraktionen werden von Diktatoren mit eiserner Strenge absolutistisch regiert, andere aristokratisch von einem Kreise angesehener politischer Persönlichkeiten. Überall aber unterwirft sich die Mehrzahl der Abgeordneten gerade in wichtigeren Fragen unter Verzicht auf eigenes Denken den von den Führern getroffenen Entscheidungen. Die Fraktionsführer sind also die eigentlichen Volksvertreter, die modernen Volkstribunen, die meistens auch den Löwenanteil der Debatten an sich reissen. Es käme ungefähr auf dasselbe hinaus, wenn nur diese Führer das Parlament bildeten, und bei den parlamentarischen Abstimmungen eine Stimmenzahl in die Wagschale würfen, die der auf sie gefallenen Stimmenzahl der Wähler proportional wäre. 60

Die Führer der Fraktionen entscheiden sich nun aber auch nicht mit alleiniger Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes, sondern aus ganz anderen Gründen. Zuerst kommt das Parteiinteresse, das unbedingt dem Interesse des Vaterlandes voransteht; dann kommt der parlamentarische Schacher mit den übrigen Parteien und mit der Regierung, der ebenfalls durch das Parteiinteresse bestimmt wird, aber oft auch den Parteien erhebliche Opfer und Preisgebungen ihrer Grundsätze auferlegt, um irgend eine Stärkung ihrer äusseren Machtstellung dafür einzuhandeln. In dritter Reihe finden dann die Stimmungen und Wünsche der Wähler Berücksichtigung; denn viele, manchmal alle Mandate verdanken die Fraktionen den Stimmen von Wählern anderer Parteien, die bei einer Neuwahl anderen Kandidaten zufallen würden, wenn die Lebensinteressen der unterstützenden Partei verletzt würden. In sehr umstrittenen Wahlkreisen müssen sich die Kandidaten immer häufiger auf eine ganze Reihe von Punkten verpflichten, so dass sie im Widerspruch mit der Verfassung zu blossen Sprachrohren der Wählermassen herabsinken. Diesen imperativen Mandaten müssen die Parteiführer dann Rechnung tragen, wie ungern sie es auch thun mögen. In vierter Reihe sind endlich persönliche Antipathien gegen einzelne Minister oder Führer anderer Fraktionen massgebend für die Entschliessungen der Fraktionsführer. Nicht selten scheitert die für das Gedeihen des Staates notwendige Verständigung zwischen verschiedenen Fraktionen nur an dieser persönlichen Antipathie der Führer (z. B. des Zentrum gegen die Nationalliberalen). Häufig genug werden Minister hartnäckig bekämpft und schliesslich auch wohl gestürzt durch solche persönliche Antipathien der Fraktionsführer, andere durch Sympathien gehalten, auch wenn es aus rein sachlichen Gesichtspunkten unverständlich erscheint.

Sehr gesunken ist in allen Parlamenten in den letzten Menschenaltern sowohl der äussere Anstand und Verkehrston, als auch die durchschnittliche geistige Bedeutung und Kapazität. Die Parlamente haben gelitten teils unter dem Anwachsen der demokratischen Bestandteile von geringerer Erziehung und

Bildung, teils durch das Gefühl der auf ihnen ruhenden Geringschätzung des Volkes. Nur so lange die Parlamente sich ausschliesslich aus der Aristokratie ergänzten, konnte man einen aristokratischen Ton von ihnen erwarten. Nur so lange die frische Begeisterung und der unerschütterte Glaube an die eigene Würde und Wichtigkeit die Volksvertreter aufrecht erhielt, konnten sie sich dem korrumpierenden Einfluss des langen Zusammensitzens in grossen Versammlungen auf die guten Sitten entziehen. Werden doch ernsthafte Männer wieder kindisch, wenn sie in reiferen Jahren noch einmal die Schulbank drücken müssen; wie sollten sie nicht auch zu Albernheiten und kindischer Lust an thörichten Spässen verleitet werden, wenn sie Tag aus Tag ein die Parlamentsbänke drücken müssen! Wie sollte eine dauernde Zusammenpferchung von so viel Hass und Missverständnissen nicht schliesslich auch in Reden und Benehmen zu Tage treten! So ist denn in den letzten Menschenaltern in allen Parlamenten eine gewisse Verrohung, Erschlaffung, Gleichgültigkeit gegen Wahrung feiner geselliger Formen, ein rücksichtsloses Sichgehenlassen eingerissen, wie es der Missachtung aller Fraktionen gegen einander und der Gehässigkeit vieler gegen einander entspricht. Bei gleichgültigeren Verhandlungen fällt die Teilnahmlosigkeit, Unaufmerksamkeit und Rücksichtslosigkeit der Anwesenden gegen die Redner auf, bei wichtigeren und erregten Debatten der Mangel an Beherrschung der Affekte, die persönliche Gehässigkeit des Streites und die Unzulänglichkeit der Disziplin zur Wahrung der Würde des Hauses. Bis zu Ohrfeigen, Prügeleien und Revolverschüssen ist es ja bei uns noch nicht gekommen, aber lange wird das wohl auch nicht mehr auf sich warten lassen, wenn es so weiter bergab geht. Das Ende ist dann der Zustand, in welchem über Meinungsverschiedenheiten nicht mehr die Mehrheit der Stimmen sondern die der Fäuste entscheidet, wie bei den sozialdemokratisch-anarchistischen Kongressen.

Aristokratische Naturen von feinerer Empfindung fühlen sich in unseren Parlamenten schon lange nicht mehr wohl. Die anständigen Leute fangen an, eine Scheu davor zu bekommen,

dass man sie als Kandidaten aufstellen könnte, wenn nicht ihre Eitelkeit stärker ist, als ihre Abneigung gegen die parlamentarische Atmosphäre. Alte, ehrenwerte Parlamentarier, die sich ihren Jugendidealismus lange gerettet hatten, ziehen sich von einem Schauplatz zurück, der immer weniger behaglich wird, oder sie werden von den Wählern bei Neuwahlen im Stich gelassen. Die geistigen Kapazitäten, die früher unseren Parlamenten zur Zierde gereichten, sterben aus, und neue drängen sich um so weniger nach diesen Räumen, als die inhaltlich bedeutendsten Reden wirkungslos verhallen, wenn sie nicht in irgendwelche Parteischablone und Parteitaktik hineinpassen. Die Aufklärung der öffentlichen Meinung, die Stätte für das Aufkeimen neuer gesetzgeberischer Gedanken, das Vorberatungsstadium für die neuen Gesetzentwürfe, das alles hat noch niemals in den Parlamenten gewohnt; es ist aber jetzt mehr als je in die Bücher- und Zeitschriftenlitteratur und in juristische, volkswirtschaftliche und andere wissenschaftliche Vereine hinübergerückt.

Der Ersatz, der für die aristokratischen Naturen und geistigen Kapazitäten in die Parlamente einrückt, ist doppelter Art. Auf der einen Seite sind es Leute, die von den Zentralstellen der Parteien den Wählern empfohlen werden, d. h. Nullen, welche die Führer hinter sich selbst anhängen wollen, bewährte Anhänger der Partei mit möglichst wenig Gelüsten zu selbständiger Meinungsäusserung. Auf der anderen Seite sind es Streber, die sich in der kleinen Lokalpresse oder in örtlichen Vereinen als Schreier und Schwätzer, als Fanatiker der Kirchturmsinteressen oder als demagogische Hetzer hervorgethan haben, und von lokalen Strömungen innerhalb der Wählerschaft auf den Schild erhoben werden. Diese können manchmal den Parteiführern recht unbequem werden, aber sie müssen mit ihnen rechnen. Aus ihnen entspringen auch die neu auftauchenden parlamentarischen Parteien, die sich der Diktatur der altangesessenen Volkstribunen entzogen haben. Sie sind es am meisten, die den parlamentarischen Ton auf eine immer tiefere Stufe herabstimmen. Sie liefern den Stamm

zur Bildung einer Klasse von professionellen Parlamentariern, wie sie in anderen Ländern (z. B. Nordamerika, Frankreich) schon besteht, und in erster Reihe die Wirkung hat, den anständigen Leuten die Teilnahme am politischen Leben zu verleiden.

Die gleiche Wirkung haben die Unannehmlichkeiten, denen sich ein Kandidat aussetzen muss. Es ist nicht jedermanns Geschmack, von Ort zu Ort zu reisen, überall in verräucherten Bierlokalen nächtliche Reden zu halten, sich von Parteigegnern und Radaubrüdern fortwährend unterbrechen, überschreien und zuletzt niederbrüllen zu lassen, und Zeuge von Prügeleien in den Volksversammlungen zu sein, in die er widerwillig mit hineingezogen werden kann. Die Aussicht darauf, faule Äpfel oder Bierseidel an den Kopf geworfen zu bekommen, durch Hinterthüren oder Fenster flüchten zu müssen, und dann doch noch auf der Strasse erwischt und durchgeprügelt oder mit Messern gestochen zu werden, ist nicht für Jeden verlockend. Wer sich aber solchen Unannehmlichkeiten nicht aussetzen mag, der hat bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gar keine Aussicht mehr, gewählt zu werden, es sei denn, dass eine Fraktionsleitung ihn in einem ganz sicheren Wahlkreise aufstellen lässt, weil sie ihn in der Fraktion nicht missen mag. Unsere gegenwärtige Organisation der Volksvertretung im Reiche macht es den anständigen Leuten zur Pflicht, in solcher Weise um ein Abgeordnetenmandat Spiessruten zu laufen, wenn sie nicht auf jeden Einfluss im Reichsleben verzichten und der Demokratie das Feld ohne Kampf überlassen wollen. Die Folge davon kann auf die Dauer nur die sein, dass gesinnungslose Miethlinge, die sich den aristokratischen Parteien als rednerische und schriftstellerische Landsknechte verdungen haben, die Vertretung dieser Interessen gegen die Demokratie im Reichstage zu führen haben werden, wie wir es in anderen Ländern gesehen haben. Gegen diese dürfte dann freilich die fanatisch gesinnungsvolle Demokratie ein leichtes Spiel haben.

Ein besonderer Grund für den Niedergang der Parlamente

ist ihre Grösse, welche das Debattieren nur dann gestattet, wenn alle Mitglieder von der Würde ihres Berufes durchdrungen sind und gute Erziehung, Selbstbeherrschung und rücksichtsvolles Benehmen zeigen. Das englische Parlament war selbst für eine aristokratische Versammlung viel zu gross; die ihm nachgebildeten kontinentalen Volksvertretungen, obwohl geringer an Mitgliederzahl, lassen den Übelstand der Grösse um so mehr hervortreten, einen je weniger aristokratischen Charakter sie haben. Grosse Parlamente brauchen grosse Säle, in denen nur starke Stimmen sich ohne Anstrengung deutlich vernehmbar machen können; die Durchschnittsorgane bleiben in ihnen schwer verständlich, die schwachen und undeutlichen ganz unverständlich. Die Folge der Schwerverständlichkeit der meisten Redner ist die rasche Ermüdung und Unaufmerksamkeit der Zuhörer, die dann wieder zu Sonderunterhaltungen und anderen Geräuschen verleitet. Die Ruhe und Stille ist überhaupt um so schwerer aufrecht zu erhalten, je grösser eine Versammlung ist; die Unruhe erschwert aber wiederum das Verstehen der Durchschnittsredner und steigert dadurch rückwärts wieder die Unaufmerksamkeit. Eine Versammlung, in der wirklich sachgemäss diskutiert werden soll, darf nicht mehr als 200 Mitglieder zählen; besser aber ist es noch, wenn sie unter 100 bleibt.

Gegen die heutige Grösse der Parlamente spricht auch der Umstand, dass ein Volk selten so viel geeignete Männer enthält, um alle Abgeordnetensitze passend zu besetzen, insbesondere, wenn die Abgeordneten keine Diäten beziehen. Dies fällt um so schwerer in's Gewicht in einem Reiche, das neben dem Reichstage noch eine Menge von Landesparlamenten besitzt und für alle passende Männer braucht. Die Folge ist dann die gleichzeitige Ausübung mehrerer Abgeordnetenmandate durch dieselben Personen; hierdurch wird aber wieder das kaum zu umgehende gleichzeitige Tagen von Reichs- und Landesparlamenten zu einem empfindlichen Übelstande. Die vielen Mitläufer der Fraktionen haben thatsächlich gar keinen Zweck; die wirkliche Arbeit sowohl im Plenum, wie in den Kommissionen wird doch von

weniger als 100 Abgeordneten verrichtet, und diese Minderheit ist zugleich massgebend für die Abstimmungen der Übrigen.

Gegenwärtig liegt die eigentliche Arbeit in den Subkommissionen oder bei den Referenten der Kommissionen, und die eigentlichen Diskussionen vollziehen sich teils in den Kommissionen, teils in den Fraktionsversammlungen. Die Plenardebatten sind dagegen meist nur aufgezäumte Paradedepferde, die keines Abgeordneten Entschliessung beeinflussen. Die Kommissionsdebatten besitzen aber nicht denselben Grad von Publizität wie die Plenardebatten; wenn sie diese ganz ersetzen sollten, so würde damit ein Hauptzweck des Parlaments, die Öffentlichkeit der Aussprache als Sicherheitsventil für Volksverstimmungen beeinträchtigt werden. Deshalb geht es nicht wohl an, die Plenardebatten auf den Regierungsvertreter und den Kommissionsreferenten zu beschränken und dann gleich zur Abstimmung zu schreiten. Sachlich aber würde allerdings dadurch dasselbe wie jetzt und auf kürzerem Wege erreicht. Darum konnte ein so erfahrener alter Parlamentarier wie der Präsident von Kirchmann diesen Vorschlag ernstlich aufstellen und begründen.

Die meisten Abgeordneten kommen gar nicht zu Wort, oder sagen nur ganz Überflüssiges; sie fühlen, dass das Haus sie doch nur als Mitläufer der Fraktionen oder als lästige Sprachrohre von Kirchturmsinteressen geringschätzt. Kein Wunder, dass sie sich überflüssig und unbehaglich fühlen in einer Versammlung, in der sie nichts bedeuten und sich bloss langweilen. Am liebsten sitzen sie zu Hause und warten, bis der Telegraph sie zu wichtigen Abstimmungen beruft. So entspringt aus der übermässigen Grösse der Parlamente nicht nur die Schwierigkeit einer sachlichen Diskussion, sondern auch die Neigung der Abgeordneten zum Absentismus und die nachgerade chronische Beschlussunfähigkeit der Parlamente bei unvorhergesehenen Abstimmungen oder bei solchen über minder wichtige Punkte. Die Diätenlosigkeit mag die ohnehin schon vorhandene Neigung zum Versäumen der Sitzungen noch verstärken, aber, wie das preussische Abgeordnetenhaus beweist

ist die Zahlung von Tagegeldern kein genügendes Mittel, sie zu bekämpfen.

Das Volk fühlt instinktiv heraus, dass die Achtung der Abgeordneten selbst vor ihrem Beruf im Sinken ist und nicht mehr sehr hoch steht. Es braucht nicht erst einer Sitzung beizuwohnen, um sich von dieser bedauerlichen Thatsache zu überzeugen; die Parlamentsberichte der Zeitungen genügen dazu vollständig durch ihre Mitteilungen über stetige Beschlussunfähigkeit, über die Rücksichtslosigkeit der Redner gegen einander und gegen die Würde des Hauses und über die Rücksichtslosigkeit der Zuhörer gegen die Redner. Das Publikum kann unmöglich dauernd die Achtung bewahren gegen eine Institution, der von einem grossen Teil ihrer Träger nicht die gebührende Achtung gezollt wird.

Die Parlamente in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sind endlich nicht der treue Ausdruck des Volkswillens. Ein grosser Teil der Wahlberechtigten enthält sich der Abstimmung nicht nur aus politischer Gleichgültigkeit, sondern auch schon dann, wenn in ihrem Wahlkreise kein ihnen genehmer Kandidat aufgestellt ist, oder wenn der ihnen genehme keine Aussicht hat zu siegen. Nur Parteien von demonstrativ agitatorischem Charakter legen sich die Unbequemlichkeit auf, für blosse Zählkandidaten Stimmen abzugeben, um in der Wahlstatistik mit hohen Ziffern zu paradien. In der Urstimmewahlstatistik kommen deshalb die demokratischen Parteien weit besser fort als die aristokratischen. Wenn die Fraktionsverhältnisse im Parlament denen in den Urstimmen entsprächen, so würden sie auch noch ein falsches Bild des Volkswillens geben, um wie viel mehr, da sie selbst das nicht thun. Ein vornehmer Mann, der sich in's Wahllokal bemühen soll, um neben seinem Kutscher und Stiefelputzer seine Stimme abzugeben, verzichtet häufig lieber auf die Ausübung eines so dürftigen verfassungsmässigen Rechtes, um so eher, wenn er keine Aussicht hat, dass sein einer Stimmzettel gegen diejenigen der vielen anderen Leute in's Gewicht fällt. Er verzichtet ebenso auf die Ausübung seines Wahlrechtes, wie er auf die Ausübung

des Rechtes verzichtet, sich in Wahlversammlungen als Kandidaten aufzustellen. Es liegt in der menschlichen Natur, sich gegen die Ausübung von Rechten zu sträuben, die so beschnitten und verkümmert sind, dass sie zu einem Hohn auf die tatsächlichen sozialen Verhältnisse herabgesunken sind. Wer billiger Weise 1000 Mark beanspruchen zu können glaubt, aber nicht erlangen kann, der verzichtet wohl auch auf die Annahme von zehn Mark, die man ihm als Abfindungssumme bietet. Bei dem preussischen Wahlverfahren wirkt aber wiederum die lange Dauer und Umständlichkeit der Verhandlung so abschreckend, dass Leute, deren Zeit kostbar ist, sich schwer entschliessen, sie der Wahl zu opfern.

Unsere Wahlkreise sind einerseits zu ungleich, andererseits zu gross. Die von Anfang an vorhandene Ungleichheit hat sich durch die verschiedene Volksvermehrung im Laufe der Zeit so gesteigert, dass sie gegenwärtig die schreiendsten Ungerechtigkeiten aufweist. Die Regierung und die aristokratischen Parteien scheuen vor einer zeitgemässen Berichtigung zurück, weil eine solche wesentlich den demokratischen Parteien zu Gute kommen würde, die ohnehin schon durch das Reichswahlgesetz allzusehr begünstigt sind. Sie lassen lieber den Stachel der Ungerechtigkeit in der Volksseele sitzen, weil sie mit Recht der Ansicht sind, dass eine Revision der Wahlkreiseinteilung nur in Verbindung mit einer organischen Revision des ganzen Vertretungssystems vorgenommen werden darf, und sie sich an eine solche vorläufig nicht heranwagen.

Die Wahlkreise sind zu gross. Einem Kandidaten wird es dadurch zu schwer gemacht, sich in allen Orten seines Wahlkreises persönlich vorzustellen, oder sein Programm gedruckt an alle in Betracht kommenden Wähler zu versenden. Innerhalb vieler Wahlkreise vermischen sich jetzt zu verschiedene Berufsklassen mit entgegengesetzten Interessen, z. B. städtischen und ländlichen. Daher kommt es, dass zu viele Parteien in einem Wahlkreise Kandidaten aufstellen und die Entscheidung immer mehr in die Stichwahlen und ihre oft unnatürlichen Wahlbündnisse und Stimmenschacher fällt. Je kleiner die

Wahlkreise sind, desto grösser wird die Wahrscheinlichkeit, dass die in den einen unterlegenen Parteien dafür in anderen zum Siege gelangen, dass also das Fraktionsverhältnis der gewählten Abgeordneten demjenigen der abgegebenen Urstimmen nahe kommt. Je grösser dagegen die Wahlkreise sind, desto grösser wird das Missverhältnis zwischen Ergebnis und Volkswille, desto schlechter insbesondere die Aussicht solcher Parteien auf angemessene Vertretung, die wie die gebildeten Klassen in allen Wahlkreisen zerstreut wohnen, aber überall eine Minderheit bilden.

Die Durchschnittsgrösse unserer Wahlkreise ist dadurch gegeben, dass die Bevölkerung des Reiches, durch die Zahl der Abgeordneten dividiert, die Bevölkerungsziffer eines Wahlkreises ergibt. Wäre die Zahl der Abgeordneten kleiner, so würde der Übelstand der zu grossen Wahlkreise noch schlimmer werden; wären die Wahlkreise kleiner, so würde der Übelstand einer zu grossen Abgeordnetenzahl in's Unerträgliche vergrössert. Es besteht also hier offenbar ein Dilemma zwischen zwei Übelständen; dieses ist aber erst hervorgerufen durch den Grundsatz der direkten Wahl, so dass dieser als der letzte Grund dieser Schwierigkeiten anzusehen ist.

Es ergibt sich aus dieser Betrachtung, dass die verfassungsmässigen Zustände in unserer Volksvertretung keineswegs ideal und vollkommen sind, vielmehr in mancherlei Hinsicht eine Revision sehr wünschenswert erscheinen lassen. Es fragt sich nur, in welcher Weise sich an dem Gegebenen bessern lässt, ohne das vorhandene Gute zu zerstören.

V. Die Reform der Volksvertretung.

Die vollkommenste Verfassung ist die gerechteste, d. h. diejenige, in welcher Rechte und Pflichten, politischer Einfluss, Befähigung und Leistungen für den Staat im rechten Verhältnis stehen, und die eingeräumten Befugnisse der treue Ausdruck der bestehenden sozialen Machtverhältnisse sind. Nach dem alten Satze, dass die Gerechtigkeit die Grundlage der Reiche sei, muss auch die gerechteste Verfassung die beständigste und dauerhafteste sein, weil in ihr keine realen Mächte einen geringeren als den ihnen gebührenden Einfluss haben, und deshalb kein Anreiz für Zurückgesetzte zur Abänderung oder gar zum Umsturz der Verfassung vorhanden ist. Eine solche harmonisch abgestimmte Verfassung, die den geschichtlich gewordenen und jeweilig gegebenen realen Verhältnissen volle Rechnung trägt, ist ein konkretes Ideal zu nennen, im Gegensatz zu den abstrakten Verfassungsidealen, die aus abstrakten Begriffen und Postulaten a priori konstruiert sind und bei dem Versuch ihrer Verwirklichung den thatsächlichen Verhältnissen Hohn sprechen. Eine solche konkretideale Verfassung hat aber auch in sich selbst die Mittel und Wege, auf denen sie sich den allmählich sich umwandelnden realen Verhältnissen durch geeignete Modifikationen anpasst; sie ist selbst nicht starr, sondern wandlungsfähig und hat eben in ihrer Wandlungsfähigkeit die sicherste Bürgschaft ihrer stetigen Dauer.

Welche Einrichtung in einer Verfassung die Regierung habe, ob sie monarchisch oder republikanisch, unitarisch oder föderativ, persönlich oder kollegialisch, verantwortlich oder

unverantwortlich sein soll, das sind Fragen, über die schon viel gestritten ist, weil sie früher für die allerwichtigsten Verfassungsbestimmungen galten. Neuerdings hat man aber eingesehen, dass es gar nicht so sehr auf die Regierungsform ankommt, als auf den Inhalt, mit dem sie gefüllt wird, dass aber dieser Inhalt aus den Sitten, Gewohnheiten, Überlieferungen, Einrichtungen, ungeschriebenen Gesetzen und der realen Machtverteilung im Volke her stammt. Die Einzelheiten der Regierungsform sind dadurch mehr aus dem Brennpunkt der Erörterung herausgerückt und teils zu akademischen Doktorfragen, teils zu Opportunitätsfragen der Regierungspraxis herabgesunken, und es ist die Neigung gewachsen, in Betreff der Einzelheiten der Regierungsform das Bestehende fort dauern zu lassen, bloss weil es das einmal Gewohnte ist, und die Veränderung mehr Störung als Nutzen bringen würde.

In demselben Masse aber, wie die den Regierungsformen beigelegte Wichtigkeit abgenommen hat, ist diejenige gewachsen, die der anderen Seite der Verfassung, der Organisation der Volksvertretung zugeschrieben wird. Und mit Recht, denn die realen Machtverhältnisse im Volke, welche die an sich leere Form der Regierung erst mit konkretem Inhalt erfüllen, finden ja gerade ihren verfassungsmässigen Ausdruck in der Zusammensetzung der Volksvertretung. Ob die Verfassung wirklich gerecht, beständig und vollkommen ist, hängt vor Allem davon ab, ob die im Volksleben lebendigen Mächte in der verfassungsmässigen Volksvertretung in richtiger Abstufung, Mischung und Zusammensetzung vertreten sind. In landschaftlichen Kleinstaaten oder Städteverfassungen kann das Volk bis zu einem gewissen Grade sich unmittelbar in der Volksversammlung politisch bethätigen; aber schon in grösseren Städten und Ländern geht das nicht mehr an, noch weniger in Grossstaaten. Hier kann das Volk nur durch Vertreter seinen Einfluss geltend machen; eine Regierung, die mit den herrschenden Tendenzen des Volkslebens im Einklang sein will, muss sich also mit der Volksvertretung in's Einvernehmen setzen. Da ist es von höchster Wichtigkeit für die Regierung, dass die Volksvertretung wirklich

der treue Ausdruck der Resultate aller im Volksleben wirk-samen Mächte ist, weil sonst die Regierung mit dem Volke in Konflikt geraten kann, trotzdem sie sich mit der Volksvertre-tung verständigt hat. Es ist ebenso von höchster Wichtigkeit für das Volk, dass es in der Volksvertretung die unverfälschte und unverzerrte Widerspiegelung seiner Wünsche und Interessen sieht; denn wenn die Volksvertretungen beim Volke dauernd in Missachtung gerathen, so muss dies revolutionären, parti-kularistischen, anarchistischen und cäsaristischen Strömungen zu Gute kommen und den Bestand des Verfassungslebens er-schüttern.

Eine zeitgemässe Reform in der Organisation unserer Volks-vertretung ist demnach die wichtigste politische Aufgabe der Gegenwart. Wird sie versäumt, so lange die demokratischen Parteien im Reichstage noch keine sichere und überwältigende Mehrheit haben, so wird sie auf verfassungsmässigem Wege wahrscheinlich für alle Zeit unmöglich sein. Darum gilt es, die kurze Frist, die der Lösung dieser Aufgabe noch gewährt ist, eifrig zu benutzen, bevor es unwiderruflich zu spät ist und wir in einen pseudodemokratischen und scheinkonstitutionali-stischen Cäsarismus als das unvermeidliche Ende der über-wuchernden Demokratie hineintreiben.

In einem Punkte ist ja bereits eine Verbesserung der Organisation erfolgt, in der Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre, durch welche die Stetigkeit der parla-mentarischen Arbeit sehr gehoben, die Wahlaufregung seltener gemacht und die Abhängigkeit der Abgeordneten von Wahl-rücksichten verringert worden ist. Dieser Vorgang zeigt, dass die Verbesserungen sehr wohl einzeln und stückweise vorge-nommen werden können, wenn über eine allgemeine Reform noch keine Einigung zu erzielen ist, und giebt der Hoffnung Raum, dass auf diesem Wege sich auch noch weitere günstige Ergebnisse erzielen lassen würden.

Von grösster Bedeutung wäre meines Erachtens die Ver-minderung der Zahl der Abgeordneten, die im Reichstage höchstens 200, im preussischen Abgeordnetenhouse höchstens

120 betragen sollte, womöglich aber noch weniger. Die Debatten im Plenum würden dadurch sehr erleichtert, sie würden ruhiger, gründlicher und sachlicher werden und die Störungen durch Unaufmerksamkeit des Hauses würden sich sehr vermindern. Der ganze Ton im Verkehr der Abgeordneten würde sich verbessern und damit die Würde und das Ansehen der Parlamente wieder erhöhen. Von den wirklich arbeitenden Kapazitäten würde keine zu fehlen brauchen; aber die Mitläufer der Fraktionen, die das Ansehen der Abgeordnetenstellung mindern, würden verschwinden. Die sachlichen Debatten würden zum Teil aus den Kommissionen und Fraktionsversammlungen in das Plenum verlegt werden, und die zwecklosen Redeturniere im Plenum würden sich vermindern. Die bisherigen Kommissionen würden zusammenschrumpfen, was ihnen nur förderlich sein könnte, da sie dann von der Einsetzung der Subkommissionen Abstand nehmen könnten. Oft würde die Bestellung eines Referenten und Korreferenten genügen, um den Stoff für das Plenum anstatt einer Kommission vorzubereiten. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Abgeordneten würde sich in dem Verhältnis erhöhen, als die Verantwortung für die Parlamentsbeschlüsse sich auf eine kleinere Zahl von Schultern verteilt. Die Kirchturms- und Sonderinteressen würden zurücktreten und allgemeine politische Gesichtspunkte unbehinderter sich geltend machen können. Vom wohlthätigsten Einfluss würde dies namentlich auf die Sparsamkeit im Staatshaushalt und auf das leichtsinnige Schuldenmachen sein.

Jede Versammlung denkt und beschliesst um so verständiger und sachlicher, je kleiner sie ist, aber um so ^{un}vernünftiger, leidenschaftlicher und launischer, je grösser sie ist. In der Anhäufung der Menschen allein liegt eine verdummende Gewalt. Man sieht dies ja am deutlichsten beim niederen Volke, wo der Einzelne ein ganz guter, biederer Kerl, die Masse aber eine sinnlose, wilde Bestie ist. Dasselbe gilt aber auch für die höchsten Intelligenzen eines Volkes, deren jede einzelne das Bedeutendste leisten können mag, die sich aber in ihren guten und tüchtigen Eigenschaften um so mehr paralysieren, je mehr

von ihnen zusammen arbeiten müssen. Dass unsere Gesetze immer schlechter stilisiert und immer lüderlicher redigiert werden, liegt wesentlich an der Menge von Abgeordneten, die an ihnen herumpfuscht, an den sich durchkreuzenden Amendements, deren Annahme und Ablehnung oft von Zufälligkeiten abhängt, und an der begreiflichen Unlust der Ministerialbeamten, sich mit der Redaktion von Gesetzentwürfen überhaupt noch Mühe zu geben, die von den Parlamenten ja doch redaktionell verpfuscht werden. Bei einer solchen Verminderung der Abgeordnetenzahl würde auch der Vorrat an Intelligenzen im Volke wieder ausreichen, um alle Mandate ohne Häufung derselben mit hervorragenden Personen zu besetzen, was jetzt einfach unmöglich ist. Sobald aber in den verschiedenen Parlamenten verschiedene Personen sitzen, fallen auch die Übelstände hinweg, die jetzt infolge der Mandatshäufung mit dem gleichzeitigen Tagen von Reichstag und Landtagen verknüpft sind.

Der jetzt zu beklagende Absentismus würde sich schon dadurch sehr bessern, wenn die Zahl der Abgeordneten verringert und dadurch das Verantwortlichkeitsgefühl und Interesse jedes Einzelnen geschärft würde. Denn die am meisten fehlenden Abgeordneten sind die Mitläufer der Fraktionen, die keine eigene Meinung und deshalb auch gar nicht das Bedürfnis haben, mitzureden, die keine Lust und Befähigung zu ernster parlamentarischer Arbeit und darum auch kein rechtes Interesse an den Details der Verhandlungen haben. Mit ihrer Ausscheidung würde die chronische Beschlussunfähigkeit sofort ein Ende haben. Sollten aber auch von den anderen noch zu häufig welche fehlen, so brauchte man nur eine Pauschalentschädigung für die Session an Stelle der Diäten setzen, die wegfielen, wenn ein Abgeordneter eine Sitzung unentschuldigt versäumt hat.

Die Diätenlosigkeit des Reichstages hat schon jetzt ihre antidemokratische Bedeutung verloren, seitdem es sich als praktisch unthunlich herausgestellt hat, die Annahme von Diäten aus Parteifonds zu verhindern, die im Widerspruch zur Verfassung steht. Da scheint es doch besser, den Abgeordneten eine mässige Entschädigung auf Reichskosten zu gewähren, als

sie zu Kostgängern der Fraktionen und damit zu Sklaven der Parteidiktatoren herabzudrücken. Allerdings müssen die Entschädigungen so knapp bemessen sein, dass sich von ihnen nicht das gewohnte Leben der Bessersituierten bestreiten lässt, damit sie nicht für minder gut situierte Streber einen Anreiz bilden, sich um Abgeordnetenmandate zu bewerben. Die preussischen Diäten sind schon viel zu hoch. Die Ersetzung der Diäten durch eine erst am Schluss der Session zahlbare Pauschalsumme würde zugleich das beste Mittel sein, die Sessionen abzukürzen und das unnütze Geschwätz zu vermindern; denn die Abgeordneten würden sich bemühen, den Tag, wo sie die ganze Summe auf einmal einstreichen dürfen, recht bald herbeizuführen. Es wäre die sachgemässe Übertragung des Akkordlohnprinzips auf die parlamentarische Arbeit.

Von gleicher, wenn nicht noch grösserer Wichtigkeit als die Verminderung der Abgeordnetenzahl ist die Verkleinerung der Wahlkreise. Sie ist das einzige praktisch brauchbare Mittel, um den Minderheitsparteien im Volke zu einer einigermaßen ihrer Kopfzahl entsprechenden Vertretung zu verhelfen. Die Minoritätswahlen durch Listen passen nur für kleinere Wahlkörper in engeren Kreisen, wo jeder den anderen kennt, oder doch alle etwa in Betracht kommenden Kandidaten persönlich beurteilen kann. So wie dieses System auf grössere Staaten angewandt wird, versagt es entweder den Minoritäten wegen Mangel an Einigung auf bestimmte Kandidaten den beabsichtigten Schutz, oder es führt zu einer unbedingten Diktatur der zentralen Parteileitungen, welche mehr als irgend etwas anderes dazu angethan ist, den Volkswillen zu fälschen und das Volk mundtot zu machen. Wo der bestzentralisierten und am festesten disziplinierten Partei der Sieg im Wahlkampfe sicher ist, da ist es gewöhnlich mit jeder Selbstbestimmung des Volkes zu Ende und der Cäsarismus vor der Thür, der diese Wahlmache am besten versteht, weil er über die am straffsten zentralisierte Organisation verfügt.

Soll das Wahlergebnis möglichst dem Willen der Wähler entsprechen, so müssen alle Kleinstädte, die nicht als Acker-

bürgerstädte einen durchaus ländlichen Charakter haben, alle grossstädtischen Villenvororte und alle grösseren ländlichen Industriezentren eigene Wahlbezirke bilden. Dann dürfen die Wahlbezirke nicht mehr als 5000 Seelen umfassen. Da sich aber auf diese Weise 10 000 Abgeordnete statt 200 ergeben würden, so muss von der direkten Wahl Abstand genommen werden, sondern erst auf 50 Bezirksdelegierte ein Abgeordneter kommen. Das Prinzip der indirekten Wahl ist also richtig, aber es ist in seiner Ausführung noch überall verdorben worden. Sobald für die Urwähler die Möglichkeit vorliegt, die Wahlmänner oder Bezirksdelegierten auf den Namen eines bestimmten Abgeordneten zu verpflichten, ist das Prinzip der indirekten Wahl umgegangen und in die direkte Wahl auf Umwegen eingelenkt. Sobald Wahlmänner der verschiedensten Parteien nach einem geographisch abgegrenzten Wahlkreise zusammentreten, um einen Abgeordneten zu ernennen, ist der ganze Zweck der kleinen Urwahlbezirke und der indirekten Wahl verfehlt, weil nun doch wieder die Minderheiten in den Wahlkreisen überstimmt werden, und zwar nach noch viel zufälligeren Rücksichten, als bei der direkten Wahl im grösseren Wahlkreise. Es wäre also unverantwortlich, ein indirektes Wahlsystem zu empfehlen, das in einen dieser Fehler zurückfällt.

Mein Vorschlag ist ganz anderer Art. In jeder Provinzialhauptstadt versammeln sich die Wahlmänner der Provinz und ordnen sich nach Parteien, die ganz ihrem Übereinkommen anheimgestellt bleiben. Jede Partei ernennt aus ihrer Mitte in Kurien von je 50 Wahlmännern einen Abgeordneten; jede Ernennung eines, der nicht in dieser Provinz als Wahlmann gewählt ist, ist ungültig. Diejenigen Wahlmänner, die keine Stimme abgeben können, weil sie in der Partei über ein Vielfaches von 50 überschossen, oder deren Parteien die Ziffer 50 nicht erreicht haben, versammeln sich in der Landes- oder Reichshauptstadt und ernennen hier wiederum in freigebildeten Kurien von je 50 Wahlmännern einen Abgeordneten aus den sämtlichen Wahlmännern des Reiches. Die hier noch verbleibenden Überschüsse über Vielfache von 50 oder die Wilden,

die es zu keiner Vereinigung von 50 bringen können, bleiben dann unvertreten in den Parlamenten. Sollten schon in einem Regierungsbezirk kompakte Parteigruppen von mehr als 50 Wahlmännern aus den Urnen hervorgehen, so können diese sich sogar die Reise zur Provinzialhauptstadt ersparen und ihren Abgeordneten am Sitze der Regierung ernennen.

Bei diesem System ist die Verpflichtung der Wahlmänner auf bestimmte Kandidatennamen ausgeschlossen, weil man vor der Wahl noch gar nicht wissen kann, wer zu den Wahlmännern des Regierungsbezirks oder der Provinz gehören wird. Es ist aber auch jede Überstimmung von Minoritäten ausgeschlossen, weil jede Partei in sich selbst die Auslese der Abgeordneten aus den Wahlmännern trifft. Das System sieht umständlich aus, ist es aber nicht, weil es die Stichwahlen ganz beseitigt. In den kleinen Urwahlbezirken von 5000 Seelen kann ohne Schaden derjenige als gewählt gelten, der die relative Stimmenmehrheit erhalten hat. Die selbstthätige Auslese der Abgeordneten aus den Wahlmännern vollzieht sich jedenfalls in kürzerer Zeit, als die Stichwahlen jetzt erfordern. Wer Abgeordneter werden will, braucht nur als Wahlmann zu kandidieren, um wahlfähig zu werden; ob er wirklich von den Wahlmännern seiner Partei zum Abgeordneten gewählt wird, oder ob Andere ihm von diesen vorgezogen werden, wird nach wie vor teils von seinem Ansehen in dem betreffenden Regierungsbezirk, teils von den Empfehlungen der Parteileitung abhängen. Ganz unvertreten können bei diesem System nur solche Richtungen im Volke bleiben, die es noch nicht einmal bis zum Anspruch auf Einen ganzen Abgeordnetensitz gebracht haben. Die Ungenauigkeit in der Übereinstimmung der Parteiverhältnisse im Parlament und in den Wahlmännern kann ebenfalls bei jeder Partei nur einen Bruchteil eines Mandates betragen. Diese Ungenauigkeit ist so lange unüberwindlich, wie Personen sich nicht teilen lassen. Allerdings werden dann immer einige Abgeordnete an der vollen Zahl von 200 fehlen, soweit sich nicht unter den übrig bleibenden Wahlmännern Kartelle bilden; aber es liegt ja auch keine Nötigung vor, die Maximalziffer

durch Wahlen auszufüllen, die durch Behinderungsgründe doch stets verringert wird. Die Körperschaft der Wahlmänner behält ihre Rechte für die Dauer der Legislaturperiode. Bei Erledigung eines Mandates treten dieselben 50 Wahlmänner zur Nachwahl zusammen, die den ausgeschiedenen Abgeordneten ernannt hatten, nötigenfalls ergänzt durch Nachwahlen in den Urwahlbezirken, deren Wahlmänner inzwischen gestorben oder verzogen sind.

Sehr beachtenswert ist das neuerdings in verschiedenen Ländern mehr und mehr hervortretende Bestreben, das demokratische Prinzip der unmittelbaren Volksabstimmung zum letzten verfassungsmässigen Entscheidungsmittel über streitige Gesetzgebungsfragen zu machen. Es wird damit die unmittelbare mündliche Abstimmung, wie sie in Volksversammlungen von Landschaftsstaaten oder Städten möglich ist, auf Grossstaaten übertragen. Zu wessen Gunsten die unmittelbare Volksabstimmung in die Waagschale fällt, hängt aber ganz davon ab, wer die Befragung des Volkes anzuordnen und die Fragestellung zu bestimmen hat.

Wenn aus dem Volke selbst die Volksabstimmung über eine Frage gefordert und die Fragestellung bestimmt werden kann, wie im Schweizer Referendum, so wirkt die Einrichtung natürlich demokratisch, sei es, dass sie im Einverständnis mit der Volksvertretung die Regierung zu lange verweigerten Zugeständnissen zwingt, sei es, dass sie die von der Regierung und Volksvertretung vereinbarten Gesetzentwürfe verwirft. Wenn dagegen die Regierung eine unmittelbare Volksabstimmung über Fragen ausschreiben kann, die sie der Volksvertretung noch gar nicht vorgelegt hat, oder über Gesetzentwürfe, die von der Volksvertretung verworfen sind, dann bedeutet das Referendum gerade umgekehrt eine Stärkung der Regierung. Denn sie lässt dieser einerseits die Wahl, ob sie sich an die Volksvertretung oder mit Umgehung dieser an das Volk selbst wenden will, und ermöglicht ihr andererseits die Berufung von der Volksvertretung an's Volk in viel energischerer und unmittelbarer Weise als durch eine Parlamentsauflösung. Die

letztere bringt nämlich keine Volksentscheidung über die eine, gerade jetzt der Lösung harrende Frage zu Stande, sondern verquickt alle für die nächste Legislaturperiode in Betracht kommenden Fragen mit einander und bringt nur eine Kompromissentscheidung über diese alle zugleich hervor.

Erst die Neuwahl eines Parlaments ad hoc, welches gemäss vorheriger Ankündigung der Regierung nach Lösung der einen schwebenden Gesetzgebungsfrage sofort wieder aufgelöst würde, könnte mit der Wirkung der Volksabstimmung verglichen werden, und kann als ein guter Ersatz einer solchen in Staaten empfohlen werden, die noch keine unmittelbare Volksabstimmung in die Verfassung aufgenommen haben. Es bleibt dann aber immer noch der Unterschied bestehen, dass die Parlamentswahl ad hoc nach fast allen bestehenden Wahlgesetzen doch noch immer kein Parlament liefert, welches den Volkswillen so genau ausdrückt, wie eine unmittelbare Volksabstimmung. Die letztere ist deshalb für alle Staaten mit mangelhaftem Wahlgesetz als eine Korrektur dieses für wichtige politische Fragen zu empfehlen. Sie ist aber auch einfacher und leichter und billiger ausführbar als eine Parlamentswahl ad hoc selbst bei einem idealen Wahlgesetz, und deshalb auf alle Fälle als Ergänzungsstück der Verfassung zu empfehlen, vorausgesetzt, dass ihre Ausschreibung und die Fragestellung nur von der Regierung und nicht von einer Minderheit des Volkes abhängt.

Unter allen Umständen verliert durch das Referendum die Volksvertretung an Bedeutung im Staatsleben, und sie muss sich deshalb schon aus Selbsterhaltungstrieb gegen seine Einführung sträuben. Der Cäsarismus hat seit dem ersten Napoleon die Wirksamkeit dieses Hilfsmittels zur Stärkung seiner Macht richtig erkannt und eifrig gehandhabt, natürlich unter kräftiger Nachhilfe zu Gunsten des ihm gelegenen Abstimmungsergebnisses mit erlaubten und unerlaubten Mitteln. Aber auch ein konstitutioneller Monarch hat bei Gelegenheit der jüngsten belgischen Verfassungsrevision das „Königsreferendum“ für sich verlangt, ohne es von der Volksvertretung erlangen zu können.

Im deutschen Reiche würde die Volksabstimmung ebenso wie die Reichstagsauflösung vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrat ausgeschrieben werden müssen. Wenn die Demokratisierung des Reichstages fortschreitet, so dürfte das „Kaiserreferendum“ über kurz oder lang mit oder ohne Willen des Reichstages zur Einführung gelangen und voraussichtlich die wertvollsten Dienste leisten für die Sicherstellung der Lebensfähigkeit des Reiches auch gegen den Willen einer kurzsichtigen Volksvertretung. Dass damit der cäsaristische Bestandteil in der Reichsverfassung eine grosse Stärkung erfahren würde, ist unbestreitbar; deshalb wäre es bei Weitem besser, wenn eine organische Reform der Volksvertretung gelänge, die eine solche Auskunft überflüssig macht. Wenn aber eine derartige organische Reform misslingen sollte, so ist es immer noch relativ tröstlich, etwas im Hintergrunde zu sehen, was geeignet ist, die schlimmsten Folgen abzuwenden.

Eine organische Reform der Volksvertretung darf keinem Staatsbürger seine Mitwirkung an der Politik ganz verkümmern, aber sie muss die Gerechtigkeit des Verhältnisses von Rechten und Leistungen, Befugnis und Befähigung wieder herstellen, die durch die Gleichheit des allgemeinen Wahlrechts zerstört ist. Die Stimmen dürfen nicht bloss gezählt, sondern müssen auch gewogen werden nach der Bedeutung, die der Stimmende im Staats- und Gemeindeleben und in der sozialen Ordnung einnimmt.

Von verschiedenen Seiten, namentlich aus den Reihen der konservativen Parteien wird auf eine berufständische Gliederung als den allein naturgemässen Unterbau hingewiesen, aus dem die Parlamente sich erheben sollen. Darin ist soviel richtig, dass einerseits alles auf eine sorgfältig durchgeführte, allumfassende, berufständische Gliederung des Volkes hindeutet, um an Stelle der untergegangenen, mittelalterlichen Stände neue zeitgemässe Organisationen zu gewinnen, und dass andererseits diese gesamten berufständischen Organisationen in einem aus ihnen erwachsenen Berufsparlament gipfeln müssen. Aber unrichtig ist dabei die Vorstellung, als ob

dieses ganz von wirtschaftlichen Interessen bestimmte berufständische Parlament fähig und geeignet sei, den Platz des politischen Parlaments einzunehmen, in welchem die wirtschaftlichen Interessen jetzt leider schon einen viel zu grossen Platz einnehmen. Das berufständische Parlament müsste vielmehr seinen Wert darin zeigen, dass es die politischen Parlamente von wirtschaftlichen Fragen entlastet und rein den politischen Fragen zurückgiebt. Wir brauchen einen so erwachsenen Reichsvolkswirtschaftsrat mit den weitesten wirtschaftlichen Befugnissen neben dem Reichstag*); aber es ist ein ganz verfehlter Gedanke, ihn an Stelle des Reichstages zu setzen.

Die notwendige organische Reform der bestehenden Wahlgesetze muss sich gleich fern halten von der Scylla einer ungerechten demokratischen Gleichmacherei wie von der Charybdis einer plutokratischen Bevorzugung, gegen welche die heutige Zeit mit Recht äusserst empfindlich ist, und welche dem preussischen Wahlgesetz so grossen Hass im Volke zugezogen hat. Sie muss allen Faktoren des Verdienstes, der politischen Befähigung, der sozialen Machtstellung und des gesteigerten Interesses an der Erhaltung und dem Gedeihen des Staates Rechnung tragen, nicht bloss dem einseitigen Vorzug des Besitzes, der oft mit so wenig Befähigung, Verdienst und politischem Interesse verbunden ist. Man muss sich von vornherein mit dem Gedanken abfinden, dass durch eine solche allseitige Berücksichtigung das Wahlverfahren, namentlich in seinen Vorbereitungen, verwickelter wird. Unser ganzes Leben wird überhaupt immer komplizierter, je reicher es sich entfaltet, und davon kann auch ein Wahlverfahren keine Ausnahme machen, wenn es den realen Verhältnissen Genüge thun soll. Wenn die Volkszählungslisten, die Reichstagswählerlisten, die Landtagswählerlisten und die Gemeindewählerlisten nur nicht jede besonders in den Häusern herumgeschickt, sondern alle

*) Vgl. mein Buch: „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik“ Kap. IX: „Die Notwendigkeit eines deutschen Volkswirtschaftsrates.“

in eine einzige Aufnahme verschmolzen würden, so könnte man sich alle fünf Jahre einmal die Ausfüllung der erforderlichen Rubriken schon gefallen lassen. In der Zwischenzeit könnten dann die alten Wählerlisten gültig bleiben, so weit nicht von den Wählern selbst Berichtigungen beantragt worden sind.

Ich habe schon früher an dieser Stelle meine speziellen Vorschläge, die sowohl für den Reichstag, als auch für die Landtage und Stadtverordnetenversammlungen passen, genauer dargestellt und eingehend begründet. *) Das Ergebnis lässt sich folgendermassen zusammenfassen. Kein Wahlrecht hat, wer nicht lesen und schreiben oder nicht deutsch sprechen kann. Eine Urstimme hat jeder mündige Staatsbürger (vom 21. Jahr an). Als Zusatzstimmen treten zu der Urstimme hinzu: 1) Altersstimmen: eine vom 35., zwei vom 55. Lebensjahre an; 2) Familienstimmen: je eine für die Frau, für jede unverheiratete, geschiedene oder verwittwete Tochter und für jeden unmündigen Sohn; 3) Militärstimmen: eine für persönlich abgeleistete Dienstpflicht, je eine für jeden mitgemachten Krieg; 4) Bildungsstimmen: eine für die Befähigung zum einjährigen freiwilligen Dienst, zwei für die Erledigung einer neunjährigen Vollanstalt, drei für eine bestandene akademische oder Staats-Prüfung; 5) Steuerstimmen: eine für Versteuerung eines Einkommens von mehr als 1500 Mark, zwei für die eines Einkommens von mehr als 6000 Mark, ferner eine für Grundsteuer (von der Höhe eines bäuerlichen Einfamilien-gutes an) und eine für Gewerbesteuer von einer gewissen Höhe an. Jeder giebt bei der Wahl so viel Stimmzettel ab, als er Stimmen führt.

Die Herabsetzung des wahlfähigen Alters von 25 (beziehungsweise 24) auf 21 Jahre würde einer gerechten Forderung der demokratischen Parteien, die Einführung der Familienstimmen den Vertretern der Frauenrechte entgegen-

*) „Zur Wahlreform“. S. „Gegenwart“ 1887 Nr. 48 (wieder abgedruckt in „Zwei Jahrzehnte deutscher Politik“ S. 245—262.)

kommen. Die der Urstimme zuwachsenden Alters-, Familien- und Militärstimmen würden auch den niederen Ständen, nicht bloss den höheren, zu Gute kommen, aber innerhalb der besitzlosen Klassen das Wahlrecht viel gerechter verteilen, als das abstrakt gleiche Wahlrecht es thut. Der Mittelstand würde ausserdem auch an den Steuerstimmen (insbesondere auch der für Grund- und Gewerbesteuer zuwachsenden) und bis auf einen gewissen Grad an den Bildungsstimmen Teil nehmen. Die sehr reichen Bürger würden vor den Wohlhabenden nichts an Berechtigung voraushaben. Die besitzlosen gebildeten Stände würden in den ihnen zuwachsenden Bildungsstimmen eine Entschädigung für den Mangel von Steuerstimmen finden. Alle würden sich eifriger als jetzt an den Wahlen beteiligen, die mittleren und höheren Stände insbesondere, weil sie wüssten, dass sie mehr in die Waagschale zu werfen haben. In den niederen Ständen würde das Übergewicht der ungebildeten jungen Schreier, die noch nichts geleistet haben, zu Gunsten der erfahrenen und gesetzten Familienväter und alten Krieger gebrochen werden.

Bis jetzt ist nur in dem Revisionsentwurf der belgischen Verfassung ein Versuch mit dem Mehrstimmensystem oder dem ungleichen allgemeinen Wahlrecht gemacht worden. Aber dieser Versuch ist so zaghaft angestellt worden, dass die Zusatzstimmen zur Urstimme auf nicht mehr als zwei oder drei anwachsen können. Das ist eine Reform, welche zwar die Unbequemlichkeiten der Komplikation des Wahlverfahrens mit sich bringt, aber nichts leistet, weil ihre Ergebnisse zu wenig von dem des gleichen Stimmrechtes abweichen. Man muss den Mut haben, bis zur Häufung einer grossen Stimmenzahl auf einen Wähler fortzuschreiten, wenn den aristokratischen Volksbestandteilen im weitesten Sinne des Wortes ebenso gut wie den demokratisch gesinnten bei der Wahl der Volksvertretung ihr Recht werden soll. Lässt sich die öffentliche Meinung nicht auf einmal für eine solche Reform gewinnen, so würde es nicht schaden, sie stückweise nach und nach einzuführen, etwa zuerst die Altersstimmen, dann die Familienstimmen,

dann die Militärstimmen, dann die Bildungsstimmen und erst zu allerletzt die den Demokraten am meisten verhassten Steuerstimmen hinzutreten zu lassen. Nach jeder solchen stückweisen Reform würde der neugewählte Reichstag besser als die vorhergehenden den Volkswillen repräsentieren, weniger als zuvor eine einseitig demokratische Tendenz aufweisen, und leichter weiteren vernünftigen und gerechten Teilreformen zugänglich sein.

VI. Die kirchlichen Zustände in Preussen.

Zwischen dem offiziell verbindlichen christlichen Bekenntnis und dem Bildungsstand unserer Zeit klafft ein Riss. Der geschichtlich gebildete Theologe weiss, dass das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis nicht von den Aposteln herührt, sondern dogmatische Bestandteile enthält, die dem Anschauungskreise der Apostel fern lagen, dass es sich allmählich vom zweiten Jahrhundert bis Ende des ersten Jahrtausend in den mannigfachsten Wandlungen und Wanderungen entwickelt hat und zum Gemeingut geworden ist, und dass seine einzelnen Bestimmungen vom Standpunkt der christlichen Dogmatik theils anfechtbar sind, theils ungeschichtliche Umdeutungen erfahren haben, theils gegen Häresien gerichtet sind, die für uns alle Bedeutung verloren haben. Dass trotzdem alle Geistlichen noch auf dieses Bekenntnis sich verpflichten müssen, begründet ohne Zweifel einen Notstand.

Nimmt man die Sätze des Apostolikums wörtlich, so wird es wohl nur einen kleinen Teil evangelischer Geistlichen geben, die sich wahrheitsgemäss zu ihm bekennen. Die Mehrheit der Geistlichen findet sich in ihrem Gewissen in der Weise mit dem Bekenntnis ab, dass sie den Wortlaut als etwas historisch Gewordenes, durch Tradition Fixiertes mit Pietät behandelt und im Übrigen diejenigen Erklärungen an diesen Wortlaut anschliesst, die dem besonderen theologischen Standpunkt eines Jeden gemäss sind. Die ehrwürdige wörtliche Überlieferung der Kirche auf der einen Seite, die Entfaltung eines dem eigenen Lehrstandpunkt entsprechenden geistigen Inhalts auf

der anderen Seite müssen sich, so gut sie eben können, mit einander vertragen. Jede Zeit giesst ihren Geist in die alten Formeln, an die man um der Einheit der Kirche willen nicht rühren darf; aber die Formeln müssen sich gefallen lassen, was man in sie hineingiesst, und in der That, sie halten still. Zunächst wird ausgelegt, dann untergelegt, dann umgedeutet. Will auch das nicht mehr ausreichen, so kommt man zu einer spekulativen oder gar dialektischen Darlegung, in welcher bekanntlich der Widerspruch aufgehobenes Moment ist. Fehlt dazu die geistige Gewandheit, so zieht man sich auf eine Art Lehre von der doppelten Wahrheit zurück, nach welcher offenbarungsmässig das eine, für unser begriffliches Verständnis das andere gilt.

Am liebsten vermeidet man es, die schwierigen Punkte zu berühren, schiebt die Dogmatik als für den Kern der evangelischen Glaubensgesinnung unwesentlich bei Seite, und betont das praktische Christentum, die brüderliche Liebe und die Pflege der sozialen Liebeswerke. Man beruft sich auf die Unentbehrlichkeit der Kirche als der einzigen religiös-sittlichen Volkserziehungsanstalt, auf die Unentbehrlichkeit der Einheit der Kirche als Bedingung für ihre Machtentfaltung, auf die Unentbehrlichkeit eines gemeinsamen Bekenntnisses als Bedingung für die Einheit der Kirche und auf die Unmöglichkeit, an Stelle des überlieferten Bekenntnisses ohne Zersprengung der Kircheneinheit ein anderes zu setzen. Um der Kirche die Möglichkeit ihres segensreichen Einflusses zu erhalten, setzt man sich über die Bedenken hinweg, die die Inkongruenz zwischen Form des Bekenntnisses und Inhalt des Glaubens hervorrufen könnte.

Das ungebildete Volk ist entweder unkirchlich und dann so wie so keinem Einfluss der Kirche zugänglich; oder es hängt pietätvoll oder gedankenlos am Altgeheiligten, Herkömmlichen, und dann kann man ihm sein Bekenntnis nicht nehmen, ohne es in seiner Glaubenszuversicht zu verwirren. Der gebildete junge Geistliche, der voll von Idealen an seinen hohen Beruf als Seelsorger herantritt, muss seine Bedenken gegen die Form

des Bekenntnisses tief in seinem Innern verschliessen, wenn er sich nicht allen Boden für eine gesegnete Wirksamkeit entziehen will. Plagt ihn der Wahrheitsfanatismus, so dass er seiner Gemeinde seine kritischen Bedenken gegen die veraltete Form von der Kanzel aus zum Besten giebt, oder auch nur im vertrauten Gespräch sie durchschimmern lässt, so muss er notwendig das Vertrauen der Gemeinde einbüssen. Nun giebt es ja einzelne städtische Gemeinden von liberaler Mehrheit; aber im Grossen und Ganzen sind die Kirchenbesucher entweder wirklich Buchstabengläubige, oder geben aus sozialen und politischen Motiven vor, es zu sein, während für die freier Gesinnten die Kirche wenig Anziehungskraft zu haben pflegt. Es sind also nur wenig Geistliche verwendbar, die die Abweichung ihres Glaubens von der Bekenntnisformel offen aussprechen wollen; die grösste Mehrzahl der Gemeinden würde sich gegen einen solchen Geistlichen entschieden verwalten.

Den gebildeten Theologen bleibt also nur die Wahl, entweder die Mehrzahl der Seelsorgeämter subalternen ungebildeten Köpfen oder blinden Fanatikern zu überlassen, oder ihre Bedenken so weit zum Schweigen zu bringen und in sich zu verschliessen, dass sie die Seelsorge in ungebildeten Gemeinden in erspriesslicher Weise führen können. Man wird bei unbefangener Erwägung solchen Beweggründen seine Achtung nicht versagen können, wenn man einmal die Voraussetzungen gelten lässt, auf denen sie fussen. Ebenso wenig wird man eine geistliche Aufsichtsbehörde tadeln können, wenn sie einen Geistlichen seines Amtes enthebt, der sich durch unkluge Äusserungen einer an und für sich achtungswerten Wahrheitsliebe mit dem Überzeugungsstand seiner buchstabengläubigen Gemeinde in Konflikt gesetzt hat, da ja die Gemeinde das geschichtliche Recht für sich hat.

Die öffentliche Meinung allerdings lässt die Respektabilität der Motive für eine solche Gewissensbeschwichtigung der Geistlichen nicht gelten. Sie kümmert sich nicht um geschichtliche Entstehung und Deutungsfähigkeit der Formeln, sondern

hält sich an ihren Wortlaut und lässt sich den Widerspruch dieses Wortlautes gegen den Glaubensstandpunkt eines heutigen Gebildeten oder auch nur Halbgebildeten nicht hinwegdeuten. Sie lässt wohl einen gewissen Bedeutungswandel der Begriffe wie der Formeln gelten, aber nur innerhalb der Dehnbarkeitsgrenzen des Wortlauts, bei deren Überschreitung der Widerspruch zwischen Form und Inhalt unabweislich zu Tage tritt, und sie meint, dass die dogmatischen Formeln in entscheidenden Punkten bereits über die Elastizitätsgrenze ihrer Umdeutungsfähigkeit hinaus ausgedehnt worden sind. Sie fordert mit Recht von dem evangelischen Geistlichen, dass er nicht bloss wie der katholische ein unpersönliches Sprachrohr für die Lehre der Kirche sei, sondern dass er das Gotteswort als ein selbst erlebtes, aus eigener, innerster, wahrhafter Überzeugung reproduziertes der Gemeinde übermittle. Sie nimmt es auf dem Gebiete der religiösen Überzeugung ernst und streng mit der Forderung der lauteren Wahrhaftigkeit, der sie im weltlichen Verkehr so leicht und gern Abbruch thut. Sie lässt kein Drehen und Deuteln und keine vermittelnden Kompromisse zu und kennt nur die Alternative zwischen voller Aufrichtigkeit und jesuitischer Heuchelei. Sie sucht die eigentlich entscheidenden Motive für die Abfindung der meisten Geistlichen mit ihrem Gewissen in dieser Hinsicht mehr auf Seiten des weltlichen Vorteils, in der Gefahr eines schiffbrüchigen Lebens, als in der Rücksicht auf das Wohl der Kirche und des durch die Kirche zu fördernden Volkswohls. Sie glaubt nicht mehr an die wahrhaft segensreiche Macht einer Kirche, deren Diener in der Mehrzahl zu einem gewissen Opfer des Intellekts genötigt sind, um ihren Platz erlangen und behaupten zu können. Sie vermisst die Früchte des Geistes und der Kraft, die nur aus einem ganz überzeugungstreuen Glauben ohne Verklausulierungen entspriessen. Sie bewilligt dem geistlichen Stande nur noch ein gemindert Ansehen, weil sie im Grossen und Ganzen nicht mehr an die volle Wahrhaftigkeit und Überzeugungstreue seiner geistlichen Wirksamkeit glaubt, und setzt damit wiederum das Ansehen der Kirche herab, die überwiegend durch solche Diener vertreten ist.

Auf welcher Seite liegt nun die grössere Berechtigung, auf Seiten der Geistlichen, die um des höheren Zweckes willen mit ihrem Gewissen in Sachen der Wahrhaftigkeit paktieren, oder auf Seiten der öffentlichen Meinung, die ein solches Paktieren auf dem Gebiete der tiefsten Innerlichkeit, des religiösen Glaubens verwirft? Offenbar handelt es sich hier um eine Kollision der Pflichten, die aus verschiedenen ethischen Gesichtspunkten zu verschiedener Entscheidung gelangt. Welcher dieser ethischen Gesichtspunkte aber der höhere sei, das ist nicht so leicht in allgemeingültiger Weise zu entscheiden. Es stehen sich hier zwei verschiedene Weltanschauungen gegenüber, deren jede ihr höheres Recht behauptet. Das Verhältnis wird deutlicher werden, wenn wir in der Betrachtung etwas weiter ausholen.

Als die alte protestantische Orthodoxie sich in ihren dogmatischen Streitigkeiten um die „reine Lehre“ erschöpft hatte, machte der Pietismus im vorigen Jahrhundert siegreich das protestantische Prinzip des individuellen Gemütsglaubens und der frommen Gesinnung geltend, ohne im Übrigen das Dogma anzutasten. Die zunehmende rationalistische Bildung der Zeit rief daneben auch die Anfänge einer rationalistisch gefärbten Dogmatik unter dem Namen der Neologie hervor, und die fortschreitende Aufklärung führte endlich im Anfang dieses Jahrhunderts zur völligen Herrschaft eines theologischen Rationalismus, der die lebenswürdigen Seiten und die Schwächen des Aufklärungsrationismus überhaupt teilte. Damals wäre es vielleicht möglich gewesen, eine Änderung der Bekenntnisformeln durchzusetzen; aber man erachtete diese Aufgabe nicht für dringlich, weil Niemand sich mehr die Möglichkeit träumen liess, dass nach dem allgemeinen Siege der Aufklärung noch einmal wieder eine Zeit kommen könnte, wo man auf Bekenntnisformeln irgend welchen Wert legen, oder dieselbe gar zur Strangulation freisinniger Geister benutzen würde.

Der Pietismus und der Rationalismus fielen beide in die Zeit der äussersten Ohnmacht und Zerrissenheit Deutschlands, in welche nur das Genie Friedrichs des Grossen wie das

Wetterleuchten einer besseren Zukunft vorübergehend hineingeblitzt hatte. Als Deutschland sich nach den Befreiungskriegen einige Zeit lang physisch und wirtschaftlich erholt hatte, begann das Preussentum mit seiner straffen militärischen und bureaukratischen Zentralisation jene Sammlung der staatsbildenden Kräfte, durch die ein halbes Jahrhundert später das neue Reich errichtet wurde. Gleichzeitig wurde aber der Rationalismus der Aufklärungsperiode im Zeitgeist durch eine romantische Reaktion und Restauration überwunden, die zugleich den Versuch einer Wiederherstellung der orthodoxen Lehre im Gefolge hatte. In einigen Kleinstaaten, wie z. B. Bayern, bewahrte diese dogmatische Restauration ihren rein theologischen Charakter; in Preussen dagegen verschmolz sie mit den borussischen Zentralisationsbestrebungen und stellte die kirchenpolitische Tendenz in den Mittelpunkt der Bewegung. Was bis zur Reichsgründung geschah, war nur eine Vorbereitung, zu der auch die Zusammenfassung der evangelischen Kirchen in der unierten preussischen Landeskirche gehört; die hauptsächlich von Friedrich Wilhelm IV. gepflegte Saat ist dann im vergrößerten Preussen des neuen deutschen Reiches mächtig aufgeschossen.

Die kirchenpolitische Tendenz steht gegenwärtig an der Spitze des ganzen neuen Lebens der evangelischen Kirche. Dem Volke soll die Religion erhalten, und wo sie ihm abhanden gekommen ist, wieder zurückgegeben werden. Das soll aber nicht durch die innere Macht des Glaubens, nicht durch die natürliche Propaganda der Frömmigkeit, sondern auf hierarchisch-bureaukratischem Wege durch die Wirksamkeit der Kirche geschehen. Die Kirche soll dem Volke die Religiosität andrillen, wie das Heer ihm die Kriegstüchtigkeit andrillt. Hierzu soll sie die Schule in ihren Dienst nehmen, in der den jungen Köpfen von früh auf die Frömmigkeit durch Auswendiglernen und Andachtsübungen eingetrichtert werden soll. Auf die Kirchlichkeit kommt es an, nicht mehr auf den Glaubensinhalt; der Streit um dogmatische Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Konfessionen und theologischen

Richtungen verstummt oder tritt in den Hintergrund. Die kirchliche Zugehörigkeit in Wort und Handlung wird als politische Anstandspflicht behandelt; der äussere Schein der Kirchlichkeit gehört zum legalen preussischen Staatsbürgertum, insbesondere zum Beamtentum; der Unkirchliche wird mit Misstrauen als Störenfried in der Zentralisation der politischen Kräfte angesehen. An Stelle der dogmatischen Streitigkeiten tritt mehr und mehr die Einigung aller theologischen Richtungen in sozialen Liebeswerken, durch welche ebenfalls der Einfluss der Kirche im Kampfe mit den ihr widerstrebenden Mächten des Volkslebens gestärkt werden soll.

Das Gleichgültigwerden der Dogmatik hat es ermöglicht, dass die preussische Neuorthodoxie allmählich durch eine andere theologische Richtung verdrängt und ersetzt wird, durch die Ritschlianer. Diese Umwandlung vollzieht sich darum so unvermerkt für die Gemeinden, weil die Ritschlianer einerseits die Sprache der Orthodoxie weiter reden, obwohl sie sich etwas ganz Anderes, auch unter einander wieder subjektiv ganz Verschiedenes dabei denken, und weil sie andererseits ebenso eifrige Verfechter des Kirchenprinzips und der Kirchlichkeit der Gläubigen sind wie die Orthodoxen. Ritschl ist sogar in dem Werte, den er der Kirche für den Heilsprozess des Einzelnen beilegt, im Widerspruch gegen die Luther'schen Grundsätze noch viel weiter gegangen als die neue Orthodoxie.

Innerhalb der konservativen Parteien herrscht sonst viel Hader und Zwietracht, aber darin sind Alle einig, dass allein von der Kirche das Heil auch für den Staat und die Gesellschaft kommen könne und müsse, und dass jeder Zweifel an der Bedeutung der Kirche ein Sakrilegium und zugleich ein revolutionäres Attentat auf den Staat sei. Deshalb erfreuen sich auch die Bestrebungen auf eine festere zentralistische und bureaukratische Organisation der Kirche und auf strammere Kirchenzucht sowohl über die Geistlichen als über die Laien thatkräftiger Sympathien innerhalb der konservativen Partei. Vor Allem ist die akademische Freiheit innerhalb der theologischen Fakultäten den Vertretern der Kirchlichkeit ein Dorn

im Auge, und das Bestreben geht dahin, einerseits den Schwerpunkt der theologischen Bildung in Seminarien zu verlegen, die von der Universität unabhängig sind, andererseits die Besetzung der theologischen Lehrstühle der Kirche zu übertragen und alle theologischen Professoren, die es noch ernst nehmen mit der Wahrheit, in die philosophische Fakultät hinüber abzuschieben. Alle Personen und Gemeinden, die sich dieser zentralistisch - kirchenpolitischen Tendenz widersetzen, sucht man möglichst aus der evangelischen Landeskirche hinauszudrängen, ihnen das Ausleben in draussenstehenden Sekten grossmütig gönnend.

Diese Entwicklung ist durchaus folgerichtig; aber im Einklang mit dem evangelischen Prinzip ist sie nicht, sondern sie ist neokatholisch. Die römisch-katholische Kirche hat von jeher die Prinzipien befolgt, welche die Vertreter der evangelischen Kirchlichkeit jetzt innerhalb der evangelischen Kirche zu verwirklichen bemüht sind; sie hat das kirchenpolitische Prinzip der zentralistischen Stärkung und hierarchischen Durchbildung der kirchlichen Organisation mit Glück und Geschick verwirklicht, indem sie das Vorbild des römischen Weltreichs auf die irdische Vertretung des römischen Gottesreiches übertrug. Soviel, wie das römische Weltreich es räumlich und sachlich weiter gebracht hatte in der bureaukratischen Zentralisation als der preussische Staat, so viel überlegen ist die römische Kirche der preussischen Landeskirche. Die Vertreter der evangelischen Kirchlichkeit blicken deshalb auch mit offenem oder heimlichem Neid nach Rom und suchen in der römischen Hierarchie ihr Vorbild in jeder Hinsicht, so weit die Verquickung der preussischen Landeskirche mit dem monarchischen preussischen Staatswesen und die Verschmelzung des obersten Bistums mit der Krone es zulässt.

Der Einzelne, der die Konsequenzen des einmal von ihm ergriffenen Prinzips klar durchschaut, müsste folgerichtiger Weise katholisch werden, sofern ihn nicht sein preussischer Patriotismus daran hindert. Die ganze Bewegung strebt mit Notwendigkeit einer Reunion in irgend welcher Gestalt zu,

freit

freit freit freit

freit freit freit

freit freit freit freit

allerdings unter Wahrung der Rechte des königlichen Landesbischofs. Die dogmatischen Differenzen zwischen katholischer und evangelischer Lehre bieten einer Überbrückung durch moderne Interpretationskünste weit geringere Schwierigkeiten als die Überbrückung zwischen dem Wortlaut des Bekenntnisses und dem Glaubensinhalt. Die evangelisch-kirchliche Praxis und Organisation strebt gerade nach möglicher Annäherung an die katholische, unter Vorbehalt landesüblicher Abweichungen, wie sie bei einer Reunion wohl geschont werden könnten. In den sozialen Liebeswerken besteht kein Unterschied, als dass die evangelische Kirche hinter der katholischen dreinhinkt, und selbst die Veranstaltung von Volksvergnügungen, auf welche die katholische Kirche sich von jeher verstanden hat, versucht die evangelische jetzt schüchtern nachzuahmen.

Mit bitterem Neide blicken die Vertreter der evangelischen Kirchlichkeit auch auf den politischen Einfluss, den die katholische Kirche sich durch die katholische Fraktion im Reichstag und im Abgeordnetenhaus zu sichern gewusst hat und auf die Erfolge, die sie durch parlamentarische Handelsgeschäfte bereits erzielt hat und noch ferner zu erzielen Aussicht hat. Wenn auch noch so oft schnöde abgewiesen, fahren sie in ihrem brünstigen Liebeswerben um die Gunst des Zentrums fort, in der Hoffnung, dass mit Hilfe dieser Bundesgenossenschaft auch für sie einige Brocken bei der Gesetzgebung abfallen werden, wie es z. B. bei dem Zedlitzschen Schulgesetzentwurf der Fall gewesen wäre, wenn er zur Annahme gelangt wäre. Während die katholische Kirche immer nur sich selbst als die einzige christliche Kirche anerkennt, werden ihre evangelischen Schildknappen nicht müde, von einer Solidarität der christlichen Kirchen gegen die unchristlichen und antichristlichen Strömungen unserer Zeit zu schwärmen. Die Katholiken aber rufen ihnen immer auf das Neue zu, dass es keine Rettung gegen den Antichrist giebt als im Schoosse der allein seligmachenden Kirche, und dass sie ihre kirchenpolitischen Zwecke erst dann mit wirklichem Erfolge und Nachdruck zu fördern Aussicht haben, wenn sie sich entschliessen, als ver-

irrte Kinder in den Schooss der Mutterkirche heimzukehren, die ihnen diese bussfertige Rückkehr gewiss so leicht als möglich machen würde.

Die kirchenpolitischen Tendenzen, die bis zu einem gewissen Grade das Opfer des Intellectes zu Gunsten der volkspädagogischen Zwecke notwendig fordern, sind also durchaus zu rechtfertigen vom Standpunkt des katholischen Kirchenbegriffes, aber auch nur von diesem. Die evangelischen Männer, die sich solchen kirchenpolitischen Tendenzen dienstbar machen, sind gewiss fern davon, diese Konsequenzen zu durchschauen; sie wollen nur dasjenige, was ihnen an der Organisation und Praxis der katholischen Kirche nachahmenswert scheint, den Zwecken der preussischen Landeskirche zu Gute kommen lassen. Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, sich begrifflich der Konsequenz ihrer Stellungnahme entziehen, oder im Fall des äusseren Erfolges die fortschreitende Rekatholisierung bis zum Abschluss der Bewegung durch eine Reunion nachträglich aufhalten zu können. Sie täuschen sich, wenn sie meinen, bei dieser Stellungnahme noch dem evangelischen Prinzip des Protestantismus treu geblieben zu sein, wenn dies auch vorläufig entschieden noch ihr Wille ist. Sie vernichten thatsächlich das protestantische Recht der freien Forschung und dasjenige des Rückganges allein auf die Bibel, in welcher von so vielen Dogmen der späteren Bekenntnisse nur Keime, von manchen nicht einmal diese zu finden sind. Sie heben das protestantische Prinzip der Gewissensfreiheit in Glaubenssachen und der individuellen Erlangung des Heils durch individuelle Aneignung desselben auf. Sie verkehren das protestantische Verhältnis von Einzelem und Gemeinde, von Gemeinde und Kirche in sein katholisches Gegenteil; denn nach protestantischer Auffassung wirkt die Gemeinde nur fördernd, anregend und bestärkend für den individuellen Heilsprozess des Einzelnen durch Zusammenschluss der gleichgesinnten Einzelnen, die Kirche nur fördernd und bekräftigend durch Zusammenschluss der gleichgesinnten Gemeinden, während nach katholischer Auffassung die Kirche das Heil positiv vermittelt, also als

zweiter Mittler zwischen dem ersten Mittler und dem Einzelnen steht.

Die protestantische Auffassung wird jetzt in der preussischen Landeskirche zwar noch vielfach im Munde geführt, aber thatsächlich ist sie in den Hintergrund gedrängt. Wo sie in voller Kraft als massgebender Mittelpunkt des religiösen Lebens noch besteht, das sind eben die Kreise, auf deren Hinausdrängung aus der gemeinsamen Landeskirche die herrschende Richtung hinarbeitet. Aber gerade die Geistlichen dieser Kreise machen sich einer Verleugnung des evangelisch-protestantischen Glaubensprinzips und einer gefährlichen Anleihe bei dem katholischen Kirchenprinzip schuldig, wenn sie zu Gunsten ihres Verbleibens in der preussischen Landeskirche und zu Gunsten einer volkspädagogischen Wirksamkeit mit den Machtmitteln dieser Kirche mit ihrem Gewissen im Punkte der Wahrhaftigkeit paktieren. Die öffentliche Meinung steht ebenfalls auf diesem protestantischem Standpunkte, und sie hat Recht, von ihm aus die kirchenpolitischen Tendenzen der herrschenden Richtung und das durch sie bedingte Opfer des Intellectes von Seiten so vieler freier denkender Geistlichen als unevangelisch zu verwerfen. Sie ist jetzt protestantisch, während die herrschende Richtung der evangelischen Landeskirche es nicht mehr ist. Aber die öffentliche Meinung, die sich gegen die Rekatholisierung auflehnt und mit der Bildung der Zeit Fühlung zu halten bemüht ist, erweckt Zweifel, wenn auch nicht an ihrer eigenen Religiosität, so doch an der Christlichkeit ihrer Religiosität. Vielfach ist sie sogar religiös indifferentistisch, und auch soweit sie das nicht ist, hat sie sich doch von den Grundanschauungen des christlichen Verstellungskreises so weit entfernt, dass nicht nur die Katholiken, sondern auch die herrschenden Richtungen der evangelischen Landeskirche ihr das Prädikat der Christlichkeit im strengeren Sinne verweigern zu müssen glauben.

Das protestantische Prinzip, das bei der Reformation aufgestellt wurde, trat thatsächlich gar bald hinter der Not der Zeit zurück. Damals war indessen der Zeitgeist noch derart,

9. 11. 11
dass eine zugleich protestantische und christliche Kirche hätte verwirklicht werden können, wenn nur die äusseren Verhältnisse günstiger gelegen hätten, jetzt aber, wo man die Probe gemacht hat, stellt sich heraus, dass der Zeitgeist sich schon zu sehr von den Grundanschauungen des Christentums entfernt hat, so dass entweder eine christliche aber nicht protestantische Kirche dabei herauskommt, oder aber eine protestantische aber bloss noch dem Namen nach christliche Religiosität, die es wohl noch zur Gemeinde- und Sektenbildung, aber nicht mehr zu einer Kirche zu bringen vermag. Diese Wahrnehmung eben ist es, welche die Vertreter der Kirche dazu gedrängt hat, sich thatsächlich von dem protestantischen Prinzip loszusagen, weil es sich als zersetzendes Ferment der Kirche herausgestellt hat. Diese Wahrnehmung ist es aber auch, die die protestantische, öffentliche Meinung zur Opposition gegen eine dem Namen nach evangelische Kirche treibt, welche sich als Kirche nur behaupten zu können glaubt durch Preisgebung des protestantischen Prinzips.

Es ist ein Stück Selbstzersetzung des Christentums, das sich vor unsern Augen abspielt. Die Katholiken haben ganz Recht zu betonen, dass es zunächst doch nur eine Selbstzersetzung des Protestantismus ist, die sich hier vollzieht. Aber die Protestanten haben wieder darin Recht, dass ein lebendiges Christentum nur noch im Protestantismus wohnt; also sind auch die hier hervortretenden Auflösungsprozesse solche des Christentums überhaupt, soweit dasselbe noch lebendig als ideale Kulturmacht ist.

Wie die Dinge sich in diesem Jahrhundert angelassen haben, dürfte es für die Kultur kein Schade, sondern eher ein Gewinn sein, wenn sie sich folgerichtig weiter entwickeln. Eine Rekatholisierung der offiziellen Landeskirche bis zur Reunion und eine Aussonderung aller wahrhaft protestantischen Bestandteile aus der Landeskirche dürfte als eine reinliche Scheidung und eine schätzbare Klärung der jetzt so verwirrten Lage willkommen zu heissen sein. Ebenso möchte die Aufhebung der theologischen Fakultäten und die Verlegung der Predigeraus-

bildung in rein kirchliche Seminare als reiner Gewinn für alle Teile zu begrüßen sein. Der Kirche würde es dadurch erleichtert, den geistlichen Unterricht durch eine chinesische Mauer von der modernen Bildung und dem Zeitgeist abzusperren und das Niveau des geistlichen Standes mehr und mehr zu einem subalternen, ausserhalb der Zeitbildung stehenden herabzudrücken. Die Universität würde von dem Widerspruch befreit, eine Fakultät in sich zu schliessen, die nicht der Wissenschaft, sondern der Kirche dient, und die wenigen philologischen, historischen und religionsphilosophischen Forscher und Denker der theologischen Fakultäten, die wirklich die Wissenschaft noch fördern, würden dies künftig in der philosophischen Fakultät weit besser und unbehinderter als jetzt in der theologischen können. Die ungebildeten Volksgemeinden erhielten subalterne ungebildete Geistliche, die ihrem Glauben und Verständnis näher stehen und nicht nötig haben, einen Eiertanz sophistischer Auslegungen aufzuführen. Die Vertreter der Schule würden sich in ihrer Bildung denen der Kirche noch mehr als jetzt überlegen fühlen, und selbst die Volksschule würde leichter eine selbständige Stellung erlangen. Die Träger der nationalen Geisteskultur würden den Unterschied kaum bemerken, höchstens insofern, dass sie sich von einer solchen Kirche noch weniger als von der jetzigen geniert und inkommodiert fühlten. Alle lebendige Religiosität der Gebildeten würde ausserhalb der reunierten Landeskirche in freien Sekten, Gemeinden, Vereinen oder individualisierter Religionspflege ihre Befriedigung suchen; zu kräftigen Reformbestrebungen, sei es auf christlichem Boden, sei es über den christlichen Ideenkreis heraus, würde erst dadurch freie Bahn geschaffen.

Eine Umgestaltung, die allen Teilen ihr Recht widerfahren lässt und die Bedürfnisse aller Parteien befriedigt, wäre keinesfalls etwas Schreckliches, das wir zu fürchten haben. Wir würden dadurch in Deutschland ähnliche Zustände an den Universitäten erhalten, wie sie in den Niederlanden und Italien schon jetzt zur Zufriedenheit aller Beteiligten bestehen. Nur

Ein Anspruch müsste dabei aufgegeben werden, an dem bis jetzt die Interessen noch eifrig festhalten, nämlich der Anspruch der wahrhaften Protestanten, zur evangelischen preussischen Landeskirche gehören und in ihr verbleiben zu wollen. Ich glaube, dass binnen Kurzem auch in diesen Kreisen die Einsicht sich Bahn brechen wird, dass der durch die Zugehörigkeit zur Landeskirche auf ihnen lastende Zwang das ideelle Interesse an dieser Zugehörigkeit schon jetzt nicht aufwiegt, und dass die allein durch die Ausschneidung zu erlangende Freiheit der Bewegung ein weit wertvolleres Gut ist als die Zugehörigkeit.

VII. Die Jungfernfrage.

Was man gewöhnlich Frauenfrage nennt, ist eigentlich nur Jungfernfrage. In den niederen Ständen hängt die Frauenfrage wesentlich mit der Arbeiterfrage überhaupt zusammen, und kann nur mit dieser und durch diese gelöst werden; in den höheren Ständen bildet sie eine Frage für sich. Wenn erst die Waisenversicherung eingerichtet sein wird, so wird es der Wittwenversicherung in den niederen Ständen gar nicht mehr bedürfen, da kinderlose Wittwen sich leichter durchbringen, als kinderreiche Familien. In den höheren Ständen bedarf es neben der Waisenversicherung allerdings auch der Wittwenversicherung, und zwar muss die Waisenversicherung hier nicht bloss bis zur Konfirmation oder dem Schulaustritt (14 Jahr), sondern bis zur Grossjährigkeit (21 Jahr) reichen. Die Jungfernfrage in den niederen Ständen umfasst dann die 12 Jahre von der Konfirmation bis zum durchschnittlichen Heiratsalter (14 bis 26 Jahr), ist also bloss vorübergehend, da nur wenige unverheiratet bleiben. Die Jungfernfrage in den höheren Ständen beginnt bei Waisen erst mit der Grossjährigkeit, bei den übrigen mit dem Durchschnittsalter der Verwaisung, das hier ziemlich nahe an das Durchschnittsalter der Verheiratung heranrückt; sie besteht also eigentlich bloss für solche, die nicht zur Verheiratung gelangen. In den niederen Ständen ist die Jungfernfrage seit Jahrhunderten dieselbe und zeigt keine Tendenz zum Wachstum; in den höheren Ständen ist sie seit etwa 50 Jahren in raschem Wachsen begriffen. Im Gegensatz zu der provisorischen Jungfernfrage der niederen Stände hat die der höheren

Stände einen definitiven Charakter, und könnte Altjungfernfrage genannt werden. Aber sie ist doch nicht bloss Altjungfernfrage, denn sie wirft ihren Schatten voraus auch auf die Zeit der Jugend und zwingt die nicht ganz leichtsinnigen Mittellosen rechtzeitig für ihre Zukunft Vorsorge zu tragen.

Die spöttische Nebenbedeutung, die dem Begriff der alten Jungfer als einer allseitig Verschmähten aus früheren Zeiten her anhaftet, hat längst ihre Berechtigung verloren, da jetzt auch die schönen und lebenswürdigen Mädchen zum erheblichen Teil zur Ehelosigkeit verurteilt sind. Man braucht deshalb an dem Ausdruck „Jungfernfrage“ keinen Anstoss zu nehmen. Es ist schon das ein sprachlicher Missbrauch, dass man gegenwärtig alle erwachsenen Personen weiblichen Geschlechts „Frauen“ nennt statt „Weiber“; aber die Unverheirateten mit Ausschluss der Verheirateten auch noch „Frauen“ zu nennen, das scheint doch gar zu widersinnig, wo das Wort „Jungfern“ zu Gebote steht.

Das öffentliche Interesse der Jungfernfrage hat mehr als einen Grund. Die Ausschaltung so vieler Töchter höherer Stände von der Fortpflanzung ist ein Verzicht auf die Erhaltung der mühsam erworbenen höheren Eigenschaften in den künftigen Generationen und eine einseitige Abwälzung der nötigen Volksvermehrung auf die roheren und wirtschaftlich schwächeren Stände, also eine Art umgekehrter Zuchtwahl, die notwendig zu einer Verrohung und Erniedrigung des nationalen Durchschnittstypus führen muss. Die Verminderung der Heirathen und die zunehmende Verspätung der Eheschliessung in der gebildeten Männerwelt, aus welcher die wachsende Jungfernzahl entspringt, trägt zur Entsittlichung der grossen Städte bei, in denen die Junggesellen sich vorzugsweise anhäufen, und die Entsittlichung der Städte bietet den Junggesellen wachsende Versuchungen dar, die sie von der Eheschliessung zurückhalten. Proportional der Zahl der Jungfern höherer Stände nimmt die Zahl der gefallenen Mädchen der niederen Stände zu, und Ehelosigkeit und Sittenverfall wachsen in dem Masse, als die Bevölkerung der Grossstädte und grösseren Städte wächst. Am

lautesten schreit die Not der mittellosen, gebildeten Jungfern, die sich ausser Stande finden, ihrem Herabsinken auf eine niedere soziale Stufe Widerstand zu leisten.

Es ist sehr begreiflich, dass von denen, welche den Notstand klar erkannt haben, die Abhilfe zunächst in der Richtung einer gesteigerten Erwerbsfähigkeit der gebildeten Jungfern gesucht wird; denn das nächstliegende Mittel der Notlinderung ist Arbeitsverdienst. Das Bestreben dieser Menschenfreunde geht also dahin, den Töchtern der gebildeten Stände immer neue Berufszweige zu eröffnen und immer neue Gelegenheiten zur Gewinnung einer für solche vorbereitenden Fachbildung zu verschaffen. Die Seminare für Lehrerinnen, die Musikinstitute, die gewerblichen Zeichenschulen, die Kunstschulen, die Unterrichtsanstalten für kaufmännische Ausbildung und die verschiedenartigsten Fortbildungskurse haben im letzten Menschenalter den Anfang gemacht, nachdem die Errichtung der höheren Töchterschulen im vorletzten Menschenalter vorgebaut hatte. Die nächsten Strebensziele sind Mädchengymnasien, Zulassung ihrer Abiturientinnen zu den Universitätsstudien oder Errichtung einer eigenen weiblichen Hochschule, die den Universitäten und sonstigen Hochschulen gleichberechtigt sein soll, Zulassung zu allen Staatsprüfungen nach Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen, Eröffnung des Berufes als Oberlehrer, Arzt und Rechtsanwalt, Anstellung qualifizierter Jungfern im Post- und Telegraphendienst und im subalternen Verwaltungsdienst. Später wird dann ohne Zweifel die Forderung nachfolgen, dass litterarisch und pädagogisch bewährte weibliche Lehrkräfte auch zum Lehramt an Hochschulen und Universitäten zugelassen werden, und dass auch der höhere Verwaltungsdienst sich den Jungfern öffnet.

Alle diese Forderungen erscheinen dem gesunden Menschenverstand ungemein plausibel. Das Talent sucht sich Bahn zu brechen, auch wo es im weiblichen Körper geboren ist, und empfindet es als eine brutale und ungerechte Ausnutzung der männlichen Übermacht, dass diese ihm die Schranken des Wettkampfes, so weit als dies durch Gesetze möglich ist, verschliesst.

Auf ein wirkliches Talent kommen hundert vermeintliche Talente, die an sich selbst glauben und von guten Freunden in diesem Glauben unterstützt werden, während das Leben ihnen die Gelegenheit versagt, die Richtigkeit dieses Glaubens durch die That zu erproben. So manche thatendurstige und schaffensfreudige Jungfrau, die von sich nicht unbescheiden denkt, fühlt doch, dass gar viele Männer ihre anvertrauten Stellungen recht mittelmässig, wo nicht gar schlecht ausfüllen, dass nicht allzu viel Talent und Fleiss dazu gehören kann, es besser zu machen, und dass sie dies bescheidene Mass von Befähigung wohl besitzen dürfte.

Vor Allem aber ist es die Not, die kein Gebot kennt, oder doch kein willkürlich beschränkendes Gebot gelten lassen will, und nicht nur die materielle der Unbemittelten, sondern auch die geistige Not der Wohlhabenden. Die ersteren betrachten es wie einen Hohn des Schicksals, dass sie gezwungen sind, feine Handarbeiten für Ladengeschäfte zu Spottpreisen anzufertigen; die letzteren leben nach verflossener Jugendblüte in ihrem geschäftigen Müssiggange und ihrer vergeblichen Jagd nach Abwechslung und Vergnügen je länger je mehr sich selbst zum Ekel, falls sie nicht an unverbesserlichem Leichtsinne kränken oder in stumpfsinnige Gewohnheit versinken, und sehnen sich nach Erlösung durch Berufsthätigkeit in einem angemessenen Wirkungskreise. Jeder Vater unversorgter Töchter, jeder Bruder unverheirateter Schwestern wird von diesen Stimmungen und Gefühlen indirekt mit berührt, von den Sorgen um die Zukunft mit betroffen. Ja sogar von Junggesellen die etwas weiter hinausdenken, kann man es schon aussprechen hören, dass die Sorge vor unversorgten Töchtern im Voraus als ein Bedenken mehr gegen die Eheschliessung von ihnen betrachtet wird, während sie wohl noch das Vertrauen haben, ihre Söhne in's Leben und in den Beruf einführen zu können. Was kann da natürlicher und selbstverständlicher sein, als dass die lahm gelegten Kräfte Raum, sich zu regen, die Talente offene Bahn, sich zu bethätigen, fordern, dass die Arbeitsfähigen nach einer ihrem Bildungsgrade angemessenen

Arbeitsgelegenheit mit entsprechendem Arbeitsverdienst verlangen?

Was man gewöhnlich gegen diese Forderungen einwendet, scheint wenig stichhaltig. Es ist wahr, dass die seminaristisch oder kaufmännisch geschulten Mädchen durchschnittlich weniger anziehend für Männer sind, und es kann daraus ein Gegenmotiv für solche Fachbildung entnommen werden, so lange die Mädchen noch im Durchschnitt die Aussicht haben, geheiratet zu werden. Sobald es so weit gekommen ist, dass ein erheblicher Prozentsatz der Mädchen so wie so von der Heiratschance ausgeschlossen bleibt, kann es eher als ein Gewinn erachtet werden, wenn ein Teil der Mädchen von vorn herein aus der Konkurrenz um die heiratswilligen Männer ausscheidet, indem sie sich einer Fachbildung und einem selbständigen Berufe zuwendet. Es ist wahr, dass ein Teil der geforderten Berufsarten der weiblichen Natur wenig gemäss erscheinen, dass die in ihnen arbeitenden Jungfern durch sie vom Ideal der Weiblichkeit abgeführt werden. Aber der wahre Wert dieses Ideals kommt doch erst in dem Verhältnis zum Gatten und den Kindern zur Geltung und Entfaltung, und wo diese doch abgeschnitten ist, da kann man keinem Menschen zumuten, dass er um des Ideals willen hungern soll, statt in besonderem Berufe zu arbeiten und sich satt zu essen.

Was man gegen die gefährliche Hinneigung unserer Zeit zur Auflösung der organischen sozialen Verbände in atomistisch isolierte Individuen sagt, ist ebenfalls an sich ganz richtig; aber es ist schwer, dieses Argument gegen die Erwerbsbestrebungen der Jungfern unmittelbar geltend zu machen, weil sie die atomistische Vereinzelung und Familienlosigkeit des auf sich selbst gestellten Individuums nicht erst geschaffen, sondern vorgefunden haben, und nur bemüht sind, sich der gegebenen Sachlage anzupassen, damit die Jungfern sich unter den erschwerten Bedingungen im Kampfe ums Dasein behaupten können. Die besonnenen Vertreter der Bewegung sind ganz bereit, die Atomisierung als einen Übelstand und die früher bestandene Familienhaftigkeit als den besseren Zustand anzuerkennen; aber unfähig,

diesen Übelstand zu ändern, suchen sie wenigstens die durch ihn geschaffene Lage für die davon betroffenen Individuen erträglich zu machen. Nur der radikale Teil der Emanzipationskämpfer erblickt im Bunde mit der Sozialdemokratie in dieser fortschreitenden Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft und in der fortschreitenden Auflösung der Familie einen Gewinn, und trägt eben dadurch dazu bei, den Selbsterhaltungsinstinkt der Gesellschaft gegen die ganze Jungfernagitation ohne Not zur Reaktion aufzuregen.

Man hat endlich das Zusammenarbeiten männlicher und weiblicher Personen in denselben Räumen sittlich bedenklich gefunden, mit Recht, sofern es sich um Studierende beiderlei Geschlechts in jugendlichem Alter, mit Unrecht, sofern es sich um Angestellte in reiferem Alter handelt. Das erstere Bedenken ist nur zu heben durch Trennung der Unterrichtsanstalten nach den Geschlechtern, das letztere durch Vorschrift einer Altersgrenze, unterhalb deren Jungfern vom Zusammenarbeiten mit männlichen Angestellten ausgeschlossen bleiben. Ich bin aus sittlichen Gründen durchaus gegen die Zulassung von Studentinnen zu den bestehenden Gymnasien, Hochschulen und Universitäten, auch gegen den gemeinsamen Unterricht auf Musikinstituten und Zeichenschulen, und meine, dass überall besondere Unterrichtsinstitute für Schülerinnen zu errichten, oder mindestens besondere Klassen für solche abzuzweigen sind. Damit sind aber auch die sittlichen Bedenken beseitigt, und die Mehrzahl der Neubildungen in den letzten Jahrzehnten hat bereits diesen Weg beschritten.

Ich glaube nicht, dass die Bewegung und ihre Erfolge sobald zum Stillstand gelangen werden, trotz der Abneigung, welche die gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches und Preussens ihr entgegenbringen. Die Bewegung ist zu natürlich, als dass sie nicht vorschreiten sollte. Darum müssen wir uns darauf gefasst machen, demnächst Mädchengymnasien und eine weibliche Hochschule entstehen zu sehen. Alle Versuche, die Bewegung zurückzustauen, können nur ihre Spannkraft steigern, indem sie den Eindruck hervorrufen, als entspränge

der Widerstand aus Missgunst und Eifersucht auf die männlichen Vorrechte. Es ist soweit gekommen, dass es nicht einmal mehr wünschenswert scheinen kann, aus Furcht vor einer überstürzten Entwicklung den Gang der Dinge zu verzögern. Blosser Streit mit Gründen ist unwirksam, wo die mächtigsten Willensinteressen die bewegenden Triebfedern sind; hier kann nur noch der Versuch entscheiden. Möge der Versuch gemacht werden, je eher, je lieber; ich bin überzeugt, dass er im Grossen und Ganzen ungefährlich bleiben wird, weil er sein Ziel verfehlen wird. Je früher durch die Erfahrung der Beweis erbracht wird, dass auf diesem Wege die Jungfernfrage nicht zu lösen ist, desto eher werden die Ohren sich Vorschlägen öffnen, die die Lösung von einer ganz anderen Seite her in Angriff nehmen.

Wenn die Kämpfer für die Eröffnung neuer weiblicher Berufe ganz ehrlich sein wollen, so werden sie zugeben müssen, dass die bisherigen Ergebnisse fast nur Enttäuschungen gebracht haben. Wie die Nähmaschine zu dem Handnäherinnenproletariat noch ein Proletariat von Maschinennäherinnen hinzugefügt hat, so haben wir in den gebildeten Ständen jetzt ein Proletariat von geprüften Lehrerinnen, Klavier- und Gesanglehrerinnen. Es sind etwa dreimal so viel geprüfte Lehrerinnen vorhanden, als Unterkommen finden können; zwei Drittel haben also die Kosten und Mühe ihrer Ausbildung vergeblich aufgewendet. Eine junge Klassenlehrerin ist jetzt für ein Jahresgehalt von 200 Mark zu haben, d. h. für ein Taschengeld von etwa 55 Pfennigen täglich; natürlich können hier nur noch solche Jungfern konkurrieren, die aus anderweitigen Mitteln ohnehin zu leben haben. Der Jahreslohn für geprüfte Lehrerinnen im Hause ist so heruntergegangen, dass Anfängerinnen nicht selten für freie Station zu haben sind, während eine Köchin ausser der freien Station 150—400 Mark Lohn bezieht. Ebenso dient ein Kinderfräulein oft umsonst, während Kindermädchen und Kinderfrauen 100—300 Mark erhalten. Das Honorar für Klavierstunden ist auf 50 Pfennige heruntergedrückt. Die Klaviervirtuosinnen sind zur Landplage geworden, die Geigen-

virtuosinnen sind im Begriff es zu werden; ihre Konzerte sind zu kostspieligen Unterrichtsreklamen herabgesunken. Überall trifft man hungernde Gesanglehrerinnen, die nach Schülerinnen spähen. Auch an Malerinnen und Mal-, auch Zeichnenlehrerinnen macht sich bereits eine empfindliche Überproduktion geltend, trotzdem die wachsende Mode, die jungen Mädchen in Malunterricht zu schicken, ihrem Bedarf entgegenkommt. Die gewerblichen Musterzeichnerinnen haben nicht das geleistet, was man sich von ihnen versprochen hatte, haben aber den männlichen Zeichnern den Markt verdorben. Der kaufmännisch Ausgebildeten sind bisher zu wenig, als dass sich ähnliche Erfahrungen schon hätten herausstellen können; jedenfalls werden die Tausende von stellenlosen jungen Kaufleuten sich künftighin um Tausende von stellenlosen Kaufräuleins vermehren. Man kann sagen, dass in allen freien männlichen Berufen die weibliche Invasion noch weit ruinöser auf die Lohnhöhe wirken muss, als in den niederen Gewerbszweigen die vielberufene Konkurrenz der Zuchthausarbeit. Die Wirkung ist ähnlich, wie die der Einführung von Kulis in den Vereinigten Staaten von Amerika.

So viel lässt sich schon jetzt als Wirkung der veränderten Zustände übersehen: Ein grosser Teil der Jungfern wendet Kosten und Arbeit der Ausbildung vergebens auf und gerät durch die Enttäuschung in doppelte Verbitterung. Der Teil, der Arbeit findet, erhält einen sehr geringen Lohn, der zu einem standesgemässen Unterhalt gewöhnlich nicht ausreicht. Alle zusammen drücken durch ihr Angebot den Preis der Arbeit in dem ergriffenen Beruf bedeutend herab, so dass auch der Durchschnittslohn der männlichen Arbeit erheblich sinkt. Alle von der Agitation bisher erschlossenen Berufe sind durchaus subaltener Natur, mit Ausnahme des Künstlerberufs im engeren Sinne, den nur die ganz seltenen begnadeten Talente in verschwindenden Ausnahmefällen erringen. Selbst die Virtuosinnen haben nur selten das Mass von allgemeiner musikalischer Bildung und Übersicht, um eine Kapellmeisterstelle ordentlich auszufüllen. Ein Herabsinken der Töchter der höheren Stände

in die subalterne Sphäre wird also durch die bisher erschlossenen Berufe der Regel nach doch nicht verhindert. Für jedes Weib, das in irgend welchem Berufe seinen Unterhalt erlangt, verliert erstens derjenige Mann seinen Unterhalt, dem sie die Arbeit wegnimmt (dies gilt auch bei neu errichteten Stellungen), und zweitens das Weib, dass nun von diesem Manne wegen Nahrungslosigkeit nicht geheiratet werden kann; ist es aber gar ein Familienvater, den sie im Konkurrenzkampf schlägt, so macht sie, um für sich allein leben zu können, eine ganze, schon bestehende Familie brodlos.

Jeder Beruf, der solche weibliche Invasion erleidet, wird durch Lohnverringerung aus seiner bisherigen Lebenssphäre in eine noch subalternere herunter gedrückt, in so weit nicht behördlich normierte Gehälter dies verhindern. Wo die freie Konkurrenz waltet, wirkt der Wettbewerb weiblicher Arbeitskräfte dahin, die allgemeine gesetzmässige Tendenz des Lohnes für qualifizierte Arbeit zur progressiven Annäherung an den Lohn für unqualifizierte Arbeit zu beschleunigen, d. h. den Beruf in eine niedrigere Sphäre hinab zu zerren, alle Berufsgenossen zu schädigen und dadurch die Ehelosigkeit und Heiratsverspätung unter ihnen im Allgemeinen zu steigern. Wo eine lebenslängliche Anstellung mit Gehalt und Pensionsberechtigung in einem Berufe als Regel gilt, da ist es auch als Regel zu betrachten, dass der männliche Angestellte dem Staate durch Familiengründung neue Bürger zuführt und die Ernährung einer Jungfer des lebenden Geschlechts auf seine Schultern nimmt -- da wirkt jede Besetzung einer Stellung mit einer weiblichen Bewerberin als Brodlosmachung zweier Personen und Geburtsverhinderung von vier bis fünf Kindern.

Es ist eine allgemein verbreitete Annahme, dass im Durchschnitt ein Schneider mehr und Besseres leistet als eine Schneiderin, ein Koch mehr als eine Köchin, ein Lehrer mehr als eine Lehrerin; diese Überzeugung drückt sich unwillkürlich in der Antwort auf die weibliche Honorarforderung aus: „Nein, wenn ich so viel geben soll, so kann ich ja gleich einen Lehrer (Schneider, Koch) nehmen.“ Die Vertreter der Gleichberechtigung

beider Geschlechter erklären allerdings diese Annahme für ein Vorurteil; aber sie stützen sich dabei entweder auf Deduktionen aus ihrem zweifelhaften Dogma der Gleichheit beider Geschlechter oder auf unbestreitbare Einzelfälle, während die Volksmeinung sich aus dem Zusammenwirken aller Erfahrungen gebildet hat. Thatsächlich beträgt in allen Berufsarten, sowohl der höheren wie der niederen Stände, der weibliche Arbeitslohn nur 60 bis 70 Prozent des männlichen; und diese überall gleichmässige Preisnormierung muss doch irgend welche thatsächliche Begründung haben.

Bei der lebenslänglichen Anstellung mit pensionsberechtigtem Gehalt hat sich die Erfahrung herausgestellt, dass die weiblichen Kräfte trotz ihres geringeren Gehalts doch im Ganzen nicht billiger, sondern teurer kommen als die männlichen, weil sie öfter erkranken und Unterstützungen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nachsuchen müssen, weil sie mehr Vertretungskosten und Störungen des Betriebes veranlassen, und weil sie früher invalid werden, also den Pensionsetat schwerer belasten. Der weibliche Organismus ist eben zarter und in mancher Hinsicht weniger widerstandsfähig als der männliche. Schon den gleichen Studien erliegen mehr weibliche als männliche Schüler, so dass sie das Studium aus Gesundheitsrücksichten aufgeben müssen. Da ist es kein Wunder, dass auch die gleiche Berufsübung die weiblichen Arbeiter schneller abnutzt und früher ausschaltet als die männlichen. Ganz besonders gilt dies von Studien und Berufen, die eine dauernde, angespannte Gehirnthatigkeit erfordern, also Nervenkraft verzehren; nervös machende Berufe konsumieren die weibliche Widerstandskraft im Durchschnitt weit schneller als die männliche.

Sieht man von Berufsarten ab, zu denen weibliche Personen aus besonderen Gründen geeigneter sind (z. B. dem Telephondienst), so kann schon jetzt keine Behörde die Verantwortung übernehmen, bei Besetzung einer Stelle einer Bewerberin den Vorzug vor den vorhandenen Bewerbern zu geben. Trotz geringeren Gehaltes kommt keine Ersparnis für die Behörde

dabei heraus; die Brotlosmachung zweier Menschen und die Verhinderung einer Familiengründung im Falle der weiblichen Besetzung der Stelle müssen für einen männlichen Bewerber den Ausschlag geben. So ist man denn auch vielfach von der Anstellung weiblicher Personen wieder zurückgekommen, wo sie versuchsweise in Angriff genommen war, und ich glaube, dass man im öffentlichen Schulwesen ebenfalls schon davon zurückgekommen wäre, wenn die Staatsbehörden und nicht Gemeindebehörden zu entscheiden hätten. Die ersteren haben naturgemäss das Interesse des Staates und des ganzen Volkes mehr im Auge als die letzteren, die in erster Reihe auf den eigenen Vorteil bedacht und manchmal nicht weitblickend genug sind, um in den geringeren Gehältern der Lehrerinnen einen solchen nicht zu suchen.

Wollte man gar auf die Forderung eingehen, dass nach dem abstrakten Grundsatz der Gleichberechtigung jede Stelle ihr Gehalt haben muss, ohne Unterschied, ob sie mit männlichen oder weiblichen Arbeitskräften besetzt ist, so würde der pekuniäre Nachteil für die Behörde bei der Anstellung von Bewerberinnen ganz klar zu Tage liegen. Es würden aber noch schwere sittliche Gefahren hinzutreten. Die Stellen würden vorzugsweise mit Maitressen derjenigen Personen besetzt werden, die bei der Besetzung amtlichen oder ausseramtlichen Einfluss haben, und Bewerberinnen, die sich nicht zu Maitressen hergeben wollen, würden wenig oder keine Aussicht auf Anstellung haben. Der Unterschied zwischen dem naturgemässen und aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage sich ergebenden weiblichen Arbeitslohn und dem ihr im Falle der Anstellung zufließenden männlichen Arbeitslohn würde unweigerlich als eine Prämie wirken, welche die Stellenbesetzer ohne wirtschaftliche Gegenleistung zu verschenken haben. Das weibliche Angebot zu den so über Verdienst dotierten Stellen und der Wettbewerb um die Erlangung dieser Prämie würde so stark werden, dass die Stellenbesetzer reichliche Auswahl hätten auch unter solchen, die zu nicht wirtschaftlichen privaten Gegenleistungen sich bequemen würden. Die in einzelnen

amerikanischen Staaten zeitweise in dieser Hinsicht gemachten Versuche bestätigen die Grösse der sittlichen Gefahr, die in dem Besitz der Macht zu solcher Prämienverteilung liegt.

So lange sich die Bestrebungen zur Aufschliessung neuer weiblicher Berufe wie bisher in der subalternen Sphäre bewegen, werden sie dem Wunsche der Töchter höherer Stände nicht genugthun, sich vor dem sozialen Herabsinken auf ein tieferes Niveau zu bewahren, und werden schwerlich bessere Ergebnisse zu Tage fördern als die bisherigen, die am allermeisten die Beteiligten selbst unbefriedigt lassen und ganz dazu angethan sind, das Gefühl ihrer Unbefriedigung noch zu steigern. Deshalb geht auch neuerdings das Streben auf Erschliessung höherer, insbesondere studierter Berufe. Ich glaube, dass der Erfolg hier noch viel schlechter sein wird als in den subalternen Berufsarten, und die Enttäuschung der gehegten Erwartungen noch viel bitterer. Für alle lebenslänglichen Anstellungen durch Behörden gelten auch in den höheren Berufen in verstärktem Masse die obigen Bedenken; denn je besser die Brotstelle, um so unstatthafter scheint es, sie einer Jungfer zu überlassen anstatt einem Familienvater. Wo bliebe da die Familientradition, wo die Selbstergänzung der Berufsstände, die ihnen die gleichmässige und stetige Entwicklung des soliden und tüchtigen Berufsgeistes sichert?

Es können demnach im Ernste von den höheren Berufen nur die sogenannten freien Berufe in Betracht kommen. Da die Schriftstellerei und alle Künste bereits in weitester Ausdehnung vom weiblichen Geschlecht in Beschlag genommen sind, so bleibt die höhere Lehrthätigkeit an Privatschulen, die Advokatur, der ärztliche und die technischen Berufe übrig.

Dass die Lehrerinnen den Wunsch hegen, sich besser als durch den geisttödtenden Drill der Seminare für ihre Lehrthätigkeit in den Oberklassen der privaten höheren Töchter-schulen vorzubereiten, ist sehr begreiflich, und die Gelegenheit dazu ist ihnen von Herzen zu gönnen, um so mehr, als sie auch ihrer allgemeinen Bildung zu Gute kommen würde, was man vom seminaristischen Studium eben nicht sagen kann.

Aber wie wenige werden von dieser Gelegenheit Gebrauch machen? Wie wenige machen schon jetzt von ihr Gebrauch, wo eine solche, wie in Berlin, in reichlicher Masse besteht? Keine Ausbildung wird an der Thatsache etwas ändern, dass Schulmädchen nur bei solchen Lehrkräften etwas Ordentliches lernen, für deren Person sie schwärmen, und dass sie zwar etwa für den dritten Lehrer, aber kaum für die zehnte Lehrerin zu schwärmen vermögen. Ausserdem ist das private Töchter-schulwesen nur als ein provisorischer Notbehelf zu betrachten, der den Gemeinden Zeit verschafft, das höhere Töchter-schulwesen allmählich selbst in die Hand zu nehmen. Wenn aber erst einmal die privaten Mädchenschulen zu der Bedeutung herabgedrückt sein werden, wie es jetzt schon die privaten Knabenschulen sind, dann werden die Lehrerinnen mit höherer Ausbildung überhaupt kein Bethätigungsfeld mehr haben.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die nächste weibliche Invasion, trotz der weiblichen Abneigung gegen die mathematischen Wissenschaften, sich auf die technischen Berufe wirft. Aber es ist in diesem Falle so gut wie sicher, dass sie nur das subalterne Arbeitsangebot vermehren wird, wie es aus den fachgewerblichen Mittelschulen schon jetzt massenhaft von Seiten des männlichen Geschlechts hervorgeht. Als Zeichnerinnen, technisch gebildete Schreiberinnen und Übersetzerinnen, auch zur Führung der kaufmännischen Geschäfte in der Technik können Jungfern sehr brauchbar sein; aber Konstrukteure ersten Ranges werden sie nur in ganz besonderen Ausnahmefällen liefern, und doch sind es nur solche, die sich aus der subalternen Sphäre der Technik herauszuarbeiten vermögen. Für die subalternen technischen Arbeiten sind aber schon jetzt die Löhne so niedrig, dass die weibliche Invasion sie notwendig unter das zum Lebensunterhalt Erforderliche herunterdrücken müsste.

Ob die Gerichtsverfassung jemals weibliche Anwälte zulassen wird, ist zu bezweifeln; dass sie weibliche Richter niemals dulden wird, ist gewiss. Bei der gegenwärtigen Überfülle von Rechtsanwälten kann auch diese Laufbahn nicht allzu

lockend erscheinen, es sei denn, dass sie nur als Durchgangsstufe zum Eintritt in kaufmännische Unternehmungen angesehen wird. Dazu bedarf es aber nicht der Eintragung in die Anwaltsliste, sondern die Ablegung der Staatsprüfungen genügt. Wenn sich durch weibliche Initiative eine juristische und volkswirtschaftliche Hochschule zur höheren Fachbildung weiblicher Kaufleute bilden sollte, und Rechtsanwälte die praktische Ausbildung dieser Kandidatinnen in ihren Bureaus übernehmen sollten, so würde ich das als den verheissungsvollen Anfang zur Entwicklung eines Kaufmannstandes von höherer Fachbildung betrachten, an dem es bis jetzt leider fehlt. Denn die Männer würden nachfolgen müssen, und es ist Zeit, dass es im Kaufmannstande zu einem anderen Merkmal für die Scheidegrenzen zwischen Subalternen und Höheren kommt als jetzt, wo nur der Kapitalbesitz als solches gilt. Aber auch hier würden es nur wenige Jungfern sein, die sich dem ernstesten Studium unterzögen, noch weniger, die es durchführten.

Das Gleiche gilt für den ärztlichen Beruf. Ist es nicht merkwürdig, dass fast gar keine gebildeten Weiber aus höheren Ständen den verhältnismässig kurzen Hebammenkursus durchmachen, der ihnen von jeher offen steht? Ist es nicht auffallend, dass so wenige die Entsagungsfähigkeit und Opferwilligkeit haben, sich dem allerweiblichsten und alleredelsten Beruf, der Krankenpflege zu widmen? Warum fangen denn diejenigen, welche sich darüber beklagen, nicht Aerztin werden zu können, nicht damit an, Krankenpflegerin oder Hebamme zu werden, um ihre Dienste doch zunächst einmal auf irgend eine Weise der leidenden Menschheit zu weihen? Gewiss liegt das zum grossen Teil daran, dass sie sich das ärztliche Studium und den ärztlichen Beruf leichter denken als er ist. Man lasse getrost den Versuch machen, wie viele sich durch das Mädchen-gymnasium, und wie viele sich durch die medizinische Hochschule hindurcharbeiten, um Aerztin zu werden. Diese Konkurrenz hat der ärztliche Stand wahrlich nicht zu fürchten; die wenigen approbierten Aerztinnen würden ihm jedenfalls weit ungefährlicher sein als die vielen unstudierten Naturärzte.

Am allerwenigsten ist zu glauben, dass die wohlhabenden Jungfern in nennenswerter Zahl die Ausdauer haben würden, ernste Studien zu vollenden und sich einem beschwerlichen und ermüdenden Beruf zu widmen. Sie kennen jetzt wohl die Langweiligkeit der Berufslosigkeit, aber nicht die Langweiligkeit und ermüdende Einförmigkeit aller Berufsart. Wenn sie den Ernst hätten, zu arbeiten, ohne dass die materielle Not sie dazu drängt, so könnten sie das auch jetzt schon in der segensreichsten Weise auf dem weiten Gebiete der werktätigen Liebe, der Armenpflege nach Elberfelder Muster, der Waisenpflege, der freiwilligen Krankenpflege, insbesondere in verwandten und befreundeten Familien, der Kinderbewahranstalten etc. Die sich hierzu nicht aufraffen können oder nach kurzer Versuchsfrist wieder zurücktreten, die können sicher sein, dass ihnen auch jeder männliche Beruf auf die Dauer unerträglich sein würde. Nur die materielle Not, nicht die geistige ist bei dem Durchschnittsmenschen stark genug, um die Langweiligkeit der Berufsarbeit zu überwinden; das gilt in noch weit höherem Grade für die mehr passive Anlage des Weibes als für die mehr aktive des Mannes. Die sich jetzt zu den Fortbildungskursen drängen, sind schon die wenigen Auserwählten ihres Geschlechts — und doch wie wenige von ihnen bringen es zu ernsten, ausdauernden Studien! Ganz anders noch würde sich das Verhältnis stellen, wenn überall Mädchengymnasien und weibliche Hochschulen entstünden, und es Mode würde, dass die weibliche Jugend zu solchen hinströmte. Dann würde man es nicht mehr wie jetzt mit einer Elite von Talenten und energischen Charakteren, sondern mit der strebsamen Mittelmässigkeit zu thun haben, und dann würde sich zeigen, wie unverhältnismässig dürftig die Erfolge zu den gemachten Anstrengungen ausfielen.

In allen höheren Berufen ist die weibliche Konkurrenz nicht ernsthaft zu nehmen; gegen die Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, ist die weitherzigste Liberalität das einzige der Männerwelt würdige Verhalten. In den subalternen Berufen ist die weibliche Konkurrenz allerdings zu fürchten, denn

sie beschleunigt den Prozess, durch den der Lohn der subalternen Kopfarbeit auf das Niveau der Handarbeit oder noch unter dasselbe heruntergedrückt wird. Durch das Eindringen in die subalternen Berufe wird den Jungfern höherer Stände das Herabsinken auf das wirtschaftliche Niveau der niederen Stände auf die Dauer nicht erspart, also der eigentliche wirtschaftliche Zweck der Bewegung doch verfehlt.

Soweit die Anstrengungen des weiblichen Wettbewerbes erfolglos verlaufen, repräsentieren sie ein vergeudetes Anlagekapital und vergeudete Arbeitskraft in der Ausbildung und machen die Jungfern nur noch unzufriedener, unglücklicher und verbitterter. Soweit sie erfolgreich sind, nützen sie zwar unmittelbar den siegreichen Individuen als solchen, verschärfen aber mittelbar die Notlage des weiblichen Geschlechts, der sie doch Abhilfe bringen sollten. Die in einem männlichen Beruf Eindringende raubt nicht nur dem Manne die Existenz, dem sie den Rang abgelaufen hat, sondern auch der Frau, die er hätte ernähren können; um also selbst etwas besser oder mehr nach ihrem Wunsch zu leben, verurteilt sie eine Geschlechts-genossin zur Jungfernschaft, d. h. zu der gleichen Notlage, aus der sie selbst entinnen wollte. Indem aber ferner die weibliche Invasion in einen männlichen Beruf den Lohn im Allgemeinen, also auch für alle in dem Beruf arbeitenden Männer, herabdrückt, wirkt sie auf durchschnittliche Heiratsverspätung und Eheverminderung selbst bei den ihres Unterhalts nicht beraubten Männern hin, verurteilt also für jede, der geholfen wird, weit mehr als Eine zur unfreiwilligen Jungfernschaft.

Alle Beförderung der Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts kann also günstigsten Falls nur eine augenblickliche symptomatische Linderung herbeiführen auf Kosten der Verschlimmerung des Grundübels, aus dem die lästigen Symptome entspringen. Sie gleicht dem Morphiumgenuss, durch den der Morphinist seine augenblickliche nervöse Abspannung bekämpft auf Kosten einer verstärkten Zerrüttung seines Nervensystems. Denkt man sich als Ende der Bewegung einen Zustand der Gesellschaft, in welchem alle Berufe gleichmässig

mit männlichen und weiblichen Arbeitskräften besetzt sind, aber gar nicht mehr geheiratet wird, weil alle jetzigen männlichen Einnahmen zu fünf Achtel auf die Männer und zu drei Achtel auf die Weiber verteilt sind, so würde zwar mehr als jetzt gearbeitet werden, aber wahrlich sehr auf Kosten der Zufriedenheit aller, und am unzufriedensten würde sich dabei das weibliche Geschlecht befinden.

Die soziale Verkehrtheit der Lösung der Jungfernfrage durch Beförderung der selbständigen Erwerbsthätigkeit des weiblichen Geschlechts scheint mir hiermit erwiesen; die ganze Bewegung muss notwendig sich selbst ad absurdum führen, und zwar um so eher, je freieren Spielraum man ihr gewährt. Damit will ich keineswegs denjenigen einen Vorwurf machen, welche die ihnen sich darbietende Gelegenheit im wirtschaftlichen Kampf um's Dasein nach Kräften zur Verbesserung ihrer individuellen Lage benutzen; denn es ist das Recht jedes Menschen, seine Arbeit auf ehrliche Weise so gut als möglich zu verwerten, mögen dadurch indirekt auch eine oder mehrere andere Personen eine noch ungünstigere Veränderung ihrer Lage erleiden. Aber den Vorwurf der Kurzsichtigkeit kann ich denen nicht ersparen, welche die Jungfernfrage der höheren Stände durch Beförderung der weiblichen Erwerbsfähigkeit lösen oder auch nur lindern zu können glauben, und dabei übersehen, dass sie dadurch die fragliche Notlage nur progressiv verschärfen und steigern. Es sind zwei ganz verschiedene Dinge, wie man sich selbst unter den gegebenen Verhältnissen im Leben durchschlägt, oder welche Änderung der Verhältnisse und welche allgemeine Einrichtungen man zur Lösung sozialer Fragen grundsätzlich befürwortet und anstrebt.

Wenn nun aber die *reductio ad absurdum* der bisher versuchten Lösung für aller Augen erkennbar zu Tage liegen wird, was dann? Soll man die weibliche Konkurrenz in männlichen Berufen dann wieder rückgängig machen, etwa durch gesetzliche Verbote, oder soll man verzweifeln die Hände in den Schoß legen und dem Unheil seinen Lauf lassen? Ersteres wäre völlig unthunlich, letzteres menschenunwürdig. Mir scheint

die Auskunft sehr nahe zu liegen. Die Jungfernfrage ist dadurch aber auch allein dadurch zu lösen, dass man die Jungfern aus der Welt schafft, d. h. sie zu Frauen befördert und sie dadurch ihrem einzig naturgemässen Berufe zurückgiebt.

Dass die wirtschaftliche Selbständigkeit des weiblichen Geschlechts der ehelichen Unselbständigkeit vorzuziehen sei, hört man zwar von Fanatikerinnen der Gleichberechtigung und weiblichen Unabhängigkeit öfters verteidigen; aber man glaubt entweder nicht an die Ehrlichkeit dieser Behauptungen, oder man hält sie für Ausflüsse einer verbohrtten Prinzipienreiterei und einer Verirrung des Gefühlslebens. Die vier edelsten und der weiblichen Natur angemessensten Berufe der Wirtschaftlerin, Erzieherin, Krankenpflegerin und gesellschaftlichen Repräsentantin des Hauses vereinigen sich in der Gattin der höheren Stände in harmonischer Weise. Wirtschaftlerin im eigenen Heim, Erzieherin der eigenen Kinder, Krankenpflegerin der eigenen Angehörigen und Repräsentantin des eigenen Hauses zu werden ist mit Recht das höchste Ziel weiblichen Strebens, weil das Gemüt und die Interessensolidarität dabei in ganz anderer Weise die blosse Pflichterfüllung unterstützen, erleichtern und verschönern als bei den gleichen Leistungen unter Fremden. Thatsächlich betrachtet auch jede gemietete Wirtschaftlerin, Erzieherin, Krankenpflegerin, Repräsentantin oder Gesellschafterin es als ein auf's Innigste zu wünschendes Ziel, vermittelt der Eheschliessung mit dem, wenn auch ungeliebten, Hausherrn aus der vertragsmässigen Stellung einer dienenden Hilfskraft zur Herrin des Hauses emporzusteigen, falls nicht instinktive persönliche Abneigung im besonderen Falle ihr Veto einlegt.

Durch diese Thatsache wird alles Gerede von der Unwürdigkeit einer Ehe ohne Liebe aus dem instinktiven weiblichen Gefühlsleben heraus widerlegt und der Fanatismus der weiblichen Selbständigkeit ad absurdum geführt. Es ist grundfalsch, dass eine Jungfrau „sich verkauft“, wenn sie das Weib eines ungeliebten Gatten wird, und dass nur die Liebe die Unwürdigkeit der ehelichen Hingebung adeln kann; dieser Satz ist ebenso

falsch, wie alle seine Konsequenzen in Bezug auf Ehescheidung nach dem Schwinden der Liebe.

Er ist falsch, erstens weil er von der Voraussetzung ausgeht, dass die Ehe um der Gatten willen da sei und ihrem Glück zu dienen habe, während doch die Ehe nur um der Kinder willen da ist, ganz gleichgültig, ob die Gatten dabei in eudämonologischer Hinsicht auf ihre Kosten kommen oder nicht. Er ist zweitens darum falsch, weil er voraussetzt, dass das Gemütsleben des Weibes seinen Schwerpunkt in der Ehe als solchen, d. h. in dem Verhältnis zum Manne habe, während es ihn thatsächlich in der Mutterschaft hat. Er ist drittens falsch, weil eine natürliche Erscheinung (die weibliche Hingabe) niemals durch eine andere ebenso natürliche Erscheinung (die sinnliche oder leidenschaftliche Geschlechtsliebe) sittlich geädelt werden kann, sondern nur durch eine spezifisch sittliche Gesinnung, d. h. hier den Willen treuer Pflichterfüllung im Dienste der neugegründeten Familie.

Wo dieser Wille vorhanden ist, da ist die eheliche Hingabe des Weibes auch ohne Geschlechtsliebe sittlich geädelt; denn sie sucht nichts für sich, sondern nur für das grössere Ganze der Familie, in deren heiligen Dienst sie sich stellt. Wo dieser sittliche Wille fehlt, da kann die leidenschaftliche Geschlechtsliebe die Hingebung nicht über die Sphäre eines rein natürlichen Vorganges erheben, der jeder sittlichen Verdienstlichkeit baar ist. Wo dieser sittliche Wille vorhanden ist, kann von einem sich Verkaufen des Weibes nicht mehr die Rede sein; denn alle die äusseren Vorteile, die ihr vielleicht daraus zuwachsen, verschwinden gegen den inkommensurablen Wert der sittlichen Pflichttreue und Opferwilligkeit, den sie als Mitgift einschiesst. Wo der sittliche Wille fehlt, da verkauft das Weib sich wirklich aus egoistischen Motiven; denn da verkauft sie ihren jungfräulichen Stolz und ihre Scham um den illusorischen Preis des erhofften Liebesglücks, um reiner Illusion willen, deren tiefere metaphysische Bedeutung und teleologische Rechtfertigung sie selbst gewöhnlich nicht ahnt.

Auch die Behauptung ist unhaltbar, dass die Jungfrau

nur dann sich in Freiheit zur Ehe entschliessen könne, wenn sie vollauf befähigt zur wirtschaftlichen Selbständigkeit innerhalb ihres Standes ist, und sozusagen vom Standpunkt einer gleichberechtigten Macht mit dem Bewerber unterhandelt. Wer die Eheschliessung noch als ein Handelsgeschäft auffasst, der hat noch gar kein Recht, von Freiheit im Sinne sittlicher Selbstbestimmung und autonomer Entschliessung zu reden, und nimmt die Freiheit bloss im Sinne einer sittlich wertlosen souveränen Willkür zufälliger Launen. Wer jede Bestimmtheit durch Motive als etwas die Freiheit Ausschliessendes betrachtet, für den kann es überhaupt keine freie Entschliessung zur Ehe geben, da irgend welche Motive für und wider stets in Thätigkeit treten und immer die stärksten siegen müssen. Keine Jungfrau ist äusserlich genötigt, einem ihr widerwärtigen Manne die Hand zu reichen; auch wenn dieser Antrag ihre letzte Aussicht auf Verehelichung darstellte und mit seiner Ablehnung ihr keine Möglichkeit bliebe, sich standesgemäss zu erhalten, so stünde es ihr doch frei, in die niederen Stände hinabzusteigen und sich dadurch einem unerwünschten Gatten zu entziehen. Macht sie von dieser Freiheit keinen Gebrauch, so hat sie damit das Recht verwirkt, sich über Unfreiheit der Entschliessung zu beklagen; entschliesst sie sich, die Rechte der Frau von diesem Manne anzunehmen, so übernimmt sie damit auch die sittliche Verbindlichkeit, alle Pflichten der Ehe gegen ihn und seine Kinder zu erfüllen, und treibt ein unwürdiges Spiel, wenn sie unter Berufung auf ihre Unfreiheit versucht, sich der Erfüllung ihrer sittlichen Pflichten zu entziehen, d. h. den Mann im Handel zu betrügen (z. B. Ibsen's „Frau vom Meere“).

Ein Weib, das sich weigert, die Konsequenzen der eigenen Entschliessungen auf sich zu nehmen und den eigenen Willen durch Übernahme von Verpflichtungen als gebunden zu betrachten, beweist damit, dass sie zur Gattin und Mutter untauglich, weil noch nicht zur Reife einer sittlichen Persönlichkeit gelangt, ist, genau wie ein Schuldner, der sich weigert, seine Schuld am Verfalltage zurückzuzahlen, unter dem Vor-

wande, dass er sich bei Annahme des Darlehns in einer Notlage befunden habe. Es kann deshalb den Vertretern der Emanzipation auf keine Weise zugegeben werden, dass die Ehe erst dann ihre wahre sittliche Würde erlangen werde, wenn die Jungfern in die Lage versetzt sind, sich standesgemäss durch eigene Arbeit zu erhalten und zwischen der Fortsetzung dieser Selbständigkeit und der Eheschliessung „frei“ zu wählen. Die Jungfernversorgung ist eine von der „Freiheit“ der Eheschliessung ganz unabhängige Frage, die es nicht nötig hat, mit falschen Beweisgründen gestützt zu werden.

So lange ein Unterschied von Aktivität und Passivität zwischen den Geschlechtern bestehen bleibt, so lange wird es unvermeidlich sein, dass der passive Teil auf aktive Wahl und Werbung verzichtet und sich mit dem Rechte, die entgegengebrachte Werbung anzunehmen oder abzulehnen, begnügen muss. Eben so lange wird es unvermeidlich sein, dass die grosse Mehrzahl der Ehen von weiblicher Seite ohne positive Neigung geschlossen wird, da die meisten Jungfrauen nur ein, höchstens zwei Mal in die Lage kommen werden, ja oder nein zu sagen, und es ganz sonderbar wäre, wenn dieser erste oder zweite Bewerber nun gerade der Mann ihres Herzens und das Ideal ihrer Träume sein sollte. Wer den jungfräulichen Entschluss zur Ehe zu einem freien, oder bloss durch positive Liebe bestimmten gemacht wissen will, der muss zugeben, dass unter Befolgung seiner Vorschrift die Menschheit in wenigen Generationen ausgestorben sein würde. Es wird bei dieser Forderung aber gerade der fundamentale Unterschied der Geschlechter ignoriert, kraft dessen die physiologischen Funktionen des Weibes in der Ehe von jeder positiven geschlechtlichen Neigung zum Manne völlig unabhängig sind und mit und ohne solche gleich gut erfüllt werden, während die des Mannes durch einen gewissen Grad von Neigung bedingt sind.

Eine segensreiche sittliche Wirksamkeit der Frau im Familienkreise ist freilich nur im harmonischen Zusammenwirken mit einem gleichgesinnten Gatten möglich, und deshalb hat jede Jungfrau Recht, den Heiratsantrag eines Mannes abzulehnen,

vor dem sie keine Achtung, oder zu dem sie kein Vertrauen, oder für den sie keine Sympathie hat, weil ohne diese drei Bedingungen die Bürgschaft für harmonisches Zusammenwirken fehlt. Das sind aber Bedingungen, die mit dem, was man Liebe nennt, noch gar nichts zu thun haben.

Wenn die Jungfernfrage gelöst werden soll, so muss vor allen Dingen die Verheiratung des erwerbsfähigen Mannes nicht nur als sittliche Pflicht hochgehalten, sondern auch als staatsbürgerliche Rechtspflicht wieder zu Ehren gebracht werden. Wenn jeder Mann heiratet, so hört die weibliche Konkurrenz in männlichen Berufen ganz von selbst auch ohne jedes gesetzliche Verbot auf; dann werden sich auch die Löhne und Gehälter wieder so stellen, dass jeder Mann heiraten kann. Der egoistischen Isolierung gegenüber, welche jetzt in der Männerwelt immer mehr um sich greift, würde die Proklamation der staatsbürgerlichen Heiratsverpflichtung wenigstens wieder ein sittliches Ideal vorhalten, das in selbstsüchtige oder gar frivole Verkennung zu gerathen droht.

Da die Ehe ein sittliches Verhältniss ist, so kann von einer direkten Erzwingung derselben natürlich keine Rede sein. Wohl aber ist die Durchführung des Grundsatzes zu erzwingen, dass jeder erwerbsfähige Staatsbürger die Alimentationspflicht für eine Staatsbürgerin hat, gleichviel ob er sich zur Ehe mit ihr bequemt hat oder nicht. Die Durchführung dieses Grundsatzes würde die Jungfernfrage mit einem Schlage und ohne Rest lösen, und würde als ein mittelbarer Zwang zur Eheschliessung wirken; denn wenn der Mann doch ein Weib ernähren muss, so wird er weniger Bedenken tragen, die Ernährte auch sein zu nennen. Gilt ihm aber die Ehelosigkeit so viel, dass er sich um keinen Preis zum Heiraten entschliessen mag, nun gut, dann mag er eben die Jungfer alimentieren, die er ohne ihre Schuld hat sitzen lassen. Die Alimentation derselben ist dann seine Busse für Nichterfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht.

Das Verhältniss des heiratspflichtigen und doch unverheirateten Mannes zu der Jungfer, die er hat sitzen lassen, ist genau dasselbe, wie dasjenige eines Mannes, der seine kinderlose

Frau ohne ihre Schuld verstossen hat; er muss ihr als Busse für die von ihm verschuldete Scheidung nach dem Preussischen Landrecht $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$ seines Einkommens als Alimentation zahlen. Der Unterschied ist nur, dass im Falle der Scheidung die schuldlos leidende Person bekannt, im Falle der Nichtverheiratung aber unbekannt ist. Dieser Unterschied besteht aber nur, wenn man die Einzelnen betrachtet; die Summe der ohne ihre Schuld geschiedenen kinderlosen Frauen verhält sich zur Summe ihrer Männer genau so wie die Summe der ohne ihre Schuld sitzen gebliebenen Jungfern zur Summe der Junggesellen. Die Höhe der vom Manne zu leistenden Busse richtet sich in beiden Fällen ausschliesslich nach der Höhe seines Vermögens oder Einkommens, und die Summe aller weiblichen Alimentationen ist in beiden Fällen gleich der Summe aller männlichen Bussen. Nur der Verteilungsmassstab muss in beiden Fällen ein verschiedener sein, da das Einkommen des Mannes wohl für die geschiedene Frau aber nicht für die sitzengelassene Jungfer brauchbar ist. Hier tritt naturgemäss das Einkommen des Vaters in der Weise ein, dass mehrere Pensionsstufen für die Jungfern höherer Stände gebildet werden, auf welche die Gesamteinnahme des Jahres verteilt wird.

Eine Jungfer, deren Lebenswandel im Falle der Eheschliessung eine Nichtigkeits- oder Scheidungsklage begründen würde, müsste vom Anspruch auf Teilnahme an der Jungfernkasse ausgeschlossen werden; desgleichen eine solche, die durch männliche Berufsarbeit den Männern die Arbeitsgelegenheit vermindert und die Erwerbsfähigkeit schädigt. Der hierdurch proklamierte indirekte Zwang zur Berufslosigkeit der Jungfern würde nur vorübergehend als lästiger Druck empfunden werden, so lange die Massregel noch nicht Zeit gehabt hat, die Verheiratung der Junggesellen herbeizuführen. Die wohlhabenden Jungfern, d. h. diejenigen, deren eigene Rente grösser ist als die Jungfernpension, welche ihnen zukommen würde, bleiben als unbedürftig von der Teilnahme ausgeschlossen; hierdurch würde sich etwa das Gleichgewicht zwischen der von einem Manne zur Jungfernkasse gezahlten Beiträge und der von einer

Jungfer empfangenen Pension herstellen, da im Übrigen wegen des langsameren Absterbens der alten Jungfern die Zahl der Junggesellen kleiner wäre als die der pensionsberechtigten Jungfern. Scheiden Männer aus der Reihe der zahlenden Junggesellen durch Verheiratung aus, so scheiden ebenso viel Jungfern aus der Reihe der Pensionärinnen aus, und das Gleichgewicht bleibt gewahrt.

Da in den niederen Ständen eine Jungfernfrage nicht besteht, sondern die Verehelichungspflicht noch genügend anerkannt wird, so wäre es überflüssig, solche gesetzlichen Bestimmungen auch auf sie auszudehnen; hier hat man nicht gegen Junggesellentum und Eheverspätung, sondern im Gegenteil gegen verfrühte Verheiratung anzukämpfen; Lohnabzüge der jugendlichen Arbeiter sind auch hier angezeigt, aber zur Durchführung der Waisenversicherung, die anders nicht zu schaffen ist. Die Grenze der niederen Stände dürfte für diese Frage mit der Pflicht zur Alters- und Invalidenversicherung in praktisch ausreichender Genauigkeit zusammenfallen; d. h. Jedermann, der unter die Versicherungspflicht fällt, hat keine Beiträge zur Jungfernkasse zu zahlen und umgekehrt. Die Pensionsberechtigung der Jungfern würde davon abhängen, ob ihre Väter versicherungspflichtig waren oder nicht. Jeder nicht versicherungspflichtige Mann hätte also von einem bestimmten steuerpflichtigen Einkommen an Beiträge zu leisten, und jede grossjährige, beruflose, vermögenslose und vaterlose Jungfer wäre pensionsberechtigt, insofern nicht ihr Vater versicherungspflichtig war.

Ein wichtiges Gegenmotiv gegen die Verheiratung der Junggesellen bildet jetzt der Umstand, dass dieselben gewohnt sind, ihr ganzes Einkommen für ihre Person zu verbrauchen und durch die Verheiratung sich genötigt sehen, ihre persönlichen Ausgaben plötzlich bedeutend einzuschränken, um die Mehrkosten des Familienhausstandes zu erübrigen. Gegen eine solche plötzliche und erhebliche Herabdrückung der persönlichen Ausgaben und der mit ihnen verknüpften Lebensgewohnheiten sträubt sich natürlich der Egoismus so sehr als möglich,

und daher kommt dann die von allen Seiten zu hörende Behauptung der Junggesellen: „Wir können nicht heiraten, weil unser Einkommen gerade nur für unsere eigenen Bedürfnisse ausreicht; wir können nur dann heiraten, wenn die Frau uns so viel mitbringt, als sie unsere Ausgaben erhöht.“

Nun sind bekanntlich alle Bedürfnisse relativ. Dieselben Junggesellen, die von einem Einkommen von 3000 Mark für eine Frau nichts übrig zu haben behaupten, haben oft wenig Jahre früher mit der Hälfte ganz zufrieden gelebt. Die meisten Menschen besitzen nur nicht die Selbstbeherrschung und wirtschaftliche Kraft, bei einer Gehaltserhöhung ihre Ausgaben auf dem bisherigen Etat festzuhalten und die Mehreinnahme zurückzulegen. Zuerst stehen sie vor dem Zuwachs ratlos da, und der Überfluss erscheint ihnen so gross, dass sie nicht wissen, was sie mit all' dem Reichtum anfangen sollen; bald aber ist er unter den Händen zerronnen, und sie behaupten dann, von dem höheren Einkommen noch weniger etwas übrig zu haben als vorher von dem geringeren. Es ist ein Irrtum, dass die Sparfähigkeit bei grösserem Einkommen an und für sich grösser sei als bei geringerem, ein Irrtum, der für die Leute mit dem geringeren Einkommen allerdings so nahe liegt, dass er fast eine psychologisch notwendige Illusion heissen kann. Aber es ist ein Gesetz, dass durch Gewöhnung an gesteigerte Bedürfnisse infolge gesteigerter Mittel der Antrieb zur weiteren Steigerung der Bedürfnisse in einer beschleunigten Progression wächst. Der zurücklegende Millionär legt nicht darum zurück, weil, sondern trotzdem er Millionär ist; er thut es darum, weil er von Natur kein Verschwender, sondern ein guter Haushalter ist, und würde ebenso gut zurücklegen, wenn er ein geringeres Einkommen hätte. Die Selbstüberwindung des Nichtausgebens ist auf allen wirtschaftlichen Stufen die gleiche, welchen Satz die Sozialdemokratie natürlich für eine Verhöhnung des, d. h. ihres, gesunden Menschenverstandes hält.

Nötigt man die Junggesellen durch progressiv wachsende Gehaltabzüge, ihre Gewohnheiten, Bedürfnisse und Lebensansprüche langsamer in die Höhe zu schrauben, als sie es jetzt

thun, so wird man ihnen keine thatsächliche, sondern nur eine ideelle Entbehrung auferlegen. Der Abzug könnte etwa betragen: 5 Proz. bei einem steuerpflichtigen Junggesellen-Einkommen von 1600 Mark; 10 Proz. bei einem solchen von 1800 Mk.; 15 Proz. bei 2400 Mk.; 20 Proz. bei 3000 Mk., 25 Proz. bei 3600 Mk. und darüber. Hat alsdann der Junggeselle eine Gehaltsstufe von 3000—3600 Mk. erreicht, so bezieht er nur 2400—2700 Mk. wirkliches Einkommen, während ihm 600—900 Mk. abgezogen werden. Tritt nun die Frage der Verheiratung an ihn heran, so weiss er, dass die Frau ihm einen Einkommenzuwachs von 600—900 Mk. mitbringt, auch wenn sie ganz vermögenslos ist; damit bekommt die Frage der Verehelichung ein ganz anderes Gesicht, denn er braucht sich nun keine persönlichen Einschränkungen mehr aufzuerlegen, um den Annehmlichkeiten einer eigenen Häuslichkeit teilhaft zu werden. Er wird sich sagen: „wenn ich doch ein Weib ernähren muss, so will ich es schon lieber gleich als mein Weib ernähren.“ Indem er eine Jungfrau freit, erheiratet er zugleich die Jungfernrente als Mitgift, die er ihr bisher zahlen musste. Die zur Jungfernkasse geleisteten Beiträge stellen also für ihn gleichsam ein Lehrgeld der eigenen wirtschaftlichen Selbstbeschränkung dar, ohne das er weit schwerer oder gar nicht zum Entschluss der Verehelichung gelangen würde, und repräsentieren damit zugleich in der Jugend gezahlte Versicherungsprämien des Familienglücks und Familienleids für die reiferen Jahre.

Ich weiss, dass diese Vorschläge dem lebenden Geschlecht paradox, wenn nicht gar absurd erscheinen werden; ich bin aber überzeugt, dass die Zeit nicht fern ist, wo man in dieser oder jener Gestalt auf sie zurückzugreifen sich genötigt sehen wird. Die wachsende Verschärfung der Jungfernfrage und der unzulängliche Ersatz der höheren Stände aus sich selbst würde auch dann zu ihnen hinführen, wenn die verkehrten Lösungsversuche der Jungfernfrage diese Übelstände nicht in steigendem Masse verschärften. Sobald der Irrtum, auf dem Wege der Beförderung der weiblichen Erwerbsfähigkeit eine Besserung

erreichen zu können, klar zu Tage liegt, wird der inzwischen mächtig gewachsene Notstand dazu zwingen, die Sache vom entgegengesetzten Ende anzufassen.

Der vorstehende Aufsatz ist hauptsächlich von zwei Gesichtspunkten bekämpft worden. Auf der einen Seite fordert man für die Frauen gleiches Recht zur Bethätigung um der Gerechtigkeit und Menschenwürde willen und tadelt mich, dass ich die Frauenfrage zur blossen Brot- und Magenfrage für alte Jungfern mache, und dass ich die Ehe und die Frau durch die Zumutung der Verheiratung ohne Seelenliebe entwürdige. Auf der anderen Seite findet man meine Behandlung der Frage zu eng, weil ich die Stellung der Frau in der Ehe und die Million Überzähliger weiblichen Geschlechts nicht berücksichtige, und hält meine Lösung der Jungfernfrage für demoralisierend, weil sie die Jungfern zum Müssiggang verdamme.

Die Berufung auf die Gerechtigkeit setzt eine abstrakte Gleichheit der Geschlechter, diejenige auf die Menschenwürde ein abstraktes Gattungsideal des Menschen voraus; beides halte ich für unrichtig. Die Weiber haben naturgemäss mit der Geburt der Kinder auch den Beruf ihrer Pflege und häuslichen Erziehung und der damit verbundenen Haushaltung vorweg mit Beschlag belegt, einen Beruf, der, wenn er nicht vernachlässigt werden soll, vollauf der Hälfte der arbeitsfähigen Erwachsenen Beschäftigung gewährt. In diesen Beruf können und sollen die Männer nicht eindringen. Will man nun von einer Forderung der Gerechtigkeit reden, so ist es die, dass die Männer beanspruchen können, auch in ihrem Berufskreise nicht von weiblichen Eindringlingen gestört zu werden; denn es wäre offenbar ungerecht, dass zwar den Weibern alle Berufsthätigkeit offen stehen solle, den Männern aber nur die eine Hälfte.

Ein Mensch, der weder Mann noch Weib ist, ist eine Missgeburt, ein Monstrum, ein verkümmerter Mensch, aber nicht eine Annäherung zum Idealmenschen; dies gilt nicht nur auf körperlichem, sondern ebenso auf geistigem Gebiete. Nur der

männliche Mann und das weibliche Weib kommen dem Menschheitsideal nahe. Es giebt deshalb keine abstrakte Menschenwürde, sondern nur Manneswürde und Weibeswürde. So wenig die Manneswürde dadurch gehoben wird, wenn der Mann zum Topfgucker wird und der Frau in den Haushalt pfuscht, ebenso wenig wird die Weibeswürde gehoben durch ein Diplom als Zahnarzt oder Apotheker oder Dr. phil. Die berühmteste Professorin bleibt als alte Jungfer doch ein beklagenswertes Geschöpf, das seinen wahren Beruf, seinen eigentlichen Lebenszweck, das Ideal der Frauen- und Mutterwürde verfehlt hat; denn das Weib wird erst als Gattin zur Hälfte Mensch, und erst als Mutter ganz Mensch. Eine Gattin und Mutter aber, die nebenbei einen wirtschaftlichen Beruf treibt, will zweien Herren durch Ämterkumulierung dienen und muss sich aufreiben, ohne diese unlösbare Aufgabe lösen zu können, da jeder der beiden Berufe eine ganze Kraft erfordert. Wenn gegenwärtig viele Gattinnen und Mütter genötigt sind, solche Ämterkumulierung auf ihre Schulter zu nehmen, so liegt darin teils eine schmachvolle Verschuldung des seinen Aufgaben nicht gewachsenen Mannes, die das Weib durch Überbürdung mit herunterzieht, teils ein Anzeichen für die Überspanntheit und Ungesundheit unserer sozialen Verhältnisse, die dringend der Abhilfe bedarf.

Der Beruf der Frau steht an Würde, Adel, Hoheit und Idealität keiner männlichen Berufsart nach, sondern übertrifft sie alle an Harmonie, Vielseitigkeit, Abwechslung, Gemütsverklärung und unmittelbarer Erkennbarkeit des gestifteten Segens, ist also schlechthin beneidenswert für die Männer, denen er unerreichbar ist. Wenn der Mann ihn nicht beneidet, so kommt das nur daher, weil er zu roh organisiert ist, um die Feinheit seiner Vorzüge zu würdigen. Nur eines hat dieser Beruf an sich, was vielen Frauen heute nicht mehr gefällt: er setzt eine engere Verknüpfung mit der Natur, eine gewisse Hingebungsfähigkeit an Naturinstinkte voraus. Diese aber droht gerade in den gebildeten Schichten vielen Weibern mehr und mehr abhanden zu kommen, indem der kalte Bildungshoch-

mut und abstrakte Gerechtigkeitsdünkel ihnen die Natürlichkeit untergräbt und die Hingebung an die Naturinstinkte als etwas Menschenunwürdiges und Tierisches erscheinen lässt. Daher die Klagen über Ungerechtigkeit des weiblichen Schicksals und beeinträchtigte Menschenwürde. Es ist ihnen nicht mehr vornehm genug, die Naturgrundlagen des menschlichen Lebens zu vergeistigen, zu idealisieren und zu ethisieren; sie wollen los von der Natur, schämen sich ihrer Weiblichkeit und wollen sich ein Reich des Geistes errichten, das von den Naturwurzeln losgerissen ist. Darum das ungerechte Eindringen in die männlichen Berufsarten im Namen der Gerechtigkeit und Menschenwürde, darum der Neid auf den Mann, weil er der Natur um eine Stufe ferner gerückt ist! Die Frauenemanzipation forderte zuerst die Emanzipation des Fleisches; jetzt ist sie fast dahin gelangt die Emanzipation vom Fleisch zu fordern. Altjungferliche Prüderie, Gouvernantentum und Schulmeisterei empfinden jede Erinnerung an den natürlichen Beruf des Weibes als eine Herabwürdigung des Menschlichen zum Tierischen. Ein einseitiger Intellekturlismus überschätzt den Wert der Verstandesbildung und des Wissens, und in noch höherem Masse den Wert der offiziellen Wege, auf denen heute die Knaben und Jünglinge zu beiden zu gelangen pflegen. Die Frauen verkennen, dass ihnen in der Litteratur alle Mittel gegeben sind, um begabte und lerneifrige Individuen zu der höchsten Stufe der Geistesbildung emporzuheben, und dass der Schulzwang und Universitätszwang schon die männlichen Köpfe verdirbt und wohl noch Spezialisten züchtet aber wahre Geistesbildung mehr verhindert als befördert. Die Frauen sollten es vielmehr als den grössten Segen für ihr Geschlecht ansehen, dass es vor diesen verdummenden Dressuranstalten bis jetzt bewahrt geblieben ist.

Was bei der Entfremdung von der Natur herauskommt, kann natürlich nichts anderes sein als eine Degeneration der Rasse, die erst durch natürliche Zuchtwahl, nämlich durch das Aussterben der degenerierten Familien wieder gut gemacht werden muss. Das macht aber den Entarteten keinen Kummer,

denn sie haben das Solidaritätsgefühl mit der Menschheit längst eingebüsst, und es ist ihnen gleichgültig, ob nach ihnen die Menschheit verkümmert und entartet, wenn sie nur für ihre Person eine Art der Menschenwürde verwirklichen können, wie sie ihnen allein würdig erscheint. Zu diesem Ideal der Menschenwürde gehört auch die Verheiratung bloss aus Liebe. Was kümmert es diese Priesterinnen der Menschenwürde, dass die hohe Seelenliebe eine Blüte am Baum der Menschheit ist, die nur in selten günstigen Lenzen sich erschliesst und meist auch dann noch von Nachtfrösten getötet wird? Was kümmert es sie, dass diese Liebe ihren Trägern öfter zum Fluch als zum Segen ausschlägt, dass sie ebensowohl Dämon wie Engel ist? Was kümmert es sie, dass die Menschheit in drei Generationen ausgestorben sein würde, wenn ihre Forderung, nur aus Liebe zu heiraten, streng befolgt würde? Was kümmert es sie, dass sie 99 Prozent aller ehrenwerten Frauen das Brandmal der Entwürdigung auf die Stirn drücken, die nicht überspannt genug waren, mit der Verehelichung auf die hohe Seelenliebe, d. h. wahrscheinlich auf Nimmermehrstag, zu warten?

Der Mensch lebt nicht von Brot allein, aber ohne Brot kann er auch nicht leben. Es ist ebenso unrichtig, die Brot- und Magenfrage zur eigentlichen Kulturfrage aufzubauschen, als sie vornehm zu ignorieren. Soll der jetzt zur Ehelosigkeit verurteilte Teil des weiblichen Geschlechts zu seinem wahren Beruf zurückgeführt werden, so darf einerseits den Männern die Arbeits- und Nahrungsgelegenheit nicht durch weiblichen Wettbewerb verkümmert, und dürfen andererseits die von diesem Wettbewerb zurückgehaltenen Jungfern nicht dem Hungertode preisgegeben werden, bis nach einem oder zwei Menschenaltern die wünschenswerte Steigerung der Heiraten eingetreten ist. Das Ziel meiner Vorschläge ist keineswegs die Jungfernpensionierung, sondern die Verheiratung aller; die Jungfernpensionierung gilt mir nur als notwendiges Übel für das Übergangsstadium zwischen dem jetzigen unnatürlichen Zustand und dem künftigen natürlichen. Auch der

teilweise Müssiggang derjenigen pensionierten Jungfern, die nicht die moralische Kraft haben, sich einer Arbeit um Gotteswillen zu widmen, gehört mit zu diesen unvermeidlichen Übelständen der Übergangskrisis. Allerdings besteht dieser demoralisierende Müssiggang der Jungfern auch jetzt schon im weitesten Umfang, so dass eine Verschlimmerung der jetzigen Zustände in dieser Hinsicht nicht mehr zu erwarten steht.

Die berühmte Million überschüssiger Frauen in Deutschland besteht nur durch ein Übergewicht der Weiber in den reiferen Lebensjahren, da im Kindesalter die Zahl der Knaben überwiegt, und zur Zeit der Mündigkeit beide Geschlechter sich das Gleichgewicht halten. Der weibliche Überschuss in den reiferen Jahren entspringt aus zwei Ursachen: erstens aus der überwiegenden Auswanderung männlicher Personen, die in den Einwanderungsgebieten einen entsprechenden Überschuss männlicher Einwohner hervorruft, und zweitens aus dem rascheren Verbrauch der Männer durch ihren aufreibenderen Beruf. Der ersten Ursache ist entgegenzuwirken durch ein Abzugsgeld für männliche und eine Auswanderungsprämie für weibliche Personen, sowie durch staatliche und private Einrichtung einer internationalen Heiratsvermittlung zwischen den Ein- und Auswanderungsgebieten. Das Missverhältnis zwischen der aufreibenden Wirkung des männlichen und weiblichen Berufes hingegen ist daraus abzuleiten, dass einerseits viele unserer heutigen Arbeitsgelegenheiten noch nicht mit dem erforderlichen und möglichen hygienischen Schutz umgeben sind, und dass andererseits zu viele Frauen als Jungfern den Gefahren des weiblichen Berufs entzogen bleiben. Gerade die Jungfern sind es naturgemäss, die ihr verfehltes Leben am längsten hinschleppen; auch das zu späte Durchschnittsalter der Verheiratung beim weiblichen Geschlecht und in den höheren Ständen die immermehr um sich greifende Scheu vor der normalen Kinderzahl tragen dazu bei, die durchschnittliche Lebensdauer des weiblichen Geschlechts im Vergleich zu dem des männlichen zu verlängern. Wenn künftig wieder alle

Mädchen in jungen Jahren geheiratet werden und soviel Kinder bekommen, wie die Natur ihnen bestimmt hat, dann wird auch die Sterblichkeit in beiden Geschlechtern sich wieder annähernd gleich stellen und der weibliche Überschuss verschwinden.

Die Wittwen sind in den höheren Ständen durch Wittwen- und Waisenpensionen zu versorgen, in den niederen Ständen praktisch ausreichend durch Waisengelder zu unterstützen, soweit sie nicht Kranken- oder Invalidenpensionen nötig haben. Das eheliche Güterrecht besser zu gestalten, bemüht sich der Entwurf des neuen bürgerlichen Gesetzbuches, die Frauen vor der Trunksucht des Mannes zu schützen, der leider vorläufig abgelehnte Gesetzentwurf wider die Trunksucht; Spieler können schon jetzt wegen Verschwendung entmündigt werden. Niemals freilich wird die Gesetzgebung die Gatten hindern können, einander das Leben zur Hölle zu machen; aber diese Möglichkeit liegt für beide Teile in gleicher Weise vor. Auch nach jetzigem Recht kann ebensogut die Frau den Mann ruinieren durch übertriebene Wirtschaftsanschaffungen auf Borg, wie der Mann die Frau durch Vergeudung des Eingebachten; auch jetzt schon kann die Mitgift der Verfügung des Mannes durch Ehevertrag entzogen werden. Welche verbesserten Schutzmittel auch die Gesetzgebung den Gatten künftig darbieten mag, niemals wird sie hindern können, dass dieselben erst dann in Wirksamkeit treten, wenn schon grosser Schaden geschehen ist. Aber es ist ungerechtfertigt, die Probleme der Ehe einseitig unter dem Gesichtspunkt der Frauenfrage aufzufassen, da sie stets und völlig gegenseitig sind. Selbst die Trunksucht kann auf Seiten der Frau liegen, wie das namentlich in England nicht selten vorkommt. Auch die Prostitutionsfrage wird mit gelöst, wenn allen Weibern zur Ehe verholfen wird, und die Männer rechtzeitig zu einer Gattin gelangen, und ich glaube nicht, dass es eine andere Möglichkeit als diese giebt, um die Prostitution aus der Welt zu schaffen. Befördert hingegen wird die Prostitution durch alles das, wodurch die Ehelosigkeit befördert wird, vor allem also durch die

überspannten Ansichten der Jungfern von der Unwürdigkeit einer Verheiratung ohne „Seelenliebe“, und durch die Steigerung der selbständigen Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts. So reduziert sich also die Frauenfrage in jeder Hinsicht auf die Jungfernfrage, und es gilt, bei dieser die Hebel anzusetzen. *)

Von wieder anderer Seite ist eingewendet worden, dass viele jüngeren Männer Angehörige, z. B. Mutter oder Schwestern zu unterstützen hätten, und deshalb ausser Stande wären, für gänzlich fremde Personen einen Teil ihres Einkommen abzugeben, weil sie dadurch der Möglichkeit beraubt würden, ihren näheren Pflichten zu genügen. Dabei ist übersehen, dass eine angemessene Wittwenversorgung bei meinem Vorschlage als Vorbedingung vorausgesetzt ist, und dass hiermit für einen jungen Mann die Möglichkeit wegfällt, seine verwittwete Mutter unterstützen zu müssen. Seine unversorgten Schwestern aber würden gerade durch die Jungfernrente der Unterstützungsbedürftigkeit enthoben werden. Der Fall, dass ein Junggesell nahe Verwandte zu unterstützen hat, die keine Einnahmen aus irgend welchen Quellen beziehen, würde nach den von mir gemachten Voraussetzungen eine ungewöhnliche Ausnahme sein, deren angemessene Berücksichtigung die Einnahmen der Jungfernkasse nicht wesentlich schmälern würden.

Auch das Bedenken scheint mir nicht stichhaltig, dass die Jungfern sich künftig wegen des Bezuges der Jungfernrente schwerer zur Ehe bequemen würden als jetzt, wo sie solche nicht beziehen, und dass deshalb die Jungfernrente ganz im Gegensatz zu meiner Absicht als erschwerender Umstand aber nicht als Beförderungsmittel der Eheschliessung wirken würde. Die Jungfernrente würde unter allen Umständen so gering be-

*) Wer meine Vorschläge zur Lösung der Jungfernfrage im Zusammenhange mit meinem sonstigen Standpunkte würdigen will, vergleiche „Moderne Probleme“ 2. Aufl. No. III. „Die Gleichstellung der Geschlechter“, No. IV. „Die Lebensfrage der Familie“ und „Das sittliche Bewusstsein“ 2. Aufl.

messen sein, dass sie nur gegen wirkliche Not schützt aber keine Behaglichkeit des Lebens gestattet, und deshalb würde sie nimmermehr zur Verhinderung der Eheschliessung ins Gewicht fallen, ausser in solchen Fällen, wo sie schwächere weibliche Naturen vor einem allzuschwer abgerungenen Entschluss bewahrt. An den Jungfern liegt es nicht, wenn zu wenig geheiratet wird, sondern wesentlich an den Männern; die Weiber würden gern und nicht weniger heiraten, auch wenn man ihrem Entschluss noch mehr Erschwerungen in den Weg legte. Die Vermehrung der Eheschliessungen in den höheren Ständen hängt wesentlich davon ab, dass den Männern stärkere Motive zur Verheiratung vorgehalten werden, und dies thut in nachdrücklicher Weise die Jungfernrente aus ihrer Tasche.

VIII. Der Zweikampf.

Der Zweikampf ist durch die Gesetzgebung aller Staaten verboten und unter Strafe gestellt; wer sich aber nach diesem Verbot richtet, wird aus dem Offizierstande des stehenden Heeres und der Landwehr ausgeschlossen und verliert seine gesellschaftliche Stellung in den tonangebenden Kreisen. Wer nicht die schwerere Strafe auf sich nehmen will, die auf die Ablehnung eines Zweikampfes oder auf die Unterlassung einer Herausforderung gesetzt ist, muss sich den Chancen des Zweikampfes und der nachfolgenden gesetzlichen Bestrafung unterwerfen. Die Landesherren sind in die widerspruchsvolle Lage versetzt, Staatsgesetze zur Ausführung bringen zu lassen, die dasjenige verbieten, was sie von ihren Offizieren und Beamten stillschweigend fordern müssen, und denjenigen seiner Stellung zu entheben, der sich dazu bekennt, den vom Landesherrn öffentlich sanktionierten Staatsgesetzen auch in Bezug auf das Duell ein gehorsamer Unterthan sein zu wollen.

Wo solche Widersprüche bestehen, da sind sie allemal ein Zeichen, dass die Theorie der Praxis vorausgeeilt ist, dass ältere und neuere Anschauungen mit einander in einem noch unausgeglichenen Kampfe liegen, oder dass die nötigen Vorbedingungen noch nicht verwirklicht sind, auf Grund deren erst sich die neuere Anschauung gefahrlos in Praxis umsetzen lässt.

Was ist nicht schon Alles gegen den Zweikampf geschrieben! Wie oft ist nachgewiesen, dass er nicht nur den geltenden Gesetzen der Staaten, sondern auch den Geboten der Religion und den Anforderungen der Sittlichkeit widerspricht!

Wie sonnenklar ist es nicht, dass der Kampf, die Verwundung oder die Tödtung die verletzte Ehre nicht wiederherstellt! Wer wüsste nicht, dass sein eigentlicher Sinn in dem Glauben an ein Gottesurteil liegt, dass dieser Glaube längst geschwunden ist, und dass im Zweikampf ebenso oft der unschuldige wie der schuldige Teil den kürzeren zieht! Wem wäre es unbekannt, dass in England Zweikämpfe fast gar nicht vorkommen, dass sie in Frankreich auch in solchen Kreisen häufig sind, denen man hier keine Satisfaktionsfähigkeit zugesteht, und dass auch bei uns ältere Männer nur in seltenen Fällen in Zweikämpfe verwickelt werden! Trotzdem besteht in der Jugend unserer höheren Stände das Duellwesen nicht nur fort, sondern es erscheint geradezu als gefährlich für den Geist des Offizierkorps und für den Ehrbegriff der höheren Stände, es zu unterdrücken. In Russland bemüht man sich sogar von oben herab, es künstlich in die Offizierkorps einzupflanzen, wo es, wenigstens in den Linienarmee korps, von selbst keinen Boden hat.

Wenn reife Männer sich aus innerem Drange zum Zweikampf auf Tod und Leben stellen, so ist gewöhnlich die Beleidigung nicht das eigentliche Motiv, sondern nur die Gelegenheitsursache, die auch ganz fehlen kann. Der Grund wird dann in einem tödtlichen Hasse liegen, der es unerträglich findet, dass der Andere fernerhin mit ihm zugleich dieselbe Luft athmet und auf derselben Erde wandelt. Wo einer weichen muss, sollen die Waffen entscheiden, welcher von beiden. Ein Blick genügt in solcher Lage zur Verständigung; der Versuch einer Beleidigung würde beiden unter ihrer Würde erscheinen. Der Zweikampf ist hier prämeditierter Mord, der nur die Preisgebung des eigenen Lebens einschliesst. Gegen diese Art des Duells giebt es keine Abhilfe; es würde auch in einem sozialdemokratischen Gemeinwesen fortbestehen. Es wird aber auch immer eine ganz seltene Ausnahme bleiben. — Auf dem entgegengesetzten Extrem stehen die Fechtübungen mit blanken Waffen unter thunlichstem Ausschluss gefährlicher Verletzungen. Sie werden als Selbstzweck betrachtet und die Beleidigungen sind theils Nebensache, theils absichtlich gesuchter Vorwand,

wofern sie nicht ganz fehlen (Bestimmungsmensuren). Es ist ganz verkehrt, diese Art von Austoben jugendlichen Überschwanges als Zweikampf im Sinne des Gesetzes anzusehen. Die dabei vorkommenden Verletzungen dürften durchaus nur als einfache Körperbeschädigungen geahndet werden; dann würden diese Fechtspiele bald ihren Nimbus einbüßen.

Das gewöhnliche Duell, soweit es Folge einer Beleidigung ist, ruht dagegen auf ganz anderen Voraussetzungen, als diese beiden Extreme. Es entsteht und behauptet sich da, wo erstens Beleidigungen noch vorkommen, wo zweitens keine das Ehrgefühl befriedigende Sühne für sie zu finden ist, und wo drittens das grössere Übel einer rohen Selbsthilfe oder heimtückischen Rache abgewehrt werden muss. Es ist schlechthin unstatthaft in einer Gesellschaft, die sich eine gute nennen will, dass persönliche Streitigkeiten und Verbalinjurien wie bei Schulknaben oder Ackerknechten zu Prügeleien mit Fäusten, Stöcken, Schemeln Bierkrügen oder Champagnerflaschen führen. Ebenso ausgeschlossen muss es aber sein, dass der Beleidigte sofort zum Messer greift, oder den Beleidiger später aus dem Hinterhalt überfällt, oder sich Leute mietet, die ihn, wie in Japan üblich, durchprügeln, oder wie früher in Italien, niederstechen. Gegen alle diese Reaktionsweisen bildet der geordnete Zweikampf einen unverkennbaren Fortschritt zur Zivilisation.

Je höher der Bildungsgrad einer Gesellschaftsschicht ist, desto seltener werden Beleidigungen, weil mit der besseren Einsicht in das für den Andern Verletzende und mit der wachsenden Selbstbeherrschung die Fähigkeit wächst, Streitigkeiten möglichst unpersönlich durchzuführen und die etwa unvermeidliche persönliche Polemik in nicht beleidigende Formen zu kleiden. Das ruhigere Temperament nordischer Völker und reiferer Altersstufen erreicht diesen Grad der Selbstbeherrschung leichter, als das heissere Blut der Südländer und der leicht aufwallenden Jugend. Wir dürfen aber zuversichtlich annehmen dass mit steigender Bildung und verbesserter Erziehung überall die Anlässe zu Zweikämpfen seltener werden.

Indessen würde es nicht genügen, auf die Abnahme der

Duelle bloss aus dem Wachstum der Bildung zu warten, da dies eine Hinausschiebung in's Ungewisse bedeuten würde. Wo die Bildung noch so gering ist, dass Beleidigungen entweder stumpfsinnig hingenommen werden, oder eine rohe Reaktion der Selbsthilfe hervorrufen, da ist die Einführung der Regelung dieser Selbsthilfe als Durchgangsstufe nicht einmal zu verwerfen, soweit es sich um Stände handelt, von denen ein verfeinertes Ehrgefühl im Interesse des Ganzen verlangt werden muss. Das kleinere Übel ist immer dem grösseren vorzuziehen, so lange es unmöglich ist, beide zu vermeiden.

Bei unseren höheren Ständen in Deutschland fehlt es keineswegs an Ehrgefühl, wohl aber einerseits an der nötigen Ausbildung der Selbstbeherrschung in der Jugend, wie sie nötig ist, um Beleidigungen auch im Affekt zu vermeiden, und andererseits an einer das feinere Ehrgefühl befriedigenden Abhilfe, welche den Übergang zur Selbsthilfe entbehrlich machte. Wir haben einerseits die Privatinjurienklage und den Strafantrag vor den ordentlichen Gerichten, andererseits die Ehrengerichte in verschiedenen Berufsständen; aber beide sind ihrer Aufgabe in Bezug auf den Zweikampf ebensowenig gewachsen wie die strafrechtliche Repression.

Die Privatbeleidigungsklage ist viel zu umständlich und schleppend, um rasche Abhilfe gewähren zu können, wie das verletzte Ehrgefühl sie verlangt; sie führt aber auch am Ende zu keinem genugthuenden Ergebnis, weil eine kleine Geldstrafe als solches nicht gelten kann, und bei Realinjurien oder in Ehebruchssachen selbst die etwaigen Gefängnisstrafen dem Verletzten ganz unzulänglich erscheinen. Dieser Weg wird deshalb von Personen höherer Gesellschaftskreise entweder gar nicht beschritten, oder doch nur einmal und nicht wieder, wenn ihnen beim ersten Mal die Erfahrung gefehlt hatte. Die Richter sind ausserdem durch den Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verhindert, den mannigfaltigen Abstufungen des Ehrgefühls in den verschiedenen Ständen gebührende Rechnung zu tragen. — Ehrengerichte bestehen bis jetzt erst für wenige Berufsarten, während sie für die Mehrzahl der

gebildeten Stände fehlen. Aber auch so weit sie bestehen, kommen sie in der Regel nicht dazu, sich mit Duellsachen zu beschäftigen. Der Ehrenrat der Ehrengerichte hat sich zwar mit Duellangelegenheiten zu befassen, hat aber hier nur den Wert einer Vergleichsinstanz. Der Ehrenrat wirkt vortrefflich bei gewöhnlichen Verbalinjurien, aber er ist machtlos, wenn es sich um Realinjurien oder Verletzungen der Familienehre handelt, weil ihm keine Jurisdiktion zusteht, die eine nicht wieder gut zu machende Handlung sühnen könnte. Ebenso bleibt er ohnmächtig in gewöhnlichen Beleidigungssachen, wenn der Vergleich misslingt, d. h. wenn der Beleidiger sich nicht zur Zurücknahme der Beleidigung verstehen will. Er kann in allen diesen Fällen dem Beleidigten keine Genugthuung geben, die ihn bewegen könnte, von der Selbsthilfe Abstand zu nehmen.

Hier ist nun die Abhilfe zu suchen für die bestehenden Missstände. Die Privatinjurienklage, wie sie jetzt bei uns besteht, ist besser ganz aufzuheben, da sie Niemand nützt und der Würde der Gerichte nicht gemäss ist. Soll sie beibehalten werden, so muss Beleidigung entweder mit hohen Geldstrafen (wie in England) oder mit empfindlichen Gefängnisstrafen geahndet werden; auch ist dann die Hinzuziehung von Schöffen wünschenswert, die dem Stande und Berufskreise der Parteien angehören. Die Strafen für Realinjurien, Ehebruch und Verführung sind in unseren Gesetzen um ebensoviel zu niedrig bemessen wie die gegen Eigentumsverletzung zu hoch, und bedürfen dringend einer ausgleichenden Korrektur. Für das Publikum, so weit es nicht vor Ehrengerichten sein Recht suchen kann, läge in einer so reformierten Rechtsordnung ein gutes Erziehungsmittel; auch könnten die höheren Stände nach Abschluss des ehrengerichtlichen Verfahrens auf die Zivilklage zurückgreifen, insbesondere soweit die Parteien verschiedenen Berufen und ehrengerichtlichen Verbänden angehören. Viel Wert wäre aber einer solchen Reform für die höheren Stände doch nicht beizumessen, schon darum nicht, weil das gerichtliche Streitverfahren viel zu langsam ist. — Ehrengerichte

müssten für alle Berufe eingerichtet werden, die solcher jetzt noch ermangeln, aber doch den höheren Gesellschaftskreisen angehören. Die Schwierigkeiten, die der Einrichtung von Ehrengerichten in den freien Berufsarten entgegenstehen, würden mit einem Schlage zu überwinden sein, wenn der Grundsatz aufgestellt würde, dass von einem bestimmten Zeitpunkt an nur solche Personen als satisfaktionsfähig zu betrachten sind, die einem behördlich anerkannten ehrengerichtlichen Verbands angehören. Dann würden alle Berufsarten sich beeilen, bis zu diesem Zeitpunkte mit der Errichtung von Ehrengerichten zu Stande zu kommen, und es würde volle Klarheit darüber geschaffen werden, wo die Satisfaktionsfähigkeit beginnt. Nichts scheint mir wichtiger als die Unterstellung aller, die auf Satisfaktionsfähigkeit Anspruch machen, unter ordentliche Ehrengerichte. Die meisten Duelle kommen gegenwärtig zwischen solchen Personen vor, die beide nicht, oder von denen nur eine einem Ehrengericht untersteht. Bei Streitigkeiten zwischen den Angehörigen verschiedener Berufe müssten gemischte Ehrengerichte zusammentreten, womöglich mit einem Vorsitzenden, der keinem der beim Streit beteiligten Berufsstände angehört. Der Ehrenrat der Ehrengerichte müsste in Beleidigungssachen wie bisher zunächst als Vergleichsinstanz wirken, nach misslungenem Vergleich aber die Sache an das Ehrengericht zur Fällung eines Erkenntnisses abgeben. Die Abhaltung eines Zweikampfes vor der Fällung des ehrengerichtlichen Erkenntnisses müsste unter schwere Strafe gestellt werden, ähnlich wie jetzt die Abhaltung eines Zweikampfes ohne vorhergehende Meldung an den Ehrenrat. — Das Erkenntnis könnte lauten 1. auf Zurücknahme der beleidigenden Ausdrücke oder Äusserungen, 2. auf Widerruf der thatsächlichen Behauptungen, deren Wahrheit nicht erweislich ist, 3. auf Entschuldigung, 4. auf Zurücknahme der Herausforderung, 5. auf Verweis, 6. auf verschärften Verweis, 7. auf Aberkennung der Satisfaktionsfähigkeit, 8. auf Amtsentsetzung. Zurücknahme ist zu fordern, wo objektiv beleidigende Äusserungen ohne beleidigende Absicht gefallen sind, Entschuldigung, wo der beleidigende Charakter

der Äusserungen bei besserer Aufmerksamkeit hätte erkannt werden müssen, oder beleidigende Absicht bestand. Wo die Beleidigung sich in wachsender Progression auf beide Seiten verteilt, ist auch auf umschichtige, staffelweise Zurücknahme und Entschuldigung zu erkennen. Wenn eine Herausforderung ohne genügenden Grund stattgefunden hat, so ist auf Zurücknahme derselben zu erkennen. Verweis ist zu erteilen, wo die beleidigende Absicht nicht von mildernden Umständen (z. B. Gereiztheit, Übereilung, Affekt) begleitet ist, oder in Wiederholungsfällen, verschärfter Verweis, wenn schon in einem früheren Falle gegen denselben Beleidiger auf Verweis erkannt ist, oder eine besonders tadelnswerte provokatorische Absicht vorliegt. Die Satisfaktionsfähigkeit ist abzuerkennen, wo ein streitlustiger und händelsüchtiger Charakter sich wiederholentlich in provokatorischem Auftreten bekundet hat. Sie würde mit einer gesellschaftlichen Verruferklärung die gleiche Wirkung haben; es ist aber auch nicht mehr als billig, dass anständige Leute irgendwie vor Raufbolden geschützt werden, die unter dem Deckmantel des Ehrenprinzips jetzt unbehindert ihrer Händelsucht fröhnen können. Auf Amtsentsetzung, Dienstentlassung oder Unfähigkeit zur Bekleidung eines Amtes im höheren Staatsdienste ist zu erkennen, wenn jemand so wenig Selbstbeherrschung gezeigt hat, dass er gegen einen Satisfaktionsfähigen Selbsthilfe in thätlichem Angriff geübt oder die Familienehre eines Satisfaktionsfähigen durch nicht rückgängig zu machende Handlungen verletzt hat. Auch jetzt schon gilt im deutschen Heere der Grundsatz, dass die Landesherren keinen Offizier dulden, der die Ehre eines Kameraden freventlich verletzt; aber es ist ein Unterschied, ob die Gefahr der Dienstentlassung bloss als Willkür der vorgesetzten Behörden droht, in deren Hand die Berichterstattung an den Landesherren liegt, oder ob sie als Urteil eines Ehrengerichts zu fürchten ist.

Fügt sich derjenige, gegen welchen auf Zurücknahme, Widerruf oder Entschuldigung (mit oder ohne Verweis) erkannt ist, nicht, sondern lässt er die vom Gericht gestellte kurze Frist verstreichen, so wird nach wie vor der Zweikampf eintreten. Der

Unparteiische müsste verpflichtet sein, unmittelbar vor Beginn des Zweikampfes den Duellanten noch einmal das ehrengerichtliche Erkenntnis vorzulesen und sie darauf hinzuweisen, dass die Ausführung des in dem Erkenntnis Geforderten den Ansprüchen der Ehre Genüge thue, dass dagegen derjenige, welcher diese Ausführung verweigere, damit die alleinige Verantwortlichkeit für den Zweikampf übernehme. Nach Beendigung des Zweikampfes müsste das ehrengerichtliche Erkenntnis im Kreise der Berufsgenossen veröffentlicht werden, damit diese wissen, wer der schuldige Teil bei dem Konflikte gewesen ist, beziehungsweise, wie sich die Schuld auf Beide verteilt, und wer derjenige gewesen ist, der die ehrengerichtlich geforderte Sühne verweigert hat. Diese Veröffentlichung der Erkenntnisse würde von grosser moralischer Wirkung sein; denn der Verurteilte würde von den Berufsgenossen künftig scharf beaufsichtigt werden, und würde sich vor neuen Übereilungen und Ausschreitungen zu hüten haben, wenn er nicht beim nächsten Konfliktfall sich einem Verweis des Ehrengerichts oder gar der Aberkennung der Satisfaktionsfähigkeit aussetzen will. Durch die Veröffentlichung der Erkenntnisse würde der erziehliche Einfluss der Ehrengerichte auf die ihnen Unterstellten beträchtlich zunehmen und der Zweikampf seltener werden.

Aber eine genügende Wirksamkeit zur Einschränkung der Duelle können auch diese Massregeln allein nicht herbeiführen, wenn sie nicht mit einer völligen Umgestaltung der für den Zweikampf angesetzten Strafen verbunden werden. Die Bestrafung des Zweikampfes an und für sich ist ein Widersinn, so lange die Standessitte der höheren Stände einen schuldlos Beleidigten zur Herausforderung des Beleidigers und einen schuldlos Herausgeforderten zur Annahme des Duells zwingt. Die Bestrafung des Zweikampfes ist ein wirkungsloser Schatten, so lange der frivole Beleidiger und der übermütige Herausforderer, die den Gegner zum Zweikampf zwingen, mit so leichten Strafen davonkommen wie jetzt. Alle Gesetze, die den Zweikampf als solchen bestrafen, verfehlen in doktrinärer Prinzipienreiterei ihren Zweck; nur ein Strafgesetz, das den unschuldig

zum Zweikampf Genötigten frei ausgehen lässt, den schuldigen Urheber desselben aber mit voller Schwere trifft, nur ein solches kann seinem Zweck dienen. Die Versuchung zur leichtsinnigen Herbeiführung von Zweikämpfen muss mit Aussicht auf schwere Strafen bekämpft werden, wozu die jetzigen Strafandrohungen sich als ungenügend erweisen. Dem gesitteten und friedliebenden Staatsbürger aber, der ohne seine Schuld zum Zweikampf genötigt wird, braucht man einerseits keine Strafandrohung als Gegenmotiv vorzuhalten, um ihn zu Ruhe und Anstand zu ermahnen, und ihn wird man andererseits durch keine Strafandrohung von dem Durchfechten des Zweikampfes abhalten können, so lange er beim Gehorsam gegen das Gesetz noch grösseren und empfindlicheren Nachteilen ausgesetzt bleibt.

Das zur Aburteilung der Duellanten zuständige Gericht hat die Akten der ehrengerichtlichen Verhandlung einzufordern, die dem Duell vorherging, und ersieht aus diesen, welcher Teil das über ihn verhängte ehrengerichtliche Erkenntnis unerfüllt gelassen und dadurch thatsächlich erst den Zweikampf unvermeidlich gemacht hat. Die ehrengerichtlichen Akten bieten somit dem Strafgericht ein wertvolles Material, das aber selbstverständlich seine Entscheidungen nicht formalistisch binden kann, sondern seiner freien Würdigung untersteht und die eigene Beweiserhebung nur unterstützen kann. Etwaige Irrtümer oder Parteilichkeiten der Ehrengerichte werden demgemäss vom Strafgericht zu berücksichtigen sein. Nur derjenige der Duellanten ist zu bestrafen, dem die Verantwortung für das Zustandekommen des Zweikampfes zufällt, während der ohne seine Schuld durch die Standessitte zum Zweikampf genötigte Teil für nichtschuldig zu erklären ist und demgemäss straflos ausgehen muss. Die Folge einer solchen Abänderung des Strafgesetzes würde die sein, dass der vom Ehrengericht zur Zurücknahme, zum Widerruf oder zur Entschuldigung Verurteilte es sich doch sehr genau überlegen würde, ob er dieses Erkenntnis unbeachtet lassen und damit auf sich allein die ganze Schwere des Strafgesetzes für den etwaigen Zweikampf herabziehen will. Wenn der Unparteiische bei der letzten Verlesung des

ehrengerichtlichen Erkenntnisses unmittelbar vor dem Zweikampf auf die strafrechtlichen Folgen für die Unfolgsamkeit gegen dieses Erkenntnis aufmerksam zu machen hätte, so würde mancher Widerspenstige sich doch noch im letzten Augenblick besinnen.

Ich glaube, dass diese Verbindung von ehrengerichtlicher Prävention und strafrechtlicher Repression sich schon jetzt als ausreichend erweisen würde, um den Zweikampf auf ein Mindestmass zurückzuführen und den Verkehrston um Vieles gesitteter und vornehmer zu gestalten. Gerade diese erziehliche Wirkung würde uns in sehr viel rascherem Zeitmass zu einer Bildungsstufe hinanführen, auf welcher Beleidigungen immer seltener vorkommen und deshalb auch die Ehrengerichte immer weniger in Anspruch genommen würden.

IX. Das Spiel.

Das Spiel ist eine Bemühung um willkürlich gesetzte Ziele, welche von den realen und ernsten Interessen des Lebens direkt unabhängig sind. Das Spiel tritt überall da ein, wo der Bethätigungstrieb keine reelle Befriedigung findet, also bei Kindern, die noch nicht, und bei Grossen die nicht mehr arbeiten können, in der Mussezeit nach der Arbeit, falls der Bethätigungstrieb durch Arbeit noch nicht erschöpft ist, ferner bei Arbeitsunfähigen, bei dauernd Bettlägerigen oder Schwachsinnigen, endlich bei arbeitsfähigen Beruflosen, die durch äussere Umstände, soziale Vorurteile oder eigne Schuld der Gelegenheit zur Arbeit beraubt sind, z. B. arbeitsscheuen Bettlern oder Aristokraten, Mönchen oder Gefangenen, unverheirateten Frauen der höheren Stände u. s. w. Im Spiel ist der Mensch der harten Notwendigkeit der Arbeit für ernste Zwecke entrückt und bewegt sich frei nach selbstgesteckten Zielen und selbstgewählten Regeln und Gesetzen; das Spiel erinnert deshalb an ein geträumtes Paradies, in welchem es noch keine Not des Lebens gab, und selbst die Götter spielen, wenn sie nicht gerade mit der Weltregierung zu thun haben. Das Spiel lehrt den Menschen den Schein der Dinge von ihrer Wirklichkeit trennen und bildet so eine wertvolle Vorstufe der Kunstübung; insbesondere gilt dies für die Nachahmungsspiele, welche die Beziehungen des ernsten Lebens im Bilde vorwegnehmen und wiederholen. So entwickelt sich aus Kampfspielen und Liebesspielen der Tanz, aus Festspielen das Schauspiel, aus dem Puppenspielen der Völkerkindheit mit ihren Götterbildern die Plastik, und zwar

zunächst als farbige, erst allmählich die Farbe abstreifende und an die Malerei abgebende. Durch das Spiel werden die Völker und Individuen vertraut mit dem wirklichkeitsfreien Schein und den anempfundenen Scheingefühlen, auf deren rein ästhetischen Verwertung sich dann später die schöne Kunst aufbaut.

Der Wert des Spiels ist um so höher, je enger sich dasselbe an den Schein der Wirklichkeit anschliesst, je mehr dasselbe idealisierendes Nachahmungsspiel wird und damit der Kunst nahe tritt. Auch für alle Kinderspiele ist der pädagogische Grundsatz festzuhalten, dass sie um so wertvoller sind, je mehr sie einerseits Nachahmung oder Vorwegnahme künftiger Berufsthätigkeit zum Gegenstande nehmen, und je deutlicher sie anderseits Schein und Wirklichkeit auseinanderhalten. Auch für die Ausfüllung der Musse sind solche Spiele am wertvollsten, welche eine Nachahmung der Berufsthätigkeit im wirklichkeitslosen Schein zum Gegenstand haben, z. B. das Kriegsspiel der Offiziere auf Karten und Plänen. Daneben kommt denjenigen Spielen der Preis zu, welche durch die zugemuteten Übungen und Anstrengungen nach imaginären Zielen gleichzeitig die Gesundheit, Frische, Kraft und Gewandheit der Spieler fördern. Dieser Art sind vorzugsweise die Bewegungsspiele im Freien und die verschiedenen Arten des Sports, durch deren Pflege die Jugend der Hellenen eine der unsrigen so überlegene Ausbildung zu körperlicher und geistiger Gesundheit und Harmonie erhielt. Je stärker bei unsren gebildeten Gesellschaftsschichten der Geist durch die Berufsarbeit angespannt wird, für je längere Fristen die Menschen durch sie zu sitzender Lebensweise in geschlossenen Räumen genötigt werden, desto dringlicher wird das Gegengewicht körperlicher Übungen im Freien, und die Regelmässigkeit ihrer Pflege wird durch nichts besser sichergestellt als durch Sport- und Wettspiele. Freilich kann auch hierin ein schädliches Übermass Platz greifen, wenn die Sportleidenschaft die ganze vom Beruf übrig gelassene Musse für sich in Beschlag nimmt und für eine geistige Fortbildung des im einseitigen Beruf versimpelnden Menschen

auch keine Stunde mehr übrig lässt. In England ist dieses Übermass schon vielfach eingetreten, insbesondere unter jüngeren Kaufleuten, die meist eine mangelhafte Schulbildung mitbringen, und denen ihr Beruf nur eine knapp bemessene Musse übrig lässt. Die erfreuliche Zunahme des Sports in Deutschland wird sich hoffentlich von solchen Übertreibungen fernhalten.

Unter den Bewegungsspielen verdienen diejenigen den Vorrang, welche alle Körpermuskeln gleichmässig in Thätigkeit setzen und zugleich die Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart schärfen und die Schnelligkeit der Reaktion befördern. Solche werden sowohl der Gesundheit als auch der harmonischen Ausbildung des ganzen Menschen und seiner Leistungsfähigkeit in allen Lebenslagen am besten dienen. Weniger zu empfehlen sind diejenigen Arten des Sports, welche einen grossen Teil der Körpermuskeln ungeübt lassen und dafür engeren Gruppen derselben eine Überanstrengung zumuten, die zu einseitiger athletischen Kraftsteigerung und dabei leicht zu Schädigungen des gesamten Organismus, insbesondere der Lunge und des Herzens führen. Derart sind z. B. der Ruder- und Radfahrsport, welche immer nur mit Massen und beide abwechselnd betrieben werden sollten. Am wenigsten zu empfehlen sind solche Gewandtheitsspiele, welche in geschlossenen Räumen vorgenommen werden müssen, z. B. das Billardspiel; die Pflege derselben sollte wenigstens auf diejenigen Zeiten unfreundlicher Witterung beschränkt bleiben, in denen Bewegungsspiele im Freien schlechthin ausgeschlossen erscheinen. Das Schlittschuhlaufen zeigt deutlich genug, dass das Winterwetter an sich den Sport im Freien noch nicht hindert, und verdient gerade um deswillen besondere Pflege, damit die Wetterscheu der modernen Stubenmenschen sich nicht zu breit macht.

Bei vielen Bewegungsspielen ist neben körperlicher Gewandtheit auch ein gewisser Aufwand an verständiger Überlegung erforderlich, um die Chancen des Spieles richtig zu benutzen; das heisst, es zeigen viele derselben schon eine Verbindung von Bewegungsspiel und Verstandesspiel. Ein solcher Zusatz von Verstandesspiel zu den Spielen körperlicher Kraft

und Geschicklichkeit erhöht ihren Reiz, fesselt die Teilnehmer längere Zeit hindurch an das Spiel und macht sie williger, bald zu demselben zurückzukehren; es liegt also in demselben eine gewisse Gewährleistung dafür, dass die mittelbaren, heilsamen Wirkungen des Spieles nicht durch Trägheit und Teilnahmslosigkeit eingebüsst werden. Daneben ist der unmittelbare Gewinn einer gesteigerten Lust beim Spiel nicht zu übersehen; ein mittelbarer Nutzen für die geistige Entwicklung und Verstandesschärfung wird sich aber aus den Erwägungen beim Lawn Tennis, Krocket und Billard kaum erwarten lassen.

Dem blossen Zeitvertreib ohne jeden Nebengewinn dienen die sogenannten Geduldspiele, welche in der Regel Solospiele sind, z. B. das Patiencelegen mit Karten, die Knüpf- und Nestelspiele und dergleichen. Ein grosser Teil der feineren weiblichen Handarbeiten gehört in Wirklichkeit zu den Geduldspielen, insofern ihr Kunstwert nicht in Betracht kommt und ihr wirtschaftlicher Marktwert ausser allem Verhältnis zu der aufgewandten Mühe steht. Die betreffenden Arbeiterinnen pflegen sich indessen in beiderlei Hinsicht einer glücklichen Selbsttäuschung hinzugeben und während der Anfertigung die Lust am Geduldspiel mit der Lust an einer ernsten kunstgewerblichen Arbeit zu vereinigen. Andre Geduldspiele gehören bereits der Gruppe der Verstandesspiele an, sei es, dass sie, wie die Lösung von Schach- und Whistaufgaben an bestimmte Verstandesspiele anknüpfen und Ausschnitte aus denselben, Spielendigungen, darstellen, sei es, dass sie, wie die chinesischen Figurenlegespiele in das Gebiet geometrischer Aufgabenlösung hinübergreifen, sei es, dass sie im Bilder- und Worträtsel dem Gebiet des Witzes näher treten. Die Geduldspiele sind im Ganzen nur als Zeitvertreib derjenigen Beschäftigungslosen zu betrachten, denen es sogar an Gesellschaft zu gemeinsamen Spielen fehlt, z. B. für Kinder ohne Altersgenossen in der Kinderstube, für gezwungene oder freiwillige Einsiedler, für einsame alte Jungfern und Menschenfeinde. Mit Schachaufgaben wird der Schachspieler sich beschäftigen müssen zur Stärkung seines spezifischen Schachverstandes, also als einsame Vorbereitung

für das eigentliche Spiel zu zweien. Nur die Rätselspiele in ihren mannigfachen Gestalten kommen auch als gesellige Unterhaltung vor, weil sie durch ihre Verwandtschaft mit dem Witz zur Erheiterung einer Gesellschaft dienen können; ihnen kann auch als Mittel zur Übung der Phantasie und der Herrschaft über die Sprache eine förderliche Wirkung nicht abgesprochen werden. Immerhin gehört die Achtung vor derjenigen Art von Klugheit und Scharfsinn, welche sich im Rätsellösen bethätigt, einer mehr kindlichen Periode im Entwicklungsgange der Völker und Individuen an, weil in der Zeit der Reife die tastende Kombinationskraft der Phantasie in Bezug auf Zufälligkeiten des Wortsinns einer mehr logischen Verknüpfung der wesentlichen Begriffsmerkmale weichen muss.

Unter Verstandesspielen im engeren Sinn sind alle solche Wettspiele unter mehreren zu verstehen, bei denen der Einfluss des Glückes und der körperlichen Kraft und Geschicklichkeit ganz ausgeschlossen ist. Es sind dies vor allem die Brettspiele, die deshalb auch in denjenigen Klöstern noch gestattet zu sein pflegten, in welchen die Kartenspiele verboten waren. An der Spitze steht der König der Brettspiele, das Schachspiel, um das sich eine eigne Wissenschaft und Litteratur entwickelt hat. Dass die Übung solcher Verstandesspiele auf verstandesmässig veranlagte Naturen einen eignen Reiz ausübt, ist zweifellos, und es wäre abgeschmackt, den massvollen Genuss dieses Reizes verwerfen zu wollen. Nur soll man nicht solchen Spielen einen indirekten Wert beimessen, der ihnen nicht zukommt. Wenn man nämlich behauptet, dass der Verstand im allgemeinen durch solche Verstandesspiele geschärft werde, so verkennt man die enge Einseitigkeit des Gebietes, auf welchem der Verstand in ihnen zur Bethätigung und Übung gelangt und die Unübertragbarkeit des spezifischen Schachverstandes auf irgend welche andre Aufgaben des Lebens.

Wie die spezifischen Rechenkünstler, so sind auch die spezifischen Schachkünstler oft ganz beschränkte Menschen, die unter Umständen einen fast schwachsinnigen Eindruck machen können und nicht einmal die nächstverwandte, mathematische

Anlage zu besitzen brauchen. Das schliesst natürlich nicht aus, dass auch geistig hochstehende und vielseitige Talente bedeutende Schachspieler sein können; es genügt jedoch zum Beweise, dass der Besitz und die Ausbildung des Schachverständes keine Gewähr für gleichzeitigen Besitz und Ausbildung einer rationellen Anlage im allgemeinen bietet. Gilt doch selbst für den viel umfassenderen mathematischen Verstand etwas Ähnliches, so dass unter den alten Schulregeln von Schulpforta auch diese vorkam: Den Mathematikus sollst du nicht hänseln!

Ein Übelstand darf bei den Verstandesspielen nicht verschwiegen werden, nämlich der, dass sie zu der geistigen Überanstrengung vieler modernen Berufsarten keinen lindernden Gegensatz, sondern eine verschärfende Fortsetzung bilden, also das Gehirn in der Mussezeit in einer ähnlichen Richtung in Anspruch nehmen, wie die Berufsarbeit. Nervöse Personen, die sich schon durch ihren Beruf geistig angestrengt fühlen, sollten deshalb jedenfalls die Anspannung solcher Spiele meiden und statt dessen ihre Musse theils der Bewegung in frischer Luft, theils der Erholung in künstlerischem Dilettantismus und erfrischender Geselligkeit widmen. Wer das Schachspiel einigermaßen gründlich betreibt, hat bei demselben eine geistige Anspannung nötig, welche die der meisten Berufsarbeiten übertrifft. Tritt nun gar noch der Ehrgeiz hinzu, es andern zuvorzuthun und ein Meister des Schachspiels werden zu wollen, dann wird auf theoretisches Studium und praktische Übung gar leicht so viel Nervenkraft verwendet, dass der Charakter des Spiels in sein Gegenteil, in das einer ernsten, aufreibenden Arbeit umgeschlagen zu sein scheint, und nicht selten die Gesundheit untergraben wird. Diese Folge ist doppelt bedauerlich, wenn es sich nicht um einen zu allen übrigen Dingen unbrauchbaren Schachkünstler handelt, sondern um bedeutende Geister, welche durch die Leidenschaft eines solchen Spiels ihre Leistungsfähigkeit auf andren Gebieten mit untergraben.

Den Gegensatz zu den reinen Verstandesspielen und körperlichen Kraft- und Gewandtheits-Spielen bilden die reinen Glücks- oder Zufalls-Spiele, bei welchen jeder Einfluss ausser dem

Zufall grundsätzlich ausgeschlossen bleibt. Dem Spieler bleibt hier nur eine Art der Beteiligung offen, durch den Einsatz. Das Hazardspiel ist wesentlich Wette um den Ausfall eines Ereignisses, das sich dem Wissen der Spieler entzieht; es ist also auch Wettspiel, aber ein Wettspiel, in welchem der Spieler auch dann passiv den Ausgang erwartet, wenn er selbst den Würfelbecher umstürzt oder die entscheidende Karte abhebt. Einsatz der Wette kann alles sein, was für den Menschen Wert hat, und über das man als über sein Eigentum verfügen kann, also früher auch Weib, Kind, Sklaven und persönliche Freiheit. Bei der jetzt ziemlich vollendeten Umwandlung der Naturalienwirtschaft in Geldwirtschaft bestehen auch die Einsätze meist ausschliesslich in Geld, während die Gewinne zum Teil noch in andern Dingen (Kunstwerken, Büchern, Tieren etc.) gewährt werden können.

Der Charakter des Spiels liegt hier nur noch darin, dass der Spieler sich willkürlich an der Wette beteiligt, ohne durch Berufsinteressen oder reellen Erwerbstrieb dazu veranlasst zu sein, dass ihm die Aufregung des Spieles selbst und das durch dasselbe erregte Gemisch von Furcht und Hoffnung, aber nicht die reelle Bereicherung durch den etwaigen Gewinn zum Motiv der Beteiligung wird. Nichts wird williger vergeudet als ein Spielgewinn; Beweis genug, dass es nicht der Besitz des Gewinnes als solcher war, um den es dem Spieler zu thun war. Wo das Hazardspiel zum Zweck der Bereicherung aufgesucht wird, da hört es auf, Spiel zu sein und wird unter der Maske des Spiels zum Geschäft oder Gewerbe oder Beruf, wie z. B. bei dem Spielunternehmer in einem Spielbade. Wer das Spiel zur Befriedigung der Gewinnsucht missbraucht, trotzdem er weiss, dass die Chancen für den Bankhalter und gegen den Einsetzenden stehen, der handelt bereits mit beschränkter Zurechnungsfähigkeit. Oft genug ist es die Lust am Spiel als solchen und die Leidenschaft für dessen aufregenden Reiz, was die Zurechnungsfähigkeit beschränkt und im Bunde mit Unwissenheit und Leichtsinn dem Spiel seine Opfer zuführt. Die Spielsucht, die durch Gewohnheit sich eingenistet hat, wird

zum Laster. Wer Leichtsinns und Laster als Bankhalter ausbeutet, steht demjenigen Wucherer gleich, der Leichtsinns und Genusssucht als Darleiher ausbeutet, und verfällt mit Recht der Missachtung wie dieser.

Es ist in der Ordnung, dass die Gesetzgebung die Bereicherung von Privaten durch das Hazardspiel verbietet und dasselbe durch die Staatslotterie derart monopolisiert, dass jeder die Höhe seines Risikos und seiner wahrscheinlichen Einbusse übersehen kann, dass jeder Anreiz zur Steigerung der Einsätze und zum Wiedereinbringen der Verluste und jede Gelegenheit zum Entschlusse im Zustande der Erregung und des Affekts wegfällt, und dass der Bankhaltergewinn dem Staate zufällt. Die preussische Staatslotterie entspricht diesem Zweck schon besser als das österreichische Lotto, hat aber als Klassenlotterie von der Zeit ihrer Begründung her noch immer den Fehler an sich, dass sie mit Hilfe des geringen Einsatzes der ersten Klasse und durch die Aussicht auf Freilose der folgenden Klassen unkundige Spieler zu höherer Beteiligung in den folgenden Klassen verleiten kann, als dieselben gewünscht und beabsichtigt hatten. Besser ist die badische Lotterie eingerichtet, bei welcher jede Ziehung einklassig ist. In der Staatslotterie wird der Bankhaltergewinn zu einer von den Spielern freiwillig entrichteten Staatssteuer, während der Rest der Einsätze zu anderweitiger Verteilung unter den Spielern gelangt. Die ungesunde Aufregung des Pointierens an einer Spielbank oder in überhitzten nächtlichen Spielzimmern wird bei Staatslotterie vermieden, die Gefahr der Verhärtung des Spieltriebs zum Laster aus dem Wege geräumt und dem anscheinend unausrottbaren Hang eines Teils der Menschen zum Glücksspiel eine möglichst unschädliche Art der Befriedigung dargeboten.

Die Gefahren des privaten Hazardspiels sind zu bekannt und zu vielseitig erörtert, um hier genauer auf dieselben einzugehen, desto nötiger aber scheint es, ein Wort über diejenigen Spiele zu sagen, welche aus Verstandesspielen und Glücksspielen gemischt sind.

Hierher gehören die meisten Kartenspiele, das Dominospiel,

die mit Zuhilfenahme von Würfeln gespielten Brettspiele und manche andre. Sie vereinigen das Interesse am Verstandesspiel mit dem aufregenden Reiz des Glückspiels, und wenn sie auch weder so interessant sind wie das Schachspiel, noch so aufregend wie ein reines Hazardspiel, so wirkt doch die Verbindung beider Arten des Reizes dahin, dass sie von der Mehrzahl der Menschen den beiden andren Arten vorgezogen werden. Einerseits sind sie leichter erlernbar als das Schachspiel und erfordern nicht eine so spezifische Geistesanlage wie das von Frauen selten erträglich gespielte Schach, weil bei ihnen das Gedächtnis zum Teil an die Stelle des Verstandes tritt; anderseits sind sie frei von dem Makel, der dem Hazardspiel anhaftet. Als blosse Verstandesspiele würden sie nicht in ausreichendem Mass interessieren, um die Spieler zu fesseln, was daraus folgt, dass Kartenspiele von Erwachsenen nicht anders als um Geld gespielt werden; als blosse Glücksspiele würden sie zu höheren Sätzen gespielt werden müssen, um die Spieler gleich lange an dem Spieltisch zu fesseln, wie sie es durch die gleichzeitige Anregung des Verstandesinteresses auch bei geringeren Sätzen thun. Dagegen fällt bei ihnen auch auf der einen Seite die Beschönigung fort, welche für die reinen Verstandesspiele (mit Unrecht) darin gesucht wird, dass sie den Verstand im allgemeinen üben und stärken sollen, und wird auf der andren Seite das Spielen um Geld um so bedenklicher, als auf die Dauer der bessere Spieler mit Sicherheit den schlechteren ausbeutet. Es können strenggenommen nur solche Personen miteinander spielen, welche wissen, dass sie gleich gut spielen, oder solche, die sich noch gar nicht miteinander gemessen haben. Wer weiss, dass er besser spielt, und trotzdem dauernd mit schlechteren Spielern spielt, der hofft entweder, dieselben durch Verheimlichung seiner überlegenen Fertigkeit zu betrügen, oder er sinkt in den Augen der andren wie in seinen eignen zum geduldeten Schmarotzer herab, der sich die zugeworfenen Geschenke in das durchsichtige Gewand von Spielgewinnen einkleiden lässt.

Die Gefahren des Verlustes beim Kartenspiel sind im

Ganzen geringer als beim Hazardspiel; aber dieser Unterschied wird teilweise dadurch aufgewogen, dass dem Hazardspiel sich jeder viel leichter entziehen kann als einem Kartenspiel, das zu höheren Sätzen gespielt wird, als seine Verhältnisse ihm eigentlich erlauben. Die Beteiligung am Hazard kann man grundsätzlich ablehnen, die am Kartenspiel viel schwerer; sie wegen zu hoher Sätze abzulehnen, verbietet aber vielen die Scheu einer zu offenen Blosslegung ihrer beschränkten Verhältnisse. Aus Scham, seine verhältnismässige Armut einzugestehen, hat sich schon mancher durch Spielverluste in drückende Verlegenheiten gestürzt. Andererseits werden auch reine Glücksspiele im engeren Kreise oft genug mit harmlos niedrigen Einsätzen gespielt. Das Kartenspiel ist aber auch nicht weniger anstrengend, als die reinen Verstandesspiele; denn was es dem Verstand weniger zumutet, das mutet es dem Gedächtnis mehr zu.

Jede gespielte Karte mit Sicherheit und ohne Irrtum auswendig zu behalten, darin besteht mehr als die Hälfte der Kunst des Kartenspiels; denn was dem Verstand alsdann noch an Kombinationen zu thun übrig bleibt, das vermag nach hinreichender Übung auch der mittelmässigste zu leisten. Dieses Merken aller gespielten Karten erfordert aber eine recht starke Anspannung der Aufmerksamkeit, keine geringere, als die weiterblickende Vorausschau beim Schachspiel. Es kommt noch hinzu, dass das Kartenspiel im Durchschnitt länger hintereinander betrieben wird als das Schachspiel, also durch längere Dauer der Anspannung einen etwaigen Minderwert ihrer Intensität ausgleicht und überholt. Das Kartenspiel verführt die Menschen weit leichter als das Schachspiel dazu, einen Teil der Nacht und des Schlafes zu opfern, und fesselt ungleich breitere Volksschichten und für längere Fristen als das Schachspiel sitzend an Tische in ungelüfteten lampenerhitzten Räumen. Es vereinigt also die Nachteile sowohl der Verstandesspiele wie der Glücksspiele in sich, die der ersteren in erhöhtem, die der letzteren in verringertem Masse, und täuscht durch seine vorgebliche Harmlosigkeit über diese Nachteile hinweg.

Das Kartenspiel ist nur bei solchen Personen unbedenklich, die keine Berufsthätigkeit haben und auch nicht die Fähigkeit besitzen, ihre unbegrenzte Musse mit edleren Beschäftigungen auszufüllen. Dahin rechne ich Pensionäre, die bereits zu alt sind, um noch neue Interessen zu gewinnen und neue Bethätigungen zu beginnen, alte Jungfern welche nicht verstanden haben, sich einen Wirkungskreis im weiten Reiche der Liebeswerke zu schaffen, Kinder unter zehn Jahren, die noch keinen Privatunterricht haben, insbesondere in winterlichen Schulferien. Ich erkenne das Kartenspiel als einen willkommenen Lückenbüsser derjenigen Geselligkeit an, welche durch äussere Verhältnisse genötigt ist, sich über ein innerlich zweckmässiges Mass zeitlich auszudehnen; derart sind z. B. Zusammenkünfte weit voneinander wohnender Gutsbesitzerfamilien, deren Fahrten für weniger als einen ganzen Tag nicht lohnend scheinen, und deren Mitglieder doch nicht die nötigen Hilfsquellen in sich tragen, um die Langeweile eines so ausgedehnten Beisammenseins zu überwinden. Immerhin bleibt aber das Kartenspielen ein geistiges Armutszeugnis, das die Spielenden sich ausstellen, wenn man auch zugeben muss, dass die Armut manchmal eine unverschuldete, oder doch jetzt nicht mehr gut zu machende ist. Jede andre Art des Spiels wäre besser als diese, und selbst ein stummer Spaziergang im Freien oder ein träumendes Hindämmern der Phantasie in liegender Haltung würde meines Erachtens den Vorzug vor dem Kartenspiel verdienen, weil sie erfrischen und beruhigen, anstatt das Gehirn und die Nerven noch mehr anzuspannen und abzunutzen. Wer geistige Berufsarbeit treibt, sollte das Kartenspiel als schädlichen Gehirn- und Nervenreiz meiden; wem geistige Berufsarbeit ohne Anstrengung des Geistes obliegt, der sollte nach gethaner Arbeit um so mehr darauf bedacht sein, die ihm verbliebene Frische des Geistes zu edlerer und geistig wertvollerer Ausfüllung seiner Musse, z. B. zu gemeinsamer oder einsamer Lektüre zu verwerten. Dass unser Zeitalter an den Nerven leidet, ist bekannt genug; es ist aber ebenso bekannt, dass Nervenkranken in ihrem krankhaft verkehrten Instinkt nach erregenden Mitteln zu

greifen pflegen, die ihren Zustand verschlimmern, anstatt ihn zu lindern. Zu diesen Stimulantien, nach denen unser nervöses Geschlecht hascht, gehört neben den narkotischen Genussmitteln und den prickelnden Reizen einer entarteten Kunst auch das Spiel in seinen ungesunden nervös aufregenden Formen.

In einer bestimmten Hinsicht ist unter allen Arten des Spiels das Kartenspiel das gefährlichste, weil es das in der heutigen Geselligkeit fast ausschliesslich geduldete und gebräuchliche ist, und als solches den Geist der Geselligkeit verdirbt. Zum Schachspielen kommt man entweder nur zu Zweien zusammen, oder man besucht einen Schachklub, welcher der Pflege dieses Spiels ausdrücklich gewidmet ist; das Hazardspiel pflegt das Tageslicht zu scheuen, in der gemischten Gesellschaft verpönt zu sein und, abgesehen von der Demimonde, höchstens im Kreise von Herren und zwar vorzugsweise von jüngeren unverheirateten Männern getrieben zu werden. Das Kartenspiel aber genießt das Vorrecht, in der besten Gesellschaft eine Heimstätte zu besitzen, und in der Kneipe fast Alleinherrscher zu sein. Bis jetzt pflegen es allerdings nur die Männer zu sein, welche sich in einer gemischten Gesellschaft an den Spieltisch zurückziehen; könnte man es aber den in Stich gelassenen Frauen verdenken, wenn sie auch ihrerseits sich mit der Aufstellung von Spieltischen zu helfen suchten? Über die epidemischen Verheerungen, die das Skatspiel in den Köpfen unsrer Jugend, sowohl der von der Schule entlassenen als auch der die Schulbänke noch drückenden, anrichtet, ist neuerdings manches pädagogisch beherzigenswerte Wort gefallen; schon greift aber die Skatepidemie auch von den Brüdern auf die Schwestern über und man sieht die jungen Mädchen zusammenkommen, um ebenso eifrig ihren Skat zu dreschen wie die Studenten und jungen Kaufleute am Biertisch. Es ist zu hoffen, dass diese Epidemie wie alle von selbst wieder vorübergehen wird; aber man muss doch gegen solche Verirrungen ankämpfen, damit nicht ein Rest derselben uns dereinst als endemische Seuche, wenn auch in milderer Form zurückbleibt.

Eine Entschuldigung haben ja die jungen Mädchen an ihrer stets zunehmenden Beschäftigungslosigkeit; die Schuld für diese aber fällt wesentlich auf die Mütter zurück, die solche Nichtsthuerei und Faulenzerei dulden und es dahin kommen lassen, dass die Verzweiflung aus Langeweile ihre Töchter an den Skat-tisch treibt.

H. G. K.

X. Lotterie und Totalisator.

Unter dem Titel „Lotterie und Volkswirtschaft“ hat Adolf Lasson in den „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“ der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin einen erweiterten Vortrag herausgegeben*), der die Staatslotterien in schärfster Weise verurteilt und ihre Abschaffung fordert. Lasson weiss wohl, dass die Zeitströmung der Verwirklichung dieser Forderung nicht günstig ist, weit weniger, als sie es vor einigen Jahrzehnten war. Dennoch hält er es für Pflicht der Volkswirte und Sittenlehrer, diese Forderung immer von Neuem zu erheben und zu begründen, um dadurch einen künftigen Umschwung des Zeitgeistes vorbereiten zu helfen. Wie alle Kundgebungen des gelehrten und vielseitigen Verfassers zeigt auch diese eine geistreiche Behandlung, geschickte Anordnung, klare und übersichtliche Darstellung und ziemlich erschöpfende Zusammenstellung aller der alten und neuen Gründe, die mit mehr oder minder Recht für und wider die öffentlichen Lotterien vorgebracht worden sind. Ich glaube aber, dass in der ganzen bisherigen Erörterung des Gegenstandes einige wesentliche Gesichtspunkte bisher gar nicht zur Geltung gelangt sind, die dem Ergebnis des Streites ein merklich verändertes Aussehen geben. Gewiss darf man es bedauern, dass der Spieltrieb in unserem Volke noch so mächtig ist, um jährlich Hunderte von Millionen Mark in staatlichen Lotterielosen und in Loosen behördlich genehmigter Wohlthätigkeitslotterien

*) Heft 123/4, Jahrgang 16; Heft 3/4. Berlin, Leonhard Simion.

anzulegen. Als Reichsstempel, als Abzüge an den Nominalgewinnen bei Staatslotterien, als Minderbetrag der Gewinnsumme im Vergleich zu der Einsatzsumme bei Geldlotterien zu wohlthätigen Zwecken, als Minderbetrag des reellen Sachwertes gegen den angegebenen Nennwert bei Sachlotterien und als Überteuerung des Ankaufskurses börsengängiger Loospapiere fließen jährlich Beträge aus den Taschen der deutschen Reichsbürger, die sich in den letztgenannten Posten jeder Berechnung entziehen, die aber insgesamt eine freiwillige direkte Steuer von mindestens 1 Proz. des Volkseinkommens darstellen. Bedenkt man, dass die Reichen sich an dieser direkten Selbstbesteuerung wenig oder gar nicht beteiligen, dass sie vielmehr fast ganz auf den Schultern des Mittelstandes und der unteren Klassen ruht, so ergibt sich, dass diese Steuer einen umgekehrt progressiven Charakter hat. Es ist wohl kaum zu viel gesagt, wenn man annimmt, dass sie den kleinen Mittelstand schwerer bedrückt als die jetzt degressiv geordnete preussische Staatseinkommensteuer.

Angesichts solcher Verhältnisse ist gewiss das Streben nach Beschränkung des Spieltriebes im Volke sehr berechtigt. Aber die Abschaffung der Staatslotterien wäre gewiss nicht der richtige Weg dazu, selbst wenn sich eine Einigung der deutschen Bundesstaaten darüber erzielen liesse. Der Spieltrieb würde dann bloss wieder in andere Kanäle gedrängt, die sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Es ist vielmehr richtig, so viel Staatsloose auszugeben als irgend verlangt werden. Derjenige Teil der Spielgelder, der heute in Form von Reichsteuern und Staatsprofit den öffentlichen Finanzen zufließt, müsste ja doch in Form einer anderen Steuer dem Volke entzogen werden. Wenn die eine Hälfte dieses Betrages in Gestalt eines Zuschlages zur Einkommensteuer, die andere Hälfte in Gestalt eines Zuschlages auf indirekte Steuern erhoben würde, so würde damit der ganze Betrag etwa auf die gleichen Volksklassen wie jetzt verteilt sein; aber er würde ungern und widerwillig gezahlt werden, während er jetzt gern und freiwillig entrichtet wird.

Das aber darf man mit Recht vom Standpunkte der Sozial-ethik fordern, dass jeder künstliche Anreiz zum Spielen beseitigt und für Aufklärung über den wahren Wert der Loose gesorgt werde. Durch Reichsgesetz müsste festgestellt werden, 1. dass jede andere Form von Lotteriegewinnen ausser barem Gelde verboten ist (also auch Freiloose), 2. dass jede Lotterie in einer einmaligen Ziehung zu Ende geführt werden muss (Verbot von Klassenlotterien), 3. dass die im Spielplan aufgeführten Gewinne ohne jeden Abzug ausbezahlt werden müssen, 4. dass kein Gewinn mehr als das Tausendfache des Einsatzes betragen darf, und 5. dass auf jedem Loose neben dem Verkaufspreis der wahrscheinliche Wert desselben nach Massgabe der Gewinntabelle und der Minderbetrag des wahrscheinlichen Wertes gegen den Verkaufspreis in Prozenten des letzteren angegeben werden muss.

Sobald diese fünf Bedingungen erfüllt sind, weiss jeder Käufer eines Looses, wieviel er wahrscheinlicher Weise bei dem Spiel opfert, was jetzt den meisten Leuten ganz unklar bleibt; will er dann doch dieses Opfer bringen, um das Vergnügen des Spieles zu haben, so braucht man ihm diese Freiheit nicht zu verwehren. Die Wohlthätigkeitslotterien pflegen Abzüge von $13\frac{1}{3}$ bis 50 Prozent vom Verkaufspreise für ihre wohlthätigen Zwecke, und 20 bis 60 Prozent für Vertrieb der Loose zu erheben, während die Staatslotterien für beide Zwecke zusammen nur $13\frac{1}{3}$ bis 20 Prozent einbehalten; das Publikum stellt sich aber das Verhältniss in der Regel umgekehrt vor, weil die Wohlthätigkeitslotterien die versprochenen Gewinne auch voll ausbezahlen, während die Staatslotterien die Abzüge erst von dem Nominalbetrage der Gewinne erheben. Sobald die Gewinne der Staatslotterien im Nennbetrage des Spielplanes ohne Abzug ausbezahlt werden müssten und auf jedem Loose der wahrscheinliche Wert und der wahrscheinliche Verlust aufgedruckt sein müsste, würden die Spiellustigen sich von den Wohlthätigkeitslotterien ab und den Staatslotterien zuwenden, und würden unter den Wohlthätigkeitslotterien wieder die Loose mit besseren Gewinnchancen

bevorzugen. Es wäre dann kaum noch erforderlich, in der Konzessionserteilung zu Wohlthätigkeitslotterien sehr ängstlich zu sein, oder gar eine Grenze für den zulässigen Abzug festzustellen. Die Wohlthätigkeitslotterien haben für die Unterbringung ihrer Loose so viel höhere Spesen zu zahlen, dass sie an Solidität mit den Staatslotterien gar nicht konkurrieren können und in dem Wettbewerb um die Gunst der Spieler sehr bald unterliegen müssten, sobald sie nur gezwungen wären, den Käufern reinen Wein einzuschenken und die jetzt gedeihende Spekulation auf ihre Unkenntnis und ihre Unfähigkeit zur Berechnung des wahrscheinlichen Wertes aufzugeben.

Das regelmässige Spielen in Staatslotterien wird selten in einem Masse betrieben, der für die Privatwirtschaft des Spielers verderblich wird. In der Regel sind es nur die ohnehin schon durch Spekulation, Börsenspiel, Rennwetten und dergleichen zu Grunde gerichteten Existenzen, die so thöricht sind, ihren letzten Besitz auf Lotterieloose zu verwenden. Der solide Mittelstand und die ordentlichen Arbeiter spielen nicht in höheren Beträgen, als ihre Verhältnisse ihnen gestatten, wenngleich die damit entrichtete freiwillige Einkommensteuer einen nicht unerheblichen Zuwachs zu den Pflichtsteuern ausmacht. Auch dass die Lotteriegewinne vergeudet werden, trifft nur in Ausnahmefällen zu, insbesondere bei Studenten und solchen Ständen und Altersklassen, die, ohne nennenswerten eigenen Erwerb, mit Vorliebe Aufwand treiben und skrupellos Schulden machen. Wo jeder Zufluss auf ein Sieb fällt, da kann natürlich auch der Lotteriegewinn nicht haften. Dagegen pflegen die selbständigen Handwerker und Kleinhändler einen Lotteriegewinn produktiv zu verwerten; die Gesellen, Arbeiter, Unterbeamten und die schlecht besoldeten Oberbeamten, die von Natur eingeschränkt zu leben gewohnt sind, erlangen mit einem Lotteriegewinn einen Grundstock für fernere Sparrücklagen, eine Alters- und Invaliditätsversicherung oder Wittwen- und Waisenversicherung, oder einen Fond für die Ausbildung und Ausstattung ihrer Kinder. Dass ein Teil des Gewinnes

benutzt wird, um sich nach sauren Wochen ein frohes Fest zu machen, oder dass mit seiner Hilfe eine sonst unerschwingliche Erholungsreise die angestregten Kräfte erfrischt, wird man sicherlich nicht als unproduktive Verwendung verurteilen dürfen.

Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung hat Jemand, der sein ganzes Leben hindurch gleichmässig an einer Staatslotterie teilnimmt, Aussicht, mindestens ein Mal, auch wohl zwei Mal einen grösseren Treffer zu erlangen, alle paar Jahre aber einen mässigen Gewinn einzustreichen. Das regelmässige Spiel wirkt also ähnlich wie eine regelmässige Rücklage der Einsätze, nur mit dem Unterschiede, dass das Vergnügen des Spiels die Fortdauer der Rücklagen sichert, und dass die Zeitpunkte der Ausschüttung nicht im Belieben des Sparers stehen, sondern dem Zufall anheimgestellt sind. Darin liegt aber gerade der Vorteil des regelmässigen Lotteriespiels gegen das gewöhnliche Sparen, durch welches es sich der Versicherung nähert. Die freiwillige Versicherung setzt pekuniäre Nachteile auf die Unterlassung der fälligen Prämienzahlungen; die Lotterie setzt als Strafe teils den Verlust des Vergnügens am Spiel, teils den dauernden Verlust des Looses oder doch der Loosnummer, an der oft ein *pretium affectionis*, wenn nicht gar ein *pretium superstitionis* haftet.

Die Versicherungsgesellschaft schüttet die Ersparnisse im Fall des Todes, oder des Unfalls, oder der Invalidität, oder der Verheiratung aus, die Lotterie in dem Fall, dass die Loosnummer mit einem Gewinn zusammentrifft. Beide erheben dafür, dass sie einen besonderen Anreiz zur regelmässigen Fortsetzung der Sparrücklagen gewähren und ihre Ausschüttung dem Belieben des Sparers entziehen, eine hohe Provision. Die Höhe dieser Provisionen ist bei einer soliden Staatslotterie, wie z. B. der preussischen, nicht viel grösser als bei einer mit hohen Generalunkosten arbeitenden und mit starken Spesen belasteten Versicherungsgesellschaft, ja sogar erheblich geringer als bei den Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften, während sie allerdings merklich grösser als bei den besten

Versicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit ist. Dagegen fehlt auch bei dem Lotteriespiel die Möglichkeit, erworbene Rechte durch Unfähigkeit zur Fortsetzung des Spiels teilweise einzubüssen. Bei den Lebensversicherungsgesellschaften wird die grössere Hälfte der Abschlüsse nicht durch Erledigung, sondern durch Verfall oder Rückkauf gelöst, und dabei erleiden freilich die Versicherten noch viel grössere Verluste (25—100 Prozent ohne die verlorenen Zinsen) als bei dem dauernden Lotteriespiel.

Der Betrag aller Sparverbürgungsprovisionen, der jetzt den Aktionären, Beamten und Agenten der Versicherungsgesellschaften und Berufsgenossenschaften, den Lotterie-Einnehmern und Looshändlern zufliesst, bliebe natürlich besser den Sparern überlassen, und er könnte ihnen verbleiben, wenn sie durchweg die wirtschaftliche Reife und Selbstbeherrschung besässen, um das, was sie für Versicherungsprämien und Lotterieloose ausgeben, regelmässig zurückzulegen. Nur weil das Volk im Durchschnitt diese wirtschaftliche Reife noch nicht hat und noch eines gewissen Zwanges oder doch eines künstlichen Anreizes zu regelmässiger Sparsamkeit bedarf, sind Versicherungen nötig; ebenso lange werden aber auch Staatslotterien als Sparreize segensreich wirken. Wie die Unfall-, Heirats- oder Lebensversicherung für den Sparer vorteilhaft ist, wenn der Unfall, die Heirat oder der Tod vorzeitig eintreten, so auch das Lotteriespiel, wenn er einen grösseren Treffer nicht erst gegen die Mitte seines Lebens, sondern schon bald zu Anfang macht. Dagegen sind beide für den Sparer unvorteilhaft, wenn die Ausschüttung sich mehr oder weniger über das wahrscheinliche Mass hinaus verzögert. So lange man also Versicherungsgesellschaften noch für unentbehrlich erachtet, wird man auch solide Staatslotterien mit gutem Gewissen bestehen lassen können. Ich glaube, dass die aus den besten Motiven entspringende Agitation gegen die Lotterien bessere Erfolge erzielen würde als jetzt, wenn sie sich auf das praktisch Erreichbare beschränken wollte, das zugleich den sozialetischen Bedenken genügend Rechnung trägt, d. h. wenn sie sich auf

die oben zusammengestellten Forderungen hinsichtlich der Einrichtung der Lotterien und Loose vereinigen wollte. Wenn dies erreicht wäre, könnte man die weitere Bekämpfung des Spieltriebes zu Gunsten des freien Sparens mit Recht den Fortschritten der Völker zu immer grösserer wirtschaftlicher Reife und der Individualethik überlassen. —

Wenn die Staatslotterien sich als ein verhältnismässig erträgliches und der gesetzgeberischen Einschränkung sehr wohl fähiges Übel herausgestellt haben, so ist dagegen der Totalisator der Rennplätze als ein öffentliches Ärgernis zu verurteilen. Es ist gerade ein Skandal für unsere Zeit, dass der Staat einen solchen Krebschaden duldet, der in allen Volksschichten weiter frisst, die Unschuldigen zum ersten Spiel verführt, die Leidenschaft des Spieles unvermerkt grosszieht und allmählich zum Laster auswachsen lässt.

Der Totalisator zeigt das Spiel in seiner gefährlichsten, aufregendsten Gestalt, nämlich als ein reines Glücksspiel, das sich noch dazu in den falschen Schein hüllt, als ob die Intelligenz und Urteilsfähigkeit auf die Gewinnchancen einen wesentlichen Einfluss hätte. Er bietet die Gelegenheit, unter dem Einfluss einer künstlich durch die Rennen gesteigerten Massenaufregung, die den Einzelnen ansteckend mit fortreisst, die Einsätze bis zum letzten Augenblick zu erhöhen. Unreife Knaben, ehrsame Handwerker werden hier unter öffentlichem Schutze mit den Reizen der Spielleidenschaft vertraut gemacht, die sonst in gar keine Versuchung dazu geraten wären. Die auf dem Rennplatz gepflanzten Keime aber wachsen weiter und treiben die Verführten auch den übrigen Gestalten des Hazardspiels in die Arme. Alle Spielerprozesse der letzten Zeit zeigen den Zusammenhang zwischen Karten und Totalisator, und viele kleinbürgerliche Existenzen werden erst durch das Spiel auf den Rennplätzen zu willigen Ausbeutungsobjekten der Bauernfänger für das Börsenspiel. Die Summen, welche jährlich in den Kulturländern auf Rennplätzen teils am Totalisator, teils durch Buchmacher im Spiel umgesetzt werden, entziehen sich in ihrem letzteren Teil jeder Schätzung. Sie wachsen

von Jahr zu Jahr und dürften bald den Spielumsätzen in den Staatslotterien gleichkommen. Durch die Rennwetten und ihre indirekten Folgen werden thatsächlich alljährlich eine Menge Familien zu Grunde gerichtet und viele wirtschaftlich zerrüttet oder doch schwer erschüttert, was man von der Lotterie schon heute nicht mehr behaupten kann.

Die Rennpferdezüchter selbst gestehen ein, dass sie durch die Rennpreise durchschnittlich nicht auf die Kosten der Zucht und Reisen kommen, und dass sie sich durch Wettgewinne schadlos halten müssen, wenn sie nicht mit dauerndem Verlust arbeiten sollen. Das Spiel soll also die Defizitwirtschaft der Rennpferdezüchter erst rentabel machen. Kein Wunder, dass sich auf diesem Wege auch die reichsten Grossgrundbesitzer ruinieren, wenn sie nicht ihr Lebelang von besonderem Spielerglück begünstigt sind. Wer die Grundaristokratie für einen äusserst wertvollen Volksbestandteil hält und ihren Bestand gesichert wünscht, muss ebenso mit Sorge, wie ihr Feind mit Befriedigung auf die Wirkungen des Rennsports in Deutschland sehen, dessen verheerende Wirkungen zu ertragen der deutsche Grossgrundbesitz bei Weitem nicht reich genug ist.

Wenn es wahr wäre, dass ohne Wettrennen die Pferdezucht zurückgehen müsste, so könnte in der Alternative zwischen dem Rückgang der Pferdezucht und dem der Volkssittlichkeit und Volkswohlfahrt die Entscheidung nicht schwer fallen. Aber diese Behauptung ist unrichtig. Durch die Wettrennen wird vielmehr die Pferdezucht in falsche Bahnen gedrängt. Es wird ein unverhältnismässiger Wert auf Schnelligkeit und Eleganz gelegt, aber die Kraft, Ausdauer, und die Abhärtung gegen Witterung und Strapazen bedenklich vernachlässigt. Die Rennpferdezucht bringt ein nervöses, verweichlichtes, verzärteltes, widerstandsunfähiges Geschlecht von Pferden hervor, das nicht einmal den ästhetischen Ansprüchen Genüge leistet, sondern einen entstellten Typus zeitigt, der in seinen bewunderten Extremen für einen unbefangenen künstlerischen Blick sich schon der Karikatur nähert.

Die Interessen der Pferdezucht sind ein blosser Vorwand, um den noblen Passionen der Grundaristokratie ein Anstandsmäntelchen umzuhängen, und die Schaulust und Aufregungsgier der gaffenden Menge leiht diesem Märchen von den Interessen der Pferdezucht gläubige Ohren. Es wäre durchaus zu billigen, wenn der Staat die Bürger höher besteuerte, um in geeigneter Weise wetterharte, ausdauernde Kriegspferde und kräftige Arbeitspferde zu züchten bis zur Deckung des ganzen Bedarfs im eigenen Lande. Aber es ist nicht zu billigen, dass er sich mit einer zehnprozentigen Besteuerung des Totalisators begnügt, statt ihn zu verbieten. Wäre die Polizei ohnmächtig, die Buchmacher von den Rennplätzen nach Abschaffung des Totalisators fern zu halten, so würde daraus nur der eine Schluss zu ziehen sein, dass die Öffentlichkeit bei den Rennen auszuschliessen sei. Dies würde ebenso zur Hebung der Volkssittlichkeit beitragen, wie etwa die Aufhebung der Stiergefechte in Spanien, oder wie es der Ausschluss der Öffentlichkeit bei Hinrichtungen bereits gethan hat. Selbst wenn man die Schnelligkeit des Laufes als ein wesentliches Merkmal für den Wert eines Pferdes gelten lässt, so ist doch das Wettrennen ein ganz ungeeignetes Mittel, um die wirkliche Leistungsfähigkeit im Schnellauf zu ermitteln, da Missbräuche jeder Art den Thatbestand verdunkeln. An Stelle des Wettrennens, bei welchem nur im letzten Teil der Bahn die volle Leistungsfähigkeit entwickelt wird, müsste für diesen Zweck vielmehr das einzig rationelle Ermittlungsverfahren treten, die Feststellung der Rennzeit im Einzellauf, die freilich für Zuschauer nichts Aufregendes hat. *) Die Gegner des Glückspiels würden sich ein Verdienst damit erwerben, wenn sie zunächst einmal all ihre Kräfte darauf vereinten, dieses wirklich böartige Geschwür aus dem Fleische unseres Volkes auszuschneiden, die Duldung des Totalisators.

*) Vgl. die von 1887—1894 erschienenen Schriften des Major a. D. Richard Honning, insbesondere „Die Rennfrage“ (Wien bei Fromme) und „Die Zeitmessung, ein Mittel zur Aufdeckung des Humbugs in Pferderennen“ (Berlin, Schubert).

XI. Die Preussische Schulreform von 1892.

Noch keine neun Jahre sind verflossen, seit am 1. April 1883 die Neuordnung der Lehrpläne vom 31. März 1882 in Kraft getreten ist, und schon stehen wir vor einer neuen Umgestaltung unseres höheren Schulwesens, die sich diesmal nicht bloss auf Preussen erstreckt, sondern zugleich zu einer Vereinheitlichung der höheren Schulen in den wichtigsten Bundesstaaten zu führen scheint. Der Zeitraum von neun Jahren ist so kurz, dass man fast diese beiden Reformen als eine einzige betrachten und sich in der Hauptsache auf einen Vergleich der Zustände vor 1883 mit den jetzt eintretenden beschränken könnte, wenn die Zwischenreform sich überall in gleicher Richtung wie der jetzige Abschluss bewegte. Dies ist aber nur beim Gymnasium der Fall, während beim Realgymnasium beide Reformen entgegengesetzte Richtungen eingeschlagen haben, so dass der zweite Schritt die durch den ersten erweckten Hoffnungen zerstört und im Wesentlichen die alten Zustände, wie sie bis zum Jahre 1883 gewesen sind, wieder hergestellt hat.

Die Reform von 1882 hatte die gegenseitige Annäherung von Gymnasium und Realschule an einander auf ihre Fahne geschrieben, offenbar als Vorbereitungsstufe zu einem künftigen Einheitsgymnasium, das beide in sich aufsaugen sollte. Die jetzige Reform dagegen hat diesen Plan fallen lassen; sie lässt den Unterschied beider Schularten in seiner absoluten Grösse bestehen, und erweitert ihn in seiner relativen, indem sie den gymnasialen Charakter, den die Realschule erster Ordnung durch bedeutende Vermehrung des Lateinischen i. J. 1882 empfangen

hatte, wieder aufhebt und das Realgymnasium unter Belassung seines blossen Namens zur Realschule mit etwas Latein zurückschraubt. Im Berechtigungswesen drückt sich diese Rückwärtsrevision dadurch aus, dass die Oberrealschule alle bisher nur dem Realgymnasium zustehenden Berechtigungen mit unwesentlichen Ausnahmen erhält, also beide als Realschulen auf gleiche Stufe gestellt werden, und dass die Hoffnungen des Realgymnasiums auf Erweiterung seiner Berechtigungen gründlich und wohl für immer zerstört werden. Die ganze geräuschvolle Bewegung für erhöhte Berechtigungen der Realgymnasien ist damit zum Schweigen gebracht. Die Realgymnasien müssen sich darein finden, künftig wieder blosse Realschulen zu sein und werden kein Interesse mehr daran haben, den Ballast des lateinischen Unterrichts weiter zu führen, der den Schülern nichts Halbes und nichts Ganzes bietet und die zu erlangenden Berechtigungen im Vergleich zu den lateinlosen Oberrealschulen nicht wesentlich erhöht.

Man kann nicht leugnen, dass die Realschule von einem harten Schicksal verfolgt worden ist. Sie hatte sich aus Privatschulen als lateinlose Bürgerschule entwickelt; ohne Unterstützung des Staates, ohne Berechtigungen war sie aus dem natürlichen Bedürfnis heraus erwachsen, und war so als lateinlose Realschule mit oder ohne Oberklassen genau dasjenige geworden, was man jetzt ersehnt und wieder herstellen möchte. Da griff die Schulbureaukratie in diesen natürlichen Entwicklungsgang ein; vom grünen Tische aus wurde den Realschulen das Lateinische aufgezwungen, das für sie keinen Sinn hatte, und das sie gar nicht haben wollten. Aber sie mussten es annehmen und als Entgelt wurden ihnen gewisse Berechtigungen gewährt und die Aussicht auf deren allmähliche Erweiterung nach erfolgter Bewährung eröffnet. So wurde v. J. 1859 ab die Agitation nach erweiterten Berechtigungen künstlich grossgezüchtet und jenes unglückliche Zwitterwesen geschaffen: die Realschule erster Ordnung mit Latein, die so, wie sie war, nicht leben und nicht sterben konnte. Es blieb nur die Wahl, dieses Zwitterwesen allmählich zu einem Einheitsgymnasium

hinüberzuführen, oder es wieder zur lateinlosen Realschule zurückzudrängen.

Der erstere Weg erschien humaner; kein Wunder, dass man ihn noch i. J. 1882 zu beschreiten gewillt war. Seitdem hat aber die Erfahrung eine derartige Überproduktion von Gymnasialabiturienten ergeben, dass wir Gefahr laufen, durch Züchtung eines unversorgbaren Studentenproletariats Zuständen von der Art des russischen Nihilismus entgegen zu steuern, wenn auch nur ein grösserer Teil der jetzt vorhandenen Realgymnasien in Gymnasien umgewandelt würde. Diese Erwägung war durchschlagend für die Abschneidung aller Hoffnungen der Realgymnasien auf Erlangung von weiteren Universitätsberechtigungen und für ihre Zurückdrängung auf das Niveau von Realschulen. Mögen die Lehrerkollegien, die Eltern der Realgymnasiasten und die Städte, die nur ein Realgymnasium besitzen, davon noch so schmerzlich betroffen werden, — das Wohl des Ganzen steht höher. Es wäre nur zu erwägen gewesen, ob man nicht einzelnen Realgymnasien in Städten ohne Gymnasium die Erlaubnis zur Umwandlung in Gymnasien hätte erteilen, und dafür eine Anzahl Gymnasien in zu kleinen Orten auf Progymnasien oder Bürgerschulen hätte zurückführen sollen.

Wenn die Verfechter der Realgymnasien von der neuesten Reform niedergeschmettert sind, so trauern die Vertreter des philologischen Gymnasiums, insbesondere die Latinisten, in Sack und Asche über die Zerstörung der alten Lateinschule in Deutschland. Und sie haben allen Grund dazu; denn das frühere Gymnasium ist durch die beiden letzten Reformen thatsächlich in ein Realgymnasium umgewandelt worden. Von den 258 Unterrichtsstunden (einschliesslich Englisch) sind nur noch 98, also 38 Prozent, den alten Sprachen gewidmet, und das Lateinische ist seit 1882 von 86 auf 62 Stunden, also um 28 Prozent eingeschränkt worden. Das Latein-Sprechen und -Schreiben sind zu den Todten gelegt, die grammatische Schulung und die häuslichen Arbeiten sehr beschränkt; was übrig bleibt, ist zu wenig, um den Nimbus philologisch-gelehrter Bildung aufrecht

zu erhalten, und zu viel für den inneren Wert der Klassiker, auf deren Lektüre der Unterricht jetzt in der Hauptsache reduziert ist. Es muss nach kurzer Zeit auch dem blödesten Auge klar werden, dass für die blosse Freude, Cicero und Horaz im Original gelesen zu haben, auch 62 Stunden noch viel zu viel sind. Der Stein ist in's Rollen gekommen und ist nicht mehr aufzuhalten. Die diesmalige Einschränkung des lateinischen Unterrichts ist der Anfang seines Endes und keineswegs die letzte Konzession an den vorwärts drängenden Zeitgeist. Das fühlen die Philologen und darum haben sie von ihrem Standpunkte aus recht, zu trauern und zu wehklagen.

Die Vorkämpfer für die allgemeine Einheitsschule haben wohl selber nicht erwartet, dass ihre erst vor wenigen Jahren inszenierte Agitation schon jetzt praktische Früchte tragen würde. Sie dürfen es als einen unerwartet grossen Erfolg betrachten, dass ihnen Versuchsanstalten nach ihrem Plane in allen Provinzen gestattet worden sind, so weit ein nachweisbares Bedürfnis vorliegt, und dass an zwei Anstalten dieser Versuch schon jetzt in Kraft tritt. Man wird die Erfahrungen dieser Versuche abzuwarten haben. Es lässt sich voraussehen, dass die Abiturienten dieser Versuchsanstalten günstigen Falles im Lateinischen nicht mehr leisten können als ein Untersekundaner, im Griechischen nicht mehr als ein Obersekundaner der Gymnasien nach dem neuen Lehrplan; sie werden also mit einer unsicheren Halbbildung in zwei alten Sprachen die Universität beziehen, was ich für weit weniger gut halte als gründliche Bildung in einer einzigen. Die Reformen der Zukunft sehe ich deshalb nicht in dieser Richtung, sondern in einem Lehrplan, der mit Einer alten Sprache in möglichst frühem Kindesalter beginnt und in ihr eine möglichst gründliche Schulung verschafft, ohne sich in nennenswerter Weise mit einer zweiten alten Sprache zu belasten. Den Vertretern der allgemeinen Einheitsschule bleibt jedenfalls die Hoffnung auf Verwirklichung ihrer Pläne für die Zukunft offen.

Einen Grund zur vollen Befriedigung schon in der Gegenwart

haben eigentlich nur die Anhänger des Einheitsgymnasiums, das in dem neuen Gymnasiallehrplan thatsächlich seine Verwirklichung gefunden hat. Das neue Gymnasium ist eben kein einseitig humanistisches oder gar philologisches Gymnasium mehr, sondern ein Realgymnasium, das allen Zeitbedürfnissen in wohl abgewogenem Masse Rechnung trägt, und für die universitas literarum eine einheitliche und universelle Vorbildung liefert. Ein Ziel, für das ich seit zwei Jahrzehnten gekämpft habe, ist damit thatsächlich erreicht, und auch der auf abweichendem Standpunkt Stehende wird mir die Genugthuung darüber nicht verdenken. Dass im Einzelnen manches ein wenig anders gekommen ist, als ich es gewünscht hatte, kann mich um so weniger stören, als in der Hauptsache, in der Einschränkung des Lateinischen, der jetzige Lehrplan radikaler verfahren ist, als ich es i. J. 1872 zu fordern gewagt hatte.

Nicht nur in der Herstellung des Einheitsgymnasiums für die gelehrten Berufe sind meine Wünsche erfüllt worden, sondern auch in dem zweiten Punkte, in welchem ich für eine Reform gekämpft habe, in der Milderung der Überbürdung der Schüler. Die gegenwärtige Reform steht nicht nur unter dem Zeichen einer gleichmässigen Verschiebung der Lehrpläne nach der realistischen Seite hin, sondern fast noch mehr unter demjenigen der Entlastung. Die Entlastung ist dreifacher Art, erstens eine Verringerung der Schulstunden, zweitens eine Verminderung der häuslichen Arbeiten und drittens eine Veränderung der Prüfungsordnung, durch welche die Vorbereitung zu den Prüfungen sehr erleichtert wird.

Die Verminderung der Schulstunden betrifft eigentlich nur die drei Unterklassen und beträgt in der Sexta drei, in der Quinta fünf, in der Quarta zwei, wogegen dann allerdings eine dritte Turnstunde für sämtliche Klassen hinzutritt. In den drei Oberklassen kommt die Verminderung um je zwei Stunden nur für diejenigen Anstalten zur Geltung, welche bisher kein fakultatives Englisch hatten, da letzteres jetzt überall zur Einführung gelangt. Die Verminderung der häuslichen Arbeiten ist

jedenfalls viel wichtiger als die Verringerung der Schulstunden, die eigentlich nur für die Quintaner eine merkliche Erleichterung gewährt. Aber man würde befürchten müssen, dass die bezüglichen Vorschriften wiederum, wie schon öfters, bloss auf dem Papiere stehen blieben, wenn nicht die veränderte Prüfungsordnung den Lehrern ihre Ausführung praktisch ermöglichte. Der Wegfall des lateinischen Aufsatzes und der griechischen und französischen Extemporalien in den Oberklassen, die Zurückverlegung des französischen und griechischen Probeextemporales aus der Obersekunda in die Untersekunda, die damit zusammenhängende Einschränkung des grammatischen Betriebes der Fremdsprachen sind schon grosse Erleichterungen. Noch mehr fällt die wesentliche Beschränkung des Prüfungsstoffes auf das Klassenpensum des letzten Jahres in's Gewicht. Die entscheidendste Rolle aber wird in der Praxis das Aufhören der mündlichen Prüfungen spielen, denn nur diesen gilt das Einpauken zum Examen. Dem Namen nach bleiben zwar die mündlichen Prüfungen bestehen, aber sie schrumpfen thatsächlich zusammen auf eine Gelegenheit zur Rehabilitierung für Durchgefallene in denjenigen Fächern, in welchen sie durchgefallen sind. Auch die Bedenken gegen die Prüfung der christlichen Schüler in der Religion werden dadurch wesentlich gemildert, dass sie nur noch solche betrifft, deren Leistungen der Klassenlehrer für nicht genügend erklärt, was hoffentlich recht selten vorkommen wird.

Neu ist die Einrichtung, dass der Lehrgang aller neunklassigen Schulen mit Rücksicht auf einen nach dem sechsten Jahre zu machenden Abschnitt gemodelt, und dieser Abschnitt durch eine staatlich überwachte Prüfung besiegelt wird. Die Änderung des Lehrganges und die staatliche Überwachung der Versetzungsprüfung sind bei der Beurteilung dieser Massregeln streng zu sondern.

Die erstere entspricht der Billigkeit, sofern die Einjährigfreiwilligenberechtigung an die Reife für Obersekunda geknüpft bleibt, weil doppelt soviel Schüler sich mit dem Einjährigfreiwilligenzeugnis begnügen, als die Abgangsprüfung ablegen.

So lange man diese Schüler auf den Gymnasien duldet, wird die Forderung gerechtfertigt bleiben, dass auch ihnen eine möglichst abgeschlossene Bildung in's Leben mitgegeben werde. Dass dadurch die Verteilung des Lehrstoffes in Geschichte, Mathematik und Physik wunderliche Verschiebungen erleidet und die Untersekunda mit Lehrstoff überlastet wird, sind Unbequemlichkeiten, die um der ausgleichenden Gerechtigkeit willen getragen werden müssen. Anders stellt sich die Sache wenn man fragt, warum diese 40 Prozent Schüler, die eigentlich auf die höhere Bürgerschule gehören, auf dem Gymnasium geduldet werden, warum man sie nicht durch Versagung der Einjährigeberechtigung verscheucht. Wenn nur die Abgangsprüfung der obersten Klasse eine Berechtigung verleihe, und jede sonstige Berechtigung durch eine Prüfung vor unbekannten Examinatoren unter Erlegung einer Prüfungsgebühr erworben werden müsste, dann würden die Gymnasien gar bald von dem Schülerballast befreit werden, der sie jetzt drückt, und diese Schüler würden lieber die Bürgerschulen aufsuchen, wo sie Berechtigungen ersitzen können. Auch der Überfüllung der Universitäten würde durch die Massregel abgeholfen werden, weil jetzt gar viele die Oberklassen besuchen, bloss weil sie einmal zur Erlangung des Einjährigenzeugnisses die Versetzungsreife für Obersekunda erworben haben und sich dann nachträglich entschliessen, auch die drei Jahre noch auszuhalten.

Noch weniger gerechtfertigt ist der Abschnitt nach dem sechsten Schuljahr, wenn man von den jetzt einmal bestehenden gesetzlichen Bestimmungen absieht. Für die Qualifikation zum einjährigen Dienst ist die auf dem Gymnasium erworbene Bildung viel zu hoch, für die Qualifikation zum Reserveoffizier entschieden zu gering. Die zu hohen Ansprüche an die Einjährigfreiwilligen züchten künstlich ein Bildungsproletariat; die zu niedrig bemessenen Anforderungen an die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Aspiranten zum Offizierstand der Reserve drücken diesen Stand gegen den des stehenden Heeres ohne Grund herab und nötigen zu Willkürlichkeiten in der

Auswahl der Offizieraspiranten aus den einjährig Freiwilligen. Es wäre durchaus angemessen, vom Offizier der Reserve ebenso wie von dem des stehenden Heeres die Reife für Prima zu fordern, und es würde als eine grosse Wohlthat von den mittleren Volksschichten empfunden werden, wenn ihnen der einjährige Dienst wieder wie früher durch die Reife für Untersekunda erschlossen würde. Mit diesen Änderungen fiel aber das Motiv für den Abschnitt des Lehrganges nach Untersekunda hinweg.

Es liegt auf der Hand, dass die Versetzungsprüfung nach Obersekunda durch die veränderte Gestaltung des Lehrganges und ganz besonders durch die Zurücklegung des griechischen und französischen Probeextemporales von Ober- nach Untersekunda ohnehin schon eine gegen früher erheblich gesteigerte Bedeutung gewinnt. Bedenken gegen die bisherige Form dieser Prüfungen sind nicht laut geworden. Wenn also diese Prüfung nunmehr plötzlich in eine Staatsprüfung umgewandelt worden ist, so kann dafür ausschliesslich der ganz verfehlte Gedanke massgebend gewesen sein, dass durch diese grössere Feierlichkeit der äusseren Form die ungeeigneten Elemente von dem Gymnasium abgeschreckt und auf die Bürgerschulen hingewiesen werden sollten. Nun soll aber in der Regel der Gymnasialdirektor für diese Prüfung als Staatskommissar bestellt werden und das Urteil der Lehrer über die Klassenleistungen soll für das Bestehen der Prüfung nach wie vor massgebend bleiben; ja sogar die mündliche Prüfung soll auch hier nur die Ausnahme zur Rehabilitierung bei ungenügenden Leistungen werden. Der einzige Unterschied bleibt die zwecklose Vermehrung der bureaukratischen Schreiberei für den Direktor, von welcher die Schüler nichts spüren. Es ist klar, dass diese Änderung nur Unbequemlichkeiten, aber keinerlei Vorteile mit sich bringt und ihre Zwecke der Abschreckung vom Gymnasium in keiner Weise geeignet ist zu erreichen. Als die erste Nachricht von dem staatlichen Zwischenexamen auftauchte, wurde diese Neuerung so allgemein und so hart als ein grober Missgriff verurteilt, dass die Unterrichtsverwaltung

sich bewogen fühlte, sie durch die angeführten Abschwächungen erträglicher zu machen. Es wäre jedoch besser gewesen, den Missgriff ganz zurückzunehmen, als nominell aufrecht zu erhalten, aber in ganz unwirksamer Gestalt. Hoffentlich wird eine verständige Verwaltungspraxis dafür sorgen, dass trotz der scheinbaren Änderung in dieser Hinsicht thatsächlich alles beim Alten bleibt.

Für die Veränderung der Lehrpläne ist im Einzelnen folgendes zu bemerken. Im Gymnasium gewinnt der deutsche Unterricht, der schon im Jahre 1882 um eine Stunde vermehrt war, drei Stunden, nämlich je eine in Quarta, Unter- und Obersekunda; in Sexta und Quinta ist die Änderung nur nominell, indem die einstündigen Geschichtserzählungen künftig dem Deutschen angegliedert werden. Das Französische, das im Jahre 1882 um vier Stunden vermehrt war, verliert wieder zwei, so dass es immer noch zwei Stunden mehr behält als es vor 1883 hatte, und zwar jetzt in reiferen Klassen; die Verminderung ist zum Zweck der Entlastung der Quintaner erfolgt. Das Lateinische verliert 15 Stunden, nachdem es im Jahre 1882 schon neun eingebüsst hatte, das Griechische verliert vier, nachdem es im Jahre 1882 schon um zwei vermindert war. In keiner Klasse sind fortan mehr als dreizehn Wochenstunden den alten Sprachen gewidmet. Die Naturbeschreibung, die seit 1882 auf dem Gymnasium entschieden zu reichlich bedacht war, muss die zwei Stunden der Obertertia an Physik und Chemie abgeben, die offenbar viel lehrreicher sind; der Zweck ist, den von Untersekunda abgehenden Schülern eine bessere physikalische Bildung mitzugeben. Im Geschichtsunterricht tritt eine Stoffverschiebung zu Ungunsten der alten und zu Gunsten der neuen Geschichte ein, so dass die bisher bestandenen Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten höherer Schulen aufhören. Das Zeichnen in Sexta fällt in allen Schulen künftig fort.

Im Realgymnasium treten folgende Herabsetzungen ein: Latein elf, Französisch drei, Englisch zwei, Rechnen (in Sexta und Quarta) zwei Stunden; in der Oberrealschule wird ausser

den beiden Rechenstunden hauptsächlich Französisch und Zeichnen um neun, beziehungsweise acht Stunden, herabgesetzt. Hierdurch wird endlich das Missverhältnis beseitigt, dass die Schüler der Realgymnasien und Oberrealschulen mit Unterrichtsstunden, und infolge dessen auch mit häuslichen Arbeiten, stärker belastet waren als die Gymnasiasten. Die Realschule oder höhere Bürgerschule fällt künftig mit den sechs unteren Klassen der Oberrealschule oder der sechsklassigen Oberprorealschule zusammen, wobei übrigens geringe Abstriche am Rechnen, zu Gunsten des Deutschen gestattet sind. Es wird damit klargestellt, dass die Oberrealschule in der That nichts weiter ist als eine höhere Bürgerschule mit aufgesetzten Oberklassen (dreijähriger Gewerbe- oder Handels-Schule). — Die Entlastung der unteren Klassen an Lehrstoff und die Vorwegnahme eines Teiles von dem Lehrstoff der Obersekunda in Untersekunda wirken zusammen, um in den mittleren Klassen, insbesondere in Obertertia und Untersekunda eine Überbürdung der Schüler herbeizuführen. Das griechische Pensum, das bis 1883 in vier Jahren (von Quarta bis Untersekunda) bewältigt wurde, soll jetzt in dreien erlernt werden (von Untertertia bis Untersekunda). Das französische Pensum von fünf Jahren ist durch die Streichung des Französischen aus der Quinta in vier Jahre zusammengedrängt. Infolge der Verminderung der lateinischen Stunden in den unteren Klassen treten die Schüler mit schwächeren Kenntnissen als sonst in die Ober^{ter}tia ein, und sollen doch bis zur Einjährigenprüfung lernen, ein genügendes lateinische Extemporale zu schreiben. In der französischen Formenlehre wurde früher bis zur Versetzung nach Untertertia eine leidliche Sicherheit erzielt, während jetzt noch allzuviel in Obertertia nachzuholen bleibt. In der Mathematik und den Naturwissenschaften wird mehr in den Mittelklassen verlangt als früher, um bis zur Einjährigenprüfung einen gewissen Abschluss zu erzielen. Die Folge davon ist, dass in der Obertertia und Untersekunda Lehrer und Schüler den gestellten Ansprüchen noch schwerer als früher genügen können, wo auch schon diese Klassen mit der „Majorsecke“ in der Offizierlaufbahn verglichen

wurden. Ein immer kleinerer Teil der Schüler dieser Klassen erlangt die Versetzungsreife, immer grösser wird der Prozentsatz der in ihnen sitzen Bleibenden, immer grösser die Zahl derer, die mit unzulänglicher Reife versetzt werden, um die schlechten Klassenresultate nicht allzusichtbar werden zu lassen, immer grösser die Ansprüche der Schule an die Unterstützung durch das Elternhaus oder durch Nachhilfeunterricht. Hier liegt entschieden eine Kalamität vor, die der Abhilfe bedarf.

Die Schulreform sucht diese Abhilfe einerseits in verringerten Ansprüchen an grammatische Schulung in sämtlichen Fremdsprachen, andererseits in einem möglichst engen Anschluss der Extemporalien an die Lektüre. So berechtigt es nun auch ist, die Grammatik bei der Lektüre, nicht nur in den obersten Klassen, sondern auch schon in den mittleren zurückzudrängen, so unentbehrlich scheint eine gründliche grammatische Schulung in irgend einer Fremdsprache, wenn nicht der Zweck der Schule in einem der wichtigsten Punkte verfehlt werden soll. Gegenwärtig laufen wir in der That Gefahr, diesen Zweck zu verfehlen, wo nicht ausnahmsweise tüchtige Lehrer zur Verfügung stehen. Der „Anschluss der Extemporalien an die Lektüre“ läuft mehr und mehr auf eine gedächtnismässige Wiedergabe der gelesenen Sätze mit geringen Abänderungen hinaus. Der verstandesschwache Schüler mit gutem Gedächtnis ist dabei im Vorteil gegen den rationell veranlagten mit schwer ansprechendem Gedächtnis. Die Subsumation des einzelnen Falles unter die erlernte Regel kommt dabei gar nicht oder nur ausnahmsweise zur Anwendung, und doch liegt in ihr gerade die Übung des Urteils und die Schärfung des Verstandes, welche allein den fremdsprachlichen Betrieb zum formalen Bildungsmittel des Geistes macht. Wenn der „Anschluss an die Lektüre“ nur bedeuten soll, dass der Gedankenkreis der Lektüre nicht überschritten und die bei ihr erlernten Vokabeln möglichst benutzt werden sollen, dann ist gegen ihn nichts einzuwenden; wenn er aber dazu benutzt wird eine orientalische Gedächtnisübung an Stelle der occidentalischen Verstandesübung zu setzen und durch den Ausfall der Extemporalien über

den wirklich erreichten Stand der grammatischen Bildung zu täuschen, dann kann nicht dringend genug vor ihm gewarnt werden. Die Überbürdung der Mittelklassen mit Lehrstoff zwingt aber gleichsam die Lehrer zu diesem Missbrauch, und treibt dadurch unser deutsches Schulwesen in's Chinesentum hinein.

Um dem Übel zu steuern, giebt es nur zwei Wege. Entweder man kehrt zum verstärkten Betribe der lateinischen Sprache in den drei Unterklassen zurück, um die Schüler wenigstens in der einen Fremdsprache gründlicher vorbereitet in die Mittelklassen eintreten zu lassen und verzichtet dafür gänzlich auf das griechische Extemporale; oder man setzt in den Unterklassen das Griechische an Stelle des Lateinischen, lässt das Lateinische erst in Untertertia beginnen und verzichtet auf das lateinische Extemporale. Beide alte Sprachen nebeneinander grammatikalisch weiter zu treiben, erscheint bei der verkürzten Gesamtstundenzahl leider nachgerade als eine allzustarke Anstrengung der Lehrer und Schüler, die bei mittleren Lehrkräften doch verhältnismässig unfruchtbar bleibt. Die Zeit reicht nur noch für die Pflege des Exercitiums und Extemporales in Einer der beiden todten Sprachen hin; diese reicht aber auch für den Zweck der Schule vollständig aus, während bei der jetzigen Zersplitterung der Kräfte dieser Zweck in allzu vielen Fällen mehr oder weniger verfehlt wird.

Auch im Französischen ist meines Erachtens eine systematische Schulung in der Formenlehre und Syntax für die Durchschnittsveranlagung der Schüler unentbehrlich, wenn ich auch zugebe, dass solche mit besonders gutem Gedächtnis durch die Methode des mechanischen Auswendiglernens vielleicht schneller gefördert werden. Erst in den Oberklassen der Realgymnasien und Realschulen dürften zwei von den vier zur Verfügung stehenden Wochenstunden auf gedächtnismässigen Betrieb der französischen Sprache verwendet werden, nachdem bis zur Einjährigenprüfung eine feste Grundlage in Formenlehre und Syntax gewonnen ist. Das Gymnasium hat in allen Klassen sowenig Stunden für das Französisch übrig, dass es

die Schüler überhaupt niemals zu einiger grammatikalischen Sicherheit bringen kann, wenn es nicht alle Stunden bis zur Reifeprüfung zu einer systematischen und rationellen Behandlung der Sprache benutzt. Etwas anders wäre es, wenn man auf schriftlichen Ausdruck in der Fremdsprache ganz verzichten und sich auch hier auf Lektüre und die mündliche Wiedergabe einiger mechanisch erlernter Phrasen beschränken wollte; dies ist aber entschieden nicht die Absicht, sondern die Schule soll mindestens zur Abfassung eines französischen Briefes befähigen.

Eine künftige Reform wird wesentlich die Methode des Unterrichts in's Auge zu fassen haben, wie sie durch die jetzigen Bestimmungen hervorgerufen und begünstigt ist, daneben aber auf Abstellung der Überbürdung mit Lehrstoff in Obertertia und Untersekunda bedacht sein müssen, durch welche erst die Lehrmethode auf diesen Abweg gedrängt ist. Dagegen wird die gegenwärtige Verteilung der Unterrichtsstunden auf die alten Sprachen und die übrigen Fächer im Ganzen als ein glücklicher Ausgleich zwischen den entgegengesetzten Ansprüchen festzuhalten sein.

Wenn ich meiner Genugthuung darüber Ausdruck geben durfte, dass zwei Ziele, für die ich mein Leben lang gekämpft habe, das Einheitsgymnasium von realgymnasialem Charakter und die Entlastung der Schüler, durch die neueste Reform erreicht sind, so wird es mir auch gestattet sein, daran zu erinnern, dass hiermit erst die erste Stufe der von mir verlangten Reformen erreicht ist, und dass nunmehr der Kampf um die zweite zu beginnen hat. Diese zweite Reformstufe charakterisiert sich durch veränderte Verteilung der Unterrichtsstunden, die für die alten Sprachen im Ganzen gegenwärtig ausgesetzt sind, d. h. durch den Rollentausch des Griechischen und Lateinischen im Einheitsgymnasium, der sich ohne Schwierigkeit vollziehen lässt. Als dritte Stufe steht dann im Hintergrunde der zweiten die Zukunftsperspektive einer weiteren Beschränkung des Lateinischen bis auf einen Grad, der eben noch ausreicht, zum Verständnis des Corpus juris oder einer Mönchschronik,

oder eines Klassikers mit Hilfe einer deutschen Übersetzung, zu befähigen.*) Mögen meine Wünsche in dieser Richtung ebenso ihrer Erfüllung entgegengehen, wie diejenigen in Betreff der ersten Reformstufe sich über mein Erwarten schnell verwirklicht haben. Der naturgemässe Weg dazu wäre die Errichtung von einzelnen Versuchsgymnasien mit dem durchgeführten Rollentausch des Griechischen und Lateinischen. Sie würden sich jedenfalls besser bewähren als die bereits eingerichteten Versuchsgymnasien, in denen das Lateinische erst in Tertia, das Griechische erst in Sekunda beginnt. Letztere können ihren Zöglingen hinsichtlich der alten Sprachen nur noch eine Talmibildung mitgeben, deren Goldglanz sich in kurzer Zeit abschleift.

*) Näheres in meiner Schrift „Zur Reform des höheren Schulwesens“ (Leipzig, bei H. Haacke). S. 58—68.

XII. Der deutsche Unterricht im Gymnasium.

Es sind in letzter Zeit viele Klagen laut geworden, dass die gegenwärtige Fertigkeit der Studenten im deutsch Schreiben und Sprechen sehr zu wünschen übrig lasse und dass sie geringer sei als früher. Wenn man die Berechtigung dieser Urteile bis zu einem gewissen Grade zugeben kann, so ist doch nicht das Gleiche von der sich häufig anschliessenden Behauptung zu sagen, dass von dieser Erscheinung eine Verschlechterung des deutschen Unterrichts die wesentliche Ursache sei, und dass eine Abhilfe nur durch Verlegung des Schwerpunktes auf den deutschen Unterricht und durch eine Vermehrung der deutschen Stundenzahl mindestens auf das Doppelte zu erzielen sei.

Die Fertigkeit im deutsch Schreiben und Sprechen, welche die Abiturienten durchschnittlich erlangt haben, war niemals ideal und hat immer zu wünschen übrig gelassen. Die hervorragenden und mustergültigen Schriftsteller jedes Zeitalters haben ihre Leistungsfähigkeit niemals der Schule verdankt. Wenn also die sprachlichen Leistungen der hervorragenden und tonangebenden Schriftsteller in den letzten zwei Menschenaltern abgenommen haben sollten — was fraglich ist — so würde der Grund sicherlich nicht in der Schule, sondern in allgemeinen Wandelungen des Zeitgeistes zu suchen sein. Die Schule kann nur für den Durchschnitt und das Mittelgut als Erklärungsgrund mit in Betracht kommen.

Auch jetzt giebt es noch viele Studenten, die gewandt und logisch schreiben und sprechen, und ungeschickte gab es

auch früher; es fragt sich also nur, ob das Zahlenverhältnis beider sich nach der ungünstigen Seite verschoben hat. Dass dies von der Mitte bis zum Ende dieses Jahrhunderts in gewissem, allerdings nicht zu überschätzendem Grade der Fall ist, möchte auch ich annehmen; ob eine solche Verschlechterung auch von den zwanziger und dreissiger Jahren bis zu den vierzigern und fünfzigern stattgefunden hat, dürfte jetzt schwer zu ermitteln sein und ist meines Wissens auch noch nicht behauptet worden. Nun haben aber die Abiturienten der Vierziger und Fünfziger Jahre den deutschen Unterricht bloss in einer der heutigen ungefähr gleichkommenden Stundenzahl genossen, und nur diejenigen der zwanziger und dreissiger Jahre in einer etwa doppelt so grossen Zahl, da die betreffende Änderung des Lehrplanes von 1816 schon im Jahre 1837 eintrat. Der Unterschied, der wirklich noch festzustellen ist, d. h. derjenige zwischen den Abiturienten der vierziger und fünfziger Jahre und den heutigen, kann also keinesfalls auf die Verminderung der deutschen ~~Studenten~~^{Studenten}zahl vom Jahre 1837 zurückgeführt werden, während die dem deutschen Unterricht im Jahre 1856 abgenommenen 2 Stunden ihm schon im Jahre 1862 zurückgegeben worden sind. Man wird die Ursachen der Erscheinung anderswo suchen müssen, und man braucht in der That nicht weit zu suchen.

Erstens waren früher mehr Söhne gebildeter Eltern unter den Abiturienten als jetzt, wo das Empordrängen aus minder gebildeten Schichten zu den studierten Berufen viel stärker geworden ist; es ist aber natürlich, dass der Einfluss höherer Familienbildung sich zunächst in der Beherrschung der Muttersprache kundgiebt. Zweitens las die Schuljugend früher mehr als jetzt gute deutsche Schriftsteller und bildete dadurch ihr Sprachgefühl, während die zunehmende Überbürdung und geistige Ermüdung gegenwärtig von der Lektüre abhält und die abnehmende Achtung vor der klassischen Nationallitteratur den Antrieb zur Lektüre vermindert. Drittens gab es bis zum Jahre 1848 für die Jugend keine Zeitungslektüre und die wenigen vorhandenen Tagesblätter waren kurz und sorgfältiger

stilisiert, weil sie nicht mit der rasenden Hast des Dampfes und der Telegraphie hergestellt werden mussten; gegenwärtig führt die Zeitungslektüre der Jugend zur wachsenden Untergrabung des Stilgefühls. Viertens hat sich im Zeitgeist der beiden letzten Menschenalter ein Umschwung vollzogen, der das altväterische Streben nach Abgeschlossenheit, Feinheit und Glätte der Form sowohl in der persönlichen Erscheinung als auch im sprachlichen Ausdruck in ein rücksichtsloses Sichgehenlassen und eine zur Schau getragene Missachtung der Form verkehrt hat; dieser Umschwung, der durch die Verdrängung der aristokratischen Lebens- und Umgangsformen durch demokratische entstanden ist, macht sich in unseren Parlamenten, unserem öffentlichen und geselligen Leben und am vordringlichsten in der Presse geltend und hat auch in der Behandlung der Muttersprache in Rede und Schrift mehr und mehr zu geflissentlicher Missachtung und Auflösung der Form hingeführt.

Diese vier Gründe in ihrem Zusammenwirken dürften wohl ausreichen, um den Rückgang in der Beherrschung der Muttersprache bei den Abiturienten zu erklären. Von ihnen fällt nur einer der Schule zur Last, der zweite, und auch dieers nur teilweise, soweit es die Überbürdung betrifft, nicht aber soweit es die sinkende Schätzung der klassischen Muster der Nationallitteratur angeht. Fragen wir also, was die Schule als solche thun kann, um der so bedauerlichen Erscheinung entgegenzuwirken, so wird auch vorzugsweise hier bei der Lektüre der pädagogische Hebel anzusetzen sein. Wenn früher die allgemeine Schätzung der deutschen Klassiker eine Empfehlung der Schule zum Lesen derselben überflüssig erscheinen liess, so ist das jetzt anders geworden; die Schule muss im Kampfe mit dem Zeitgeist fortan ihre Aufgabe darin sehen, zu solcher Lektüre anzuspornen, die Auswahl und Erlangung der Schriften zu erleichtern und die Lektüre bis zu einem gewissen Grade zu überwachen. Sie muss vor allen Dingen die Überbürdung beseitigen, welche die Schüler unfähig oder doch unlustig zu jeder Privatilektüre ausser Zeitungen und

Romanen macht, und muss, so lange dieses Ziel ein unerreichtes Ideal bleibt, vorzugsweise die Ferien zur Privatlektüre benutzen lassen und zu dem Zweck mit Verleihung der Bibliothekbücher in den Ferien möglichst freigebig sein.

Die jetzt vernachlässigten Übungen im freien Sprechen dürfen sich nicht auf auswendiggelernte Abhandlungen stützen, sondern ausschliesslich in zwanglosen Mitteilungen über den Inhalt der Privatlektüre und über die dabei erhaltenen Eindrücke bestehen. Sache des Lehrers ist es dann, diese Mitteilungen zu ergänzen und dem litteraturgeschichtlichen Unterricht einzugliedern. Diese mündlichen Redeübungen bieten zugleich dem Lehrer eine ausreichende Kontrolle darüber, ob die Schüler wirklich mit Aufmerksamkeit und Verständnis gelesen haben. Die Urteile, die der Lehrer über diese mündlichen Darlegungen abgibt, müssen an Wichtigkeit den Urteilen über die deutschen Aufsätze gleichgestellt werden, und wenn die Schüler dies einmal wissen, werden sie die Privatlektüre als Vorbereitung zu den mündlichen Auslassungen ebensowenig unterlassen wie die Anfertigung der Aufsätze. Die häusliche Privatlektüre kann teils eine individuell verschiedene, teils eine nach Gruppen gesonderte, teils eine der ganzen Klasse gemeinsame sein. In der ersteren Art ist der Neigung des einzelnen Schülers möglichst freier Spielraum zu lassen, ähnlich wie in den Mittelklassen bei der Auswahl der auswendig zu lernenden Gedichte; zu der letzteren Art eignen sich nur Schriften von tieferem Gedankengehalt, die zur Anknüpfung für den gemeinsamen Unterricht oder für Aufsatzthemata dienen sollen. Die Gruppenlektüre ist besonders geeignet als Grundlage für Sprechübungen, weil sich innerhalb jeder Gruppe mehrere Schüler an der Erörterung des Gegenstandes beteiligen können.

Mit diesen drei Arten von Privatlektüre möchte dem Bedürfnisse Genüge geschehen. Dagegen kann ich eine gemeinsame Lektüre neuhochdeutscher Schriften während des Unterrichts für die Oberklassen nicht befürworten, da nach meiner Erfahrung die Aufmerksamkeit der Schüler in der

Klasse weit weniger auf den Gegenstand konzentriert ist als bei einer einsamen oder in kleinen Gruppen zu Hause getriebenen Privatlektüre. Der Zwang des Sitzens auf den Schulbänken und der Beaufsichtigung durch den Lehrer reizt an und für sich zur Opposition gegen den verlangten Ernst und zur Zerstreuung der Aufmerksamkeit. Die fremdsprachliche Lektüre, zu der ich auch die mittelhochdeutsche rechne, gehört in den Unterricht und nicht ins Haus, und ich bin deshalb gegen die pflichtmässige Privatlektüre lateinischer und griechischer Klassiker, die als eine Last und nicht als eine Lust empfunden wird. Die muttersprachliche Lektüre dagegen gehört recht eigentlich ins Elternhaus und nicht ins Klassenzimmer; sie dient in freien Stunden als Zeitvertreib. Ich müsste es nicht nur als eine Vergeudung der Schulstunden betrachten, wenn dieselben zur gemeinsamen Lektüre deutscher Schriften gemissbraucht würden; ich müsste auch die Gefahr darin sehen, dass der Zweck der Erholung, des Genusses und der Erweckung der Liebe zum heimischen Schrifttum verfehlt würde. Von fünf Lehrern versteht nur einer den Schülern Lust und Liebe zum behandelten Gegenstande einzuflössen; zwei lassen sie gleichgültig, und zwei pflegen ihnen den Gegenstand durch ungeeignete Vordrängung ihrer oft recht überflüssigen oder gar pedantischen Erläuterungen zu verleiden. Daran ist durch keine Verordnung und keine Seminarbildung etwas zu ändern. Die wertvollsten Stücke des deutschen Schrifttums aber sollten einer solchen Gefahr entzogen bleiben; sie sollten ihre ungestörte Wirkung bereits zu Hause geübt haben, bevor der Lehrer dazu kommt, diese Wirkung entweder zu erhöhen oder mit seinen Zuthaten abzuschwächen. Beim Lesen von Dramen mit verteilten Rollen in den Mittelklassen sollte es dem Lehrer streng verboten sein, die dichterische Wirkung durch eingestreute Erklärungen zu unterbrechen. In den Oberklassen kann aber auch das Lesen mit verteilten Rollen in häusliche Gruppenlektüre verlegt werden. Hierzu eignen sich insbesondere auch solche griechische Dramen in guten deutschen Übersetzungen, die im Original nicht gelesen werden.

Bei einer solchen Handhabung der Lektüre würde der deutsche Unterricht keine Verstärkung der Stundenzahl brauchen, es sei denn, dass man ihm in der Sekunda eine Stunde mehr geben wollte, was vielleicht schon bei der bevorstehenden Abänderung des Lehrplanes geschehen dürfte. *) Eine Verstärkung in den mittleren und unteren Klassen dagegen würde ich für völlig zwecklos halten, da ich gegen den verfrühten Betrieb des deutschen Aufsatzes und gegen den grammatischen Unterricht in der Muttersprache bin.

Grammatik muss an Fremdsprachen gelernt werden; die Muttersprache ist dazu viel zu edel und hochstehend und darf nicht den Schülern durch grammatische Vivisektionen verleidet und profaniert werden. Der deutsche Aufsatz sollte nicht vor der Sekunda beginnen, da selbst in dieser Klasse erst eine Minderzahl der Schüler zum schriftlichen Ausdruck eigener Gedanken befähigt ist. Die eigentliche Stätte für die Pflege des Aufsatzes ist erst die Prima; hier aber müssten bedeutend mehr Aufsätze geschrieben werden als bisher, und zwar in der Klasse als Klausurarbeiten mit begrenzter Zeit.

Die Bekämpfung von Latinismen und Gallicismen wird am besten an die Übersetzung aus dem Lateinischen und Französischen angeknüpft; der Verfall des deutschen Sprachgefühls muss in allen Stunden gleichmässig an konkrete Beispiele anknüpfend bekämpft werden.

Wenn ich somit auf der einen Seite keinen dringenden Grund sehe, eine Vermehrung der deutschen Unterrichtsstunden zu verlangen, so halte ich auf der andern Seite jede Mehrforderung von Unterrichtsstunden für äusserst bedenklich, so lange noch die Gesamtzahl der Wochenstunden nicht auf ein Mass zurückgeführt ist, welches jede Beschwerde wegen Überbürdung der Schüler beseitigt. Es scheint mir vorläufig viel wichtiger, auf Verminderung der Gesamtzahl der Stunden hinarbeiten, als Forderungen zur Verstärkung eines bestimmten

*) Ist durch die Ministerialverfügung vom Jahre 1891 in der That geschehen.

Unterrichtszweiges zu erheben. Gelingt es, die Zahl der lateinischen Stunden weiter zu verringern, was auch ich wünsche, so ist diese Verringerung in erster Reihe zur Entlastung der Schülergehirne, aber nicht zur Verstärkung anderer Unterrichtsgegenstände, auch nicht des Deutschen, zu verwenden. *) „Verlegung des Schwerpunktes auf die Muttersprache“ klingt ja sehr schön und patriotisch ansprechend; wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so verflüchtigt sich der vermeintliche pädagogisch dabei zu erzielende Gewinn in Bezug auf die Unter- und Mittelklassen vollständig und für die Oberklassen bleibt wenig genug Abweichung von dem jetzigen Verfahren zu wünschen. Die notwendigste Abweichung von der heutigen Unterrichtsweise wäre wohl darin zu suchen, dass nicht bloss die deutschen Fachlehrer, sondern alle Lehrer ohne Ausnahme eine Ausbildung empfangen, welche sie dazu befähigt und anleitet, in allen Unterrichtsstunden auf die Kräftigung und Reinhaltung des deutschen Sprachgefühls zu wirken und dazu keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen zu lassen. Nach dieser Richtung kann allerdings noch viel geschehen. Unterbleibt dies, so wird auch eine Verdoppelung der deutschen Stundenzahl keinen merklichen Erfolg erzielen; geschieht es, so wird die Vermehrung der deutschen Stundenzahl ohnehin überflüssig.

*) Ist durch die Reform vom Jahre 1891 in der Hauptsache geschehen, nur dass in Quarta das Deutsche eine Stunde mehr bekommen hat.

XIII. Das Ende des naturwissenschaftlichen Zeitalters.

Die Naturphilosophie steht gegenwärtig in gleicher Missachtung wie die Philosophie im allgemeinen und insbesondere alles, was nach Metaphysik schmeckt. Die naturwissenschaftliche Denkweise hat die philosophische Betrachtung der Natur fast ohne Rest verdrängt. Und doch wird der schärfer Beobachtende an verschiedenen Kennzeichen merken, dass die naturwissenschaftliche Denkweise den Höhepunkt ihrer Alleinherrschaft bereits überschritten hat und die Vertreter eines neuen Umschwunges auftauchen. Das grosse Publikum und die öffentliche Meinung spürt natürlich davon noch nichts, denn diese beiden trödeln immer um einen oder mehrere Posttage hinter demjenigen einher, was sich unter den führenden Trägern der wissenschaftlichen Bewegung abspielt. Aber gerade den erleuchteten Geistern innerhalb der Naturwissenschaften geht immer deutlicher die Ahnung auf, dass die bisherigen wissenschaftlichen Ergebnisse eine viel zu schmale Basis darbieten, um darauf voreilig eine allgemeine Weltanschauung zu errichten, und dass die Naturwissenschaften vielmehr selbst allen Grund haben, sich um ein haltbareres Fundament und einen systematischen Zusammenschluss ihrer gegenwärtig weit auseinandergehenden Hypothesen zu bemühen.

Der Triumphzug der Naturwissenschaften hat im letzten Menschenalter ein sehr viel ruhigeres Tempo eingeschlagen als in den beiden vorhergehenden. Die Forschung geht seit Jahr-

zehnten nicht mehr in die Tiefe, sondern fast nur noch in die Breite. Der Spezialisismus zieht seine bedenklichen Folgen nach sich. Jede Disziplin gräbt in ihrem eigenen Stollen und kümmert sich kaum um die Fortschritte der Nachbardisziplin. Zersplitterung und Kleinkrämerei ist auch auf dem Arbeitsfelde der Naturwissenschaften die Signatur unserer Zeit. Die theoretischen Voraussetzungen, mit denen die Elektrizitätslehre, die mechanische Theorie der Gase und die organische Chemie arbeitet, haben gar nichts mehr mit einander gemein. Auf jedem dieser und anderer Gebiete gilt eine besondere Sprache und Denkweise, die den anderen unverständlich ist, besondere Hypothesen und Theorien, die denen der Anderen teils widersprechen, teils völlige Diskrepanz zeigen. Ein Bedürfnis nach ihrer Vereinigung auf tieferer gemeinsamer Grundlage, wird von den Naturforschern gar nicht gefühlt, weil sie alle nur Spezialisten sind und jeder nur sein Fach kennt und liebt.

Es fehlt durchaus an umfassenden Geistern, die mehrere Disciplinen mit gleicher Liebe umspannen und für die übrigen sich wenigstens Verständnis und Teilnahme bewahrt haben. Noch stehen unter uns solche ragende Säulen als Wahrzeichen eines weiterblickenden vergangenen Geschlechtes. Auf sie blickt das Publikum mit gerechtfertigter Verehrung, der Deutsche mit begründetem Stolz. Aber sie zeigen uns, was war und was abstirbt. Der Nachwuchs an Kapazitäten fehlt, die ein gleiches Ansehen beanspruchen könnten. Der Niedergang der Naturwissenschaften offenbart sich durch einen geheimnisvollen Zusammenhang in dem Zurückgehen der sie pflegenden Talente. Wir haben viele fleissige und tüchtige Spezialisten, gute Lehrer und ausgezeichnete Praktiker unter dem jüngeren Geschlecht, aber keine Namen, die den Ruhm der deutschen Wissenschaft auf diesem Felde dem Auslande gegenüber auch nur annähernd so aufrecht erhalten könnten, wie die beiden vorhergehenden Generationen es gethan haben, und es ist ein geringer Trost, dass das Ausland unserem Mittelgut auch nichts Besseres gegenüberzustellen hat.

Das letzte Menschenalter hat seine höchsten Triumphe nicht

auf dem Gebiete der reinen Theorie, sondern auf dem der angewandten Naturwissenschaften gefeiert. Die Technik ist es, die jetzt an der Spitze des Fortschritts marschiert, nicht die Wissenschaft. Es wäre kurzsichtig, dies zu beklagen, den Wert der Technik im Vergleich zur Wissenschaft zu unterschätzen und die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher Ablösungen zu verkennen. Aber man darf sich auch keiner Täuschung darüber hingeben, dass dem naturwissenschaftlichen Zeitalter bereits das technische gefolgt ist, und darf vermuten, dass dieser Umschwung sich demnächst immer deutlicher herausstellen wird. Damit ist dann aber auch anerkannt, dass wir unsere Hoffnungen auf weitere bedeutende theoretische Fortschritte, wie wir sie vor 30—40 Jahren hegen durften, bescheiden herabstimmen müssen.

Wir Älteren sind noch immer gewohnt, die technischen Fortschritte gleich unseren Vätern aus dem Gesichtspunkt eines naturwissenschaftlichen Interesses zu betrachten. Wir erinnern uns, mit welcher theoretischen Begeisterung wir die Erfindung der Photographie, Spektroskopie, Telephonie, elektrischen Beleuchtung u. s. w. verfolgt haben, ähnlich wie unsere Väter die Erfindung der Eisenbahnen und Telegraphen. Wir sind nur zu leicht geneigt, dasselbe leidenschaftliche theoretische Interesse auch bei dem jüngeren Geschlecht vorauszusetzen, das bereits im technischen Zeitalter aufwächst. Aber wir dürften uns damit in einem gründlichen Irrtum befinden. Was uns wie die Verwirklichung der kühnsten Märchenträume vorkam, erscheint den Jüngeren als etwas ganz Alltägliches; was unsere Wissbegier auf's äusserste reizte, der Einblick in die natürliche Vermittelung dieser Wunder, lässt unsere Kinder meistens ganz kalt. Im technischen Zeitalter verlangt es die moderne Arbeitsteilung und Spezialisierung, dass jeder sich nur um seinen Geschäftszweig kümmert und nicht um den des anderen; solche törichte Neugier kann hier nur als Zeitvergeudung gelten. Haben doch auch unsere Väter sich nicht darum gekümmert, wie Schuster und Töpfer es anfangen, bequem sitzende Stiefel und gut wärmende Kachelöfen herzustellen; warum sollen unsere

Kinder sich darum kümmern, wie die Elektrotechniker es anfangen, dass das Glühlicht stetig und gleichmässig leuchtet, und die Telegraphen, Telephone und elektrischen Bahnen ordentlich funktionieren! Das technische Zeitalter huldigt einem banausischen Utilitarismus; man bezahlt sein Geld und verlangt dafür, dass Alles klappt. Man erwirbt durch die Zahlung auch das Recht, zu schelten, wenn es irgendwo hapert; aber wie der Mangel abzustellen sei, ist Sache der dafür bezahlten Fachmänner und nicht des zahlenden Publikums. Es ist deshalb auch nicht daran zu denken, dass der weitere Ausbau der technischen Fortschritte dafür sorgen werde, im Publikum ein naturwissenschaftliches Interesse rege zu erhalten. Schon jetzt ist es nicht mehr das theoretisch Interessante, was Sensation macht, sondern das Riesenhafte, verblüffend Grosse.

Der plötzliche Aufschwung der analytischen und experimentellen Naturwissenschaften war nicht zum Wenigsten durch Fortschritte in der Herstellung der Beobachtungsmittel und Instrumente bedingt, und die Vervollkommnung dieser Hilfsmittel ist es, die unsere thatsächliche Kenntnis der Natur, sowohl ihres Baues im Grossen als auch des im Kleinen, auf eine neue, höhere Stufe gehoben hat. Diese Steigerung scheint aber jetzt in der Hauptsache vorläufig erschöpft zu sein, und was auf der bisherigen Grundlage noch mehr zu erreichen ist, dürfte sich auf bescheidene Zuwachse beschränken. Es gilt jetzt, mit den erreichten Instrumenten den ganzen Kreis der Natur zu durchforschen, d. h. die Kenntnis zu verbreitern. Dass auf diesem Wege des Experiments, der Beobachtung und Zergliederung noch eine bedeutende Vertiefung unserer Einsicht zu gewinnen sei, dürfen wir kaum hoffen. Es wird erst eine neue Epoche kommen müssen, die uns auf vorher ungeahnten Wegen in den Besitz neuer oder sehr vervollkommneter Hilfsmittel setzt, ehe wir auf einen abermaligen Aufschwung der Naturwissenschaften, ähnlich dem in den ersten beiden Menschenaltern dieses Jahrhunderts, rechnen können. Ob aber eine solche überhaupt jemals kommen wird, ob wir nicht mit unseren Riesenteleskopen und Mikroskopen, Mikrotomen, Färbemethoden,

Spektroskopen und photographischen Apparaten schon ungefähr an der Grenze des Menschenmöglichen angekommen sind, das vermag niemand zu bestimmen.

Die Naturwissenschaft dieses Jahrhunderts ist Arm in Arm gegangen mit der medizinischen Wissenschaft. Ein Teil der berühmtesten Vertreter der Naturwissenschaft gehört dem ärztlichen Stande an; viele naturwissenschaftliche Entdeckungen gingen von Ärzten aus oder wurden von solchen angeregt, und die wissenschaftliche Medizin empfing den Lohn für die so geleisteten Dienste durch das hohe Ansehen, dass sie, gestützt auf die Königin Naturwissenschaft und im engsten Bunde mit ihr, genoss. Da darf es nun wohl als ein Zeichen der Zeit gelten, dass das Ansehen sowohl des ärztlichen Standes als auch der wissenschaftlichen Medizin im letzten Menschenalter in der Meinung des Volkes beträchtlich gesunken ist, und eine zum Teil leidenschaftliche Opposition gegen die angeblich exaktwissenschaftliche Heilkunst immer breitere Volksschichten durchdringt. Die Mediziner sind klug genug gewesen, die Hydrotherapie, Heilgymnastik, Massage und diätetische Behandlung rechtzeitig in ihre Praxis mit aufzunehmen; trotzdem oder vielleicht gerade wegen dieser mehr oder weniger widerwilligen Zugeständnisse an die Laienheilkunst ist der Glaube an ihren Wert im Sinken, und der junge Arzt in Berlin, der auf sein Diplom zu verhungern fürchtet, findet auf einmal sein Brod, wenn er auf sein Schild setzt: „Naturarzt“ oder „Homöopath“. Dieses Misstrauen gegen die Universitätsheilkunst beschränkt sich nicht etwa auf die Ungebildeten und Halbgebildeten, sondern dringt auch immer tiefer in die gebildeten Schichten ein, als eine das Ziel überfliegende Reaktion gegen die überspannten Erwartungen, die man auf die Medizin gesetzt hatte, und die von dieser natürlich nicht erfüllt werden konnten. Ein solcher Umschwung in der Schätzung der wissenschaftlichen Medizin darf immerhin als ein Sympton dafür gedeutet werden, dass das Volk mit Misstrauen auf die medizinische Verwertung der exakten Naturwissenschaften zu blicken beginnt und einer anderen Auffassung der Natur und des Natürlichen zuneigt,

als derjenigen, die bisher wenigstens bei den Gebildeten die herrschende war.

Die naturwissenschaftlichen Interessen sind nicht mehr die herrschenden, sondern die sozialwissenschaftlichen haben ihnen den Rang abgelassen. Die Fortschritte der Technik sind es, welche die soziale Frage in ihrer spezifisch modernen Gestalt als Fabrikarbeiterfrage hervorgerufen haben. Wir sind in theoretischer Hinsicht in ein soziales Zeitalter eingetreten, weil wir uns in praktischer Hinsicht in einem mehr und mehr technischen Zeitalter befinden. Die Sozialwissenschaften haben es vielfach versucht, in eine Verbindung mit den Naturwissenschaften zu treten. Die sozialen Individuen höherer Ordnung im Verhältnis zu den sie konstituierenden Individuen niedriger Ordnung legen den Vergleich nahe zu dem zusammengesetzten Organismus im Verhältnis zu den ihn konstituierenden Zellen, Organen und Systemen. Über dieses biologische Gleichnis ist aber jene Beziehung nicht hinausgelangt; mit den unorganischen Naturwissenschaften, insbesondere mit ihren mathematischen Disziplinen hat die Sozialwissenschaft gar keine Berührung. Desto enger ist ihre Beziehung zur Geschichte. Die geschichtlichen Wissenschaften hatten während des ganzen Jahrhunderts mit den Naturwissenschaften um den Vortritt gerungen, aber bisher ohne Erfolg; jetzt bessern sich ihre Aussichten, seitdem sie als eine der wichtigsten und unentbehrlichsten Grundlagen der Sozialwissenschaft immer mehr anerkannt werden. Gegenüber dem wüsten sozialen Parteigezänk, in welchem die Stimme der Vernunft sich kaum noch Gehör zu verschaffen vermag, haben die Lehren der Geschichte noch am ehesten Aussicht, eine Versöhnung anzubahnen, indem sie zeigen, welche Wege sich als Irrwege erwiesen, welche sich unter bestimmten Umständen bewährt haben, und welche Reformen unter den gegebenen geschichtlichen Bedingungen als erreichbar betrachtet werden können.

Die Vertreter der Wissenschaft und diejenigen Gebildeten, denen es um Erhaltung der geschichtlichen Stetigkeit, um Anknüpfung an das Bestehende und um vorsichtige Fortbildung

zu thun ist, müssen deshalb in unserer sozial erregten Zeit der Geschichte einen erhöhten Wert beimessen, während sie von den Naturwissenschaften keine wesentliche Beihilfe zur Lösung der brennenden Tagesfragen erwarten können. Dagegen fühlen die Vertreter radikaler Umwälzungen sich von der Geschichte abgestossen und zur Naturwissenschaft schon wegen ihrer Ungeschichtlichkeit hingezogen. Die naturwissenschaftlichen Methoden und Aufgaben pflegen diese Parteien gar nicht zu verstehen, ebensowenig wie den Unterschied zwischen einer sich innerhalb ihrer Grenzen haltenden exakten Naturwissenschaft und einer pseudonaturwissenschaftlichen Weltanschauung, wie sie von Naturforschern ohne genügende philosophische Bildung als voreilige Folgerung aus den Ergebnissen der Naturwissenschaft entwickelt worden ist. Der vordarwinistische Materialismus, der Darwin-Haeckel'sche Naturalismus und die aus beiden verquickte antiteleologisch-mechanische Weltanschauung ist den sozialen Radikalen höchst willkommen, und sie lieben es, diese dilettantischen philosophischen Auswüchse als exakte Ergebnisse der strengen Naturwissenschaft hinzustellen.

Das halbgebildete Bürgertum freisinniger Richtung, das seit längerer Zeit daran gewöhnt worden war, diesen Glauben zu hegen, ist denn doch zum grossen Teil über seine Fruktifikation zu sozialen Umsturzzwecken stutzig geworden. Da es aber noch nicht imstande ist, von dem eingepflichten Glauben an die Identität der Naturwissenschaft und des Materialismus abzulassen, hat es seine Bedenken gegen den Wert des Materialismus auch auf den Wert der Naturwissenschaft mit ausgedehnt. Die Gebildeten und Halbgebildeten fangen immer deutlicher an zu fühlen, dass zwischen der Naturwissenschaft einerseits und allen idealen Gütern der modernen Kultur andererseits eine bisher unüberbrückte Kluft besteht. Die Naturwissenschaft als solche ist ganz ausser Stande, etwas zur Ueberbrückung dieser Kluft zu thun; der Naturforscher richtet sich als Naturforscher jenseits dieser Kluft ein, wie er sich als Mensch diesseits derselben einrichtet. Wie jede Disziplin der

Naturwissenschaften sich spezialistisch gegen alle anderen abschliesst, so schliesst sich auch die Naturwissenschaft als Ganzes spezialistisch gegen alle übrige geistige Kultur der Menschheit ab und geht berührungslos neben ihr einher.

In denjenigen Naturforschern, die sich einen weiteren Blick für die systematische Einheit aller Wissenschaften bewahrt haben, hat sich seit lange ein Gefühl für diese Isolirung geregt. Viele von ihnen ahnten es wohl, dass nur eine Vertiefung der Naturwissenschaft zur Naturphilosophie diese Brücke werde schlagen können; aber keiner wagte es, zu dem Zweck an den Entwicklungsgang der spekulativen Naturphilosophie anzuknüpfen. Die Naturwissenschaft hatte ja eben im Gegensatz gegen die spekulative Naturphilosophie ihre Erfolge errungen und sich in Verhöhnung und Verspottung des überwundenen Gegners nicht genug thun können; wie sollte sie sich nun plötzlich zu der Anerkennung bequemen, dass sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet habe!

Kein Wunder, dass man da zunächst auf eine solche Naturphilosophie zurückgriff, die zu der spekulativen in möglichst schroffem Widerspruch zu stehen schien, zu derjenigen eines Epikur und Lukrez, die in Holbach's *Système de la nature* ihre Auferstehung gefeiert hatte. Der Materialismus trat abermals auf die Bildfläche und gab die Konsequenzen seiner atheistisch-mechanistischen Weltanschauung für unumstössliche Ergebnisse der exakten modernen Naturwissenschaft aus. Aber auch ihm gelang es nicht, eine Brücke über die Kluft zu schlagen; er vernichtete vielmehr ebensowohl die sittliche wie die religiöse Weltanschauung und setzte an Stelle beider einen eudämonistischen Utilitarismus, eine armselige Klugheitsmoral. So lange diese Weisheit im Kreise satter Philister blieb, die sich auf ihren trivialen Optimismus stützten, konnte sie verhältnismässig harmlos erscheinen; als aber die Parteien des radikalen Umsturzes sich ihrer bemächtigten, da konnte es auch den Halbgebildeten nicht mehr verschleiert bleiben, dass diese Lehre alle Schutzdeiche unserer Geisteskultur durchstochen und der Bestie im Menschen freie Bahn gemacht hatte. Da

begann man im gebildeten Publikum auf die bisher unbeachtet gebliebenen Stimmen besonnener Naturforscher zu hören, die sich mit Entschiedenheit dagegen verwahrten, dass diese materialistische Weltanschauung das Recht habe, sich für die exakt naturwissenschaftliche Weltanschauung auszugeben.

Aber mit der Zurückweisung der materialistischen Weltanschauung von seiten der Naturwissenschaft ist für diese wenig gewonnen, so lange sie an Stelle dieser einseitigen und falschen Naturphilosophie keine allseitige und wahre zu setzen weiss. Wenn die Naturwissenschaft auch ferner darauf beharren sollte, sich um Naturphilosophie nicht zu bekümmern, in ihrer Isolirung von der übrigen Geisteskultur der Menschheit spezialistisch weiter zu forschen und die Kluft, die sie von dieser trennt, unüberbrückt zu lassen, dann wird auch die öffentliche Meinung sich sehr bald mit dieser von ihr selbstgewollten Isolirung abfinden. Die Naturwissenschaft wird das Mass von Interesse des gebildeten Publikums, das sie jetzt noch als Erbe der Vergangenheit behauptet, rascher, als sie denkt, verlieren und bald nur noch auf vertrockneten Lorbeeren schlummernd ein schattenhaftes und unbeachtetes Dasein führen, während ganz andere Geistesströmungen den Zeitgeist durchwühlen. Will sie aber ein lebendiges Glied der Kulturentwicklung bleiben, dann muss sie die ihr verloren gegangene Einheit durch Vertiefung zu einer wahren Naturphilosophie wieder aufsuchen und vermitteltst dieser die Verbindung mit dem einheitlichen System der Wissenschaften wiedergewinnen. Die Geisteswissenschaften müssen ebenso in der Geistesphilosophie ihre Einheit finden, wie die Naturwissenschaften in der Naturphilosophie, und Geistesphilosophie und Naturphilosophie durch die Metaphysik verbunden werden. Nur in diesem Sinne, indem die Naturphilosophie die eine Seite der Metaphysik vorwegnimmt, kann sie zur Brücke werden zwischen den Naturwissenschaften einerseits und den Geisteswissenschaften andererseits.

Bei dem gegenwärtigen Mangel an Talenten in der jüngeren Generation der Naturforscher, bei ihrem Mangel an philosophischer Vorbildung, bei der in ihren Kreisen üblichen

hochmütigen spezialistischen Abschliessung und bei der allgemein herrschenden Missachtung gegen Philosophie und Metaphysik wäre es gegenwärtig ein völlig aussichtsloses Unternehmen, die Vertreter der Naturwissenschaft auf eine bestimmte Naturphilosophie hinweisen zu wollen, die den Bedürfnissen beider Teile entgegenkommt. Andererseits gibt es doch einzelne Vertreter, die ein leises Gefühl von den hier geschilderten Zuständen haben und nicht abgeneigt wären, sich einer geschichtlichen Orientierung zu unterziehen, wenn es nur geeignete litterarische Hilfsmittel für eine solche gäbe. Was vor Kant liegt, erscheint heute veraltet und den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr entsprechend; was nach Kant folgt, ist als spekulative Verirrung in Misskredit, oder als materialistische Übereilung abgethan. Da bleibt kaum etwas anderes übrig, als die Orientierung bei Kant zu beginnen.

In der That, wenn auf irgend einem Gebiete der Ruf „Zurück zu Kant!“ gegenwärtig noch Berechtigung hat und eine heilsame Bedeutung gewinnen kann, so ist es auf dem der Naturphilosophie. Kant war bekanntlich nicht Professor der Philosophie, sondern der (Logik und) Naturwissenschaften. Sein Name als Naturforscher steht mit unvergänglichen Ruhmeslettern in der Geschichte der Naturwissenschaft eingezeichnet. Die grössere Hälfte seines erwachsenen Lebens hat er den Naturwissenschaften gewidmet, bevor er sich an der Schwelle des Greisenalters der Philosophie zuwandte. Wesentlich mit zu dem Zwecke, um seiner Naturphilosophie einen sicheren Unterbau zu geben, hat er sich zu seinen erkenntnis-theoretischen Untersuchungen bequemt, die ihm in erster Reihe seine Stellung in der Geschichte der Philosophie sichern sollten. Die Grundlagen der unorganischen und organischen Naturphilosophie bildeten auch in seiner kritischen Periode einen Hauptgegenstand seiner Thätigkeit in zweien seiner bedeutendsten Werke. Den Höhepunkt seines philosophischen Entwicklungsganges erreicht er nach dem einstimmigen Urteil der kompetentesten Richter erst in der „Kritik der Urteilskraft“ und zwar bei Gelegenheit der Ausführungen seiner organischen Naturphilosophie.

Wie er als Naturphilosoph begonnen, so wollte er als Naturphilosoph endigen und sein eigentliches Hauptwerk sollte eine zusammenfassende Naturphilosophie werden, Beweis genug, dass diese im Mittelpunkt seiner gesamten Lebensinteressen stand. Es wird hieran nichts dadurch geändert, dass Altersschwäche und Tod dem Greise vor Vollendung seines grossen Entwurfs die Feder aus der Hand nahmen.

Es ist unter diesen Umständen höchst auffallend, dass es in der überreichen Kantlitteratur bisher kein Werk gab, dass die Lebensarbeit Kant's unter dem Gesichtspunkte der Naturphilosophie darstellte, das Kant gleichmässig als Naturforscher und als Naturphilosophen würdigte und die ganze Entwicklung des Denkers in allen Phasen ihrer Wechselwirkung mit der Entwicklung des Naturphilosophen untersuchte. Jetzt endlich besitzen wir ein solches Buch.*) Den Naturforschern bietet es die ihnen so dringend nötige Orientierung über den massgebenden Ausgangspunkt der gesamten modernen Naturphilosophie, den Philosophen von Fach eine ganz neue Beleuchtung der Kant'schen Gedankenentwicklung, die eine Menge bisher dunkel gebliebener Punkte zur Deutlichkeit erhellt, den gebildeten Laien eine Einführung in das Kant'sche Gedankensystem auf einem für sie gewiss leichter und bequemer gangbaren Wege, als alle bisher versuchten es waren. Nichts liegt diesem Buche ferner, als den naturphilosophischen Standpunkt Kant's für heute zur Erneuerung zu empfehlen; aber gerade die kritische Erörterung der Kant'schen Aufstellungen im Einzelnen und der von Kant für sie angeführten Gründe gibt dem Verfasser Gelegenheit auch auf die Grundlinien einer Naturphilosophie hinzuweisen, wie sie den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht.

Arthur Drews ist durch sein Erstlingswerk, die deutsche Spekulation seit Kant, mit einem Schlage in die erste Reihe der philosophischen Schriftsteller unserer Zeit eingerückt. Mit genialem Weitblick hat er dort eine ganze Periode überschaut,

*) Kant's Naturphilosophie als Grundlage seines Systems. Von Arthur Drews, Dr. phil. Berlin, Mitscher & Röstel.

in eine Reihe glänzend geschriebener Monographien gegliedert und in allen seine rasche und sichere Auffassungsgabe für das Wesentliche und Wichtige an jedem individuellen Standpunkte bewährt. In seinem neuen Werke über Kant's Naturphilosophie hat er bewiesen, dass er auch in einen einzelnen Gegenstand sich mit historisch-philologischer Exaktheit zu vertiefen, einem schon allzusehr beackerten Felde neue Frucht abzugewinnen, und das aus umfangreichen Litteraturstudien gewonnene Material in sicherem Aufbau zu ordnen und kritisch zu beherrschen versteht. Dabei ist seine kritische Stellungnahme zu Kant im allgemeinen keineswegs neu und kapriciös, sondern schliesst sich eng an diejenige des Vaihinger'schen Kommentars an, der als der gereifte, wenn auch leider etwas formlose Niederschlag aller bisherigen Streitigkeiten über das rechte Verständnis Kant's angesehen werden kann. Es ist dringend zu wünschen, dass Drews diesem Bande über Kant's Naturphilosophie recht bald weitere Bände über die spekulative und die moderne Naturphilosophie nachfolgen lassen möge, um so seine verdienstliche Orientierung der Gegenwart über die Ziele, Leistungen und Verirrungen der neuesten Naturphilosophie zu vervollständigen.

XIV. Freie und unfreie Künste.

Von „freien schönen Künsten“ zu reden, ist ein alter Sprachgebrauch, dem sich auch neuere Ästhetiker, wie Schelling, und Schleiermacher, angeschlossen haben. Im Gegensatz dazu von „unfreien schönen Künsten“ zu sprechen, ist dagegen nicht herkömmlich. Die Ästhetik hat die unfreien schönen Künste lange Zeit hindurch mit Unrecht ebenso unbeachtet gelassen, wie die bloss technischen, auf Schönheit keinen Anspruch erhebenden Künste mit Recht. Hegel nennt die unfreien schönen Künste „dienende oder unselbständige“, Trahdorff „den Bedürfnissen dienende“, Schleiermacher „gebundene“, Krause „nützliche“, Vischer „anhängende“, von Kirchmann „verzierende“, Schasler „unechte“. „Unfreie“ habe ich sie wohl zuerst genannt, auch zuerst die verschiedenen Merkmale zusammengestellt, welche zu ihrer Unterscheidung von den freien Künsten bei den früheren Ästhetikern zerstreut angegeben waren.*)

Das unfreie Kunstwerk dient wesentlich einem ausserästhetischen (sei es realen, sei es fingirten) Zweck, ist eine Realität, von der erst der Beschauer den ästhetischen Schein subjektiv ablösen muss, erweckt als Realität reale Gefühle, die mit den vom abgelösten ästhetischen Schein erweckten ästhetischen Schein-gefühlen konkurrieren können, ist als Realität der selbständigen künstlerischen Nachbildung im ästhetischen Schein einer anderen Kunst fähig, empfängt einen erhöhten Werth durch edleres Material und beansprucht realistische Wahrheit. Das freie

*) Ästh. II. 594—598.

Kunstwerk dient dagegen wesentlich einem ästhetischen Zweck und es ist ihm unwesentlich und zufällig, wenn es in den Dienst ausserästhetischer Zwecke gestellt wird; es ist selbst schon bloss noch ästhetischer Schein, erweckt, sofern es rein ästhetisch aufgefasst wird, nur ideale Gefühle ohne Konkurrenz mit realen, ist der selbständigen Nachbildung durch andere Künste unfähig, von dem Werth des zu ihm verwandten Materials als solchem unabhängig, und beansprucht nur idealistische Wahrheit.

Die bisherigen Ästhetiker kennen und beachten entweder den Unterschied zwischen freien und unfreien Künsten gar nicht, dann ordnen sie die Künste in eine einzige Reihe; oder sie kennen diesen Unterschied, dann ordnen sie die Künste in zwei Reihen, die auseinander gehalten werden, eine Reihe der freien und eine der unfreien Künste. Wie sich aber diese beiden Reihen zu einander verhalten, darüber sind bisher noch keine genauen Untersuchungen angestellt. Bildete jede der beiden Gruppen eine gleichmässige Masse ohne Abstufungen und scheinbare Übergriffe in die andere Reihe, so wäre die Scheidung sicher und leicht. Aber die Stufenfolge in beiden Reihen lässt die Frage offen, ob beide Reihen gleichsam parallel auf verschiedenem Niveau neben einander herlaufen, oder ob sie auf gleichem Niveau bunt gemischt durch einander fliessen, oder ob sie in einer Reihe liegen, aber so, dass eine grosse Lücke zwischen dem Endglied der einen und dem Anfangsglied der anderen klafft, oder ob das Endglied der einen sich mit dem Anfangsglied der anderen berührt. Im letzteren Falle wäre weiter zu erwägen, ob trotz solcher Berührung ein prinzipiell Neues und Anderes mit dem Anfangsglied der höheren Reihe einsetzt, oder ob beide Reihen stetig und flüssig in einander übergehen, also eigentlich doch wieder nur Eine Reihe bilden, in der ein mehr oder minder willkürlicher Grenzpunkt für zwei Stufenreihen gesetzt wird.

Innerhalb der unfreien Künste werden wir in mehrfacher Hinsicht eine Stufenfolge zu unterscheiden haben. Zunächst besteht eine Stufenfolge der künstlerischen Meisterschaft sowohl

in der sinnlichen Veranschaulichung der Zweckmässigkeit im Dienste des ausserästhetischen Zweckes, als auch in der massvollen, geschmackvollen und bedeutsamen Verwendung des luxurierenden Ornaments. Sodann ist die Würdigkeit, Bedeutsamkeit, Wichtigkeit, Erhabenheit und Idealität des ausserästhetischen Zweckes, dem ein unfreies Kunstwerk dient, von wesentlichem Einfluss auf die Schätzung, die dem Kunstwerk zu Teil wird, einesteils weil der höhere Zweck höhere reale Gefühle auslöst, andererseits weil er der Kunst grössere und reichere Aufgaben stellt, also sowohl der realen konstruktiven Zweckmässigkeit, als auch der verzierenden dekorativen Schönheit einen grösseren Spielraum zur Entfaltung gewährt. Da die dekorative Schönheit eine relativ freie, teils rein formale, teils symbolisch mit dem Zweck spielende, teils in das Gebiet der freien Künste (Plastik, Malerei) hinübergreifende Zuthat ist, so ergiebt sich endlich mit dem zunehmenden Masse der dekorativen Beimischung ein wachsender Grad von relativer Freiheit der unfreien Kunst, wenn sie auch wesentlich, oder in Übereinstimmung mit ihrem Begriff, unfrei bleibt, d. h. fortführt, im Dienste ausserästhetischer Zwecke zu stehen.

Innerhalb der freien Künste findet ebenfalls in mehrfacher Hinsicht eine Stufenfolge statt. Zunächst wird auch hier der Grad der künstlerischen Meisterschaft verschieden sein, mit welcher ein und derselbe Gehalt zu rein ästhetischem Zwecke in ästhetischem Schein versinnlicht ist. Sodann tritt uns auch hier eine Abstufung des idealen Gehalts im ästhetischen Schein entgegen, dessen Bedeutsamkeit, Würdigkeit und Erhabenheit die verschiedensten Grade zeigen kann. Endlich werden wir hier eine Beimischung von relativer Unfreiheit in verschiedenen Graden anerkennen müssen, die daraus entspringt, dass unter Umständen das seinem Begriff nach freie Kunstwerk in einer seinem Begriff widersprechenden Weise, also unwesentlich und zufällig, mehr oder weniger in den Dienst ausserästhetischer Zwecke gestellt wird.

Wir haben also einerseits eine relative Freiheit in den unfreien Künsten, andererseits eine relative Unfreiheit in den

freien Künsten anzuerkennen, beide als abgestufte. Es fragt sich, ob hierdurch nicht ein allmählicher und fließender Übergang zwischen beiden hergestellt werden kann.

Der Grad der künstlerischen Meisterschaft, mit der das unfreie oder freie Kunstwerk behandelt ist, wirkt für die Wertschätzung des Kunstkenners oft allein ausschlaggebend, insofern die Kunstkennerschaft von dem Inhalte absieht und nur auf die Darstellungskunst Wert legt. Gewiss ist eine solche Abstraktion vom dargestellten Inhalt einseitig und eine Verkennung des untrennbaren Ineinander von ästhetischem Gehalt und Form; aber sie ist doch immer noch minder verfehlt als die laienhafte Abstraktion von der Ausführung und das ausschliessliche Haften am Inhalt, das eine noch völlig mangelnde ästhetische Bildung beweist. Aus dem Gesichtspunkte der Meisterschaft der Ausführung können die unfreien Kunstwerke mit den freien allerdings in eine Reihe geordnet werden. Ein meisterhaftes Stück der Goldschmiedekunst kann aus diesem Gesichtspunkte künstlerisch wertvoller sein, als eine ganze Sammlung monumentaler Gemälde. Insofern sich der Marktpreis der Kunstwerke wesentlich nach der Meisterschaft der Ausführung richtet, ordnen sich auch mit Recht die unfreien Kunstwerke von selbst mit den freien in eine fortlaufende Reihe, ohne dass die Freiheit oder Unfreiheit einen Unterschied im Marktwert bedingte. In dieser Reihe stehen nun aber nicht etwa die unfreien Kunstwerke zu unterst, so dass die freien sich ihnen lückenlos als zweite Abteilung anschließen; sondern freie und unfreie folgen einander bunt durchmischt. Diese Thatsache dürfte genügen, um das Misverständnis zu beseitigen, als ob durch die Zuteilung einer ganzen Kunst oder eines bestimmten Kunstwerks zu den unfreien Künsten der Wert derselben für den Kunstkenner herabgesetzt, oder die zu ihrer Hervorbringung erforderliche künstlerische Meisterschaft auf eine tiefere Stufe gestellt werden sollte. Weder der künstlerische, noch der kulturgeschichtliche Wert eines Kunstwerks wird durch seine Kennzeichnung als unfreies Kunstwerk beeinträchtigt; ist es doch bekannt, dass die kunstgeschichtlichen Epochen teils

nach der Haartracht, teils nach architektonischen Stilarten benannt werden.

Aber die vollständige ästhetische Beurteilung deckt sich nicht mit der Bewertung, die der Kenner und sammelnde Liebhaber den Kunstwerken nach Massgabe der in ihnen entfalteten künstlerischen Meisterschaft zu Teil werden lässt, sondern hat daneben noch andere Massstäbe anzulegen, wenn auch nur ideelle Unterschiede durch dieselben bedingt werden. Entscheidend für die ästhetische Beurteilung des ganzen Werkes bleibt das Verhältnis der künstlerischen Darstellung zu dem dargestellten Inhalt, und nicht das erste Glied dieses Verhältnisses allein. Wenn das Kunstwerk als Realität einem ausser-ästhetischen Zwecke dient, so ist die nähere Bestimmung dieses Zweckes von durchgreifender Bedeutung. Scheune, Stall, Hütte, Wohnhaus, Schloss, Kirche, zeigen eine aufsteigende Stufenfolge in der Bedeutsamkeit des Zweckes. Aber die wesentliche Dienstbarkeit unter dem ausserästhetischen Zwecke ist in den unfreien Künsten allen Stufen gemein, und darum bleibt auch der Übergang zwischen ihnen flüssig, während die Grenze zwischen einem wenn auch noch so bedeutsamen Bauwerk und einem freien Kunstwerk eine scharf abgeschnittene ist, weil das erstere wesentlich einem ausserästhetischen Zwecke dient, also Mittel zu einem andern Zwecke ist, das letztere dagegen wesentlich einem rein ästhetischen Zwecke dienen, also als Kunstwerk Selbstzweck sein soll. Deshalb sind auch alle Versuche verfehlt, die Grenze zwischen freien und unfreien Künsten so zu ziehen, dass sie zwischen die kirchliche und profane Architektur, oder zwischen die öffentlichen und Privatbauten fällt. So weit der höhere ausserästhetische Zweck dem Künstler Gelegenheit gibt zur Entfaltung höherer konstruktiver und reicherer dekorativer Schönheit, erweist er sich indirekt auch ästhetisch befruchtender, aber er hebt darum doch niemals das Kunstwerk aus der Stufe der unfreien Kunst in die der freien empor.

Umgekehrt kann ein freies Kunstwerk durch Bedeutungslosigkeit des in ihm versinnlichten idealen Gehaltes auf eine

sehr tiefe ästhetische Stufe gedrückt werden, ohne dass es darum aufhörte, freies Kunstwerk und ästhetischer Selbstzweck zu sein, oder der Gattung der unfreien Kunst dadurch auch nur näher gerückt würde. Ein Stilleben, das die trivialsten Gegenstände darstellt, steht ungefähr auf der untersten Stufe, die ein freies Kunstwerk einnehmen kann, mag es durch die Meisterschaft der künstlerischen Ausführung noch so hoch stehen. Aber auch bei mangelhafter Ausführung bleibt es ein freies Kunstwerk, das keinem anderen Zwecke dient als dem, ästhetisch genossen zu werden. Die heute wieder öfters aufgestellte Ansicht, dass der dargestellte Inhalt völlig gleichgültig und nur die künstlerische Ausführung für den Wert des Kunstwerks massgebend sei, ist ein ästhetischer Irrtum, der in oppositionellen Übergangskrisen immer wiederkehrt, aber auch immer von Neuem sich selbst ad absurdum führt. Wenn am Massstabe der künstlerischen Meisterschaft bemessen freie und unfreie Kunstwerke eine einzige Reihe auf gleichem Niveau bilden, innerhalb deren Vertreter beider Gattungen unterschiedslos mit einander abwechseln, so ist aus dem Gesichtspunkte des Inhaltes eine doppelte Reihe auf verschiedenem Niveau festzustellen. Jede der beiden Reihen hat ihre eigenen Abstufung nach der Bedeutsamkeit des Inhaltes, aber keine greift in die andere über, sondern beide laufen mehr oder weniger parallel mit einander auf verschiedenem Niveau fort und bleiben durch diesen Niveauunterschied getrennt.

Innerhalb der unfreien Künste tritt eine relative Freiheit mit dem Ornament ein, das zwar nicht ganz frei, sondern an den von der konstruktiven Zweckmässigkeit ihm angewiesenen Spielraum gebunden, aber innerhalb dieses Spielraums eine relativ freie Entfaltung dekorativer Schönheit bietet. Zwar ist diese luxurierende Zuthat auch insofern an den ausserästhetischen Zweck gefesselt, als sie keine ihm widersprechenden oder ihn störenden Motive verwerten darf; aber innerhalb des Vorstellungskreises, der sich mit dem Zwecke verträgt, darf sie ihre Vorwürfe frei wählen. Die Gesamtwirkung wird um so grösser sein, je enger sie ihre Zuthaten dem ausserästhetischen

Zwecke anpasst, je ungezwunger die bloß formal schöne Ornamentik sich durch ihren Formenkreis dem Zwecke anschmiegt, und je deutlicher die inhaltlich schönen Ornamente symbolisch auf ihn hinweisen. Je höherer Art nun der Zweck ist, desto reichere Gelegenheit wird er der Entfaltung dekorativer Schönheit darbieten, sowohl in Bezug auf den Raum zur Anbringung formalschöner Ornamentik als auch durch Eröffnung eines Gebietes bedeutsamer Symbolik in inhaltlich schönen Zuthaten. Aber der Spielraum für alle diese doch wieder indirekt dem ausserästhetischen Zwecke dienende luxirierende Schönheit ist durch die ihm direkt dienende konstruktive Zweckmässigkeit begrenzt; seine Überschreitung wirkt unschön als Überladung.

Als der auffälligste Punkt erscheint bei der Ornamentik der unfreien Kunstwerke der Umstand, dass freie Kunstwerke dazu Verwendung finden, d. h. solche, die an und für sich betrachtet diese Bedeutung haben würden, z. B. Statuen, Reliefs oder Wandmalereien zur Verzierung von Bauwerken, Statuetten und Reliefs zur Dekoration von Tafelaufsätzen und Schilden, Gemälde zum Schmuck von Schüsseln, Vasen, Ofenschirmen u. s. w. Es erscheint bei oberflächlicher Betrachtung als ein Widerspruch, dass freie Kunstwerke sich mit unfreien zur organischen Einheit eines Gesamtkunstwerkes verbinden, ihre eigene Natur abstreifen und die des unfreien Kunstwerkes annehmen sollen. Aber dieser Widerspruch schwindet bei genauerer Betrachtung, denn widersprechend ist nur dasjenige, dem in derselben Beziehung entgegengesetzte Prädikate zukommen.

Statuen, Reliefs und Gemälde wirken bei dem architektonischen Gesamteindruck in der That nur als Verzierungen aus Stein oder Farbe mit; schon die Entfernung des Beschauers, die für die Gewinnung eines solchen Gesamteindrucks nötig ist, schliesst ihre Auffassung als plastische oder malerische Kunstwerke aus, da sie die Modellierung der Plastik durch die Luftperspektive aufhebt und die Einzelheiten der Wandgemälde unerkennbar macht. Tritt man aber näher heran, so

wird die architektonische Auffassung durch die plastische oder malerische ersetzt, und die Architektur sinkt zum blossen Standort, zur Umrahmung oder zum Hintergrunde der freien Kunstwerke herab. Unter dem architektonischen Gesichtspunkt sind die Statuen und Gemälde dekorative Bestandteile eines unfreien Kunstwerkes; unter dem plastischen oder malerischen Gesichtspunkt sind sie freie Kunstwerke mit angemessener architektonischer Umrahmung. Dieser doppelte Gesichtspunkt, der dieselbe Sache unter zwei verschiedene Beziehungen stellt, und damit den Schein des Widerspruches aufhebt, ist nicht willkürlich, sondern liegt in der künstlerischen Absicht; die freien Kunstwerke sollen zur Erhöhung des ästhetischen Wertes des unfreien dienen, wie dieses ihnen durch Darbietung eines ästhetisch passenden Standortes und einer ihre Wirkung hebenden Umgebung dient. Beide dienen einander wechselseitig, ohne ihrer ästhetischen Würde damit etwas zu vergeben, und beide ziehen aus diesem Verhältnisse ästhetischen Gewinn. Beide könnten einander entbehren, aber beide nur zu ihrem Schaden.

Aber so wenig die freien Kunstwerke bei der plastischen oder malerischen Betrachtung dadurch aus der Sphäre der freien Kunst in die der unfreien hinabgezogen werden, dass sie durch eine passende architektonische Umgebung getragen und gehoben werden, ebensowenig wird das Bauwerk bei der architektonischen Betrachtung darum aus der Sphäre der unfreien Kunst in die der freien emporgerückt, weil es mit Ornamenten versehen ist, die auch unter plastischem und malerischem Gesichtspunkt aufgefasst werden können; denn um dies zu können, muss man erst die architektonische Betrachtungsweise aufgegeben haben. Daraus folgt, dass auch der reichste plastische und malerische Schmuck ein Bauwerk als solches nicht aus der Reihe der unfreien Bauwerke herausheben kann, weil die relative Freiheit der dekorativen Schönheit erst nach vollzogenem Wechsel des Gesichtspunktes als wahrhaft ästhetische Freiheit empfunden werden kann.

Es findet also nicht ein Übergreifen der unfreien Kunst

als solcher in die freie statt, sondern nur eine Mischung freier und unfreier Kunstbethätigung in einem Gesamtkunstwerk, das in seiner einheitlichen Totalität prinzipiell dem Gebiete der unfreien Kunst, in seinen dekorativen Einzelheiten prinzipiell dem der freien Kunst angehört. Die freie Kunst lässt sich dazu herab, der unfreien zu Hilfe zu kommen, wohl wissend dass, wenn das Verhältnis richtig geordnet ist, ihr diese Leistung für die unfreie Kunst durch eine entsprechende Gegenleistung dieser für sie vergolten wird, und dass so beide ihre Rechnung dabei finden. Unmöglich ist jedoch eine Mischung der Gesichtspunkte, die dieser Mischung der Leistungen entspräche; die ästhetische Auffassung kann immer nur abwechselnd unter dem einen oder unter dem anderen Gesichtspunkte erfolgen, da die Gleichzeitigkeit beider Auffassungsarten in der That einen Widerspruch im subjektiven Vorstellen setzen würde. Der Gegensatz beider Kunstgebiete besteht also in der subjektiven Auffassung fort trotz ihrer Vermischung in dem aus beiden zusammengesetzten Kunstwerk.

Die Abstufung der relativen Freiheit innerhalb der unfreien Kunstwerke betrifft nur die grössere oder geringere Beimischung solcher Bestandteile, die der Betrachtung einen Wechsel des Gesichtspunktes gestatten, aber sie lässt die Unfreiheit des unfreien Kunstwerkes unberührt, so lange dieser Wechsel des Gesichtspunktes vom Beschauer nicht vollzogen wird. Das Bauwerk z. B. bleibt ein schlechthin unfreies Kunstwerk, so lange es rein architektonisch aufgefasst wird, und für so lange besteht auch keine graduelle Verminderung seiner prinzipiellen Unfreiheit durch reiches plastisches und malerisches Ornament. Sobald aber der Beschauer zu der plastischen und malerischen Auffassung der Ornamente übergeht, hat er überhaupt nicht mehr mit dem Bauwerk als solchen zu thun, sondern mit seinen einzelnen Ornamenten; für diese Betrachtung der Details unter dem Gesichtspunkt freier Künste bietet natürlich das Bauwerk um so mehr Gelegenheit, je mehr dekorative Schönheit es entfaltet. Die Abstufung der relativen Freiheit im unfreien Kunstwerk erhöht also nur die Möglichkeit des

Gesichtspunktwechsels, ohne seine Unfreiheit als solche zu vermindern.

Ähnlich verhält es sich mit der Abstufung der relativen Unfreiheit in den freien Künsten, insofern diese ihrem Begriff und Wesen zuwider in den Dienst ausserästhetischer Zwecke gestellt werden. Die freie Kunst in ihrer Reinheit als Selbstzweck zu nehmen, ist nur der ideale Endpunkt der Culturentwicklung, die mit einer vollständigen Verquickung stofflicher und ästhetischer Interessen beginnt und erst ganz allmählich beide sondert. Die Wiederholung der verschiedenen Entwicklungsstufen der Menschheit in den gleichzeitigen Bildungsstufen desselben Volkes und in den aufeinanderfolgenden Altersstufen des Einzelnen sorgt dafür, dass diese Verquickung auch dann noch fort dauert, wenn die ästhetisch Gebildeten in ihrer Altersreife die Sonderung und Reinigung der ästhetischen Interessen von den stofflichen als ein ästhetisches Postulat erkannt haben. Dem ungebildeten Volke und der unreifen Jugend gegenüber gilt es für wertvoll, die künstlerische Beimischung als Köder und Lockspeise zu benutzen, um sie für ausserästhetische Interessen zu erwärmen; die Erregung ästhetischer Scheingefühle wird unter besonderer Bevorzugung des sinnlich Angenehmen und sinnlich Reizenden benutzt, um das Erwachen verwandter realer Gefühle vorzubereiten und die bereits erwachten allmählich zu verstärken.

Die Vermischung der ästhetischen Scheingefühle und der entsprechenden realen Gefühle, die aus ästhetischem Gesichtspunkt abzuwehren ist, wird aus praktischen Gesichtspunkten begünstigt und in diesem Sinne die ästhetische Erregung als Hilfsmittel benutzt, um religiöse, patriotische, kriegerische, sexuelle und anderweitige Erregung hervorzurufen und zu verstärken; die Kunst wird von der Kirche, dem Staat, der Gesellschaft u. s. w. als Vorspann für ihre praktischen Zwecke benutzt. Sie wäre nie zur Entwicklung gelangt, ausser auf diesem Wege; aber ihre Entwicklung geht eben dahin, die natürliche Vermittelung, der sie ihre Entstehung verdankt, von sich abzustreifen, sich zur Selbständigkeit herauszuarbeiten und

ihren idealen Kern von den Schlacken zu reinigen, die ihn verhüllen und verunstalten. Ihr Fortschritt ist zunehmende Emanzipation von der thatsächlichen, ihrem Wesen widersprechenden Unfreiheit, die ihr durch das ursprünglich erdrückende Übergewicht der praktischen Interessen im Menschheitsleben auferlegt ist.

Die praktischen Interessen selbst greifen aber nur so lange nach der Kunst als einem künstlichen Erregungs- und Reizmittel, wie sie noch unsicher auf schwachen Füßen stehen. In dem Masse als sie ihrer selbst gewiss werden, können sie der Hilfe ästhetischer Scheingefühle entraten. Der puritanische Gottesdienst verschmäht in der Selbstgewissheit seiner geistigen Andacht die künstlerischen und sinnlich reizenden Zuthaten, mit denen der katholische Kultus Phantasie und Sinnlichkeit irreligiöser, obzwar abergläubischer, Volksmassen zu umnebeln strebt. Die gefahrvollsten Augenblicke der modernen Kriegführung haben sowohl die Möglichkeit wie das Bedürfnis einer Anspornung durch kriegerische Musik weit hinter sich gelassen. Die Gemütbeziehungen zwischen der Jugend beiderlei Geschlechts knüpfen sich jetzt auf ganz andere Weise als unter dem Einfluss einer sinnlich berückenden Musik. Wo der praktische Idealismus hinreichend erstarkt ist, um sich selbständig zu entfalten und zu behaupten, da wird ihm sogar klar, wie bedenklich es für seine ernsten realen Zwecke ist, die Vermischung der realen Gefühle mit ästhetischen Scheingefühlen zu begünstigen oder auch nur zu dulden, weil die letzteren keine praktische Motivationskraft und keine Bürgschaft für Beständigkeit in sich tragen.*) Das Interesse an der Lösung des ursprünglichen Mischungsverhältnisses wird dann ein beiderseitiges; bei einer gewissen Kulturstufe findet also das Emanzipationsstreben der Kunst keine Behinderung mehr auf Seiten der praktischen Interessen, sondern vielmehr Entgegenkommen.

*) Über die Gefahren der Vermischung von religiöser und ästhetischer Empfindung vergl. „Religionsphilosophie“, Band II, S. 39—44, „Ästhetik“, Band II, Seite 458—461; über die Gefahren der Vermischung ethischer und ästhetischer Tendenzen vergl. „Das sittliche Bewusstsein“, zweite Aufl. S. 137—138, „Ästhetik“, Band II, S. 451—453.

Soweit nun die Mischung noch fortbesteht, begründet sie eine thatsächliche Unfreiheit der Künste im Dienste praktischer Interessen, d. h. ausserästhetischer Zwecke. Aber diese Dienstbarkeit ist für die Kunst eine zufällige, die mit ihrem Wesen und Begriff im Widerspruch steht, die mehr und mehr überwunden werden soll, und in der That mit fortschreitender Kultur mehr und mehr überwunden wird. Die Künste bleiben freie Künste, auch wenn sie für ausserästhetische Zwecke gebraucht oder vielmehr missbraucht werden. Wenn allerdings der Künstler in der künstlerischen Behandlung unkünstlerische Zugeständnisse an die Auftraggeber macht, die solche ihren Zwecken für dienlich erachten, dann tritt eine Entstellung der Kunst ein, die ihr Wesen berührt. Aber eine solche Entstellung ist nicht notwendig. Es ist Sache des echten Künstlers innerhalb der gegebenen Schranken ein reines, innerlich freies Kunstwerk zu schaffen, und wo die Schranken entstellend wirken würden, den Auftrag abzulehnen. Der Meister spottet der Fesseln, die man seiner Kunst anlegen will, indem er alles dem ästhetischen Selbstzweck unterzuordnen versteht und innerhalb des gewährten Rahmens einen freien künstlerischen Organismus erwachsen lässt.

Ein in die Dienstbarkeit ausserästhetischer Zwecke gestelltes freies Kunstwerk giebt nun auch einer zwiefachen Betrachtungsweise Raum. Für den Auftraggeber und alle, die es in seinem Sinne auffassen, ist es schlimmsten Falles blosses Mittel für ausserästhetische Zwecke; für den ästhetisch Veranlagten und ästhetisch Gebildeten dagegen ist es ein freies Kunstwerk. Was es unter ästhetischem Gesichtspunkt bedeutet, ist nur zu ermitteln, wenn man es, unabhängig von seinem ausserästhetischen Zweck, als freies Kunstwerk betrachtet; denn dieser Zweck ist ihm unwesentlich, eine bloss von unästhetischer Betrachtungsweise hinzugefügte Beziehung, die ausserhalb des Kunstwerkes als solchen fällt. Die Probe wird auch für solche Menschen, die nicht einer derartigen Abstraktion fähig sind, dadurch geliefert, dass das Kunstwerk unter Bedingungen zum Genuss dargeboten wird, die es ausschliessen,

dass die Dienstbarkeit für ausserästhetische Zwecke zur Geltung gelangt. Wenn dann erst das Kunstwerk seine ungestörte ästhetische Wirkung entfaltet (z. B. eine Bach'sche Kantate im Konzertsaal), dann kann man sicher sein, dass es ein freies Kunstwerk ist. Wer die nötige Abstraktionsfähigkeit besitzt, kann denselben rein ästhetischen Eindruck auch unter Bedingungen empfangen, die für die Dienstbarkeit unter ausserästhetischen Zwecken bestimmt sind (z. B. geistliche Musik beim Gottesdienst in der Kirche).

Die relative Unfreiheit der freien Kunstwerke ist demnach keine, die ihre wesentliche und prinzipielle Freiheit beeinträchtigt, sondern sie beruht nur auf der in den Kunstwerken gebotenen Möglichkeit, den ästhetischen Gesichtspunkt mit einem ausserästhetischen zu vertauschen. Die graduelle Abstufung der Unfreiheit berührt ebenso wenig die prinzipielle Freiheit, wie jede einzelne beliebige Stufe der Unfreiheit es thut. Wie in der dekorativen Schönheit des unfreien Kunstwerks die freie Kunst in den Dienst der unfreien Kunst, und damit indirekt auch in denjenigen eines ausserästhetischen Zweckes tritt, so hier unmittelbar in den Dienst eines solchen ohne das Mittelglied eines unfreien Kunstwerkes. Wie dort je nach dem Wechsel des Gesichtspunktes die plastischen und malerischen Ornamente als dekorative Bestandteile des unfreien Kunstwerkes oder als freie Kunstwerke aufgefasst werden konnten, so kann hier das freie Kunstwerk je nach dem Wechsel des Gesichtspunktes entweder als Mittel zur Erregung realer Gefühle durch das Bindeglied ästhetischer Scheingefühle oder als ästhetischer Selbstzweck aufgefasst werden.

Der Unterschied liegt aber darin, dass das unfreie Kunstwerk unfrei bleibt auch bei dem höchsten Grade ästhetischer Kulturentwicklung, das freie Kunstwerk aber alle Ketten begriffswidriger Dienstbarkeit zuletzt abschüttelt. In dem unfreien Kunstwerk ist bei dem Wechsel der Gesichtspunkte der dem Kunstwerk als einheitlicher Totalität entsprechende der Gesichtspunkt der Unfreiheit, d. h. der Dienstbarkeit unter einem ausserästhetischen Zweck; der andere Gesichtspunkt der Freiheit

kommt nur dann in Betracht, wenn das Kunstwerk als einheitliche Totalität aus dem Bewusstsein entschwindet und die Aufmerksamkeit sich auf die einer freien Kunst angehörigen Zuthaten im einzelnen richtet. Beim freien Kunstwerk hingegen ist der dem Werke als einheitlichem künstlerischen Organismus entsprechende Gesichtspunkt bereits der der Freiheit und Selbstzwecklichkeit, und dieser Gesichtspunkt bleibt unverändert derselbe, gleichviel ob man die Einzelheiten oder das Ganze betrachtet. Beim unfreien Kunstwerk fällt der Wechsel der Gesichtspunkte noch innerhalb des Kunstwerkes als solchen in den Gegensatz des Ganzen und gewisser Teile; beim freien Kunstwerk hat er mit dem Gegensatz des Ganzen und der Teile nichts zu thun, fällt also nicht mehr ganz innerhalb des Kunstwerks, sondern zur einen Hälfte ausserhalb desselben. Beim unfreien Kunstwerk, das vor allem eine zweckdienliche Realität ist und sein soll, bleibt Unfreiheit das Wesentliche und Freiheit etwas, das nur aus dem Hinübertreten auf den Gesichtspunkt freier Künste hinzukommt; beim freien Kunstwerk bleibt Freiheit das Wesentliche und Unfreiheit etwas, das nur aus einem begriffswidrigen Missbrauch des freien Kunstwerkes entspringt.

Demgemäss bleibt das Bild in Kraft bestehen, dass freie und unfreie Kunst ihrem idealen Inhalt nach betrachtet auf verschiedenem Niveau parallel mit einander fortlaufen, wenngleich ihre beiden Reihen völlig gemischt zu einer zusammenfliessen, wenn unter Absehung von der inhaltlichen Bedeutsamkeit nur die Meisterschaft der Ausführung zum Massstab der Schätzung genommen wird. Die scheinbaren Modifikationen durch abgestufte Freiheit der dekorativen Schönheit in den unfreien Künsten und durch abgestufte Unfreiheit in der Dienstbarkeit der freien Künste zu praktischen Zwecken haben sich als blosser Schein herausgestellt, der aus dem subjektiv willkürlichen Wechsel der Gesichtspunkte entspringt.

Nach dieser Feststellung des Verhältnisses von freien und unfreien Künsten kann es nicht schwer fallen, der Baukunst ihren rechten Platz im System der Künste anzuweisen. Alle

bisherigen Ästhetiker, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, sind darüber einig, dass die Bauwerke Realitäten sind, die als solche wesentlich ausserästhetischen Zwecken dienen. Die übrigen Merkmale des unfreien Kunstwerkes finden sich an ihnen gleichfalls; indess ist dem weniger Gewicht beizumessen, da das vorangestellte Hauptmerkmal zur Charakteristik genügt. Wichtiger ist die Unterscheidung dekorativer und konstruktiver Schönheit und die Anerkennung, dass die konstruktive Schönheit, welche das Grundgerüst bildet und der dekorativen ihren Entfaltungsspielraum anweist, lediglich auf sinnlicher Veranschaulichung der konstruktiven Zweckmässigkeit der Glieder und ihrer Zusammenordnung beruht, also letzten Endes aus dem ausserästhetischen Zwecke entspringt. Über diese Punkte herrscht Einigkeit unter den bisherigen Ästhetikern, und man sollte danach glauben, dass sie auch in der unausweichlichen Konsequenz dieser Voraussetzungen einig sein müssten, d. h. in der Eingliederung der Baukunst unter die unfreien Künste.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Sie sind vielmehr einig darin, die Baukunst, wenigstens in ihren höheren Gestalten, unter die freien Künste zu setzen. Die haltlose Sophistik, durch die sie diese Inkonsequenz zu rechtfertigen suchen, habe ich anderwärts erörtert;*) hier handelt es sich nur darum, das Motiv zu durchschauen, welches sie einmütig zu dieser Inkonsequenz hindrängte. Dieses Motiv lag aber darin, dass sie sämtlich die hohe ästhetische und kulturgeschichtliche Bedeutung der unfreien Künste verkannten, diese in ungerechtfertigter Weise missachteten und herabsetzten und infolge dessen die Baukunst in einer ihrem richtigen Gefühl widerstrebenden Weise herabzuwürdigen fürchteten, wenn sie dieselbe unter die unfreien Künste einreichten.

Nachdem ich die hohe Bedeutung der unfreien Künste nachgewiesen und ihnen die ihnen gebührende Stellung im System der Künste angewiesen hatte,**) fiel für mich der Beweggrund hinweg, der die bisherigen Ästhetiker davon ab-

*) Ästhetik, Bd. I, S. 461—474.

**) Ästhetik, Bd. II, S. 594—624.

gehalten hatte, für die Baukunst die Konsequenz aus den anerkannten Voraussetzungen zu ziehen. Ich habe deshalb, meines Wissens zuerst, die Baukunst unter die unfreien Künste eingereiht, unter denen sie mit ihrer Bearbeitung höherer praktischer Aufgaben ohne Zweifel die oberste Stufe einnimmt. Diese Behauptung, die ebensowohl allen Überlieferungen der Ästhetik wie der öffentlichen Meinung unserer Zeit zuwiderläuft, hat natürlich lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Ich glaube aber nicht, dass man die Folgerichtigkeit der Konsequenzen bestreiten kann, die ich aus den zugestandenen Voraussetzungen gezogen habe. Wer fortfahren will, die Baukunst zu den freien Künsten zu zählen, der wird fortan nicht umhin können, die Richtigkeit der Voraussetzungen zu bestreiten, durch welche dies ausgeschlossen erscheint, d. h. die Voraussetzungen, dass die Bauwerke Realitäten seien, die wesentlich ausserästhetischen Zwecken dienen, und dass ihre massgebende konstruktive Schönheit auf Veranschaulichung dieser Zweckdienlichkeit beruht.

XV. Über Schriftstellerei, Erfolg und Kritik.

Bücher haben ihre Schicksale. Was ihren Absatz hervorbringt, ist nicht die Menge von Rezensionen und Kritiken, welche über dieselben erscheint, nicht Lob noch Tadel der öffentlichen Beurteilungen, nicht die Menge der Anzeigen, welche der Verleger erlässt, nicht die Zahl der Exemplare, in welchen er das Buch versendet, nicht die Teuerkeit oder Wohlfeilheit des Preises im Verhältnis zum Umfang, nicht die Ausstattung, auch nicht die Findigkeit und Rührigkeit der Reklame. Jeder dieser Faktoren kann ein wenig zur Beförderung des Absatzes beitragen, aber nur auf Grund der allein entscheidenden Bedingung des Erfolges: des Weiterempfehlens von Mund zu Mund.

Die Kritik der Fachblätter mag noch einiges Ansehen bei ihrem festen Leserkreise haben; aber der feste Leserkreis der Journale wird selbst immer kleiner, und das Einzelabonnement wird mehr und mehr durch die Teilnahme am Journalzirkel verdrängt, dessen Inhalt kaum noch gelesen, sondern mit skeptischer Miene durchblättert wird. Nur wenn ein bekannter Name einer Beurteilung Gewicht verleiht, hat sie heut noch einige Bedeutung, doch auch hinter solchen Empfehlungen wittert heute das Publikum bereits Kameraderie, Kliquentum und Emporheben von dankbaren Schülern. Auf die Kritik der gewöhnlichen Unterhaltungsblätter, bibliographischen Unternehmungen und Tageszeitungen legt heute kaum noch jemand irgend welchen Wert; man weiss zu gut, dass kaum noch die Stellung der Zeitungsklique zur Klique des Autors, sondern

weit mehr schon diejenige zum Verleger für den Ton der Besprechung massgebend ist, und dass der Umfang derselben durch die Häufigkeit der dem Blatte vom Verleger zugewendeten Annoncen bedingt zu sein pflegt.

Inserate über neuerschienene Bücher lohnen erfahrungsmässig dann am besten, wenn es sich um eine Litteraturgattung handelt, bei der auf Massenabsatz zu rechnen ist. Nur eine Konzentration aller litterarischen Anzeigen Deutschlands auf ein einziges Blatt könnte der jetzigen ruinösen Zerstreuung der Inserate abhelfen; die teuersten Insertionsgebühren in einem solchen einzigen Anzeigeblatt wären immer noch billig und wohlangelegt für die Verleger im Vergleich zu den Summen, welche jetzt das nutzlose Inserieren in einem kleinen Teil der Zeitschriften verschlingt. Es ist aber schwer abzusehen, wie eine solche Konzentration des Inseratenwesens anders durchführbar sein sollte, als vermittelt eines Inseraten-Monopols, für das auch viele andere Gründe sprechen, auf dessen Einführung wir aber vorläufig wenig Aussicht haben.

Die litterarische Reklame kann in Bezug auf diejenigen Reizmittel, welche die Aufmerksamkeit des Lesers zur Lektüre der Anzeige zwingen sollen, ebenso wenig mit der Reklame anderer Geschäftszweige von grösserem Umsatz wetteifern, wie in Bezug auf die Häufigkeit, Zudringlichkeit und Beschlagnahme aller reklamefähigen Orte. Sie kann nur ihre Waare empfehlen, sei es durch Anpreisungen, die der Verleger derselben mitgibt, sei es durch solche, die er bereits erschienenen Besprechungen entlehnt. Beides kann nur als Inhaltsangabe und Charakteristik der neuen Erscheinung für das Publikum in Betracht kommen, nicht als Lob, da das Publikum nicht mit Unrecht annimmt, dass ein Kaufmann seine eigene Waare nicht anders als loben wird, und dass ein grösserer Verleger Gelegenheit genug haben wird, in einigen ihm nahestehenden Blättern rasch einige günstige Besprechungen zu veranlassen. Wo solche Zusammenstellungen von Urteilen durch ihren Umfang und die Menge der gesammelten Stimmen imponieren, da hat man es bereits mit Werken zu thun, die ihren Weg durch

die Kritik gemacht, und in irgend welcher Richtung ihre Bedeutung erhärtet haben. Wo hingegen die gesammelten Urteile durch den Namen der Rezensenten oder das Ansehen der Fachblätter eine Bedeutung haben, wo sie als Kritiken und Charakteristiken einen wissenschaftlichen, ästhetischen und litterarhistorischen Wert besitzen, und wo sie gleichmässig die charakteristischen Stimmen für und wider einschliessen, da hört überhaupt der Begriff der Reklame, mit ihm aber auch die Hoffnung auf Erweiterung des Käufer- und Leserkreises durch solche Mittel auf. Solche Zusammenstellungen haben ihren Wert wesentlich darin, dass sie neuen Rezensenten zur Orientierung dienen, Lesern die Kontrolle des selbstgewonnenen Eindrucks an fremden Urteilen erleichtern, den Klärungsprozess der öffentlichen Meinung über das Buch beschleunigen, und den späteren Litterarhistorikern wertvolles Material in handlicher Form überliefern.

Die Zahl der Exemplare, in denen ein Verleger ein neues Buch an die Sortimentsbuchhandlungen versendet, ist durch die Litteraturgattung, zu welcher dasselbe gehört, ziemlich genau vorgezeichnet und ausserdem mitabhängig von der Nachfrage der Sortimenter. Unverlangte Zusendungen werden entweder im voraus verboten, oder ohne weiteres remittiert, oder doch unaufmerksam bei Seite geschoben. Eine zu starke Versendung erhöht nur die Spesen und vermehrt die Zahl der „Krebse“, die mehr oder minder beschädigt zurückkehren, aber nicht die Absatzziffer. Die Schriftsteller machen sich in der Regel ganz falsche Vorstellungen über das Mass der Förderung, welche ein kundiger und rühriger Verleger einem einzelnen neu bei ihm erscheinenden Buche angedeihen lassen kann. Der Verleger kann, wenn er ungeschäftlich denkt, unverhältnismässig viel Mühe und Geld auf den Vertrieb eines einzelnen neuen Buches verwenden, aber es steht ganz ausser seiner Macht, das Publikum zum Kaufen zu zwingen, wenn es keine Lust hat.

Nach der Stärke des voraussichtlichen Absatzes richtet sich die Höhe der Auflage, nach dieser wiederum der Preis für den Druckbogen. Es kommt wohl vor, dass jemand, ärgerlich

über einen unbillig hohen Preis, von dem Ankauf eines Buches, das er gern besitzen möchte, Abstand nimmt; aber es kommt nicht vor, dass jemand ein Buch, das er eigentlich nicht die Absicht hatte zu besitzen, darum kauft, weil es einen unverhältnismässig niedrigen Preis hat. Es kann sein, dass der Eine es sich zum Grundsatz gemacht hat, keine Bücher zu kaufen, die mehr als drei Mark kosten, der Andere, keine solche, die über sechs Mark kosten; aber beide werden alsdann unterhalb dieser Grenzen ebensowohl Bücher kaufen, die im Verhältnis zu ihrem Umfang und ihrer Ausstattung teuer, als solche die relativ wohlfeil sind. Man hört zwar öfters die Entschuldigung anführen, dass man die und die Bücher nicht kaufen könne, weil sie zu teuer seien; aber diese Entschuldigung ist meistens ein blosser Vorwand. Das geht deutlich daraus hervor, dass diese oder andere Bücher, wenn sie zufällig Mode werden, bereitwillig mit jedem, wenn auch noch so hohem Preise bezahlt werden, dass aber die nicht dem Zwang der Modelektüre unterworfenen Bücher nicht merklich mehr gekauft werden, wenn ihr Preis plötzlich auf die Hälfte oder ein Drittel des üblichen herabgesetzt wird. Die Leute, die vorher den hohen Preis als Vorwand nahmen, greifen dann nach anderen Vorwänden, oder sie verzichten auf eine entschuldigende Begründung, und kaufen doch nicht.

Alle bisher besprochenen Unterstützungsmittel eines buchhändlerischen Erfolges zusammengenommen sind völlig ohnmächtig einen solchen zu erzwingen, und können nicht verhindern, dass das Buch dem durchschnittlichen Schicksal der heute neu erscheinenden wissenschaftlichen Werke und Dichtungen verfällt, nämlich dass durch seine Einnahmen nur ein Teil der Herstellungs- und Vertriebskosten gedeckt wird. Was über das Schicksal eines Buches entscheidet, ist allein die Weiterempfehlung unter der Hand. Es muss etwas in dem Buche enthalten sein, was die ersten Leser so sehr interessiert, dass sie über das Buch mit Wärme oder gar Begeisterung sprechen und dadurch ihre zuhörenden Bekannten veranlassen, dasselbe ebenfalls zu lesen.

Worin solche Anziehungskraft liegt, dürfte schwer zu bestimmen sein. Nur so viel kann man sagen, dass ein übrigens anziehender Inhalt durch eine erschwerende oder abstossende Form seiner Anziehungskraft beraubt wird, und dass die ansprechendste Form ohne einen anziehenden Inhalt ausser Stande ist, solche Wirkung auszuüben. In Bezug auf die Form verlangt aber das Publikum keineswegs Schönheit, sondern nur Bequemlichkeit und Leichtigkeit der Aneignung des Inhalts. In Bezug auf den Inhalt wirkt Wissenschaftlichkeit und Tiefe als erschwerender Umstand, da beide die Bequemlichkeit und Leichtigkeit der Aneignung ganz ähnlich wie eine ungeschickte und abstossende Form beeinträchtigen. Vor Allem aber muss der Inhalt entweder Aktualität, d. h. stoffliche Beziehung auf bestimmte gegenständliche Tagesinteressen der Zeitgeschichte besitzen, oder er muss doch in irgend welcher Weise einer Geistesströmung der Zeit entgegenkommen. Am Auffälligsten wird der Erfolg dann, wenn eine solche Geistesrichtung bisher nicht an der Oberfläche lag, sondern als eine den meisten Augen verborgene und sich selbst unklare oder rätselhafte Unterströmung des Zeitgeistes flutete, und nun durch das ausgesprochene Wort des Rätsels an's Tageslicht gezogen und sich selbst klar gemacht wird. Dabei ist es für den Erfolg ganz gleichgültig, ob solche Strömung gesund oder krankhaft, berechtigt oder unberechtigt, gescheut oder thöricht ist, wenn sie nur stark genug ist, um das Schiffelein des litterarischen Erfolges flott zu machen. Die Unberechenbarkeit der Bücherschicksale liegt gerade darin begründet, dass auch der beste Kenner seiner Zeit nicht im Stande ist, die geistigen Unterströmungen alle zu kennen und ihre Stärke richtig zu schätzen. Was an die Oberfläche gelangt ist, hat auch in der Regel schon seinen ausreichenden litterarischen Ausdruck gefunden, so dass das neu Hinzutretende schon eine beträchtliche Konkurrenz vorfindet.

So überraschend, wie die litterarischen Erfolge auftreten, können sie auch wieder verschwinden, indem bei veränderten Zeitumständen die Strömungen, welche sie getragen hatten, sich

wieder verlieren. Vergebens strengen sich dann Autor und Verleger an, den fliehenden Erfolg beim Schopfe festzuhalten und durch künstliche Nachhilfen neu zu beleben. Das wahrhaft Wertvolle wird durch solche Abkehr des grösseren Publikums nicht entwertet und wird sowohl in den engeren Fachkreisen, wie in der Geschichte seinen Platz behaupten, aber der litterarische Erfolg im buchhändlerischen Sinn ist dahin; ja sogar es kann sich eine Reaktion, eine zeitweilige Unterschätzung des vorher Überschätzten entwickeln, bis dann später die öffentliche Meinung ihr Gleichgewicht wieder gewinnt.

Mir sind speziell drei Beispiele erinnerlich, bei denen Bücher ohne alles Zuthun der litterarischen Kritik bloss durch Empfehlung von Mund zu Mund ihr Glück gemacht haben: Weber's Dreizehnlinden, Stinde's Familie Buchholz und Nordau's Konventionelle Lügen. Bei allen dreien wurde die Kritik erst durch die Reihe von rasch aufeinander folgenden Auflagen veranlasst, sich nachträglich mit den Büchern zu beschäftigen, wobei dann wesentlich nur konstatiert werden konnte, dass dieselben in ihrem inneren Werte hinter den erzielten Erfolgen erheblich zurückstanden. Wenn aber die bescheidene und lebenswürdige Dichtung „Dreizehnlinden“ zu einer Reaktion keinen Anlass gab, so hat solche sich gegen die Buchholzen und Nordau's Schriften in einem Masse eingestellt, dass man nur sagen kann, sie habe diese Erfolge zu ernst und zu wichtig genommen. Aus litterarhistorischem Gesichtspunkt ist es sehr wohl zu verstehen, dass die katholische Familie gern „Dreizehnlinden“ zu Geschenken für ihre jugendlichen Mitglieder wählte, dass das moderne städtische Spiessbürgertum an seinem Konterfei Behagen fand, und dass die ideenlose Schärfe einer übertreibenden, alles zersetzenden sozialen Kritik in weiten Kreisen Anklang fand.

Aus alle dem geht hervor, dass der Erfolg, im Sinne des buchhändlerischen Geschäftserfolges, zwar keineswegs gegen, aber auch nicht für den inneren Wert eines Buches spricht, und dass bei bedeutenden innerem Wert der Erfolg ausbleiben

kann. Die Schriftsteller haben sich daraus die Lehre zu entnehmen, dass sie niemals auf den Erfolg eines Buches rechnen sollten, weil sie von dem inneren Werte desselben überzeugt sind, dass sie sich von dem Ausbleiben des Erfolges in ihrem Glauben an ihren Beruf nicht irre machen und zum Kleinmut niederdrücken zu lassen brauchen, dass sie den etwa eintretenden Erfolg als eine zufällig ihnen in den Schoß gefallene Gabe des Glücks hinnehmen müssen, welche mit dem inneren Wert ihres Buches vielleicht gar nichts zu thun hat, also aus dem Erfolge keinen Rechtstitel zur Überhebung oder gar zum Grössenwahn ziehen dürfen, und dass sie ebenso gleichmütig und ohne an sich selbst irre zu werden, zuschauen müssen, wenn der von unberechenbarem Zufall geschenkte Erfolg von dem wetterwendischen Glück ihnen wieder entzogen wird. Der tiefere Wert, der einem Buche anhaftet, bleibt vom buchhändlerischen Erfolg und Misserfolg unaufgeschlossen und wird ganz unabhängig von diesen Schicksalen des zeitgenössischen Büchermarktes erst im Laufe der Zeit ermittelt und von der Geschichte der wissenschaftlichen und schönen Litteratur festgestellt, freilich auch dann noch nicht ohne gewisse Schwankungen im Laufe der Jahrhunderte.*)

Ein landläufiger Irrtum ist es, dass ein einmal errungener Ruhm den späteren Büchern seines Besitzers als sicherer Geleitbrief des Erfolges dienen könne. Bei andern Völkern mag das bis zu einem gewissen Grade der Fall sein, in Deutschland ist es jedenfalls nicht so. Man sollte glauben, dass jeder Leser, welcher von einem bestimmten Autor durch die Lektüre eines Buches lebhafte Anregung und kräftige Förderung empfangen zu haben fühlt, sich getrieben fühlen müsste, seine Dankeschuld gegen denselben in der einzigen Art und Weise abzutragen, welche ihm offen steht, nämlich dadurch, dass er auch dessen übrige Bücher kauft und liest, so lange bis er sich durch

*) Niemand hat dies deutlicher eingesehen als Schopenhauer, und Niemand hat in seinem praktischen Verhalten dieser Einsicht weniger Rechnung getragen als er.

den Augenschein überzeugt hat, dass der Autor schwächer geworden ist, oder sich selbst wiederholt. Man sollte glauben, dass die litterarische Kritik und die Journalistik es sich zur nationalen Ehrenpflicht machen müsste, jedes neue Werk eines einmal berühmt gewordenen Landsmannes mit Aufmerksamkeit aufzunehmen, mit Achtung und Sorgfalt zu lesen, möglichst bald und ausführlich zu besprechen und auch den wohlerwogenen Tadel und Widerspruch in eine massvolle und persönlich schonende Form zu kleiden. Von alle dem findet bei uns das Gegenteil statt; höchstens diejenigen Dichtungen machen eine Ausnahme, welche auf der Grenze der Unterhaltungslitteratur stehen, die Novellen und kurzen Romane, weil das Unterhaltungsbedürfnis der unbeschäftigten Frauen und Mädchen höherer Stände immer neuen Stoff braucht, um sich vor dem Dämon der Langweile zu retten. Das deutsche Volk kennt jene den übrigen Kulturvölkern geläufige Äusserungsform des Nationalstolzes, welche den Erzeugnissen seiner hervorragenden Geister Beachtung und Pflege angedeihen lässt, nur im Kultus der Todten. Die Lesefaulheit und Kaufunlust der Deutschen ist, wo es sich nicht um Unterhaltung und Zeitvertreib handelt, grösser als man denkt, und es fehlt ihm nicht an Vorwänden, um dieselben vor sich selbst zu bemänteln.

Ein sehr gewöhnlicher Vorwand, mit welchem das Publikum die Lektüre neuer Werke eines bereits anerkannten Autors vor sich selbst entschuldigt, wird aus dem Vorurteil geschöpft, dass in einem Kopf nicht mehr Platz haben könne als in einem Bande, dass ein Autor alles, was er wirklich Neues und Eigentümliches zu sagen gehabt habe, auch in dem einen Buche, das seinem Ruf begründet, erschöpft haben müsse, dass deshalb jeder renommierte Autor von Rechtswegen mit seinem Fahnenwerk zu identifizieren sei, und dass man nicht nötig habe, auch noch seine späteren Werke zu lesen, da dieselben doch nur Nachklänge und nähere Ausführungen enthalten können. Durch dieses Vorurteil wird ein bereits gehabter Erfolg geradezu zum Hindernis neuer Erfolge; es muss erst im Laufe eines oder mehrerer Jahrzehnte ein neues Lesepublikum herangewachsen

sein, welches für neue Werke desselben Autors eine neue Empfänglichkeit mitbringt. Ohne Zweifel sind es üble Erfahrungen an Autoren von geringerer Befähigung, durch welche dieses Vorurteil im Publikum erweckt und genährt worden ist; denn nur zu oft wird von der geistigen Armut, die nichts Neues zu bieten hat, der Versuch gemacht, einen zufälligen Erfolg durch schwächliche Variationen desselben Themas litterarisch zu „fruktifizieren“. Aber das durch solche Erfahrungen misstrauisch gewordene Publikum müsste eben schon bei der Lektüre des Fahnenwerks zwischen verschiedenen Arten der Begabung zu unterscheiden wissen und im Falle des Zweifels die neuen Werke wenigstens zur Ansicht und eignen Prüfung in die Hand nehmen, anstatt sie unbesehen zu ignorieren.

Ein anderer Grund, weshalb bei uns ein Erfolg zum Hindernis neuer Erfolge wird, liegt in dem zahlenmässigen Missverhältnis der Leser und Schriftsteller in Deutschland, infolge dessen ein zu grosser Teil der mit litterarischen Interessen behafteten Leser sich zugleich als Schriftsteller fühlt, d. h. einen erfolgreichen Autor als glücklicheren Konkurrenten betrachtet. Da gerade diejenigen Leser, welche selbst schriftstellerisch thätig gewesen sind, die lebhaftesten Wortführer der öffentlichen Meinung sind, so gewinnt in Deutschland die Gesinnung des Gewerbsneides weit mehr Einfluss auf die öffentliche Meinung als in anderen Ländern. Die angeborene Kritik kommt noch hinzu, mit welcher der deutsche Volkscharakter sich gegen alles Hervorragende kehrt, was von zeitgenössischen Landsleuten geleistet wird. Diese kritische Stimmung welche so leicht in grundlose Opposition und nörgelnde Krittelei ausartet, wird bei neu auftauchenden Schriftstellern noch nicht so sehr gemerkt, weil und so lange dieselben noch nicht den Ruf einer hervorragenden Bedeutung erlangt haben; vielmehr wird sie durch die Entdeckungsfreude und das Selbstgefühl wohlwollender Gönnerschaft hintangehalten. Erst dem fertigen Renommé gegenüber erhebt sich der deutsche Widerspruchsgeist, dem Fahnenwerke gegenüber jedoch vergeblich, so lange die Neugierde des Lesepublikums noch nicht gestillt ist. Für

die Vergeblichkeit dieser Bekämpfung rächt er sich dann doppelt, indem er einerseits nach befriedigter Neugier die Reaktion der Unterschätzung herbeiführen hilft, und andererseits neue Werke desselben Autors, denen der Reiz der Neugier nicht zu Hilfe kommt, missachtend bei Seite schiebt.

Gilt dies schon für die mündliche und private Kritik der Wortführer der öffentlichen Meinung, so gilt es in noch erhöhtem Masse für die öffentliche litterarische Kritik. Dieselbe hat ohne Zweifel das Recht, von demjenigen viel zu fordern, dem viel gegeben ist, und einen um so strengeren Massstab anzulegen, je erprobter die Leistungsfähigkeit ist. Aber nur zu oft setzt sie unter diesem Vorwande die Achtung und das Wohlwollen aus den Augen und bestraft den Erfolg eines früheren Werkes an den späteren derart, dass dieselben den Lesern dieser Kritiken schlechter und wertloser erscheinen müssen als die gleichzeitig mit Wohlwollen oder Gleichgültigkeit beurteilten Bücher ganz unbedeutender Schriftsteller. Niemand mag zu einem bereits fertigen Ruhme noch einen neuen Baustein hinzutragen, während man gern ein neu auftauchendes Talent protegirt. Die neuen Werke werden entweder breit ausgeschrieben, um die Verwerfung möglichst gründlich zu rechtfertigen, oder sie werden kurz abgefertigt oder ganz ignoriert; im ersteren Falle erhält das Publikum, das in seinem Journallesezikel bereits mehrere ausführliche Auszüge und Reproduktionen des Werkes gelesen hat, einen neuen Vorwand, um sich die Lektüre des Buches selbst zu schenken — im letzteren Falle erfährt es nichts von dessen Erscheinen, oder sieht gleichgültig über die Anzeige hinweg. So wird auf alle Fälle der frühere Erfolg zum Hindernis neuer Erfolge, und wo solche doch eintreten, pflegen sie sich zumeist ebenso spontan und unerwartet aus dem Interesse des Lesepublikums und der öffentlichen Meinung heraus zu entwickeln wie der erste.

Es zeigt sich hier abermals, wie irrtümlich es ist, grosse Hoffnungen auf die litterarische Kritik zu setzen, oder derselben grosse Wichtigkeit für die Entwicklung eines Erfolges beizu-

messen. Man kann die litterarische Kritik niemals die Mutter, man kann sie höchstens die Hebamme des Erfolges nennen; aber sie ist noch dazu eine Hebamme, die gewöhnlich zur Entbindung zu spät kommt, bloss noch das Kind zu baden und zu wickeln nötig hat, und dabei häufig noch demselben mehr schadet als nützt. Die Autoren haben trotzdem Recht, wenn sie der Kritik einen gewissen Wert beilegen; aber sie irren sich, wenn sie denselben in der Beförderung des Erfolges suchen. Der Wert der Kritik für den Autor liegt auf einem ganz anderen Gebiete, nämlich darin, dass die Gegenüberstellung und Vergleichung des eigenen Urteils mit den Urteilen Anderer klärend, berichtigend, verschärfend und befestigend auf das erstere wirkt.

Der Schriftsteller verlangt mit Recht darnach, zu wissen, welchen Eindruck Andere von seinem Werk empfangen haben, was an demselben ihnen bedeutend, was unbedeutend, was ihnen gelungen, was verfehlt erscheint; denn er lebt als Mensch unter Menschen und betrachtet die Summe der litterarischen Kritik oder das Gesamtergebnis einer Rezensionscampagne als ein mehr oder minder treues Abbild der Eindrücke, welche die Leser der verschiedensten Standpunkte und Geschmacksrichtungen von seinem Werke empfangen haben und voraussichtlich noch empfangen werden. Kann er gegen alle hier gemachten Ausstellungen sein eigenes Urteil behaupten, so gewinnt dasselbe dadurch einen ganz anderen Grad von Zuversicht; muss er manchen Ausstellungen Recht geben, so hat er durch die Kritik etwas hinzugelernt und kann seine Fehler verbessern, oder doch künftig zu vermeiden bemüht sein. Findet er Missverständnisse, die sich typisch wiederholen, so darf er auf mangelhafte Darstellung seinerseits schliessen und kann nach Verdeutlichung und schärferem Ausdruck streben; sieht er, dass man Motivierungen mangelhaft gefunden hat, so kann er dieselben befestigen und vertiefen, oder einzelne Punkte weiter ausführen. Hat er sich mit Überflüssigem zu breit eingelassen, so kann das Werk durch Kürzungen und Zusammenziehungen nur gewinnen. In allen diesen Punkten kann die Kritik dem Autor

grosse und gute Dienste leisten, gleichviel ob es sich um Dichtungen oder wissenschaftliche Werke handelt, und gleichviel, ob der Gewinn in neuen Auflagen oder neuen Werken zu Tage tritt.

Andererseits kann die Kritik auch dem Autor schaden, nicht nur einem solchen von unsicherem eigenem Urteil, indem sie ihn zu verkehrten Änderungen veranlasst, sondern auch einem in sich gefestigten, indem sie ihn verleitet, seine Zeit mit Antikritik zu vertrödeln, welche fast immer unfruchtbar ist. Wenn schon die Kritik direkt zum Erfolge wenig beitragen kann, so die Antikritik so gut wie gar nichts, es sei denn bei Büchern, welche ohnehin schon der Skandalsucht dienen, wo dann allerdings die Antikritiken der Skandalsucht neue Nahrung geben können. Künstler sollten sich überhaupt niemals und unter keinen Umständen auf Antikritiken einlassen; das Kunstwerk muss aus eigener Machtvollkommenheit wirken, und seine künstlerische Wirkungsfähigkeit ist durch vorausgeschickte oder nachfolgende ästhetische Reflexionen auf keine Weise zu steigern. Der Künstler, der in der glücklichen Lage ist, sein Kunstwerk für seine Künstlerschaft zeugen zu lassen, ist in einem grundsätzlichen Irrtum befangen, wenn er glaubt, durch ästhetische Programme oder Belehrungen oder Streitereien die künstlerische Empfänglichkeit des Publikums irgend wie steigern oder berichtigen zu können. Man kann freilich den Künstler nicht hindern, nebenbei auch noch Kunstschriftsteller, Ästhetiker oder Litterarhistoriker zu sein; aber er sollte beide Seiten seiner Thätigkeit streng auseinander halten und immer dessen eingedenk bleiben, dass die künstlerische Produktivität in ihrer Unmittelbarkeit, Unbefangenheit und Freiheit notwendig eingeengt und geschädigt werden muss, wenn er seine ästhetische Überzeugung auf reflexionsmässige und darum immer mehr oder minder einseitige Grundsätze und Programme verpflichtet. Die Gefahr liegt dann nahe, dass er bei seinen weiteren Produktionen zu immer eigensinnigerer und absichtsvollerer Herausarbeitung dieser abstrakten Grundsätze und Theorien gedrängt wird, anstatt aus der unbewussten

Unmittelbarkeit seines unbefangenen Talents zu schöpfen, dem je nach der Beschaffenheit des Sujets alle Wege und Richtungen zur Auswahl offen stehen sollten.

Der Denker und Forscher ist nicht in so günstiger Lage wie der Dichter und die sonstigen Künstler; er soll die Wahrheit seiner Behauptungen ohnehin vor dem Verstande erweisen, muss sich teilweise durch Kritik und Negation der Vorgänger und älteren Zeitgenossen Raum schaffen für seinen Bau, und kann sich deshalb der Widerlegung von gewichtigen Einwendungen nicht ohne Nachteil für sein Werk unbedingt entziehen. Aber die Erwiderung ist auf wirklich wichtige, grundstürzende und prinzipielle Einwendungen von nicht leicht zu durchschauender Scheinbarkeit zu beschränken, und jeder Versuchung zum Eingehen auf eine nicht wirklich wissenschaftlich fruchtbare Diskussion standhaft aus dem Wege zu gehen. Schon ein Narr kann mehr fragen als zehn Weise beantworten können; wie sollte da nicht ein Autor, und wäre er noch so weise, ausser Stande sein, zu beantworten, was viele Narren fragen und einwenden! Das Publikum interessiert sich niemals für solche Streitigkeiten, es sei denn, so weit sie einen unsachlichen persönlichen Inhalt haben, welcher die Skandalsucht reizt. Selbst die engsten Fachkreise sträuben sich gegen die Lektüre von Antikritiken, die gegen eine schon halb wieder vergessene, und jedenfalls nicht mehr deutlich gegenwärtige Kritik gerichtet sind. Den Verfasser der Kritik überzeugt man selbstverständlich niemals; für diesen also könnte die Antikritik ganz sicher ungeschrieben bleiben. Nur die ganz seltenen Fälle, in welchen ein Anderer über denselben Gegenstand weiter forscht und sich bei der ihm zufällig bekannt gewordenen Diskussion Rats erholt, kann eine Antikritik auch objektiv fruchtbar machen subjektiv fruchtbar dagegen kann sie für die Abklärung und Vertiefung der Gedanken des Autors ebenso gut werden, wenn sie bloss geschrieben, als wenn sie auch noch gedruckt wird. Nur bei Autoren ersten Ranges, bei denen die Nachwelt auf authentische Interpretation und richtiges Verständnis der Hauptwerke grösseren Wert legt, können auch Erläuterungsschriften

apologetischer und antikritischer Natur von Bedeutung werden.

Von der Mitwelt lässt sich nun einmal nichts mit Gewalt erzwingen, weder Aufmerksamkeit und Gehör, noch Verständnis und Fahrenlassen von Missverständnissen, noch auch die Anerkennung des Rechthabens in litterarischen Streitfragen. Wem es nicht passt, eine Wahrheit anzuerkennen, der kann und wird nach einer Reihe der schlagendsten Antikritiken, wenn er überhaupt von deren Veröffentlichung etwas erfahren hat, doch immer noch sagen: „Ja, das bezieht sich doch nur auf die Kritiken der Herren so und so; aber meine Einwendungen“ (die ihm selbst vielleicht sehr unklar sind) „würde der Autor doch nicht widerlegen können!“ Auch in der Wissenschaft gilt ebenso wie in der Kunst der Satz, dass eine gefühlsmässig ablehnende Haltung gegen ein Werk oder einen Standpunkt oder eine Richtung durch keine Vernunftgründe zu überwinden ist, weil die etwa zur Begründung der Ablehnung angegebenen Gründe meist gar nicht die wahren Gründe sind, und weil auch nach ihrer Widerlegung die wahren, unbewussten Gründe in ungeschwächter Kraft fortbestehen und fortwirken. Es wird dann höchstens die ursprüngliche instinktive Abneigung noch durch den Ärger über das wohl gefühlte aber nicht eingestandene Unterliegen im Kampf der ausgesprochenen Gründe verschärft.

Es kommt hinzu, dass die mit Gründen fechtende litterarische Kritik bei wissenschaftlichen Büchern vorzugsweise in den Händen von Fachmännern befindlich ist, welche im Autor einen Konkurrenten im engeren Sinne sehen, und es deshalb darauf anlegen, zu prüfen, ob dessen Werke denn auch wirklich durch ihre wissenschaftlichen oder dichterischen Vorzüge einen Erfolg verdient haben, der den ihrigen überragt. Sind aber, wie dies bei den wissenschaftlichen Fachblättern die Regel ist, die Rezensentenämter in den Händen von Professoren, und ist der Autor nicht ein Kollege, so tritt noch das Überlegenheitsgefühl des zünftig bestellten Gelehrten über den unzünftigen Konkurrenten hinzu. Aber auch gegen Arbeiten von Kollegen fehlt es oft genug nicht an Animosität, wenn derselbe nicht

zu derselben Clique oder wenigstens zu der gleichen Richtung gehört; denn ein Professor ist nach der bekannten Definition „ein Mann, der anderer Meinung ist“. Der akademische Zunftgelehrte ist selten ein formgewandter Schriftsteller; er schreibt entweder gar nicht, oder er beschränkt sich auf akademische Gelegenheits-Abhandlungen und Festschriften, oder er nimmt einen Anlauf zu einem grösseren Werke mit einem „ersten Bande“, der für immer ein Torso bleibt, oder er konzentriert seine ganze Kraft auf ein einziges Buch, das er günstigen Falls im Laufe seines Lebens mehrmals umarbeitet, oder er gelangt, wenn es hoch kommt, dazu, im Laufe eines gewöhnlich recht langen Lebens sogar mehrere Bücher in die Welt zu setzen. Die Koryphäen der letzteren Art sind jedoch in der Regel zu vornehm, um sich noch mit dem Rezensieren neuer Bücher zu befassen, sodass diese Aufgabe wesentlich unproduktiven Köpfen überlassen bleibt. Diese messen dann natürlich die Produktivität Anderer unwillkürlich an ihrer eigenen, und finden dabei jedes über die letztere erheblich hinausgehende Mass von Produktivität „unheimlich“ oder „ungesund“. Da sie sich ein beträchtlich grösseres Mass von Arbeitskraft, von Überblick in der sichtenden Verarbeitung des Materials und von Leichtigkeit und Schnelligkeit in der Darstellung als das ihrige nicht vorstellen können, oder doch nicht gern an dessen Vorhandensein in einem missliebigen Konkurrenten glauben mögen, so ziehen sie es vor, in einer solchen „unheimlichen“ oder „ungesunden“ Produktivität ein sicheres Kennzeichen von dilettantischer Oberflächlichkeit und handwerksmässiger Schnellfabrikation zu sehen und sich in ihrer eigenen Überlegenheit über dieselbe zu sonnen. Sie stimmen dann wohl gelegentlich Klagelieder an über die Abkehr des Publikums von ihrer Wissenschaft, thun aber nichts, um solche Werke, welche im Stande wären, diese Gleichgültigkeit des Publikums zu besiegen, mit ihrer Empfehlung zu beglaubigen*), sondern versteifen sich

*) So hat z. B. die Universitätsphilosophie nach dem Rückgang des Hegelianismus nichts gethan, um in den vierziger und fünfziger Jahren

darauf, dass die Wissenschaft nur in ihren oder ihrer Freunde Werken vertreten sei, und werfen auf die verachteten ungünstigen Konkurrenten obendrein noch ihren Hass, weil sie den Rest von Interesse, den das Publikum für diese Wissenschaft bewahrt hat, noch von diesen Werken auf sich ablenken. Diese Abneigung wirkt dann naturgemäss und unwillkürlich wieder verschärfend auf die Kritik der neuen Werke des Autors, sowohl auf die schriftliche wie auf die mündliche, falls sie es nicht vorziehen, auf eine Frage nach ihrem Urteil mit einer verächtlichen Bemerkung über den „oberflächlichen Dilettanten“ oder auch bloss mit einem vielsagenden spöttischen Achselzucken zu antworten.

Gegen solche übelwollende Kritiker giebt es keine Hilfe. Schreibt ein Autor wenig, so gilt er als ein im Ganzen unproduktiver Kopf, dem nur einmal zufällig ein glücklicher Wurf gelungen; schreibt er viel, so wird er als ein oberflächlicher Vielschreiber beurteilt, dem es nur um geschäftliche Ausbeutung des zufällig einmal erzielten Erfolges zu thun ist. Lässt er die Kritiken unbeantwortet, so wird sein Schweigen als Eingeständnis seines Unrechts und der erfahrenen Widerlegung gedeutet; lässt er sich auf Antikritiken ein, so wird er als rechthaberischer Streithammel getadelt, der durchaus das letzte Wort behalten will, und sich immerfort verteidigt, bloss um neue Bücher zu füllen und sie mit Gewinn auf den Markt zu werfen. Ist er massvoll in dem Umfang seiner Apologetik, so wird ihm vorgeworfen, dass er die wesentlichsten und wichtigsten Entgegnungen geschickt übergangen und sich an leicht zu widerlegende gehalten habe; versucht er, ausführlich und erschöpfend in seiner Rechtfertigung zu sein, so schilt man über unerträgliche Breite und Geschwätzigkeit, welche seine neuesten Veröffentlichungen ungeniessbar mache. Kurz, wem man das

die Werke Schopenhauer's, in den sechziger Jahren den Mikrokosmos Lotze's dem Publikum näher zu bringen, obwohl dies die einzigen Werke waren, welche zu jener Zeit im grösseren Publikum ein philosophisches Interesse wachrufen konnten.

Zugeständnis, dass er Recht habe, nicht gönnen will, der wird es sich nicht erstreiten, noch ertrotzen; er möge es anfangen, wie er es wolle, so macht er es verkehrt in den Augen der Gegner.

Aus diesen Ausführungen folgt, dass es im Grossen und Ganzen aus inneren Gründen ebenso verfehlt ist, sich mit Antikritiken aufzuhalten, wie aus äusseren Gründen; die Sache wird dadurch ebenso wenig gefördert wie der Erfolg. Nur wer unbeschränkte Zeit und grosse Arbeitskraft zur Verfügung hat, und das Bedürfnis fühlt, sich zwischen der Abfassung grösserer Werke an kleineren kritischen und apologetischen Arbeiten gleichsam zu erholen, der mag auch mit Antikritiken sich befassen, wenn er nur von der Einbildung frei bleibt, durch dieselben irgend etwas Greifbares zu erreichen. Er wird immerhin Kommentare zu seinen grösseren Werken liefern, die demjenigen von Nutzen werden können, welche ein eindringendes Verständnis der letzteren anstrebt, und er wird sich selbst in seiner Entwicklung fördern und in seiner Überzeugung befestigen, was ihm für seine künftigen Werke nur dienlich sein kann. Gegen die Kritiken aber, die ihm nicht wichtig genug zur Entgegnung scheinen, soll der Autor die Brust mit dreifachem Erz umpanzert haben; wer diese Gleichgültigkeit und Unempfindlichkeit gegen das Urteil Anderer von Natur nicht besitzt, der möge sich ja nicht durch Ruhmsucht und Durst nach Erfolgen verleiten lassen, als Autor vorzeitig an die Öffentlichkeit zu treten, sondern möge ruhig für sich arbeiten und seine stillen Monologe erst dann veröffentlichen lassen, wenn er sich durch Selbstbeherrschung und Selbsterziehung diese Unempfindlichkeit angeeignet hat.

Die in den Zuständen der Kritik liegenden Übelstände sind nicht zu beseitigen. So lange die Rezensentenämter mit Menschen besetzt sein werden, wird es menschlich darin zugehen; so lange sie vorzugsweise mit zünftigen Fachleuten und Professoren besetzt sind, wird es zünftlerisch und professorlich dabei zugehen. Wer neu an die Aufgabe des Rezensierens herantritt, fasst sie ideal auf; wer aber nicht ganz nach eigner

Neigung die zu beurteilenden Werke auswählen kann, sondern rezensiert, was ihm zur Beurteilung zugeht, der muss notwendig bald ermüden und, wenn er trotz der Ermüdung das Rezensieren fortsetzt, mit seinen Idealen paktieren. Alle Versuche, dem bestehenden Cliquenunwesen zu steuern und unabhängige, nur der Wahrheit und den idealen Interessen dienende kritische Organe zu gründen, scheitern entweder im Versuchsstadium, oder sie fügen zu den bestehenden Cliquen eine neue Clique hinzu; denn die Litteratengruppe, welche sich zur Mitarbeiterschaft an einem solchen Unternehmen zusammengefunden hat, wird, weil sie alle übrigen Cliquen anfeindet, auch ihrerseits von allen angefeindet und dadurch zum cliquenhaften Zusammenhalten selbst wider Willen gezwungen. Nun ist es ja ohne Zweifel auf der einen Seite nützlich, wenn die Nachteile des litterarischen Cliquenwesens durch eine möglichst grosse Zahl divergierender und konkurrierender Cliquen gemildert werden; auf der andern Seite nehmen aber damit auch die Übelstände der litterarischen Zerfahrenheit und Zersplitterung zu, und die Verwirrung der öffentlichen Meinung über litterarische Dinge wird dadurch gesteigert bis zu einem Grade, dass völlige Ratlosigkeit, müde Skepsis und missachtende Gleichgültigkeit gegen alle Kritik immer mehr die Oberhand gewinnt. So wenig ein solcher Zustand, dem wir uns gegenwärtig in bedenklichem Masse genähert haben, für das Publikum dienlich und wünschenswert ist, so kann er doch für die Autoren nur willkommen geheissen werden, da er wohl geeignet ist, denselben die für ihre Thätigkeit unentbehrliche Unempfindlichkeit gegen Kritik zu erleichtern. Auf die Rezensenten zu schelten, ist nachgrade ein veralteter Standpunkt, dessen Äusserungen anzuhören das Publikum müde geworden ist; man sollte endlich sich darein finden lernen, dass in allen Garküchen mit Wasser und altem Fett gekocht wird, und die Rezensenten ruhig in ihrer Weise gewähren lassen. Schaden können sie ohnehin wenig oder gar nicht mehr; dem Autor durch Belehrung nützen aber können die besseren unter ihnen gelegentlich immer noch.

Man wirft hauptsächlich das eine der Kritik vor, dass sie den Talenten den Weg versperre und sie vor ihrer vollen Entfaltung in materieller Not zu Grunde gehen lässt. Diese Ansicht geht von der stillschweigenden Voraussetzung aus, dass es die Kritik sei, welche den Erfolg mache oder zu verhindern vermöge. Diese Voraussetzung ist aber, wie wir schon oben sahen, entschieden irrtümlich. Die Kritik kann höchstens einen bereits im Gang befindlichen Erfolg verstärken oder im Tempo beschleunigen, aber nicht hervorbringen, und noch weniger ist sie im Stande, einen ohne ihr Zuthun sich vollziehenden Erfolg zu verhindern. Wenn ein Buch in der Zeit seines Erscheinens die Bedingungen des Erfolges nicht vorfindet, später aber durch den Eintritt dieser Bedingungen zu einem verspäteten Erfolge emporgetragen wird, so ist es ganz unbillig, das Ausbleiben eines sofortigen Erfolges der Kritik als eine Schuld auf's Kerbholz zu schneiden, oder den nachträglichen Erfolg aus einer späteren Nachholung der anfänglich von der Kritik versäumten Pflichten abzuleiten. Man schreibt damit im ersteren Falle der Kritik eine Macht zu, die sie gar nicht besitzt, und thut ihr im letzteren Falle eine Ehre an, die ihr nicht gebührt. Es ist nicht sowohl der Verstand als vielmehr die Eitelkeit der Autoren, welche in ihrem Durst nach Anerkennung und Lob und in ihrer Empfindlichkeit gegen Zurücksetzung und Tadel immer von Neuem der Kritik eine Bedeutung einräumt, gegen welche alle Erfahrungen sprechen.

Die Thatsache, dass viele Talente, die zu Grossem berufen zu sein scheinen, in materieller Not vorzeitig verkümmern, ist ja leider unbestreitbar; aber daran ist nicht die Kritik schuld, sondern der Mangel eines mit dem Talent gepaarten Charakters. So lange die Welt steht, hat die Bethätigung als produktiver Autor, sei es als Dichter, Denker oder Forscher, nicht ausgereicht, um eine materielle Existenz in einigermaßen auskömmlicher Weise zu begründen. Paulus war Teppichwirker, Jakob Böhme Schuhmacher, Spinoza Brillenschleifer, Rousseau Notenschreiber, Lessing, Goethe, Grabbe, Hoffmann, Grillparzer, Chamisso Beamte, Klinger Offizier, Shakespeare, Iffland, Benedix

Schauspieler, Schiller, Uhland, Rückert Universitätsprofessoren, Fitger Maler, Richard Wagner Kapellmeister, Freiligrat, Roeber Kaufleute u. s. w. Alle diese Talente wären wahrscheinlich verkümmert, wenn sie sich darauf versteift hätten, keinen andern Beruf ausfüllen zu wollen, als die schriftstellerische Thätigkeit, zu welcher ihr Talent sie hindrängte. Alle haben sich die ausserhalb ihres Talents liegende Berufsthätigkeit mit schwerem Herzen abringen müssen; aber sie hatten Charakter genug, um der Möglichkeit einer Ausübung ihrer Talente das Opfer zu bringen, dass sie sich durch eine ihrer Neigung teilweise widerstrebende Berufsthätigkeit die materielle Basis der bürgerlichen Existenz sicherten. An dieser charaktervollen Selbstüberwindung fehlt es vielen Neueren, und sie lieben es dann, die natürlichen üblen Folgen ihrer Unfähigkeit zur Einfügung in die gegebene Welt von sich abzuwälzen und die Unfähigkeit oder Böswilligkeit der Kritik für dieselben verantwortlich zu machen.

Die Thatsache, dass man bei der ausschliesslichen Produktion epochemachender Werke in der Jugend verhungern muss und höchstens im Alter zu leben hat, liegt klar vor jedermanns Augen, der sehen will; wer sich weigert, daraus die Folgerung zu ziehen, dass man zunächst durch einen anderweitigen Beruf seine Existenz sichern muss, der hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er bei dem gegen die Wand-Rennen sich den Kopf einstösst. Wer nicht soviel Charakter besitzt, um sich eine ihm gleichgültige Erwerbsthätigkeit als Unterbau für seine Talentausübung abzurufen, der kann sich noch weit weniger das viel höhere Mass von Charakter zutrauen, welches dazu erforderlich ist, um in einer durch keinen äusseren Zwang eingeengten Produktivität nicht zu verbummeln und zu verlottern. Selbst wer die Mittel zu sorgenfreiem Leben besitzt, prüfe wohl seinen Charakter, ob er auch Festigkeit genug hat, um stetig und unbeirrt sich ernster selbstgewählter Arbeit hinzugeben, und stelle sich andernfalls lieber unter die Zucht einer äusserlich aufgenötigten Berufsthätigkeit, um nur an Arbeit gewöhnt zu bleiben; er wird voraussichtlich in den Mussestunden

seines Berufs seinem Talent wertvollere Leistungen entlocken als in der Zuchtlosigkeit eines beruflosen Lebens. So segensreich auch sonst Stiftungen wie die Schiller-Stiftung wirken mögen, so liegt doch in ihrem Bestehen und ihrer weiteren Entwicklung die nicht zu unterschätzende Gefahr, dass die heilsame Abschreckung des drohenden Hungergespenskes für junge Talente abgeschwächt wird, welche noch schwanken, ob sie ihre materielle Existenz ihrem Talent allein anvertrauen sollen.

In neuerer Zeit hat sich diese einfache Alternative durch die Entwicklung der Journalistik einigermaßen verschleiert, insofern man sowohl die handwerksmässige Journalistik und Bücherfabrikation als auch die litterarische Produktivität in irreleitender und verwirrender Weise mit dem gleichen Namen „Schriftstellerei“ bezeichnet. Wer sich durch Neigung und Talent zur produktiven Thätigkeit hingezogen fühlt, der hat jetzt eine scheinbare Entschuldigung vor sich selbst, wenn er nicht in irgend einen ferner liegenden Beruf eintritt, sondern die Journalistik als Mittel des Lebensunterhaltes ergreift, in dem Glauben, damit ja eben noch innerhalb des Schriftstellerberufes zu verbleiben. Nun ist ja gewiss die Journalistik ein Beruf so gut wie jeder andere, wenn auch die ihr anhaftende spezielle Berufsmoral bedenklichere Seiten hat als die Berufsmoral der meisten anderen Erwerbszweige; es ist ein Beruf, der seinen Mann ernährt, und zwar um so besser, je weniger skrupulös derselbe in der Auslegung der Berufsmoral ist. Auch ist es ein Beruf, der mit manchen Elementen, die nicht jedem genehm sind, in kollegialische Berührung führt, und der teils wegen der ihm anhaftenden Berufsmoral und teils wegen der geringeren Bildung vieler seiner Vertreter nach aussen nicht grade ein unzweifelhaftes Ansehen genießt. Es ist endlich ein anstrengender Beruf, der nicht einmal den Vorzug hat, sich an Solidität der materiellen Erfolge mit kaufmännischen Geschäften oder ehrsamem Handwerken messen zu können. Mancher Vater wird seinem Sohn den Rat geben, lieber Schriftsetzer als Schriftsteller zu werden, und einige sind soweit gegangen,

dass sie die Schriftstellerei in diesem Sinne für die schlechteste Art erklären, sich vor dem Verhungern zu schützen. Indessen das sind Übertreibungen. Der gewandte und fleissige Einzelne kann sich schon auf die Feder stützen und, wenn er Glück hat, auch wohl voran kommen; der Schriftstellerstand aber strebt mit Erfolg nach einer Konsolidierung seiner Existenzbedingungen.

Man könnte also sagen: die Schriftstellerei sei als Handwerk nicht schlechter als jedes andre, um sein Brot damit zu verdienen, und deshalb könne es dem produktiven Talent nahe liegen, sich seinen Unterhalt gerade durch dieses Handwerk zu verdienen. Dagegen ist indessen zweierlei einzuwenden. Erstens wirkt die Berufsmoral der Journalistik ungünstig auf die originelle Individualität, welche durchaus nur den Antrieben des eigenen Talents gehorchen soll, und lehrt dieselbe durch Gewöhnung, sich vor allerlei Rücksichten zu beugen und allerlei unsachlichen Ansprüchen anzubequemen. Zweitens aber sind es wesentlich dieselben Hirnteile, welche durch die gewerbmässige Schriftstellerei und durch die litterarische Produktivität angestrengt, ermüdet und abgenutzt werden; das Talent schleift also die Werkzeuge seines freien Schaffens ab und verurteilt sich zu vorzeitigem Erlahmen seiner Produktivität, wenn es für seinen Unterhalt unter allen Handwerken gerade dasjenige der Schriftstellerei auswählt. Je mechanischer und je weniger anstrengend für den Geist die Erwerbsthätigkeit ist, desto sparsamer und heilsamer für das Talent; ist das Handwerk aber ebenfalls geistiger Art, dann ist es um so vorteilhafter, je weiter die Art seiner Thätigkeit von derjenigen des Talents abliegt. Ein Dichter wird also in der mechanischen Thätigkeit eines Bureaus oder Kontors relativ am besten aufgehoben sein; ein Denker aber kann nichts Besseres thun, als ein Handwerk im eigentlichen Sinne zu treiben, etwa als Kunstschlosser, Kunsttischler, Mechaniker, Musterzeichner, Dekorateur u. s. w.

Diese Ansichten dürften der Mehrzahl der Heutigen so paradox erscheinen, dass es nicht schaden kann, auf ein paar übereinstimmende Äusserungen hinzuweisen, welche schon

Friedrich Roeber zustimmend zusammengestellt hat. *) Freiligrat schrieb im Jahre 1846 an Schücking: „Louis Blanc in seinem Büchlein von der Organisation der Arbeit hat vollkommen recht: Der wohlhabende Autor widme sich nur dem Kultus des Gedankens — er kann es. Der Arme aber schaffe sich sein täglich Brot durch irgend ein unbescholten praktisch Gewerbe und überlasse sich nur in seinen Weihestunden dem Höheren, zu dem er eigentlich berufen ist. So Rousseau, so Beranger. — Mögen sie sich zusammenthun zum Trinken und Toastieren, das geht schon an, aber weiter bringen sie es auch nicht. Überhaupt der Genius ist immer einsam gewesen. Einsam schafft er und bringt das Geschlecht durch Einen Gedankenblitz weiter, als Millionen raisonnierender, brüderlich mit einander faselnder Hohlköpfe.“ Und Chamisso ruft in seinem Gedicht „Nachhall“ dem Dichter zu:

Ernähret euch von ehrlichem Erwerb!
Esst euer Brot, das ist des Menschen Loos,
In eures Angesichtes Schweiss! Dem Tage
Gehöret seine Plage: spaltet Holz,
Karret Steine, wenn die Not es von euch heischt!
Wenn aber schlägt die Feierabendstunde,
Und in des Himmels Räumen sich entzündet
Das Licht der Sterne, dann, Geweihte, schüttelt
Von euch die Sorgen! Frei erhebt das Haupt,
Und frei belebt die heil'ge Nacht mit Tönen!

Wenn solchen Ansichten mehr nachgelebt würde, so würde sich allerdings die Summe dessen, was in einem Jahre für die Veröffentlichung zusammengeschrieben wird, erheblich verringern; aber wer möchte bei den heutigen Litteraturzuständen die Behauptung bekämpfen, dass eine solche Verringerung ein entschiedener Gewinn wäre? Auch unsere produktivsten Talente, wenn sie sich einmal entschlossen haben, von der Feder zu leben, werden durch das Bedürfnis des Verdienens zu einer Überproduktion verleitet, welche den Wert jeder einzelnen

*) Litteratur und Kunst im Wupperthale, Iserlohn 1886, S. 113 bis 115.

Produktion ungünstig beeinflusst. Wenn solche Autoren sich versucht fühlen, der Kritik mehr Bedeutung beizumessen, als sie verdient, so ist es grossenteils deshalb, weil das Mass ihres schriftstellerischen Kredits und mit ihm die Höhe der Honorare für künftige Werke von derselben mitbestimmt zu werden scheint. Es mischt sich dann also eine mehr oder weniger blinde Eitelkeit, Empfindlichkeit und Beifallssucht mit geschäftlichen Interessen des schriftstellerischen Erwerbs, und wenn die Eitelkeit allein nicht vermöchte, den Autor zu Konzessionen an den Geschmack des Publikums zu bewegen, so bringt der hinzukommende Antrieb des geschäftlichen Interesses dies zu Stande. Nun sind zwar die vorübergehenden äusseren Erfolge durch Rücksichtnahme auf den Geschmack und die litterarischen Bedürfnisse der Zeitgenossen zu erringen; die dauernden, nachhaltigen und grossen Erfolge von innerem Wert aber fallen immer nur demjenigen zu, der unbekümmert um jeden äusseren Erfolg den Mut hat, die öffentliche Meinung seiner Zeit zu verachten und ihren Vorurteilen vor den Kopf zu stossen. Eine derartige Selbständigkeit ist aber nur von einem solchen zu erwarten, dessen wirtschaftliche Existenz von dem äusseren Erfolge seiner Bestrebungen unabhängig ist. Soll also das Talent oder Genie vor dem Paktieren mit dem Zeitgeschmack und den Vorurteilen des Tages geschützt und zur unbeirrten Produktion origineller Werke befähigt bleiben, so muss es sich vor allen Dingen vor den Versuchungen schützen, welche aus der Verquickung von Eitelkeit und geschäftlichen Interessen fast notwendig erwachsen. Wie es sich in der Stille bilden muss, so muss es einsam, d. h. nur aus sich heraus, schaffen, und zu dem Zweck sich vor allen Dingen eine von allem Tageserfolg unabhängige Existenz gründen, wenn ihm das Glück nicht schon eine solche in den Schoss geworfen hat.

In solcher Lage kann man aber auch von dem Talente fordern, dass es sein Licht nicht unter den Scheffel stelle, sondern mit dem geliehenen Pfunde wuchere, nicht hastig oder überanstrengt, sondern ruhig und stetig und gleichmässig. Man darf von ihm verlangen, dass es sein Bestes der Welt nicht

entziehe, unter dem Vorwand, dass die Welt doch keine Anerkennung dafür habe, und ihm keinen Lohn oder Gewinn zu Teil werden lasse. Beides ist ein kleinlicher, des Talents unwürdiger Standpunkt. Es ist nicht nötig, dass jede Zeile noch nass, wie sie vom Schreibpult kommt, gedruckt werde; denn die Eitelkeit der Ungeduld soll dem wahren Talent ebenso fremd sein wie die Eitelkeit der Ruhmsucht oder die geschäftliche Gewinnsucht. Es kommt nicht darauf an, ob eine Leistung zehn Jahre früher oder später an die Öffentlichkeit gelangt, aber es kommt darauf an, dass der wirklich Berufene seine Leistungen der Öffentlichkeit nicht dauernd vorenthält und spätestens nach seinem Tode für Veröffentlichung nach Kräften Sorge trägt. Kleinlich aber ist es, wenn ein bereits erprobtes Talent sich bloss durch Empfindlichkeit über kränkende Misserfolge bestimmen lässt, alle weiteren Veröffentlichungen bei seinen Lebzeiten aufzugeben und dem Zufall nach seinem Tode zu überlassen; noch kleinlicher, wenn das blosse Ausbleiben des von früheren Werken erwarteten Ruhmes und Gewinnes den Autor zum schmollenden Schweigen bringt, obwohl ihn äusserlich nichts hindern würde, mit immer neuen Werken hervorzutreten.

Es schleicht sich bei solchen Erwägungen über Misserfolg oder mangelnden Erfolg sehr oft ein ganz unbegründeter Respekt vor Absatzziffern und todtten Zahlen ein, der durchaus verkennt, um was es sich eigentlich bei dem Fruchttragen eines Talents handelt. Grade das Höchste und Tiefste in der Welt muss notwendig auf die kleinste Zahl von Verstehenden und Geniessenden rechnen, und wenn sich eine grössere Zahl darum schaart, so kann man sicher sein, dass es Nebensachen sind, welche dieselbe anlocken und fesseln. Die vornehmsten, erhabensten und tiefsten Dichtungen werden unter den Zeitgenossen immer nur eine beschränkte Würdigung finden können und auch von vielen hervorragenden Beurteilern völlig verkannt werden; es wäre aber ganz thöricht, sie deshalb der Mitwelt vorzuenthalten. In der Wissenschaft giebt es Werke von höchstem Werte, die im günstigsten Falle von einem Dutzend Lesern

einigermassen verstanden werden, wenn sie auch von einer grösseren Zahl gekauft und gelesen werden. Wenn es einem solchen Autor nur um das innerliche Fruchttragen seiner Leistung zu thun ist, so kann er zufrieden sein, dass sein Buch dieses Dutzend Leser findet, in welchen seine Gedankenkeime auf fruchtbares Erdreich fallen und weiterwuchern; es kann ihm aber aus inneren Gründen ganz gleichgültig sein, ob ausser diesem Dutzend auserwählter Leser noch 100 oder 1000 oder 10 000 weitere unberufene Leser das Buch zur Hand nehmen oder gar kaufen. Ein wesentliches Interesse kann der Autor an der absoluten Käuferzahl nur aus zwei Rücksichten nehmen, erstens, damit die Kosten der Herstellung gedeckt und ihm nicht bei künftigen Veröffentlichungen gar noch pekuniäre Opfer zugemutet werden, und zweitens, damit das Buch mehr Aussicht und Sicherheit gewinnt, auch wirklich in die Hände jenes Dutzend von Lesern zu gelangen, für die es eigentlich allein verfasst ist. Es ist eine Ehrenpflicht der wirklichen Talente, sich nicht von einem kleinlichen Missmut über erfolglose Konkurrenz niederdrücken zu lassen, sondern ruhig weiter zu arbeiten und weiter zu veröffentlichen, damit nicht der litterarische Markt ausschliesslich den vordringlichen Schreibern und geriebenen Spekulanten auf den Zeitgeschmack eingeräumt werde, die ohnehin schon auf demselben in der Überzahl sind und die Herrschaft führen.

XVI. Das Philosophiestudium durch Lektüre.

Es ist kein allzu hoher Prozentsatz der Menschen, der philosophisches Bedürfnis und entsprechende Veranlagung besitzt; aber auch bei einem recht kleinen Prozentsatz kommt deren doch eine recht ansehnliche absolute Zahl in einem Kulturlande wie Deutschland heraus. Nicht nur die studierende Jugend weist solche Geister auf, die nach einer zusammenhängenden Weltanschauung hungern und dürsten, sondern auch andere Berufsarten und reifere Lebensalter bergen eine Menge solcher Weisheitsliebhaber in sich, welche Verlangen danach tragen, ihre oft spät errungene Musse zur Befriedigung ihres philosophischen Bedürfnisses anzuwenden. Da steht denn ein solcher Adept gar oft hilflos vor der schwierigen Frage, wie er es anzufangen habe, den rechten Zugang zum Tempel der Wissenschaft zu finden; und nicht jeder wird das Glück haben, einen wohlberatenen Ratgeber zu finden, der ihm die Qual der Wahl auf die richtige Weise erleichtert und ihn vor Missgriffen und abschreckenden Enttäuschungen schützt. Und wahrlich ist das Ratgeben in solchem Falle keine leichte Sache, und am wenigsten lässt sich eine für alle Fälle zutreffende Anweisung geben, da viel auf die individuellen Neigungen, die sonstigen Berufsinteressen, auch auf die Vorbildung und geistige Veranlagung des Belehrung Suchenden ankommt. Aber es lassen sich doch mehr oder minder allgemeingültige Warnungen vor den zu vermeidenden Abwegen und einige leitende Ge-

sichtspunkte für die positive Regelung des Studienganges aufstellen, mit denen schon viel gewonnen ist. Freilich nicht in zwei Worten lässt sich dem Rat Heischenden Aufschluss geben; deshalb will ich in dem Nachfolgenden versuchen, solche oft an mich herangetretenen Fragen einmal, so gut ich vermag, im Zusammenhange zu beantworten.

Vorausgesetzt ist von vornherein, dass der Belehrung Suchende bereits die Reife des Charakters und den Ernst des Bildungsstrebens besitzt, um ein umfangreicheres wissenschaftliches Werk im einsamen Studierzimmer mit Verständnis und Ausdauer lesen zu können. Wem dies noch schwer fällt, der wird ohne Zweifel besser thun, dem Philosophiestudium fern zu bleiben, wenn dasselbe nicht etwa für die abzulegenden Berufsprüfungen vorgeschrieben ist. Es kann sich hier also nicht darum handeln, wie die Unbequemlichkeiten einer anhaltenden wissenschaftlichen Lektüre zu umgehen seien, sondern nur darum, welche Art von Lektüre die geeignetste zur Einführung in das Gebiet sei.

Da haben wir denn zunächst festzustellen, dass diejenigen Gegenstände, auf welche sich vorzugsweise die Staatsprüfungen richten, leicht abschreckend wirken können und verhältnismässig wenig philosophische Bildung vermitteln*). Was das philosophische Bedürfnis zu seiner Befriedigung sucht, ist eine zusammenhängende Weltanschauung, in welcher die höchsten und schwierigsten Probleme nicht nur berührt, sondern auch in irgend welcher Art beantwortet oder doch geklärt und der Lösung näher gerückt werden. Die Logik vor allem ist ein trauriger Rest unserer mittelalterlichen scholastischen Vergangenheit, dessen formalistische Unfruchtbarkeit jeden Jünger abschrecken muss. Erträglich wird sie nur, wenn ihr Name dazu benutzt wird, um entweder, wie bei Hegel, Ontologie und Metaphysik, oder, wie in neuerer Zeit nicht selten vorkommt,

*) Über den nachteiligen Einfluss der Staatsprüfungen auf das Studium der Philosophie vgl. meine „Modernen Probleme“. 2. Aufl. Leipzig 1888, Nr. IX.

Erkenntnistheorie und Methodologie zu treiben; dann soll man aber die irreleitende überkommene Bezeichnung auch endlich wegwerfen, welche doch immer wieder dazu verführt, die Lehre von den Urteils- und Schlussformen einen ganz unverhältnismässigen Wert beizulegen, um sich auf ihrer dünnen Haide in ermüdender Weitschweifigkeit zu ergehen.

Die Psychologie, wie sie bisher behandelt ist, stellt sich teils als eine Kette von Trivialitäten dar, teils, namentlich in der Herbart'schen Schule, als ein Gewebe ausgeklügelter Spitzfindigkeiten aus völlig willkürlichen und unfruchtbaren Gesichtspunkten. Einen mehr wissenschaftlichen Charakter haben die neueren Studien über die physiologischen Grundlagen der psychologischen Prozesse, welche in der Regel als physiologische Psychologie bezeichnet werden; diese bilden eine sehr wertvolle und in vieler Hinsicht unentbehrliche Hilfswissenschaft der Psychologie, stehen aber eben darum an und für sich noch ausserhalb der Philosophie. Die wirklich wertvollen psychologischen Kenntnisse unserer Zeit findet man zerstreut in Zoologie, Biologie, Psychiatrie, Lehre vom Somnambulismus, urgeschichtlicher Anthropologie, Ethnologie, Kulturgeschichte, vergleichender Rechts- und Sprachwissenschaft, Erkenntnistheorie, Ethik, Ästhetik, Religionsphilosophie und Metaphysik. Es kann nur oberflächlich machen, wenn von alledem ein wenig Schaum abgeschöpft, zusammengerührt und dem Neuling unter dem Titel „Psychologie“ dargeboten wird.

Schlimmer aber noch als mit Logik und Psychologie steht es mit dem dritten Gegenstande, mit der allgemeinen Übersicht über die Geschichte der Philosophie, welche in dem letzten Menschenalter mehr und mehr die beiden anderen verdrängt und zum eigentlichen Hauptgegenstand des Philosophiestudiums an vielen Universitäten geworden ist. Wehe dem Weisheitsdurstigen, der, um zu erfahren, was die Welt unter Philosophie versteht, nach einem „Grundriss der Geschichte der Philosophie“ greift und aus ihm die Quintessenz der Weisheit aller bisherigen Geschlechter sich anzueignen sucht! Es wird ihm zu Mute sein, wie einem Ausgehungerten, der nach

einem ordentlichen Stück Rindsbraten Verlangen trägt und ein Miniaturbüchsen voll Liebichschen Fleischextraktes vorgesetzt bekommt; oder wie einem Kranken, der Heilung suchend in eine Apotheke tritt und sich mit dem Anblick der Aufschriften all der verschlossenen Schübe, Kästchen, Büchsen und Gläser begnügen soll, zu deren Inhalt ihm der Schlüssel fehlt. Je kürzer gefasst der Grundriss oder Leitfaden ist, desto unsinniger und verrückter müssen ihm die aufgezählten Spitzen der verschiedenen Gedankensysteme vorkommen, deren breiterer Unterbau ihm verborgen bleibt; je ausführlicher dagegen die Darstellung ist, desto eher wird ihm hier und da eine Ahnung davon aufgehen, dass hinter all den paradoxen Resultaten doch wohl philosophisches Denken stecken könne, wenn er es auch nicht begreifen kann, wie die Leute auf solche sonderbare Gedankenwege gerieten. Wenn er aber mit der Lektüre selbst eines mehrbändigen Grundrisses zu Ende gelangt ist, so wird ihm von alledem so dumm, als ging' ihm ein Mühlrad im Kopfe herum; er erstickt förmlich unter der Masse der verschiedenartigen Denkergebnisse, von denen er keines kontrollieren und mit innerem Verständnis reproduzieren kann.

Fragt er sich, was er für sein philosophisches Bedürfnis gewonnen hat, so ist das direkte Resultat so gut wie nichts; indirekt aber ist es das negative, dass er auf eine lange verlorene Zeit und Mühe zurückblickt, dass er sich den Kopf mit unverdaulichem und unverdaulichem Ballast vollgepfropft und verwirrt hat und sehr häufig von seiner Neigung für Philosophie gründlich geheilt ist. Muss er eine Prüfung in dem Gegenstande ablegen, so geht er nun an's Einpauken, d. h. an das mechanische Auswendiglernen unverstandener Antworten auf bestimmte Prüfungsfragen; die Folge für's Leben ist dann, dass er sich entweder mit dem überstandenen philosophischen Studium brüstet, ohne eine Ahnung von philosophischem Denken zu haben, oder dass er aus seiner Nichtachtung und seinem Abscheu gegen den „Unsinn der Philosophie“ kein Hehl macht. Auch die besten Grundrisse der Geschichte der Philosophie können an diesem Ergebnis nichts ändern; sie werden so wenig

jemals den Geschmack an der Philosophie fördern, wie ein Leitfaden der Weltgeschichte den Geschmack an historischen Studien. So unentbehrlich zusammenfassende Leitfäden als Wegweiser in bibliographischer und anderer Hinsicht sind, so wertvoll sie für die Wiederholung einer ausführlich durchgearbeiteten Geschichtsperiode sind, so ungeeignet sind sie zur selbständigen Lektüre. Dabei hat der trockene Geschichtsleitfaden noch den Vorteil, dass er Thatsachen berichtet, die, wenn auch in ihrem pragmatischen Zusammenhange unverständlich, doch in ihrer nackten Thatsächlichkeit dem Verständnis keine Schwierigkeit bereiten, während der ebenso trockene Grundriss der Geschichte der Philosophie thatsächliche Mitteilungen zusammenreihet, die so lange unverständlich bleiben und grossenteils den Köpfen Verrückter entsprossen scheinen, als sie wie Früchte unbekannter Herkunft von den Gedankenbäumen abgelöst sind, auf denen sie einst wuchsen.

Nun giebt es aber keine Philosophie, die nicht der Geschichte angehörte; wenn man also Philosophie kennen lernen will, so ist das in der That gar nicht anders möglich, als dadurch, dass man in irgend welcher Weise Geschichte der Philosophie treibt. Der Fehler der heute üblichsten Einführung in die Philosophie liegt also nicht darin, dass man mit der Geschichte der Philosophie anfängt, sondern nur darin, dass man mit einer oberflächlichen gedrängten Übersicht des ganzen Entwicklungsganges beginnt, anstatt zunächst einen Teil derselben dem gründlicheren Verständnis näher zu rücken. Es kommt noch hinzu, dass unter der Bezeichnung „Geschichte der Philosophie“ in den Grundrissen und Leitfäden meistens nur oder doch vorzugsweise Geschichte der Metaphysik behandelt wird, und dass die Metaphysik eines jeden Systems in der Regel nur zu verstehen ist im Zusammenhange und in der Wechselwirkung mit dessen Erkenntnistheorie, Naturphilosophie, Ethik, Ästhetik und Religionsphilosophie. Wenn man also unter dem Titel einer allgemeinen Geschichte der Philosophie in den Grundrissen derselben in der Hauptsache doch nur die Geschichte einer, und zwar der wichtigsten wenn auch schwer

verständlichsten Spezialdisziplin erhält, so kann man auch gleich mit der Geschichte einer anderen leichter verständlichen Spezialdisziplin z. B. der Rechtsphilosophie, Ethik, oder Ästhetik beginnen. Dieses Verfahren hat ohne Zweifel grosse Vorzüge, und es ist Juristen, Theologen, Kunsthistorikern, Kunstkritikern oder Künstlern, welche nur den ihrem Fache benachbarten Zweig der Philosophie als Hilfswissenschaft kennen lernen wollen, aber kein allgemeines und tieferes philosophisches Interesse haben, nur zu empfehlen. Es wird dadurch eine in ihrer Art ziemlich gründliche, wenn auch einseitige philosophische Schulung erzielt, und es ist entschieden ratsamer, sich unter Verzicht auf Metaphysik mit einer solchen Spezialdisziplin zu begnügen, als hinterher noch die allgemeine Geschichte der Philosophie oberflächlich zu durchheilen und dann mit einer doch nicht vorhandenen Bildung in systematischer Philosophie zu prunken.

Wer aber auf dem Wege der Geschichte der Spezialdisziplinen Philosophie studieren wollte, der dürfte sich nicht mit einer oder zwei solchen Disziplinen begnügen, sondern müsste mindestens alle wichtigeren derselben durcharbeiten, um dann schliesslich doch zur Geschichte der Metaphysik als der Krönung des Gebäudes zurückzukehren. Sehen wir nun davon ab, dass wir bis jetzt noch keine zu solchem Zwecke geeignete Werke über Geschichte der Erkenntnistheorie und der Naturphilosophie besitzen, so würde doch die Durcharbeitung aller Disziplinen der Philosophie, welche einerseits das Verständnis in mancher Hinsicht erleichtert, es auch wieder in anderer Hinsicht erschweren. Denn zahlreiche Wiederholungen sind bei solchem Verfahren unvermeidlich, und nirgends wird ein zusammenhängendes Bild eines einheitlichen philosophischen Systems gewonnen, es sei denn, dass der Leser sich schliesslich selbst ein solches aus den sämtlichen erzielten Einzelresultaten zusammensetzt. Thatsächlich gehören aber die allermeisten geschichtlichen Stufen in der Entwicklung der Spezialdisziplinen als organische Glieder einheitlichen philosophischen Systemen an und sind nur aus deren Zusammenhang

gewaltsam losgerissen. Es muss deshalb schliesslich doch rationeller scheinen, diese systematischen Einheiten ungestört zu lassen, d. h. die Geschichte der Philosophie so zu behandeln, dass die Weltanschauung eines jeden Denkers im Zusammenhange ihrer Glieder dargestellt und aufgefasst wird. Rechnet man, dass für die Geschichte einer jeden Spezialdisziplin bei einer gründlichen Behandlung ein bis drei Bände erforderlich sind, so ergibt sich ohnehin eine so grosse Zahl von Bänden dass in diesem Umfange auch ebenso gut eine zusammenhängende allgemeine Geschichte der Philosophie möglich ist.

Ein einziges Werk, das in diesem Sinne die allgemeine Geschichte der Philosophie durchführte, existiert bis jetzt nicht; die zwölfbändige Geschichte der Philosophie des Schleiermachers Heinrich Ritter reicht nur bis Kant und ist für die alte Philosophie durch Zeller, für die neuere durch J. E. Erdmann und Kuno Fischer überholt. Erdmanns Geschichte der neueren Philosophie, die im Jahre 1853 abgeschlossen ist, hat leider keine zweite Auflage erlebt; nur aus den neueren Auflagen des Erdmann'schen „Grundrisses“ kann man vermuten, wie sehr der Verfasser bei einer neuen Bearbeitung seines grösseren Werkes den Ansprüchen der Gegenwart Rechnung getragen haben würde. Fischers Geschichte der neueren Philosophie ist noch unvollendet und reicht bis jetzt nur bis zu Schelling, lässt also Hegel und die sämtlichen übrigen Philosophen des 19. Jahrhunderts noch unerörtert. Ausserdem hat sie einen Ergänzungsband über Bacon, dessen englische Nachfolger nur anhangsweise ganz kurz behandelt sind. Für das Mittelalter ist der Studierende noch heute in der Hauptsache auf Ritters Geschichte Bd. V. bis VIII. angewiesen, obwohl dieselben den heutigen Ansprüchen nicht in jeder Hinsicht genügen können. Eine Neubearbeitung der Geschichte der Philosophie des Mittelalters wäre daher jedenfalls ein zeitgemässes und verdienstliches Unternehmen.

Wenn nun ein Philosophiebeflissener den Mut hat, sich durch fünf Bände Zeller, vier Bände Ritter, sieben Bände Fischer und die nötigen monographischen Ergänzungen für die neueste

Zeit hindurchzuarbeiten, so fragt sich weiter, ob er wohl thut, bei der Lektüre die chronologische Reihenfolge inne zu halten, oder ob er eine andere wählen soll. Ohne Zweifel haben die älteren Stufen den Vorzug einer gewissen Einfachheit, und ihre Kenntnis erleichtert das Verständnis der nachfolgenden Stufen, welche sich auf sie stützen. Andererseits ist das Verständnis um so leichter, je entwickelter die Formen und Glieder eines Systems sind, und je näher sie der uns vertrauten Kulturatmosphäre stehen. Das scheinbar Einfache der primitiveren Entwicklungsstufen ist oft nur eine keimartige Verhüllung der noch latenten Mannigfaltigkeit, welche in späteren Entwicklungsstufen heraustritt; die embryonische Indifferenz aber ist viel schwerer zu verstehen als der entwickelte und ausgereifte Gedankenorganismus, und das Verständnis des ersteren pflegt nur in dem Masse sich zu erschliessen, als man die Kenntnis des letzteren schon mitbringt und als Schlüssel benutzt. Das volle Verständnis für die früheren Stufen erschliesst sich deshalb niemals dem Anfänger bei der ersten Bekanntschaft, sondern erst bei einer zweiten Lektüre demjenigen, der den ganzen Entwicklungsgang bis zu Ende verfolgt hat; die Zumutung einer zweimaligen Lektüre so vieler Bände wäre aber offenbar zu hoch gespannt. Kann man mit Sicherheit darauf rechnen, dass die Ausdauer des Lernenden nicht vor Beendigung der ganzen Aufgabe erschöpft ist, so wird man hoffen dürfen, dass die Ernte, welche aus den zuerst gelesenen Perioden in die Vorratskammer des Gedächtnisses eingebracht ist, unter dem Einflusse der Lektüre der übrigen Perioden noch in aller Stille nachreift, und zwar gleichviel womit man begonnen hat. Unter dieser Voraussetzung wird man zugeben können, dass es ziemlich gleichgültig ist, mit welcher Periode man beginnt, und welche man zuletzt vornimmt; die Vorteile und Nachteile der sechs möglichen Reihenfolgen unter den drei Hauptperioden dürften sich ungefähr ausgleichen, wenn durch unbewusste oder bewusste Gedankenverarbeitung das früher Gelesene durch das später Gelesene die nötige Nachreife des Verständnisses empfängt.

Anders liegt die Sache, wenn man auf eine solche Aus-

dauer im Studium nicht mit Sicherheit rechnen kann und man daran denken muss, auch beim Abbrechen der Lektüre nach einer oder zwei Hauptperioden für den Lernenden den höchstmöglichen Gewinn aus der aufgewandten Zeit und Arbeit zu ziehen. Dann ist die Sachlage ähnlich, wie wenn der Lernende von vornherein erklärt, aus äusseren Gründen auf ein so ausgedehntes Studium verzichten zu müssen, aber bereit ist, eine geringer bemessene Aufgabe zu bewältigen, wenn er dadurch einen entsprechenden Gewinn für seine allgemeine philosophische Bildung erzielen kann. Stellt man also die Frage dahin, welche der drei Perioden für sich allein genommen die bildendste sei, so würde ich kein Bedenken tragen zu behaupten, dass die Geschichte der neueren Philosophie einen mehr als doppelt so hohen Bildungswert besitze, als diejenige des Altertums und Mittelalters zusammengenommen.

Das Altertum steht uns nicht nur zeitlich, sondern auch kulturgeschichtlich am fernsten; und was uns mit ihm verbindet, ist einerseits die Kunst einschliesslich der schönen Litteratur und andererseits die Begriffe des Rechts- und Staatslebens, aber nicht die Grundgedanken der Philosophie und am allerwenigsten die der Metaphysik, die erst an der Grenze des Überganges in's christliche Mittelalter und in Wechselwirkung mit demselben uns verwandte Saiten anschlagen. Von dem Altertum scheidet uns ein geschichtlicher Bruch und eine kulturgeschichtliche Kluft, während wir dem Mittelalter durch eine geschichtliche Stetigkeit der Entwicklung verbunden sind. In der mittelalterlichen Philosophie finden wir diejenigen Grundanschauungen erörtert, welche wir von Kindesbeinen an durch die metaphysische und religiöse Atmosphäre unserer Zeit halb unbewusst eingesogen haben, und welche durch die dreifache Autorität der Familie, Schule und Kirche sanktioniert sind; in den griechischen und römischen Philosophen dagegen begegnet selbst demjenigen eine völlig fremdartige Gedankenwelt, welcher auf dem Gymnasium mit den alten Dichtern, Rednern und Geschichtschreibern vertraut geworden ist. Wenn nun selbst das Stadium der mittelalterlichen Philosophie für

u

sich allein nicht den Anspruch erheben kann, eine einigermaßen ausreichende philosophische Bildung zu vermitteln, so kann dasjenige der alten Philosophie es noch weit weniger.

In der mittelalterlichen Philosophie die philosophische Bildung suchen kann nur der Katholizismus, welcher als der in die Neuzeit herüber konservierte Rest des Mittelalters zu betrachten ist; in der alten Philosophie sie suchen wollen, kann nur eine dem Leben entfremdete und vor der Gegenwart die Augen verschliessende Philologie. Von einer Überschätzung der mittelalterlichen Philosophie ist man in protestantischen Kreisen so fern, dass vielmehr eine ungerechte Unterschätzung und ungebührliche Vernachlässigung derselben zu beklagen ist. Die Überschätzung der alten Philosophie ist dagegen an unseren Universitäten noch immer an der Tagesordnung, weil gerade in deren philosophischen Fakultäten noch immer die Philologie eine massgebende Stelle hat und weil unsere Prüfungsordnung gerade die Philologen am meisten zur Beschäftigung mit Philosophie hindrängt. Für einen klassischen Philologen liegt es ja sehr nahe, wenn er nebenbei auch Philosophie treiben will oder muss, sich vor allen anderen mit den griechisch-römischen Philosophen zu beschäftigen, weil er dabei in seinem Berufe thätig bleibt und einen doppelten, nämlich philologischen und philosophischen Gewinn, einzuheimsen hoffen darf. Dieses thatsächliche Übergewicht des Studiums der alten Philosophie an unseren Universitäten hat dann aber indirekt wieder dazu beizutragen, den Schätzungsmassstab für dessen philosophischen Bildungswert zu verrücken und in neu Hinzutretenden den Glauben zu erwecken, als ob dasjenige, was am meisten getrieben wird, auch wohl das empfehlenswerteste sein müsse.

Ein Liebhaber der Weisheit am Ausgange des römischen Reichs, der damals schon den Inhalt von Zellers „Philosophie der Griechen“ sich angeeignet hätte, hätte selbst für seine Zeit nicht auf der Höhe der philosophischen Bildung gestanden, wenn er nicht auch die Lehre der christlichen Kirchenväter studiert hätte, also dasjenige, was wir jetzt als ersten Abschnitt der mittelalterlichen Philosophie zu bezeichnen pflegen. So

sehr bilden schon in dem ersten halben Jahrtausend nach Christi Geburt die alte und mittelalterliche Philosophie zwei Seiten der philosophischen Spekulation, die einander abstossen und doch zur Ergänzung fordern. Die alte Philosophie starb daran, dass ihr die Talente fehlten, um die jüdisch-christliche Spekulation in sich aufzunehmen und zu verarbeiten; die mittelalterliche Philosophie aber konnte an ihre Stelle treten, weil ihre Träger die spekulative Kraft besessen hatten, die wesentlichsten Momente der alten Philosophie in sich herüberzuziehen und sich anzueignen. So ist die mittelalterliche Philosophie in gewissem Sinne ein Höheres als die antike und spiegelt diese in sich wider, während man das Umgekehrte nicht sagen kann. Wer die mittelalterliche Philosophie studiert, erhält zugleich einen, allerdings sehr getrübbten, Reflex der antiken mit, aber nicht umgekehrt. Wer beide studiert, gewinnt damit zwei einander ergänzende Weltanschauungen von ungleichem Werte, aber ohne jeden Fingerzeig zu einer anderweitigen Synthese als derjenigen, welche die Philosophie des Mittelalters bereits versucht und auf ihre Weise durchgeführt hatte.

Die höhere Synthese beider Seiten, welche die Geschichte geliefert hat, ist eben erst in der dritten Hauptperiode zu finden, d. h. in der Geschichte der neueren Philosophie. Diese enthält die beiden vorhergehenden als aufgehobene Momente in sich und ist deshalb im Stande, eine gewisse Bekanntschaft mit denselben durch den von ihnen geworfenen Reflex zu vermitteln. Dabei ist aber die neuere Philosophie nur dadurch fähig, Synthese der antiken und mittelalterlichen zu sein, dass sie zugleich zu einem eigenartigen höheren Standpunkt fortschreitet. Was von diesem höheren Standpunkt aus, der allein der modernen Kulturatmosphäre entspricht, der Erhaltung und Verwendung wert erscheint, das konserviert sie von den Gedankenkeimen der alten und mittelalterlichen Philosophie; was sich nicht in den Dienst dieser höheren Weltanschauung stellen lässt, das lässt sie fallen. In dieser Auslese der Gedanken und Aneignung der bestandfähigen vollzieht sie diejenige Verdauung an dem Gedankenvorrat der alten und mittelalterlichen Philo-

sophie, durch welche allein diese beiden zur geistigen Ernährung des modernen Menschen brauchbar werden und ihm in Fleisch und Blut übergehen können.

Wer auf diese Vorarbeit der Geschichte verzichten und mit seinen eigenen Mitteln denselben Assimilationsprozess für sich allein vornehmen will, der gleicht einem Menschen, welcher, anstatt von Rom nach Berlin mit dem Kourierzug zu fahren, auf eigenem Maultier querfeldein nach Norden reitet. Wer aber die geschichtliche Verarbeitung der alten und mittelalterlichen Philosophie in der neueren durch das Studium der Geschichte der letztgenannten verfolgt hat, der kann zur Not das direkte Studium der beiden ersten auch entbehren, und doch ein philosophisch Gebildeter heissen. In früheren Zeiten pflegten sogar, wie so manches Beispiel beweist, die grossen und bahnbrechenden Philosophen recht lückenhafte und mangelhafte Kenntnisse von der Geschichte der Philosophie zu besitzen; wenn nun auch seit Schelling und Hegel in unserem geschichtlich denkenden Jahrhundert die genaue Orientierung über die Vorgänger unerlässliche Bedingung für jeden Lehrer und Schriftsteller im Bereiche der Philosophie geworden ist, so ist doch für den philosophischen Dilettanten, der nur Befriedigung seines eigenen Bedürfnisses sucht, nach wie vor die lückenlose Vollständigkeit seiner geschichtlichen Kenntnisse keineswegs geboten. Wer sich eine nähere Kenntnis der neueren Philosophie angeeignet hat und mit wenig Mühe dieselbe zu vervollständigen sucht, der wird sogar durch die schon erlangte Bildung und die bereits aufgefangenen Reflexe der früheren Perioden befähigt sein, ohne Schaden einen Leitfaden vorzunehmen, etwa den Zeller'schen Grundriss für die alte und den Erdmann'schen oder Ueberweg'schen für die mittelalterliche Philosophie.

Wer die Geschichte der neuen Philosophie in einem Zuge durcharbeiten und von einem Darsteller sich vorführen lassen will, der wird auch heute noch am besten thun, sich an Erdmann zu halten und nur für die neueste Zeit dessen Grundriss zur Vervollständigung der Übersicht heranzuziehen. Aber ich muss gestehen, dass mir die Erdmann'sche Darstellung, auch

ganz abgesehen von der Modifikation der Ansichten des Verfassers für die älteren Teile derselben, doch noch nicht ausführlich genug erscheint, um in den feineren inneren Zusammenhang der Systeme und deren Einzelheiten in solchem Masse einzuführen, dass nicht bloss das geschichtliche Interesse, sondern auch das philosophische Bedürfnis dabei seine Rechnung findet. Ich meine, dass diesem Zwecke nur dann genügt werden kann, wenn jedem wichtigeren Philosophen eine Monographie von der Stärke eines eigenen Bandes gewidmet wird. Diesem Anspruch genügen die ersten Bände Fischers und sein Buch über Bacon; es wäre nur zu wünschen, dass er sich entschlösse, Locke, Hume und Berkeley einen eigenen Band zu widmen und nach Spinoza und Leibniz auch die Darstellung von Wolff, Lessing und Herder anzuschliessen, über welche der Studierende jetzt in anderen Quellen Belehrung suchen muss. Auch Malebranche kommt bei Fischer nicht so zur Geltung, wie er es verdient. Die Darstellung des Leibniz ist ihm in der vorkantischen Periode jedenfalls am besten geraten.

Nun liegt die Gefahr nahe, dass derjenige, welcher in solcher Weise die vorkantische Periode der neueren Philosophie durchgearbeitet hat, mit seiner Geduld und Zeit am Ende ist und nicht mehr dazu gelangt, die Geschichte der neuesten Philosophie gründlich kennen zu lernen. Ein solcher wird dann ohne Zweifel mehr philosophische Bildung erlangt haben, als wenn er die gleiche Arbeitszeit auf die alte oder mittelalterliche Philosophie verwandt hätte; aber er wird doch immerhin im vorigen Jahrhundert stecken geblieben sein, und die letzte und höchste Entwicklungsphase der Philosophie wird ihm fremd geblieben sein, welche allein den Kulturströmungen der Gegenwart erschöpfenden philosophischen Ausdruck zu geben vermag. Wer ganz sicher ist, dass er nicht auf halbem Wege abspringen wird, der thut ohne Zweifel besser, mit der vorkantischen Periode der neueren Philosophie zu beginnen, welche die Beziehungen zur alten und mittelalterlichen Philosophie klarer enthüllt, die Probleme in einfacherer Gestalt stellt und löst, und auf das Verständnis der schwierigen neuesten Philo-

sophie in geeignetster Weise vorbereitet. Aber wer die Zeit und Ausdauer für eine so umfassende Aufgabe sich nicht zweifellos zutraut, der wird doch noch einen weit grösseren Gewinn davontragen, wenn er sogleich an das Studium der neuesten Philosophie herantritt. Dieser oberste Ring des spiraligen Entwicklungsganges nimmt alle früher behandelten Probleme auf höherer Stufe wieder auf und giebt denselben tiefere Lösungen, fügt aber auch eine Menge neuer Probleme hinzu und führt manche der bisher nur gestreiften Spezialdisziplinen zur vollen Entwicklung. Diese neueste Philosophie ist also zugleich tiefer, feiner und systematisch umfassender als alle früheren Phasen, deren für die Gegenwart brauchbare Ergebnisse sie in sich aufhebt und weiter verarbeitet.

Leider tritt dabei nur die Schwierigkeit ein, dass wir für das Studium der Geschichte dieser neuesten Philosophie noch nicht mit ebenso bequemen litterarischen Hilfsmitteln versehen sind wie für die früheren Perioden; es erklärt sich das daraus, dass dieselbe der Gegenwart noch zu nahe steht. Die zwei letzten Bände des Erdmann'schen Werkes können ihrem Umfange nach für den hier in's Auge gefassten Zweck noch weniger genügen, wenn es sich um das Specialstudium der neuesten Philosophie seit Kant handelt, als das ganze Werk, wenn es sich um das Studium der gesamten neueren Philosophie handelt; die noch kürzeren Darstellungen aber können hier, auch wenn sie nicht veraltet sind, erst recht nicht in Betracht kommen, da sie sich schon mehr oder weniger der Haltung eines Grundrisses nähern. Das Fischer'sche Werk dagegen entfernt sich von dem wünschenswerten Mittelmaass wiederum nach der andern Seite. Wer zwei starke Bände durcharbeiten soll, um die Kant'sche Philosophie kennen zu lernen, der wird es in der Regel vorziehen, auf eine Darstellung aus dritter Hand zu verzichten und gleich unmittelbar die Kant'schen Hauptwerke vorzunehmen. Bei Schelling nimmt die biographische Einleitung einen ganz unverhältnismässigen Raum ein, und während die letzte Entwicklungsphase sehr kurz abgethan ist, ist der Band viel zu umfangreich. Auch der Band über

Fichte, den ich inhaltlich für den am besten geratenen halte, ist selbst dann, wenn man die Einleitung über die Kant'sche Schule in Abrechnung bringt, zwei bis drei Mal so stark ausgefallen, als die Bedeutung Fichtes es rechtfertigt, der für die Spezialdisziplinen am wenigsten von allen grossen neueren Philosophen geleistet hat und auch in prinzipieller Hinsicht doch nur eine Übergangsstufe von Kant zu Schelling ohne grosse selbständige Bedeutung repräsentiert. Sollte Hegel in entsprechender Ausführlichkeit wie seine Vorgänger dargestellt werden, so würde er drei bis vier Bände beanspruchen. Ich meine dagegen, dass ein Band von 15 bis 30 Bogen für einen Autor das höchste Mass ist, welches eine Monographie nicht überschreiten sollte, also etwa der Umfang, wie ihn die Köber'sche Monographie über Schopenhauer und die Lasson'sche über Eckhart besitzen; und ich würde es für die geeignetste Einführung in das Studium der Philosophie halten, wenn wir eine Geschichte der neuesten Philosophie in solchen Monographien besässen. Solange es an einer solchen fehlt, muss man sich eben mit den vorhandenen Mitteln behelfen so gut es geht.

Darüber darf man sich natürlich keiner Täuschung hingeben, dass alle Darstellung philosophischer Systeme aus dritter Hand selbst noch kein philosophisches Studium im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur die Einführung in ein solches zu geben vermag; dass sie die Versenkung in die Originalwerke niemals ersetzen, sondern nur vorbereiten und erleichtern kann. Wer sich so viel Leichtigkeit des Verständnisses und Gewandtheit des Denkens zutraut, der mag getrost diese Vorschule überspringen und ohne weiteres mit der Lektüre eines grossen Philosophen beginnen; wer zaghafter ist und vorsichtiger, aber auch sicherer gehen will, wird sich jener Vorschule schon deshalb nicht entziehen, um sich Missgriffe und Enttäuschungen in der Wahl seiner Lektüre zu ersparen. Die Geschichte der Philosophie lässt den Lernenden erkennen, welche Denker ihm wahlverwandt sind und welche nicht; und schon dies allein ist ein unschätzbarer Vorteil, da es unmöglich ist, in Betreff der Auswahl eines einzelnen einen für alle Individua-

litäten gleich passenden Rat zu geben. Hat aber das geschichtliche Studium den Erfolg gehabt, dass der Lernende von einem System besonders angesprochen und sympathisch angezogen ist, dann kann er nichts Besseres thun, als dieses System gründlich und nach allen Richtungen durchzuarbeiten und an demselben ebenso sehr seine kongeniale Reproduktion wie seine selbständige Kritik zu üben.

Es ist weit bildender und fördernder, alle wichtigeren Schriften eines Philosophen, wo möglich alles, was er geschrieben hat, ohne Rest zu lesen, als von mehreren bloss je ein Hauptwerk; denn im letzten Falle erzielt man doch nur ein halbes und fragmentarisches Wissen und Verstehen, während man im ersten Falle nicht nur lernt, was ein philosophisches System ist, sondern auch, was dieses bestimmte System dem philosophischen Bedürfnis zu leisten vermag und was nicht. Damit ist dann erst der entscheidende Punkt gewonnen, wo das eigene Denken einsetzen und in fruchtbarer Richtung seine Kraft erproben kann, indem es versucht, die Aporien des Systems zu überwinden, sei es aus den Voraussetzungen des Systems selbst, sei es aus Ergänzungen derselben von anderer Seite her. Erst derjenige kann philosophisch gebildet heissen, der mindestens eine Periode der Geschichte der Philosophie in fremder Darstellung und mindestens ein philosophisches System aus den Originalwerken gründlich bis in alle Falten kennen gelernt und durchdacht hat. Dass keiner hierbei stehen bleiben kann, der in der Philosophie ernstlich weiter kommen will, versteht sich von selbst; aber ein solcher ist dann genügend vorbereitet, um sich seinen Weg allein zu suchen, und die allgemeinen Ratschläge über die beste Art des Studiums können sich nur auf die Zeit bis zum Abschluss dieser ersten philosophischen Bildung beziehen.

Wenn es einen einzigen bestimmten Philosophen gäbe, der anerkannter Massen alle die für die Auswahl in Betracht kommenden Vorzüge in sich vereinigte, so wäre es zweifellos der richtigste und einfachste Weg, unmittelbar mit der Lektüre seiner sämtlichen Werke zu beginnen, welche dann auch zu-

gleich die beste Einführung in die Geschichte der neuesten Philosophie und damit in die Geschichte der Philosophie überhaupt gewähren müsste. Insbesondere so lange wir kein den oben aufgestellten Forderungen entsprechendes Werk über die Geschichte der neuesten Philosophie besitzen, sondern nur zwischen allzukurzen und allzubreiten Darstellungen zu wählen haben, wäre diese Versetzung in medias res jeder anderen Methode des Studiums vorzuziehen. Aber gerade die gegenwärtige Philosophie ist noch allzusehr in der Gährung begriffen, um den Zeitgenossen ein umfangreiches, zuverlässiges und unwidersprochenes Urteil in dieser Hinsicht zu gestatten; und so lange die Sache so liegt, wird ein Weg, der eine vorläufige Rekognoszierung und Orientierung ermöglicht, doch wohl sicherer zum Ziele führen. Es war keine ungünstige Zeit für den Erwerb philosophischer Bildung, als es für selbstverständlich galt, dass man mit Hegel beginnen müsse und von ihm aus die Geschichte der Philosophie rückwärts zu verstehen suchen müsse; noch heute wundern wir uns manchmal über die Lebhaftigkeit und Wärme des philosophischen Interesses der in jener Zeit aufgewachsenen Geschlechter, deren Reste noch in die Gegenwart herübertagen.

Der Philosoph, dessen genauem Studium der Lernende sich widmen will, wird ohne Zweifel aus derjenigen Periode zu wählen sein, mit welcher er sich bereits in einer Darstellung aus dritter Hand beschäftigt hat. Wer also die ganze Geschichte der Philosophie gleichmässig durchgearbeitet hat, dem steht die Wahl aus dem ganzen Gebiet offen; wer nur das Altertum und die neuere Zeit studiert hat, der sollte einen mittelalterlichen Philosophen ausschliessen, wie derjenige, der nur Mittelalter und neuere Zeit studiert hat, einen antiken. Wer sich auf die Geschichte der neueren oder gar der neuesten Philosophie beschränkt hat, wird auch in seiner Wahl auf diese beschränkt sein. Denn offenbar kann das geschichtliche Studium das Verständnis vorbereiten und erleichtern nur in Bezug auf solche Philosophen, die es umspannt, nicht in Bezug auf solche, deren Geschichtsperiode es fern geblieben ist. Wie bedenklich

es ist, die neueste Zeit oder gar die ganze neuere Philosophie vom geschichtlichen Studium auszuschliessen, das zeigt sich erst jetzt mit voller Deutlichkeit, wo auch die Wahl des zu studierenden Systems von der vorherigen Wahl der Periode abhängig erscheint.

Die ferneren nachfolgenden Gesichtspunkte werden sogar demjenigen von Nutzen sein können, der die Vorschule des Geschichtsstudiums überspringen und sofort mit der Lektüre der Originalwerke eines bestimmten Philosophen beginnen will.

Unbedingt ausgeschlossen sind für einen Anfänger solche Philosophen, deren Systeme nur aus den Berichten Dritter oder aus zerstreuten kleineren Bruchstücken zu rekonstruieren sind; also z. B. Sokrates und die vorsokratischen Philosophen. Ungünstige Umstände sind es, wenn Unklarheit darüber herrscht, welche Schriften echt, und welche untergeschoben sind (wie bei Platon), oder wenn die überlieferten echten Schriften erhebliche Lücken und Umstellungen zeigen (wie bei Aristoteles); aber diese Nachteile können wenigstens durch Vorzüge anderer Art überwogen werden, während der gänzliche Mangel zusammenhängender Originalwerke zu einer konjekturierenden Rekonstruktionsarbeit nötigt, welche die Kräfte eines Anhängers weit übersteigt. Ungünstig ist es ferner, wenn der Autor bei der Abfassung seiner Schriften noch andere als rein theoretische und wissenschaftliche Gesichtspunkte hatte, wenn er z. B. zugleich litterarische Kunstwerke zu schaffen beabsichtigte; denn dann treten Rücksichten in der Komposition und im Stil hervor, welche das Verständnis verdunkeln und den Zugang zum Inhalt erschweren. Alle philosophischen Abhandlungen in Gesprächsform (Platon, Bruno, Schelling) leiden an diesem Übelstande, aber auch alle sonstigen Werke, deren Autoren sich in „schöner Sprache“ und blendenden Aperçus gefallen und bei der Wahl ihrer Ausdrücke nicht vollkommen selbstverleugnend, schlicht und sachlich verfahren.

Ungünstig für das Studium ist es weiterhin, wenn die zu wählenden Werke nicht in der Muttersprache des Lernenden, sondern in einer Fremdsprache verfasst sind. Denn wenn

er die fremdsprachigen Originale studiert, so wird seine Aufmerksamkeit zwischen sprachlicher Form und sachlichem Inhalt geteilt und hin und her gerissen, und selbst wenn er die Sprache gut beherrscht, wird er viel langsamer vorwärts kommen, vielleicht zwei bis vier Mal so viel Zeit brauchen, als wenn dieselben Werke in seiner Muttersprache geschrieben wären; wenn er aber eine Übersetzung vornimmt, so hat er mit deren unvermeidlichen Ungenauigkeiten zu kämpfen und ist niemals völlig sicher, die wahre Meinung des Autors erfasst zu haben. Wer dennoch einen solchen Philosophen wählt, der wird jedenfalls am besten thun, zunächst eine möglichst gute Übersetzung in einem Zuge durchzulesen, um einen ungestörten Gesamteindruck zu erhalten, und dann die wichtigeren Stellen oder Abschnitte im Original nachzulesen. Nur sehr selten wird jemand eine tote oder lebende Fremdsprache ebenso gut verstehen und ebenso rasch und geläufig lesen wie seine Muttersprache; im Durchschnitt werden unsere Studierenden in gleicher Zeit mit geringerer Mühe zwei bis vier philosophische Systeme in deutschen Übersetzungen und eines in der Ursprache, in gleicher Zeit sämtliche Werke eines Philosophen in deutscher Übersetzung und ein einzelnes Hauptwerk desselben in der Ursprache durcharbeiten.

Es kann kein Zweifel obwalten, auf welcher Seite der grössere philosophische Gewinn für den Anfänger liegt. Wenn die Universitätsphilosophie diese Thatsache ignoriert und gegen die Lektüre von Übersetzungen eine entschiedene Missachtung zur Schau trägt, so ist das nicht aus philosophischen Rücksichten zu rechtfertigen, sondern nur aus philologischen Nebenrücksichten, die für uns hier nicht in Betracht kommen. Unverkennbar freilich bleibt der Vorteil, wenn man einen solchen Philosophen zum Studium wählt, bei welchem die Vorzüge des Originals mit denen einer Lektüre in der Muttersprache zusammentreffen; und der deutsche Studierende hat den ungeheuren Vorteil gegen alle andern Völker, dass die höchsten Ergebnisse des bisherigen Entwicklungsganges der Philosophie gerade ihm und ihm allein in seiner Muttersprache

vorliegen. Der Deutsche wäre aber kein richtiger Deutscher, wenn er nicht diesen Vorteil missachtete und mit Vorliebe nach den Erzeugnissen des Auslandes oder auch einer fernen Vergangenheit griffe; und diese Beiseiteschiebung des Heimischen wird durch die philologische akademische Praxis sanktioniert und unterstützt.

Als ein ungünstiger Umstand ist es ferner bei der Wahl eines Philosophen in Betracht zu ziehen, wenn derselbe keine besonderen philosophischen Abhandlungen verfasst, sondern seine philosophischen Ansichten nur gelegentlich in anderem Zusammenhange hat einfließen lassen, oder wenn seine rein philosophischen Aufsätze selbst nur flüchtige Skizzen von geringem Gesamtumfang sind, welche aus den anderwärts eingestreuten Bemerkungen der Ergänzung bedürfen. Dies macht z. B. unsere Dichterheroen (Lessing, Herder, Goethe, Schiller) ungeeignet zum Gegenstand eines philosophischen Studiums für Anfänger, während für Vorgeschriftene gerade ein besonderer Reiz darin liegen kann, das an einzelnen Stellen Zerstreute zu einem einheitlichen Bilde zu sammeln und in einander zu fügen. Selbst das wirkt noch höchst erschwerend für das Verständnis, wenn ein Autor zwar zahlreiche philosophische Abhandlungen verfasst hat, aber jede derselben bloss aus Aphorismen und Aperçus besteht, die der Leser erst zu einem Ganzen verknüpfen muss; oder wenn jede der Abhandlungen monographisch nur eine untergeordnete philosophische Frage erörtert und nur gelegentlich die philosophische Grundansicht des Verfassers durchscheinen lässt. Dagegen ist nichts so förderlich für das Verständnis als das Vorhandensein eines oder mehrerer rein philosophischer und systematisch gehaltener Hauptwerke, an welche dann die anderen monographischen Arbeiten über sekundäre Fragen sich anlehnen. An solchen systematischen Hauptwerken fehlt es z. B. bei Hamann, Baader, und in strengerem Sinne selbst bei Leibniz und Platon.

In der neuesten Zeit hat die fortschreitende Arbeitsteilung auch auf philosophischem Gebiete zur Folge gehabt, dass manche Denker ihre Lebensaufgabe ausschliesslich in der Förderung

einer oder mehrerer Spezialdisziplinen (z. B. der Erkenntnistheorie, Rechtsphilosophie, Ästhetik, Religionsphilosophie u. s. w.) suchen, und darin oft etwas Tüchtiges leisten. Wie hoch auch der Wert solcher Arbeiten für die mit spezialistischem Interesse an sie Herantretenden zu schätzen sein mag, so können sie doch nicht als zweckmässige Nahrung für das allgemeine philosophische Bedürfnis betrachtet werden, wofern die betreffenden Autoren nicht zugleich eine eigenartige allgemeine Weltanschauung in ausreichender Weise entwickelt und dadurch einen Platz in der allgemeinen Geschichte der Philosophie errungen haben.

Von nicht zu unterschätzendem Gewicht für die Wahlentscheidung ist die Klarheit oder Dunkelheit des Gedankenganges und des sprachlichen Ausdrucks. Eine geschickte Stoffverteilung, eine wohlgeordnete Komposition und eine durchsichtige architektonische Gliederung erleichtert ungemein das Verständnis eines philosophischen Werkes, zumal eines grösseren systematischen Hauptwerkes. Es giebt Autoren, welche unklar denken, weil sie sich aus der trüben Dunkelheit einer gährenden Tiefe noch nicht zum sonnigen Licht hindurchgedrungen haben (z. B. Böhme, Baader); es giebt aber auch andere, die zwar klar denken, aber bei der sprachlichen Darlegung ihrer Gedanken in Schwierigkeiten geraten, teils weil die Sprache für ihre neuen Gedanken noch nicht genug gemodelt und aufnahmefähig gemacht ist, teils weil sie zu ungeschickt sind, um die von der Sprache gebotenen Ausdrucksmittel richtig zu benutzen, teils weil sie nach dem Schein einer Tiefe streben, welche das thatsächliche Niveau ihrer Gedanken übertrifft (z. B. Vischer). Am grössten sind die Schwierigkeiten der Sprache für diejenigen, welche eine neue Epoche des philosophischen Denkens inaugurieren, z. B. Platon, Kant; am geringsten für diejenigen, welche am Abschluss einer solchen Epoche stehen und ihr Facit ziehen. Je uneigentlicher und bildlicher ein Philosoph zu denken pflegt, desto leichter bietet die Sprache sich seinem Dienste dar (z. B. Schopenhauer); je logisch strenger, je abstrakter er sich in den reinen Äther der Spekulation aufzu-

schwingen wagt, desto mehr versagt ihm die Sprache die Erfüllung seiner Intentionen (z. B. Hegel).

Erschwerend für das Verständnis wirkt aber auch die Einmischung unsachlicher Gesichtspunkte, unfruchtbarer Rücksichten, nutzloser Spitzfindigkeiten, willkürlicher Formen, eigensinniger Schablonen; es sind dies die Schlacken des menschlichen Denkens, welche im Fortgang der Geschichte ausgesondert und abgestossen werden (z. B. die Triaden des Proklus, die Lullische Kunst, Kants durchgängige Einteilung nach seiner Kategorientafel, die Hegel'sche Dialektik). Aber grade an solche Äusserlichkeiten heftet sich oft im Kreise der Schule das grösste Ansehen, daher sie unter dem Namen „scholastisch“ zusammengefasst werden; das Scholastische in diesem Sinne gehört keineswegs bloss dem Mittelalter an, sondern es findet sich schon im Altertum und gerade auch in der spekulativen Epoche von Kant bis Hegel, wo man es als „Neoscholastik“ bezeichnet hat. Nichts hat dem Auslande das Eindringen in unsere deutsche Philosophie so sehr erschwert, als die Verbindung dieser Neoscholastik mit den ohnehin schon nicht unbeträchtlichen Schwierigkeiten der deutschen Sprache; und nichts hat der Ausländerei und Altertümelei der Deutschen im philosophischen Studium so sehr Vorschub geleistet, als die UngeNIessbarkeit dieser Neoscholastik, von der selbst Schopenhauer noch keineswegs ganz frei ist*). Am schlimmsten ist die Neoscholastik unserer spekulativen Denker in denjenigen Werken, die sich in den Abstraktionen der Erkenntnistheorie, Logik und Metaphysik bewegen (Kants Kritik der reinen Vernunft, Fichtes Wissenschaftslehre, Schellings System des transcendentalen Idealismus, Hegels Logik); deshalb sollte ein Lernender, der sich für das Studium eines dieser Philosophen entschieden hat, niemals mit diesen schwierigsten und verwirrendsten Hauptwerken beginnen, sondern sich dieselben bis zuletzt aufsparen, nachdem er alle übrigen Schriften desselben Autors durchgearbeitet hat.

*) Vgl. Moritz Venetianer: „Schopenhauer als Scholastiker.“ Berlin, Carl Dunkers Verlag 1872. 24 Bogen.

So berechtigt die Abneigung gegen eine unnütz erschwere-
rende und inhaltliche unfruchtbare Scholastik der Form ist, so
unberechtigt ist die namentlich in den Kreisen der Halbgebil-
deten weit verbreitete Abneigung gegen die eigenartige philo-
sophische Terminologie eines Systems, insbesondere, wenn die-
selbe aus fremden Sprachen geschöpft ist. Nun lassen sich
aber keine neuen Begriffe aufstellen, ohne neue Wortbezeich-
nungen zu prägen, und aller Fortschritt in der Klarheit, Prä-
zision, Konzentration und Leichtigkeit der Gedankenbildung ist
durch eine terminologische Fortbildung der Sprache bedingt.
Ein Denker ohne bestimmt ausgeprägte wissenschaftliche Ter-
minologie kann nicht mehr sein als ein populärer Schriftsteller,
der die Denkergebnisse anderer in kleine Münze umsetzt. Die
Terminologie eines Systems muss um so origineller ausfallen,
je origineller das System ist. Wer sich also von der fremd-
anmutenden Terminologie eines Systems abschrecken lässt, der
muss überhaupt auf das philosophische Studium von vornherein
verzichten, oder sich mit dem trivialen Geschwätz einer un-
wissenschaftlichen Popularphilosophie begnügen. Ist aber ein-
mal eine eigenartige Terminologie jedem eigenartigen System
unentbehrlich, so ist es weit weniger störend, wenn dieselbe
fremdsprachlich, als wenn sie deutsch ist. Die Wurzelbedeutung
der Fremdwörter kann auch der Ungebildete in jedem Fremd-
wörterbuch oder fremdsprachlichen Lexikon nachschlagen, und
dann aus dem Zusammenhang und den vom Autor gegebenen
ausdrücklichen Erklärungen sehr wohl verstehen, welche Be-
deutung der Ausdruck im System hat. Dagegen wird durch
die Umprägungen des gewöhnlichen Sprachsinns deutscher
Worte nur Verwirrung gestiftet und durch sprachwidrige Wort-
verrenkungen und Zusammensetzungen das Sprachgefühl weit
mehr beleidigt als durch fremdsprachliche Termini. Die Er-
fahrung bestätigt, dass diejenigen Philosophen, welche, wie
z. B. Krause, versucht haben, sich eine rein deutsche Termi-
nologie für ihr System zu bilden, gerade der sprachlichen Un-
erträglichkeit dieses Missgriffs einen grossen Teil ihrer Miss-
erfolge zuzuschreiben haben. Gerade in der neuesten Zeit ist

durch den wachsenden stilistischen Einfluss Lessings und Schopenhauers und unter der Rückwirkung der naturwissenschaftlichen und historiographischen Schreibweise die philosophische Ausdrucksart wieder in natürlichere und sachgemässere Bahnen eingelenkt; leider ist nur dieser formelle Gewinn in der Regel mit einer Minderung derjenigen spekulativen Tiefe verknüpft, welche wir an den grossen Philosophen von Kant bis Hegel bewundern.

Die bisher erörterten formellen Gesichtspunkte dürfen ohne Zweifel bei der Wahl eines Philosophen für das Studium nicht unbeachtet bleiben; aber wichtiger als sie sind doch jedenfalls die sachlichen Gesichtspunkte, denen wir nun näher treten. In erster Reihe kommt hier in Betracht die geistige Bedeutung eines Philosophen im allgemeinen, der Grad seiner philosophischen Begabung, vermöge deren er die Dinge mit andern Augen ansieht als ein gewöhnlicher Sterblicher. Je genialer ein Denker gewesen ist, desto mehr wird er für die Ewigkeit gedacht haben, während die Bedeutung der kleinen Talente schon nach einem oder zwei Menschenaltern erlischt. Unter sonst gleichen Umständen verdient also von mehreren zur engeren Wahl stehenden Philosophen der geistig bedeutendste den Vorzug; leider ist nur häufig das Urteil sehr schwer, welcher von zwei Philosophen der geistig bedeutendere sei, und noch weniger findet Gleichheit der sonstigen Umstände statt. Nur in einem Falle pflegt kein Zweifel über den Grad des Talentes zu bestehen, nämlich bei dem Vergleich eines Meisters mit den Jüngern seiner Schule; und deshalb ist es für den Studierenden unbedingt ratsam, nicht mit den Werken irgend eines —ikers oder —ianers zu beginnen, sondern sich direkt an einen Meister zu halten. Wenn er dagegen mit dem Studium eines solchen Meisters fertig ist, dann ist es allerdings sehr empfehlenswert, sich auch mit den Modifikationen und Umbildungsversuchen der betreffenden Schule einigermaßen vertraut zu machen, weil grade durch diese deutlicher als durch irgend etwas andres die Unzulänglichkeiten, Widersprüche und Aporien des Systems blossgelegt werden.

Von zwei gleich bedeutenden Philosophen derselben Geschichtsperiode wird für den Anfänger das Studium des späteren von beiden den Vorzug verdienen, insofern in ihm der Vorgänger sich geschichtlich reflektiert, aber nicht umgekehrt. Der Spätere hat den Vorteil, die Fehler des Vorgängers vermeiden und seine positiven Ergebnisse als Bausteine benutzen zu können; er kann gleichsam auf dessen Schultern steigen und darum weiter um sich sehen als jener, auch ohne an Wuchs grösser als er zu sein. Am wenigsten geeignet ist demnach unter sonst gleichen Umständen in jeder Epoche derjenige, welcher sie einleitet (z. B. Sokrates-Platon, Descartes, Kant), weil in ihm noch alles im Keimen, Wachsen und Werden ist und erst auf die Zukunft als auf die Erfüllung seiner Verheissungen hindeutet; am meisten geeignet dagegen ist derjenige, welcher eine Epoche zu einen Gipfel und Abschluss bringt, auf den nur noch der Niedergang folgt (z. B. Aristoteles für den klassischen Hellenismus, Plotin für die hellenistische Philosophie, Thomas von Aquino für die mittelalterliche Scholastik.) Von zwei annähernd gleichzeitigen Philosophen von ungefähr gleicher Originalität und sachlicher Bedeutung wird für das Studium allemal derjenige wertvoller sein, welcher das klarere geschichtliche Bewusstsein über die Eingliederung seines Systems in den allgemeinen Entwicklungsgang der Philosophie besitzt und einen grösseren Ausschnitt aus der Geschichte der Philosophie in deutlicheren Reflexen widerspiegelt. Unter diesem Gesichtspunkte ist z. B. Leibniz lehrreicher als Spinoza, Hegel lehrreicher als der ungeschichtliche und geschichtsfeindliche Schopenhauer. Wo zwei gleichzeitige Philosophen einander als polare Gegensätze ergänzen, z. B. Hegel und Schopenhauer, da ist es ratsam, nach dem Studium des einen von beiden auch den andern gründlich kennen zu lernen, um nicht mit der Einseitigkeit des ersten behaftet zu bleiben; und dies ist um so dringender zu empfehlen, je mehr der zweite bei der versuchsweisen Lektüre den Leser abstösst, weil darin ein deutliches Merkmal liegt, wie sehr derselbe durch das Studium des ersten bereits in den be-

strickenden und umnebelnden Bann seiner Einseitigkeit geraten ist.

Von mehreren gleich bedeutenden Philosophen aus verschiedenen Geschichtsperioden ist unter sonst gleichen Umständen demjenigen der Vorzug zu geben, welcher der späteren Periode angehört, weil er auf einer höheren Warte steht. Wenn es wahr ist, dass der geschichtliche Entwicklungsgang der Philosophie einer Spirale gleicht, und jede spätere Periode einer weiteren und höheren Windung, so kehren in jeder Periode die alten Probleme auf höherer Stufe wieder, während zugleich die Mittel zu ihrer Lösung gewachsen sind. Denn der spätere Philosoph verfügt bei einer gleichen Masse von Begabung einerseits über die Kenntnis der früheren Problemstellungen und Lösungsversuche und andererseits über ein breiteres empirisches Material, wie es die fortgeschrittenen Realwissenschaften darbieten. Infolge dessen begnügt er sich auch nicht mit der Neubearbeitung der alten Probleme, die nun in veränderter kulturgeschichtlicher Beleuchtung auftreten, sondern es drängen sich ihm nebenbei noch eine Menge neuer Probleme auf, von denen frühere Perioden nichts ahnen konnten, und für die sie noch gar kein Verständnis gehabt hätten. Das oben für die Stellung der Perioden zu einander Ausgeführte gilt hier auch für Philosophen, welche in den verschiedenen Perioden eine analoge Stellung einnehmen.

Von zwei philosophischen Systemen gebührt unter gleichen Umständen demjenigen der Vorzug, welches die unmittelbarste Berührung mit der Kulturatmosphäre und den geistigen Strömungen der Gegenwart hat. Denn jedes philosophische System ist mehr oder weniger kulturgeschichtlich bedingt und gefärbt, und jedes hat die Aufgabe, ein Gesamtausdruck und Spiegelbild der geistigen Bedürfnisse und Anschauungen seiner Zeit zu sein; deshalb muss jede Philosophie, die einer uns fremden kulturgeschichtlichen Epoche den Spiegel der Reflexion vorhält, uns fremdartiger anmuten und schwerer verständlich sein als ein aus der Gegenwart entsprungenes System. Hierdurch gewinnt die Philosophie der Gegenwart einen kultur-

geschichtlichen Vorsprung vor aller Philosophie der Vergangenheit, welcher von dem Vorzuge eines erweiterten philosophischen Gesichtskreises ganz unabhängig ist und zu diesem noch hinzukommt. In der Gegenwart selbst aber wird wiederum dasjenige System bei sonst gleichem philosophischem Werte den Vorzug verdienen, welches mit den Interessen und Neigungen, den Bedürfnissen und Strebungen des Zeitgeistes die engste Fühlung hat und am treuesten, allseitigsten und umfassendsten die Geistesströmungen der Gegenwart widerspiegelt. Insofern die Philosophie neben dem nach rückwärts gewandten Antlitz auch ein nach vorwärts gewandtes, prophetisches besitzt, wird es dabei wesentlich darauf ankommen, dass sie nicht bloss die Oberflächenströmungen, die jedem Blicke sichtbar sind, wiedergiebt, sondern auch den mehr versteckten Unterströmungen des Zeitgeistes Rechnung trägt, in deren dunklem Schoss die Geschichte der Zukunft sich vorbereitet.

Unter sonst gleichen Umständen wird allemal dasjenige von zwei Systemen den Vorzug verdienen, welches auf der breiteren und solideren Erfahrungsgrundlage errichtet ist. Darin steht z. B. Aristoteles so einzig da unter den Philosophen des Altertums, dass er ein für seine Zeit ganz erstaunliches Mass von empirischem Wissen besitzt; darum vermissen wir an der Philosophie des Mittelalters nichts so sehr als diese empirische Basis, an deren Stelle die vermeintliche Erfahrungsgrundlage der geoffenbarten Glaubens-Wahrheit getreten ist. Nun ist aber klar, dass in Bezug auf naturwissenschaftliche, ethnologische, statistische und geschichtliche Erfahrung das Wissen der Menschheit durchschnittlich mit der Zeit wächst, und dass schon wegen des breiteren, zur sicheren Verfügung stehenden Erfahrungsmaterials die Philosophen späterer Zeiten durchschnittlich einen Vorsprung vor den früheren haben. Denn es kommt offenbar bei diesem vergleichenden Schätzungsmassstab nicht darauf an, welche eine Erfahrungsgrundlage ein philosophisches System für seine Zeit besass, sondern welche es für unsere Zeit besitzt; da doch wir Jetztlebenden es

sind, die aus demselben eine uns möglichst befriedigende philosophische Weltanschauung gewinnen wollen.

Wenn die Periode von Descartes und Bacon bis zu Kant einschliesslich sich dadurch auszeichnet, dass die meisten hervorragenden Philosophen auch auf naturwissenschaftlichem Gebiet wohl beschlagen sind, so zeigt die spekulative Epoche der deutschen Philosophie von Fichte bis Hegel eine gewisse Abkehr der Philosophie von der Naturwissenschaft, ähnlich wie die mittelalterliche Philosophie; und auch Schopenhauer hat sich erst in späteren Jahren bemüht, für sein bereits fertiges spekulatives System nachträglich naturwissenschaftliche Bestätigungen aufzulesen. Die Philosophie der Gegenwart zeigt in mehreren ihrer hervorragenden Vertreter wiederum das Bestreben, die gelösten Beziehungen zu der inzwischen mächtig fortgeschrittenen Naturwissenschaft auf's neue und um so fester zu knüpfen, und es ist bezeichnend für unsere Zeitrichtung, dass gerade solche Philosophen am meisten Einfluss und Ansehen gewonnen haben, selbst dann, wenn ihre spekulative Begabung und die Klarheit ihres geschichtlichen Bewusstseins hinter ihren grossen spekulativen Vorgängern weit zurückstanden (z. B. Fechner, Lotze, Wundt).

Nun liegt es aber auf der Hand, dass man zwar aus einer unvollständigen Erfahrungsgrundlage bei grosser spekulativer Kraft immer noch wertvolle philosophische Ergebnisse gewinnen kann, aber aus der breitesten Erfahrungsgrundlage bei mangelnder spekulativer Kraft gar keine; mit anderen Worten: dass für die Bedeutung eines philosophischen Systems nicht derjenige Faktor der wichtigste sein wird, welchen es mit der Naturwissenschaft und Geschichte gemein hat, sondern derjenige, durch welchen es sich von beiden unterscheidet und über sie hinaufstrebt. Wer der naturwissenschaftlichen Grundlage das entscheidende Gewicht beimisst, der wird besser thun, der Philosophie fern zu bleiben und sich ganz an die Naturwissenschaften zu halten, was ja auch neuerdings vielfach als das allein richtige Verhalten angepriesen worden ist. Wer sich aber die Mühe giebt, Philosophie zu treiben, von dem

muss man voraussetzen, dass sein wissenschaftliches Bedürfnis in den Erfahrungswissenschaften eben kein volles Genüge gefunden hat und nach einer philosophischen Erweiterung und Ergänzung des empirischen Standpunktes sucht. Ob die philosophische Spekulation ihm die nachgesuchte Ergänzung gewähren kann oder nicht, darüber kann er jedenfalls erst dann ein sicheres Urteil haben, wenn er sich mit deren hervorragenden Leistungen vertraut gemacht hat, und nicht früher. Dasjenige, was er in der Philosophie allein suchen kann, ist und bleibt das spekulative Hinausgehen über die Erfahrung, da sie nur dieses oder gar nichts zu bieten haben kann; so lange der Lernende also die Hoffnung auf irgend welchen aus der Philosophie zu schöpfenden Gewinn nicht ganz fahren lassen will, muss er doch die spekulative Kraft des Philosophen als den höchsten Massstab gelten lassen, an welchem der Wert seines Systems zu allermeist bemessen werden muss. So treten denn doch wieder die spekulativen Philosophen ersten Ranges in ihr Recht gegenüber den mit geringerer philosophischer Veranlagung unternommenen Versuchen, Naturwissenschaft und Philosophie zu versöhnen.

Es bleibt endlich noch ein letzter Gesichtspunkt zu erwähnen, der gerade für den Lehrwert eines Systems von grosser Bedeutung ist. Es ist dies die möglichst vollständige systematische Ausbreitung desselben über möglichst viele Gebiete des Wissens, oder die möglichst vielseitige Durcharbeitung der philosophischen Spezialdisziplinen (Erkenntnistheorie, Naturphilosophie, Psychologie, Ethik, Ästhetik, Religionsphilosophie, Rechtsphilosophie, Pädagogik, Staats- und Gesellschaftslehre, Philosophie der Geschichte, Geschichte der Philosophie u. s. w.). Auch hier wächst wieder der Vorteil mit der Annäherung an die Gegenwart. Im Altertum ist es fast nur Aristoteles, der mehrere dieser Spezialdisziplinen umspannt, wenn auch bei ihm, wie in der gesamten griechischen Philosophie, die Religionsphilosophie noch ganz fehlt und die Erkenntnistheorie noch ziemlich embryonisch bleibt. Der mittelalterlichen Philosophie, die wesentlich Religionsphilosophie ist, fehlt wieder die

Ästhetik, und Erkenntnistheorie und Naturphilosophie bleiben im Keime stecken. Erst im achtzehnten Jahrhundert findet die Erkenntnistheorie und die Ästhetik selbständige Pflege, und Kant darf wohl als der erste gelten, der diese beiden ebenso gleichmässig umspannt wie die Naturphilosophie, Ethik und Religionsphilosophie. Es ist also wesentlich erst die neueste Geschichte der Philosophie seit Kant, in deren Systemen eine gewisse Vollständigkeit zu finden ist, aber keineswegs bei allen. So entbehrt z. B. bei Fichte die Naturphilosophie und Ästhetik, bei Schelling die Ethik einer genaueren Ausführung, während bei Schopenhauer eigentlich gar keine Spezialdisziplin durchgeführt ist, sondern alle nur im skizzenhaften Entwurf dargeboten sind, und bei Hegel gerade die wichtigsten Gebiete nicht vom Autor selbst für den Druck aufgezeichnet sind. Immerhin haben in Bezug auf systematische Vollständigkeit der Durchführung Aristoteles, Kant und Hegel einen Vorsprung vor allen übrigen Philosophen ersten Ranges. Unter den Philosophen der Gegenwart haben sich zumeist nur die weniger originellen zur systematischen Durcharbeitung der Spezialdisziplinen gedrängt gefühlt, und gerade diejenigen, welche selbständiger vorzugehen suchten oder durch grössere Berücksichtigung der Naturwissenschaften Einfluss erlangten, haben bei ihrem Tode meist nur einen recht lückenhaften Bau hinterlassen (z. B. Fechner und Lotze).

Es ist vom Laufe der Natur nach aller unserer geschichtlichen Erfahrung von vornherein nicht zu erwarten, dass sich jemals alle Vorzüge im höchsten Grade auf ein einziges menschliches Haupt vereinigen. Deshalb werden wir auch bei den hier erörterten Vorzügen eines philosophischen Systems für das Studium eines Lernenden nur mit der Verbindung mehrerer in höherem Grade, oder vieler in einem gewissen Grade rechnen dürfen. In der Abwägung der Licht- und Schattenseiten der verschiedenen Systeme gegeneinander bleibt somit immerhin noch der Individualität des Lernenden ein genügender Spielraum, um die ihr besonders zusagenden Vorzüge bei der Auswahl in erhöhtem Masse zu berücksichtigen. Nichts wäre

auch ungünstiger für den Fortgang der philosophischen Entwicklung, als wenn durch eine unantastbare Autorität (etwa diejenige einer zentralen Reichsakademie) das Philosophiestudium aller Lernenden dauernd in eine einförmige Schablone gezwängt werden könnte! Dass aber bis jetzt den wirklich massgebenden Vorzügen nicht überall in dem wünschenswerten Masse Rechnung getragen wird und darin gar manche Änderung zu erstreben ist, das glaube ich in den vorstehenden Andeutungen gezeigt zu haben.

XVII. Wie wird man Philosoph?

Wenn ein Jüngling den Drang in sich fühlt, sein Leben der philosophischen Forschung zu widmen, und sich der Hoffnung hingiebt, dass es ihm gelingen werde, die Wissenschaft durch produktive Leistungen zu fördern, so wendet sich sein Blick gewöhnlich auf die Universität als die hohe Pflegstätte der Wissenschaften. Selbst wenn ihn ein Zweifel an der Vortrefflichkeit unserer akademischen Einrichtungen und Zustände beschleichen sollte, so pilgert er doch zu einer alma mater, weil er kein besseres Mittel für seine Vorbereitung zum Selbstdenker weiss, als zu den Füßen eines Philosophieprofessors zu sitzen, den Worten seiner Weisheit zu lauschen und sich in seine Gedankenwelt zu vertiefen. Nun ist dies zwar ganz sicher der richtige Weg, um am bequemsten die für bestimmte Berufsarten vorgeschriebenen philosophischen Prüfungen zu bestehen und den philosophischen Dokortitel zu erwerben; aber auffallend ist es doch, dass von den vielen Jünglingen, die jährlich mit Lerneifer zur Universität strömen, so ausserordentlich wenige zu wirklichen Selbstdenkern werden, dass sogar die dem akademischen Lehramt sich widmenden jungen Männer nur ganz ausnahmsweise mit produktiven Leistungen und neuen Gedanken hervorzutreten im Stande sind. Es ist schwer zu glauben, dass die Talente unter den Weisheitsbeflissenen wirklich so selten sein sollten, und es will eher scheinen, als ob die Universität die von ihr Förderung erhof-

fenden Talente hemme, abschrecke oder auf unproduktive Bahnen ablenke.

Nehmen wir an, dass der Studierende die erforderliche allgemeine Vorbildung, die nötige geistige Reife besitzt und auf der Schule lernen gelernt hat, so muss es von vornherein ungünstig wirken, dass die Universitätsstudien auf das Hören und nicht auf das Lesen gegründet sind. Das Lesen strengt weit weniger an als ein gleich langes Hören und schützt durch die abgeschlossene Einsamkeit des Studierzimmers vor allen zerstreuen Eindrücken des Hörsaals; dem Lesenden steht es frei, nicht bloss zwei oder vier Mal wöchentlich zwei Stunden, sondern täglich zwei Stunden und mehr auf die Lektüre zu verwenden und so ein Werk in weit kürzerer Zeit als in derjenigen eines Semesters in sich aufzunehmen und konzentrierter auf sich wirken zu lassen. Das Lesen gestattet ferner in jedem Augenblick Halt zu machen, den zuletzt gelesenen und nicht recht verstandenen Satz zu wiederholen, auf frühere Stellen zurückzugreifen, Wichtiges für spätere Wiederholung anzustreichen, eigene Gedankengänge zu verfolgen und das positiv Einleuchtende, sowie die etwaigen Bedenken mit den eigenen Worten aufzuschreiben. Es gestattet weiter bei ungünstigem Befinden früher abubrechen, bei guter Disposition länger als gewöhnlich zu arbeiten und jedesmal nur bei sachlichen Einschnitten aufzuhören. Das Lesen ermöglicht es endlich, das Studium eines Autors mit demjenigen mehrerer verwandten Schriftsteller vergleichend zu verknüpfen und auf vorgeschrittenen Stufen die eigene Geistesarbeit mit dem Aufnehmen fremder Gedanken in wachsender Masse zu verbinden.

Allen diesen Vorteilen gegenüber hat das Hören eines mündlichen Vortrags nur das Eine einzusetzen, dass im günstigsten Falle die rhetorischen Eindrücke sich mit den wissenschaftlichen vereinigen; gerade dieser Umstand ist aber auf philosophischem Gebiet höchst bedenklich, denn er hat zur Folge, dass der Zuhörer den Lehren des Vortragenden einen höheren Wert beimisst, als ihnen aus rein wissenschaftlichem

Gesichtspunkt zukommt, dass ihm der Beurteilungsmassstab verschoben wird und er zum „Schwören auf die Worte des Meisters“ verleitet wird. Die Möglichkeit, den Lehrer privatim um die Verdeutlichung dunkler Punkte zu bitten, wird selten benutzt, und von den Lehrern wenig gewünscht; auch führt die Beschreitung dieses Weges den Zuhörer erfahrungsmässig selten zum Ziel, d. h. er fühlt sich meistens nach den verdeutlichenden Erklärungen des Lehrers so klug wie zuvor, da Frage und Antwort sich viel zu flüchtig zwischen Thür und Angel abspielt. Aber auch die seminaristischen Übungen, welche die Schüler zu Worte kommen lassen, pflegen denselben mehr philologische und technische als philosophische Förderung zu bringen; wer dieselbe Zeit privatim auf die Lektüre desselben Schriftstellers verwendet, der den Übungen im Privatissimum zu Grunde gelegt wird, wird in der Regel dabei weiter kommen, weil der Lehrer doch selten auf seine individuellen Gedankengänge einzugehen versteht und die Dummheit der Mitschüler manche zwecklose Zeitvergeudung mit sich bringt.

Ich bin weit entfernt, gegen die Universitätslehrer den Vorwurf zu richten, als ob sie in ihrer Lehrthätigkeit im Durchschnitt weniger leisteten, als sie vermöge ihrer Stellung leisten könnten und sollten; ich behaupte nur, dass die Bedingungen der akademischen Thätigkeit derart sind, dass deren Inhalt für ernste und strebsame Geister nicht als die geeignetste Einführung in die Philosophie gelten kann. Ich will hier nicht die von Schopenhauer sehr übertriebenen Bedenken wiederholen, welche aus der kollegialischen Verbindung der Fakultäten und der Staatsstellung der Professoren entspringen, und welche allerdings den letzteren eine gewisse Zurückhaltung im Aussprechen ihrer innersten und oft besten Gedanken auferlegen. Ich will nur darauf hinweisen, erstens, dass die philosophischen Dozenten im Durchschnitt vor allzu jugendlichen und noch nicht hinreichend gereiften Zuhörern sprechen müssen, zweitens, dass die bei weitem grössere Zahl dieser Zuhörer ohne inneren Drang zur Philosophie nur um äusserer Prü-

fungsrücksichten willen diese Vorlesungen besucht, drittens, dass mit Rücksicht auf die philosophischen Prüfungen ganz bestimmte, durch alten Schlendrian hergebrachte Gebiete bevorzugt werden müssen, und ein bestimmter herkömmlicher Wissensstoff unbedingt mitgeteilt und durchgesprochen werden muss, und viertens, dass die Zahl der Wochenstunden und die missbräuchliche Verkürzung der Semester keine genügende Zeit übrig lässt, um über den unumgänglichen Prüfungsstoff hinaus noch wirklich anregend und philosophisch fördernd zu wirken.

Es ist die immer wiederkehrende Klage der Professoren, dass die Studenten im Durchschnitt kein genügendes Verständnis mitbringen und dass bei den Prüfungen sich herausstellt, wie unendlich wenig sie von dem Gehörten begriffen haben. Je ernster ein akademischer Lehrer es mit der pädagogischen Seite seines Berufes nimmt, desto mehr muss er durch solche Erfahrungen dahin gedrängt werden, seine Vorträge auf ein immer tieferes und tieferes Niveau der Verständnissfähigkeit herunterzustimmen. So kommt es, dass der geistig reifere Weisheitsdurstige bei den Vorlesungen um so weniger seine Rechnung zu finden pflegt, je stärker dieselben von Prüfungskandidaten besucht werden, und dass er auf lohnende Verwendung seiner Zeit am ehesten noch da hoffen darf, wo ein Dozent vor wenigen älteren Zuhörern Vorlesungen über einen nicht examinierbaren Gegenstand hält. Aber auch hier wird es ein ganz besonderer Ausnahmefall sein, wenn es kein gedrucktes Buch giebt, aus dessen Lektüre der Studierende denselben Gegenstand billiger, behaglicher, müheloser, umfassender und besser kennen lernen kann als aus der Vorlesung. Der reifere Student wird sogar regelmässig mehr lernen, wenn er die von seinem Professor herausgegebenen Werke und Schriften im Zusammenhang liest, als wenn er seine Vorlesungen hört. Denn das Beste, Eigenartigste, Bedeutendste, Probehaltigste, was ein Professor zu sagen weiss, pflegt er doch drucken zu lassen. Wer gar nichts zu veröffentlichen wagt, der kann dabei aus pädagogischem Gesichts-

punkt ein vortrefflicher Lehrer sein, aber er wird sicherlich weder als Systematiker noch als Historiker, noch als Kritiker eine hervorragende Stellung einnehmen. Auf unreife Schüler mag ein solcher Lehrer am fördersamsten wirken, der reifere Student wird doch die Vorlesungen eines bedeutenden Denkers oder Forschers, der durch seine Leistungen einen wohlbegründeten Ruf erworben hat, vorziehen. Gerade die Professoren aber, die sich als Systematiker, Historiker oder Kritiker eines gewissen Rufes erfreuen, pflegen einen solchen doch nur durch die Veröffentlichung von Schriften erlangt zu haben, und dann tritt wiederum der Fall ein, dass der Student besser thut, diese Schriften zu lesen als den Professor zu hören.

In den seminaristischen Übungen fühlen sich die Studenten selten frei und unbefangen genug, um ihre Ansicht entschieden zu vertreten, auch da, wo sie der vom Lehrer ausgesprochenen zuwiderläuft; zumal, wenn der Lehrer Examinator ist, wünscht der künftige Prüfling den Schein der rechthaberischen Streitsucht und Besserwisserei möglichst zu vermeiden. Um für den hier auferlegten Zwang Ersatz zu finden, pflegen sich akademische philosophische Vereinigungen zu bilden, welche Vorträge und Diskussionen auf eigene Hand kultivieren. Allerdings sind solche Vereinigungen nur zu häufig der Ort, wo vorwitzige Unreife und dreist absprechendes Geschwätz sich mit Behagen breit macht und an die Stelle geduldiger, ernster Arbeit tritt. Aber wenn sie als Gelegenheit zum Austausch der Früchte redlichen Fleisses benutzt werden, dann kann man sie nur loben, muss sich jedoch noch immer davor hüten, mehr von solchen Redeturnieren zu erwarten, als sie leisten können. Für die Schulung der Geistesgegenwart, Ausdrucksgewandtheit und Redefertigkeit sind solche Übungen vortrefflich, und das sind Eigenschaften, die für jeden Menschen, insbesondere aber für den künftigen Prediger, Lehrer, Richter, Anwalt und Berufspolitiker von höchstem Werte sind. Für die Förderung der philosophischen Gedankenarbeit in jedem einzelnen Teilnehmer hingegen ist der Wert solcher Übungen sehr gering,

jedenfalls viel geringer als die überredungseifrige Jugend anzunehmen geneigt ist. Die Einwendungen, die der Andere gegen einen Vortrag machen kann, muss sich der Vortragende ziemlich genau vorher sagen können, wenn er den Standpunkt des Opponenten kennt; in der Bekämpfung dieser Einwendungen wird er äusserst selten über das bereits im Vortrag Gesagte hinaussehen. Wird ihm aber einmal ein wichtiger unerwarteter Einwand entgegengehalten, so wird er aus diesem doch nur dann die rechte Förderung ziehen, wenn er ihn in Musse und Stille durchdenkt. Die improvisierte Diskussion vor Zuhörern drängt notwendig zu einer Bevorzugung der *argumentatio ad hominem*, ja sogar im Interesse der augenblicklichen Rechthaberei zur Sophistik. Darum ist die Teilnahme an solchen Vereinigungen im studentischen Lebensalter eigentlich verfrüht, und selbst im reiferen Lebensalter sollte sie nur einen bescheidenen Platz neben einsamer, stetiger Arbeit einnehmen. Wer kein Interesse daran hat, mit seiner Redefertigkeit zu glänzen oder dieselbe für Berufszwecke zu steigern, der kann die Teilnahme an solchen Übungen entbehren, ohne dass er für seine philosophische Ausbildung das Geringste vermisst.

Wie die künstlerische Produktion, so kann auch das schöpferische Denken sich nur einsam vollziehen; man kann wohl mit einander reden, aber man kann nicht zu zweien denken, und selbst in der Wechselrede denkt Jeder das, was er dem Anderen zu sagen hat, allein. Das philosophische Studium verfehlt seinen Zweck, wenn es nicht zu eigenem, produktivem Denken in irgend welchem Grade anregt; aber selbst der reproduktive Gedankenprozess, durch welchen der Gedankengang eines Anderen angeeignet wird, vollzieht sich am besten einsam. Der Forscher kann bei seinen Experimenten oder bei der Aufsuchung und Zusammenstellung der notwendigen Materialien wohl Handlanger und Gehilfen brauchen, die ihn unterstützen und ihm Vorarbeiten liefern; aber die wissenschaftliche Verwertung der von ihm geleiteten Versuche und Forschungen zu neuen Induktionen kann schliesslich doch nur

sein eigenes einsames Denken zu Stande bringen. Der Denker aber braucht keine Gehilfen und Mitarbeiter, sondern nimmt die Materialien für seine Induktionen so auf, wie die Spezialwissenschaften, die Selbstbeobachtung und die Lebenserfahrung sie ihm darbieten; bei ihm kommt Alles auf die denkende Verarbeitung des Gegebenen an. Zwei eng verbundene Jugendfreunde, die als Junggesellen dasselbe Zimmer teilen, sind noch am ehesten im Stande, philosophisch zusammen zu arbeiten, doch wird dann in der Regel der eine Teil der selbständige, führende, der andere der unselbständige, geführte sein. Die Emanzipation des letzteren zu philosophischer Selbständigkeit pflegt dann auch die Lösung der Gemeinschaft herbeizuführen, denn früher oder später schlagen die Entwicklungsläufe verschiedener Individuen, die eine Zeit lang parallel laufen, doch verschiedene Richtungen ein, und man darf von Glück sagen, wenn bei solcher Auseinandersetzung die Freundschaft nicht mit in die Brüche geht (wie z. B. bei Schelling und Hegel).

Nur sehr ausnahmsweise wird es einem Jünger der Weisheit vergönnt sein, einen mitstrehenden und gleichgesinnten Genossen zu finden; in der Regel wird er mit seinen philosophischen Interessen, die eben eine exzeptionelle Neigung bilden, im Kreise seiner Freunde und Gefährten vereinsamt und unverstanden dastehen, und darf zufrieden sein, wenn er nicht als Sonderling geneckt und verspottet wird. Wer sich dazu entschliesst, seinem philosophischen Bedürfnis Befriedigung zu suchen, der muss deshalb von vornherein darauf gefasst sein, dass er einsam zu arbeiten und zu forschen hat; wer sich zu solcher Einkehr bei sich selbst nicht stark genug fühlt, der soll die Sache lieber von vornherein aufgeben, als dass er sich nachher in ungerechtfertigten Klagen über Vereinsamung ergeht. Wenn er mit seinen philosophischen Interessen Niemandem, der dieselben nicht teilt, zur Last fällt, so werden seine geselligen und freundschaftlichen Beziehungen auch nicht unter denselben leiden; denn gerade der Philosoph darf nichts Menschliches sich fremd achten, und muss allen, insbesondere allen

idealen Interessen seiner Freunde ein offenes Herz und warme Teilnahme entgegenbringen.

Vor nichts ist der junge Denker und der junge Dichter mehr zu warnen, als vor dem gefälligen Lobe, das leicht zufriedenzustellende Freunde den unreifen Versuchen spenden, welche besser im Pult verschlossen geblieben wären; denn dieses Lob nährt nur die Eitelkeit und Selbstzufriedenheit und bereitet bittere Enttäuschungen, wenn einmal die Kritik der Öffentlichkeit an Stelle derjenigen des Freundeskreises tritt. Das Urteil der Freunde, das so leicht zwischen den Extremen verständnislosen Spottes und unverständiger Bewunderung schwankt, wird besser ganz vermieden, da es in beiden Fällen nicht fördert, sondern stört. Das Verhältnis gemeinsamen Arbeitens zur philosophischen Produktivität konnte hier nicht unerwähnt bleiben, weil gerade in der Philosophie das Nachdenken fremder Gedanken und deren Aneignung durch Vergleich mit und Fortbildung in eigener Denkhätigkeit notwendig bis zu einem gewissen Grade Hand in Hand gehen müssen, wenn das philosophische Studium nicht völlig zwecklos sein soll. Die Philosophie Anderer kann man wahrhaft verstehen nur dadurch, dass man sie nachschafft und dies ist nur durch eigenes Denken möglich, das dabei sofort kritisierend, umbildend und fortbildend thätig ist.

Bekanntlich ist die Zeit vom 18. bis zum 28. oder 30. Lebensjahre diejenige, in welcher der Mensch am meisten zum Fassen neuer Gedanken befähigt ist. Die nachherige Periode der Reife ist die geeignetste zur systematischen Durchführung und Ausarbeitung der in der Jugend konzipierten Ideen, aber nur ganz ausnahmsweise fördert sie den Menschen noch zu neuen Standpunkten. Darum ist es von äusserster Wichtigkeit, die Jugendzeit wohl zu benutzen, wenn man etwas aus sich machen will, und zwar muss man sie in dreifachem Sinne zugleich ausnutzen, erstens um die bisher erreichten Ergebnisse der geschichtlichen Entwicklung der Philosophie kennen zu lernen, zweitens um möglichst vielseitige eigene Erfahrungen über Welt und Leben, Geist und Natur, Menschen und Tiere,

Kunst, Sittlichkeit und Religion zu sammeln, und drittens um aus dem beständigen Vergleich des Erlernten und Erfahrenen Anregung zum eigenen Nachdenken und zur philosophischen Produktion zu schöpfen. Wer nur immer lernt, was andere gedacht haben, mag vielleicht ein grosser Gelehrter werden, aber niemals ein grosser Denker. Aus der Geschichte der Wissenschaft kann man immer nur lernen, welche Stellung Andere zur Erfahrung zu gewinnen gesucht haben, aber niemals, welche man selber nehmen soll. Wer nicht an die Quellen zurückgeht, aus denen letzten Endes alle Vorgänger geschöpft haben, wer nicht mit unbefangenen, eindrucksfähigem und aufmerksamem Blicke in die Welt schaut, der wird immer nur als Bücherwurm staubige Buchstabengelehrsamkeit auf- und umwühlen. Wer endlich aus Geschichte und Erfahrung immer nur aufnehmend lernt und das eigene Denken und Schaffen stets weiter hinausschiebt, bis er im Lernen zu einem Abschluss gelangt ist, der wird niemals zum Produzieren gelangen, weil alles Lernen und Erfahren Bruchstück bleibt, der wird eines Tages finden, dass er müde und alt geworden ist, bevor er mit Lernen fertig geworden ist. Die Übung im eigenen Denken und in der Niederschrift der Gedanken muss immer Hand in Hand gehen mit dem Lernen. Man braucht die Gedankenspäne oder Entwürfe seiner Jugend nicht als ein Evangelium zu verehren, durch das man sich für immer gebunden fühlt; man braucht aber auch nicht sie zu verachten und zu verbrennen, wenn man über sie hinausgewachsen ist, sondern kann sie gleich Kindheitsportraits schätzen als Denkmale des eigenen Entwicklungsganges, die erst im Greisenalter eine neue Teilnahme erregen, wenn man gelernt hat, die eigene Jugend objektiv gleich der eines dritten zu betrachten.

Um Welt und Leben möglichst vielseitig kennen zu lernen, dazu dient die genauere Bekanntschaft und der engere Verkehr mit Menschen jeden Alters, Geschlechts, Berufs, Standes, Bekenntnisses und Volkstums. Das Studentenleben, namentlich in kleineren Städten, bringt die Gefahr mit sich, den Verkehr

zu sehr auf die eigene Berufs- und Interessensphäre zu beschränken und in akademischer Einseitigkeit abzuschliessen. Dieser Gefahr muss das Bewusstsein vorzubeugen suchen, dass es für den Philosophen ebenso notwendig ist wie für den Dichter, die Natur und die Menschen nach allen Richtungen zu beobachten und zu studieren. Das Reisen ist zwar ein gutes Mittel, um mit der Natur und den Kunstdenkmälern vertrauter zu werden, aber zur Beförderung der Welt- und Menschenkenntnis leistet das moderne Touristentum gar nichts, obwohl ihm noch immer ein ungerechtfertigter Ruf in dieser Hinsicht anhaftet. Für den Philosophen kommt es weit weniger darauf an, wie viel seine Beobachtung umspannt, als wie tief sie zergliedernd, vergleichend und ergründend in das ihm zunächst Liegende eindringt. Hat man zu Hause weder die Frauen, noch die Kindheit, weder die anderen Stände noch die anderen Konfessionen in ihrem Seelenleben genauer studiert, so ist man auch noch gar nicht dazu vorbereitet, ein fremdes Volkstum würdigen zu können. Da der intime gesellige Verkehr mit anderen Nationen nur Wenigen vergönnt ist, so bleibt dem angehenden Philosophen zu Hause genug zu beobachten übrig, wenn er nur jede Gelegenheit eifrig und gewissenhaft ohne Rücksicht auf seine Bequemlichkeit und seine Liebhabereien benutzt. Vor allen Dingen muss er sich für die Beschäftigung mit Natur und Kunst und für den intimen Verkehr mit Menschen aller Art die nötige Zeit gönnen, und das kann er nicht, wenn er seine gesamte Zeit unter Vorlesungen, Lektüre und Verkehr mit seines Gleichen teilt. Das philosophische Ochsen bringt ebenso wenig einen Selbstdenker hervor wie das öde Kneipen; aber bei ersterem ist die Gefahr noch grösser, denn es macht für die Dauer dumm, nicht bloss, wie das Kneipen, vorübergehend für die Dauer des Lasters.

Nichts ist schädlicher für die geistige Produktivität als eine überwuchernde Büchergelehrsamkeit; nichts beeinträchtigt mehr das Können, als zu vieles Wissen, und die Gefahr ist um so grösser, je besser das Geständnis ist und je sicherer die

Bereitschaft des Gewussten zu jeder Zeit. Denkt man über irgend eine Frage nach, um eigene Gedanken hervorzubringen, so wird man fortwährend gestört und gehindert, wenn sich zunächst mit unfehlbarer Präsenz vor das Bewusstsein drängt, was alle möglichen anderen Denker über diese Frage gedacht und gelehrt haben. Man kommt dann vor lauter Nachdenken über die Gedanken Anderer zu gar keinem eigenen Gedanken mehr. Nur wer die Fähigkeit besitzt, das Gelesene so weit zu vergessen, dass es sich ihm beim eigenen Denken nicht dazwischen drängt, nur der kann Philosoph werden. Das Vergessen des Unwichtigen ist ebenso notwendig zu eigenen Leistungen wie das Behalten des Wichtigen, das Vermögen die Assoziationen des Gedächtnisses beim Denken zurückzudrängen, ebenso notwendig wie das Vermögen der Reproduktion. Das Gedächtnis muss man stärken, aber die Kunst, zu vergessen, muss angeboren sein; wer sie nicht in hohem Masse von Natur besitzt, der kann nicht vorsichtig genug sein in der Vermeidung todter Gelehrsamkeit und erdrückender Kenntnissfülle. Besonders in der Jugendzeit bis zum 30. Lebensjahre muss man diese Vorsicht üben, wenn man nicht das Keimen und Wachsen origineller Gedanken und neuer Ideen unter einem Wust von Wissen ersticken will; das reifere Lebensalter hingegen, das bereits auf festen eigenen Ansichten fusst, darf sich den Luxus gönnen, diese eigenen Ansichten mit allen möglichen Ansichten Anderer zu vergleichen und an dieser Gegenüberstellung kritisch zu bewähren.

Nun wäre aber andererseits ein eigenes philosophisches Denken, das sich ausschliesslich auf die eigene Welt- und Lebenserfahrung stützte und jeder Kontinuität mit dem geschichtlichen Entwicklungsgange der Philosophie ermangelte, ein schlechthin dilettantisches Thun, das niemals darauf rechnen könnte, der Geschichte der Wissenschaft irgend welche neue und wertvolle Bausteine zu liefern. Nur dasjenige, was auf die bisherigen Errungenschaften der Wissenschaften Bezug nimmt, sich in sie eingliedert und den Faden der Entwicklung fortspinnt, kann einen objektiven Wert haben und die Wissen-

schaft wirklich fördern. Darum muss die Konzeption eigener Ideen immer Hand in Hand gehen mit der Kenntnisnahme des bisher Geleisteten und insbesondere mit dem Einblick in den jeweiligen Stand der Probleme und Lösungsversuche. Die zuletzt erreichte Stufe im Entwicklungsgange der Wissenschaft bildet notwendig die Grundlage, auf welcher der neu hinzukommende weiter bauen muss; diese Wahrheit, die bei allen anderen Wissenschaften als selbstverständlich gilt, muss endlich auch in Bezug auf die Philosophie als ebenso selbstverständlich anerkannt werden, wo sie leider noch allzu viel missachtet wird. An der Kritik der letzten grossen Lösungsversuche der Probleme schult sich nicht nur das philosophische Denken am besten, sondern gewinnt es zugleich auch die Gesichtspunkte, aus denen es neue oder doch modifizierte Lösungen ahnen oder berichtigte Stellungen der Probleme anbahnen kann. Die Kritik historisch überwundener und weit zurückgebliebener Standpunkte hat dagegen fast immer etwas Anarchonistisches an sich, da sie entweder historisch unbillig ausfällt, oder aber nur dasjenige wiederholt, was von der Geschichte längst geleistet ist. Alle grossen Denker ohne Ausnahme haben auf einem der ihnen unmittelbar vorhergehenden Systeme gefuszt in dem doppelten Sinne, dass sie sich teils positiv auf das Errungene stützen, teils negativ in der Kritik derselben ihre Abweichungen begründeten. Alles Zurückgreifen der grossen Philosophen auf geschichtlich zurückliegende Systeme hat nur eine sekundäre Bedeutung, insofern sie aus denselben eine Ergänzung und Bereicherung des jeweilig neuesten Standes der Wissenschaften schöpften.

Wenn heute noch ein Philosoph sich darauf beschränkt, alte oder mittelalterliche Philosophie zu studieren, so verfährt er nicht klüger als ein Naturforscher, der sich damit begnügen wollte, aus Aristoteles und Paracelsus seine Weisheit zu schöpfen. Ein Philosoph, der seine eigene Gedankenarbeit auf die Denker des 18. Jahrhunderts stützt, handelt genau so unsinnig, wie ein Historiker, der die Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts ignorieren wollte. Ohne die Stellung und

Lösung der philosophischen Probleme durch die grossen deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts zu kennen, ist und bleibt man trotz aller philosophischen Gelehrsamkeit genau in demselben Sinne ein philosophischer Dilettant und unhistorischer Denker, wie wenn man ohne alle Kenntnisse der Geschichte der Philosophie auf eigene Faust philosophiert. Dagegen braucht ein junger Mann, der sich noch in seiner Entwicklungsperiode befindet, von der Philosophie vergangener Jahrhunderte nicht mehr zu wissen, als sich einerseits in der Philosophie dieses Jahrhunderts widerspiegelt und als andererseits zu deren vollen Verständnis unentbehrlich ist. Die Ausrüstung mit diesem Minimum geschichtlicher Kenntnis genügt vollständig, um die Bekanntschaft mit den jüngsten grossen Philosophen fruchtbar zu machen und ihn zum eigenen Weiterdenken auf Grund der bisher höchsten Errungenschaften zu befähigen, ohne dass ihm der Vorwurf einer unzulänglichen Vorbereitung oder gar eines philosophischen Dilettantismus gemacht werden könnte. Ein solcher wird vielmehr wahrhaft wissenschaftlich und historisch denken, insofern er die Probleme genau auf dem Niveau aufnimmt und weiter denkt, wo die Geschichte sie zeitweilig hat stehen lassen.

Belastet sich der angehende Philosoph zu früh mit einem historischen Wissen, das ihm unmittelbar nichts nützt, so raubt er sich erstens die Zeit zum gründlichen und erschöpfenden Studium der jüngsten Epoche der Geschichte der Philosophie und zur Erwerbung der nötigen Welt- und Menschenkenntnis, läuft zweitens Gefahr, die fruchtbare Periode seiner Jugendzeit über rezeptiver Arbeit zu versäumen, und erschwert sich drittens das selbständige Denken durch den Wissenskram, mit dem er sein Gedächtnis belastet. Darum ist ein eingehendes Studium der Philosophie vergangener Jahrhunderte in dem Alter unter 30 Jahren nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich für den Selbstdenker, während die genaue Bekanntschaft mit der Philosophie der letzten 100 Jahre ihm für seine Aufgabe geradezu unentbehrlich ist.

Diese Sachlage ist so einleuchtend, dass sie längst allgemein

anerkannt sein würde, wenn nicht die meisten, die sich der Philosophie als ihrem Lebensberuf widmen, vielmehr die Absicht hätten, Lehrer der Geschichte der Philosophie zu werden und durch gelehrte geschichtliche Arbeiten Karriere zu machen. Diese akademischen Lehramtskandidaten lieben es dann doch, sich für angehende Selbstdenker zu halten, und verwechseln infolge dessen gar leicht die geschichtliche Gelehrsamkeit, welche sie in ihrer Karriere fördert, mit der für den Selbstdenker erspriesslichen Vorbereitung. Der vorzugsweise historische und philologische Betrieb der Philosophie auf den Universitäten hat ja zu noch ärgeren Verwechselungen als dieser geführt, z. B. zu der Begriffsverwirrung, dass Philosophie im Sinne einer Wissenschaft nur die abgestorbenen Systeme vergangener Zeitalter und die philologische Beschäftigung mit ihnen seien, dass dagegen die lebendigen philosophischen Systeme der Gegenwart als lebendige, und ganz abgesehen von ihrem individuellen Wert oder Unwert, unwissenschaftlicher Dilettantismus und die Beschäftigung mit ihnen ein der Wissenschaft unwürdiges Geschäft sei. Es ist das genau so, als wenn man den Baum als die Summe seiner abgestorbenen, verholzten Jahresringe mit Ausschluss des lebenden grünen und saftigen Jahresringes und der aus ihm entsprossenen Blätter und Blüten definieren und die wissenschaftliche Pflanzenphysiologie auf das Stadium des toten Holzes beschränken wollte.

Wenn es nun für den angehenden Selbstdenker noch weit dringender als für den bloss philosophische Bildung Suchenden geboten ist, sich mit der jüngsten Epoche der Philosophie vertraut zu machen, so ist es auch für den letzteren noch wichtiger als für den ersteren, nicht bei Philosophen untergeordneten Ranges stehen zu bleiben, sondern sich an die grössten zu halten, diese aber auch möglichst gründlich und unter Ausschluss jeder einseitigen Bevorzugung kennen zu lernen. Denn für den Selbstdenker ist es unerlässlich, dass er die Gipfelpunkte der bisherigen Entwicklung kennen lernt, auf ihnen weiterbaut und an ihnen seine Kritik übt, nicht aber untergeordnete Spitzen der Bergkette, welche die neueste Epoche

ausmachen. Dass im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts Schelling, Hegel und Schopenhauer diese Gipfelpunkte sind, und dass ohne die Kenntnis dieses Dreigestirns gegenwärtig kein wissenschaftliches und historisch eingegliedertes Philosophieren möglich ist, das wird jetzt wohl nur noch von Herbartianern und von Gegnern aller Metaphysik bestritten werden. Schwieriger aber ist die Entscheidung für das zweite und letzte Drittel des Jahrhunderts, denn je näher man der unmittelbaren Gegenwart rückt, desto schwankender werden die Massstäbe der philosophischen Bedeutung und Wichtigkeit. Der Anfänger muss sich über diese Unsicherheit mit dem Gedanken trösten, dass die neuesten Denker um so leichtere Arbeit gehabt haben, je fester sie auf ihren grossen Vorgängern gefusst haben, und dass sie den Bedürfnissen der Gegenwart um so besser gerecht werden, je engere Fühlung sie mit dem Pulsschlag ihrer Zeit haben. Deshalb darf der Anfänger auch die Bekanntschaft mit den minder bedeutenden Zeitgenossen nicht verschmähen, wofern dieselben nur wahrhaft historisch im oben erläuterten Sinne und zugleich wahrhaft modern denken.*) Was er dagegen ängstlich zu scheuen hat, ist die Beschäftigung mit völlig unbedeutenden Autoren der Gegenwart, die ohne Fühlung mit den Erfordernissen der Zeit eine todte pseudohistorische Gelehrsamkeit breit treten und auf anachronistische Aufgaben einen unfruchtbaren Scharfsinn verschwenden. Denn bei solcher Beschäftigung verliert er nicht bloss seine Zeit, sondern verdirbt sich auch sein natürliches Gefühl für den Unterschied des Bedeutenden und Unbedeutenden, des Fruchtbaren und Unfruchtbaren, des todten Buchstaben- und Formelkrams und des lebendigmachenden Geistes. Wer das Gefühl für diese Unterschiede nicht als einen angeborenen philosophischen Takt in

*) Eine vorzügliche Orientierung über die spekulative Bedeutung und Leistungen der Denker des letzten Jahrhunderts findet der Leser in dem ausgezeichneten Werke von Arthur Drews „Die deutsche Spekulation seit Kant“ (2. Ausg. Leipzig, Fock 1895, 2 Bände), dem einzigen bisher existierenden Werke, das sowohl die Theisten als auch die Atheisten und Materialisten dieses Jahrhunderts einer eingehenden Darstellung würdigt.

sich trägt, sondern Alles von der Kritik aus bewussten Gründen erwartet, der wird niemals etwas in der Philosophie leisten, weil er mit seinem Urtheil immer zu spät kommen wird, um sich Arbeit und Zeitverlust an wertlosen Büchern zu ersparen. Wer diesen Takt zwar besessen hat, aber durch autoritätsgläubige Vertiefung in ganz unbedeutende Schablonensysteme verdorben und eingebüsst hat, der hat damit auch ein wesentliches Erfordernis zum produktiven Philosophen in sich zerstört. Dass der Betrieb der Philosophie auf unseren Universitäten durchschnittlich ganz dazu angethan ist, dieses Unterscheidungsgefühl abzustumpfen, bedarf nach dem oben Gesagten wohl kaum noch näherer Begründung; es ist deshalb für den angehenden Selbstdenker noch mehr geboten als für den bloss Bildung Suchenden, die Universitätsphilosophie nur mit grösster Vorsicht und Auswahl auf sich wirken zu lassen.

Hermann Haacke, Verlagsbuchhandlung in Leipzig.
Früher: Fr. Mauke's Verlag.

In meinem Verlage erschien von

Eduard von Hartmann:

Philosophie des Unbewussten. 10. verm. Aufl. in 3 Bänden, brosch. M. 13.50, in Halbfrz. geb. M. 19.50.

Das Unbewusste und der Darwinismus. Zugleich Ergänzungsband z. 1.—9. Aufl. der „Philosophie des Unbewussten“, brosch. M. 8.—, geb. M. 10.—.

Das sittliche Bewusstsein. Eine Entwicklung seiner mannigfaltigen Gestalten in ihrem inneren Zusammenhange mit besonderer Rücksicht auf brennende soziale und kirchliche Fragen der Gegenwart. 2. Aufl., brosch. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Die deutsche Ästhetik seit Kant. Erster historisch-kritischer Teil der Ästhetik, brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Philosophie des Schönen. Zweiter systematischer Teil der Ästhetik, brosch. M. 8.—, geb. M. 10.—.

Das religiöse Bewusstsein der Menschheit im Stufengange seiner Entwicklung. Erster historisch-kritischer Teil der Religionsphilosophie. 2. Aufl., brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Die Religion des Geistes. Zweiter systematischer Teil der Religionsphilosophie. 2. Aufl., brosch. M. 3.—, geb. M. 5.—.

Gesammelte Studien und Aufsätze gemeinverständlichen Inhalts. 3. Aufl., brosch. M. 12.—, geb. M. 14.—.

J. H. v. Kirchmanns erkenntnistheoretischer Realismus. Ein kritischer Beitrag zur Begründung des transzendentalen Realismus, brosch. M. 2.—.

Kritische Wanderungen durch die Philosophie der Gegenwart, brosch. M. 6.—.

Moderne Probleme. 2. Aufl., brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Philosophische Fragen der Gegenwart, brosch. M. 6.—, geb. M. 8.—.

Neukantianismus, Schopenhauerianismus und Hegelianismus in ihrer Stellung zu den philosophischen Aufgaben der Gegenwart. 2. Aufl., brosch. M. 7.—.

Lotze's Philosophie, brosch. M. 4.—.

- Das Grundproblem der Erkenntnistheorie.** Eine phänomenologische Durchwanderung der möglichen erkenntnistheoretischen Standpunkte, brosch. M. 1.—.
- Kritische Grundlegung des transzendentalen Realismus.** Eine Sichtung und Fortbildung der erkenntnistheoretischen Prinzipien Kant's. 3. Aufl. M. 1.—.
- Das Judentum in Gegenwart und Zukunft.** 2. Aufl., brosch. M. 5.—.
- Die Krisis des Christentums in der modernen Theologie.** 2. Aufl. M. 3.—.
- Die Selbstersetzung des Christentums und die Religion der Zukunft.** 3. Aufl., brosch. M. 3.—.
- Der Spiritismus,** brosch. M. 3.—.
- Über die dialektische Methode.** Historisch-kritische Untersuchungen, brosch. M. 2.—.
- Zur Geschichte und Begründung des Pessimismus,** brosch. M. 3.—.
- Zur Reform des höheren Schulwesens,** brosch. M. 2.25.
- Zwei Jahrzehnte deutscher Politik und die gegenwärtige Weltlage,** brosch. M. 6.—.
- Kants Erkenntnistheorie und Metaphysik,** brosch. M. 4.—.
- Die sozialen Kernfragen,** brosch. M. 10.—.
-

Ausgewählte Werke von Eduard von Hartmann.

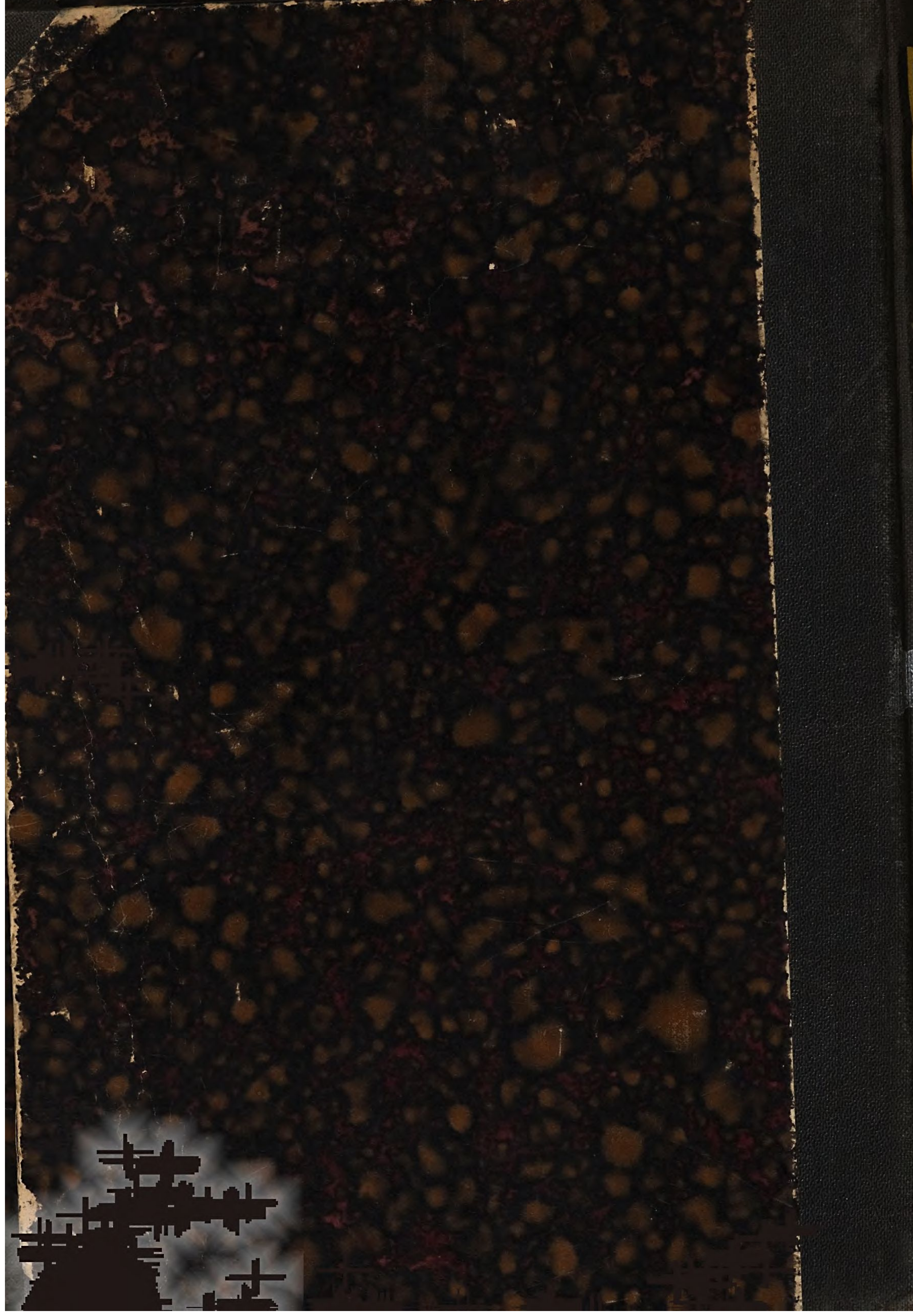
Neun Bände. Preis brosch. M. 42.—, eleg. in Halbfranz geb. M. 60.—.

Inhalt: Transzendentaler Realismus. — Grundproblem der Erkenntnistheorie. — Das sittliche Bewusstsein. — Deutsche Ästhetik. — Philosophie des Schönen. — Das religiöse Bewusstsein. — Die Religion des Geistes. — Die Philosophie des Unbewussten. 10. Auflage.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Druck von Bruno Zechel in Leipzig.

1. Ausgabe.



Hartmann, Eduard <<von>>,

Tagesfragen

Leipzig 1896

Var. 326 rd

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11824272-0